Holsteinischer Lokal-Anzeiger

Der Bezugspreis beträgt monatlich ℳ 1.35 außer Bringegeld. Einzelnummer 10 Pfg. Erscheint werktäglich / Schriftleitung und Expedition Pinneberg, Damm 9-15 / Fernruf Pinneberg Sammel-Nr. 222 / Postscheckkonto: Hamburg 6661

Der Anzeigenpreis für die achtgespaltene Kleinzeile 25 Reichspfennige, für die Reklamezeile 1.— ℳ. Sammelanzeigen mehrerer Auftraggeber 100% Aufschlag. Besonder... 25 Reichspfennig. Für ... Anzeigen keine Garantie

Pinneberger Tageblatt

Heute Beilage: Norag-Programm

Quickborner Lokalanzeiger

Groß-Lokstedter Tageblatt

ummer 145 — Freitag, den 23. Juni 1933 — 74. Jahrgang

Die Sozialdemokratische Partei verboten

Den Abgeordneten die Mandate entzogen — Das Vermögen beschlagnahmt

Berlin, 22. Juni. Der Reichsminister des ...nern hat am heutigen Donnerstag die Sozial... mokratische Partei Deutschlands verboten. In ...er Anweisung an die Länderregierungen hat ...r Reichsinnenminister ersucht, zu veranlassen, daß ...e Verbot durchgeführt wird.

Die amtliche Begründung

Berlin, 22. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Vorgänge ...r letzten Zeit haben den unumstößlichen Beweis dafür ...efert, daß die deutsche Sozialdemokratie vor hoch- und ...ochverräterischen Unternehmungen gegen Deutschland ...e seine nationale Regierung nicht zurückschreckt. Trotz ...

demokratische Zeitungen und Zeitschriften nicht mehr herausgegeben werden.

Das Vermögen der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Hilfs- und Ersatzorganisationen wird, soweit es nicht bereits in Verbindung mit der Auflösung der freien Gewerkschaften sichergestellt worden ist, beschlagnahmt. Gemäß dem landesverräterischen Charakter der Sozialdemokratischen Partei ist die weitere Zugehörigkeit von Beamten, Angestellten und Arbeitern, die aus öffentlichen Mitteln Gehalt, Lohn oder Ruhegeld beziehen, zu dieser Partei selbstverständlich unvereinbar.

Die englische Presse zur Auflösung der SPD.

London, 23. Juni. Die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei wird in der englischen Presse ausführlich mit großen Schlagzeilen wiedergegeben. Kommentare fehlen vorläufig noch. Im Bericht des Daily Telegraph heißt es, daß nunmehr die Sozialdemokraten den Kommunisten in das Dunkel folgten.

Unwetter und Wolkenbrüche

...chwere Gewitter

...m — führten an vielen ...große Zahl von Kellern ...armsule bei der Feuer... ...liche verfügbaren Züge ...den zu beseitigen. Dazu ...elte sich jedoch bis auf ...nur in Spandau zündete ...he. Der Brand konnte ...genflut behinderte auch ...in den Eisenbahnunter... ...sich, wie schon oft bei ...n dem Kraftwagen und ...n. Zahllose Fußgänger ...Haussluren, unter Brük... ...r Durchkommen fast un... ...as Unwetter wieder in ...um von einer halben ...n stärksten Wolkenbruch, ...200mal alarmiert. ...mußte auch die für Don... ...angesetzte Sonnenwend... ...els eine programmatische ...n. Die Feier wird nun

Oberitalien

...Temperatursturzes und ...Wasserspiegel des Lago ...iegen, so daß die Ufer ...ten überschwemmt sind. ...ten stehen unter Wasser, ...cher Schaden angerichtet ...n ist das Wasser so hoch ...s dem See hervorragen.

...isierung

...ung in Paris —

...nfach die Vertagung der ...der Dollar und das ...ehrt seien. Dieser Auf... ...nd sogar die deutschen

in London

...nde Haltung Amerikas ...ngsstabilisierung wirkte ...Stimmung in der Kon... ...ärung keineswegs uner... ...amerikanischen Absichten ...te, hatte schleunigst dau ...einberufen, in der über ...tte außerdem eine Reihe ...mit dem amerikanischen ...ösischen Finanzminister ...r Erklärung geheimnis... ...rechnen es sich zum Ver... ...u haben. Die Engländer ...en zu verstehen, daß die ...ß keine Fortschritte ma... ...ische Unterstaatssekretär ...ischen Kreisen hört mun ...ferenz den Todesstoß".

...edauern, daß die Aus... ...stabilisierung geschwun... ...dingt notwendige Vor... ...deren Fragen einschließ... ...sollten die Amerikaner, ...t, auf ihrem ablehnen...

Jnbesondere so ...die heute noch ... ...vertretungen an... ...ihrer Mand...

...den Ausgeschlosse... ...sperrt. Der Soz... ...Zugehörigkeit gewäh... ...sozialistisch zu be... ...kratischen Partei ... ...werden nicht meh...

Haussuchu... Min...

München, 23. ... ...schen Volkspartei ...ag auch die Woh... ...Dr. Heldt, des ... ...Kommerzienrat He...

U...

Bombay, 23. ... Donnerstag blutig ...ausgebrochen. Drei... ...Truppen wurden n... ...in Mirpur war e... ...Demonstrationen zwi... ...kam, wobei von d... ...worden war, de... ...und die Regierung ...englischen Minister

Die Durchfü... Gewähru... ...t

Berlin, 23. Ju... ...die Durchführung ...Landsdarlehen ver...

Voraussichtliche W... Mäßige bis f... ...Winde aus westlic... ...allen der Niederschl...

Sonnenaufgang 3:... Mondaufgang: 4.15

...Die he... ...Leitung ...

Hildegard Kadach/Dieter Schlichting

Drei Leben gegen die Diktatur

Die Pinneberger Nazigegner
Heinrich Geick, Heinrich Boschen u. Wilhelm Schmitt

Drei Leben gegen die Diktatur

Kadach/Schlichting

Nach fast vier Jahrzehnten wird ein Gedenkstein versetzt. Eine spannende Sache? Wer waren die drei Pinneberger, deren »Andenken unvergänglich« ist? Warum ist die öffentliche Erinnerung an Menschen, die gegen den Strom schwammen und Opfer der nationalsozialistischen Diktatur wurden, noch immer nicht selbstverständlich? Die deutsche Geschichte hat um Pinneberg keinen Bogen gemacht.

Heinrich Geick — Heinrich Boschen — Wilhelm Schmitt — drei Namen für sehr unterschiedliche ungewöhnliche Lebensläufe. Drei Namen für das Vermächtnis, jederzeit — auch heute — allen nazistischen Bestrebungen und der Verfolgung und Mißachtung von Minderheiten entgegenzutreten.

VVN/Bund der Antifaschisten Pinneberg

5 DM

Vorwort zur Onlineausgabe des Buches „Drei Leben gegen die Diktatur“

Als Hildegard Kadach und Dieter Schlichting das Buch „Drei Leben gegen die Diktatur die Pinneberger Nazigegner Heinrich Geick, Heinrich Boschen u. Wilhem Schmitt“ 1988 nach mehrjährigen Recherchen vorstellten, war das ein Meilenstein in der Erforschung der NS-Verfolgung und des Widerstands gegen die Nazidiktatur in Pinneberg. Auch weit über die Stadtgrenzen hinaus wurde das Buch gelesen. Die Biografien von Heinrich Geick, Wilhelm Schmitt und Heinrich Boschen stehen beispielhaft für den Widerstand gegen Faschismus und Antisemitismus, gegen Aufrüstung und Krieg.

Nach dem Tag der Befreiung am 8. Mai 1945 gab es keine „Stunde Null“. Betrachten wir die Zeit bis heute, müssen wir erkennen, dass das Eintreten gegen faschistische Ideologien, Rassismus und Aufrüstung und für den Frieden stets notwendig blieb und heute nötiger ist denn je. In den Mordtaten des NSU, den Anschlägen z. B. von Lübeck und Hanau sowie den Bestrebungen der AfD gegen Demokratie und Aufarbeitung des Faschismus zeigt sich eine gefährliche Entwicklung, der wir alle entgegentreten müssen.

Das Buch von 1988 ist schon seit Langem vergriffen, doch der Pinneberger Antifaschist Dieter Borchardt hat viel Zeit und Arbeit eingesetzt, um es in der Fassung der 2. Auflage von 1990 digitalisiert im Internet wieder zugänglich zu machen. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) ist glücklich über diese Lösung und dankt ihm sehr.

Wir wünschen auch dieser Onlineausgabe des Buches viele interessierte Leserinnen und Leser.

Marianne Wilke

Ehrenvorsitzende der VVN-BdA Schleswig-Holstein
Wedel, 18.02.2022

Hildegard Kadach/Dieter Schlichting

Drei Leben gegen die Diktatur

Die Pinneberger Nazigegner Heinrich Geick, Heinrich Boschen u. Wilhelm Schmitt

Herausgegeben von der VVN/Bund der Antifaschisten Pinneberg
2., durchgesehene und veränderte Auflage, Pinneberg 1990

© 1988, 1990 VVN/Bund der Antifaschisten, Pinneberg
Alle Rechte vorbehalten
2., durchgesehene und veränderte Auflage 1990

Herausgeberin:
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — VVN/
Bund der Antifaschisten Ortsvereinigung Pinneberg
c/o Dieter Schlichting, Oberer Ehmschen 61, 2084 Rellingen 1
Umschlag und Layout: Wolfgang Wiedey, Hamburg
Satz: satz + repro kollektiv, Hamburg
Druck: Hein & Co., Hamburg
Auflage: 500

Inhalt

Vorbemerkung **5**

Der »Rückhalt der KPD«: Heinrich Geick **7**
Die ersten Jahre in Pinneberg — Im 1. Weltkrieg — Novemberrevolution — Stadtverordneter der KPD — Streit ums Gas — Aus der Arbeit der KPD-Fraktion — Absprachen mit der SPD — Wirtschaftskrise — Der »Rückhalt der KPD« — Das Pflegekind — Die Pinneberger KPD Anfang der 30er Jahre — Die letzten Monate der Weimarer Republik — Die Nazis an der Macht — Verfolgung der KPD — Auflösung der Parlamente — Beginn einer illegalen kommunistischen Arbeit — »Verbotene« Druckschriften — Heinrich Geick in Haft

Eine »Zumutung für alle national Eingestellten«: Heinrich Boschen **29**
Kindheit im Zigarrenmacher-Milieu — Das Sozialistengesetz — Lehre und Militärdienst — In Pinneberg — Soldat im 1. Weltkrieg — Aktiver Sozialdemokrat — Angestellter bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse — Die AOK Pinneberg wird »gesäubert« — Kampf gegen das Berufsverbot — Versicherungsvertreter — Der 2. Weltkrieg — Hilfe für den Sohn — Die »Aktion Gewitter« — Die Verhaftungen vom 23. August 1944 — Im KZ Neuengamme — Kampf um Heinrich Boschens Freilassung — Das Konzentrationslager Neuengamme — Heinrich Boschen wird todkrank entlassen

Internationale Solidarität: Der Schneider Wilhelm Schmitt **58**
Jugend und Wanderjahre — Flucht vom Militär — Asyl in der Schweiz — Zürich: Zentrum der Emigration — Heirat und Rückkehr nach Deutschland — Arbeit für die KPD in Thesdorf — Stadtverordneter der SPD in Pinneberg — Lieschen Weissmann — Erneute Heirat — Nach dem Machtantritt der Nazis — Kriegsgefangene und »FremdarbeiterInnen« — Solidarität mit »FremdarbeiterInnen« — »Nachbar« Alfred Krömer — Gefangener im Konzentrationslager Neuengamme — Briefe aus Neuengamme — Solidarität in der KZ-Haft — Das Konzentrationslager Neuengamme wird evakuiert — Angriff auf die »Cap Arcona« — 42 Jahre später

»Das hat doch nicht immer hier gestanden...?!« **93**
Zur Geschichte des VVN-Denkmals

Erlebnisse beim Recherchieren **100**

Vergangenheitsbewältigung in Pinneberg? — Dokumente **102**

Anhang **119**
Ergebnisse der Nationalversammlungswahl am 19. Januar 1919 und der Reichstagswahlen 1921 bis 1933 in Pinneberg und Thesdorf — Sitzverteilungen im Pinneberger Stadtverordneten-Kollegium nach den Kommunalwahlen 1919 bis 1933 — Sitzverteilungen in der Thesdorfer Gemeindevertretung nach den Kommunalwahlen 1919 und 1924 — Pinneberger Stadtverordnete 1919 bis 1933 — Thesdorfer Gemeindevertreter 1919 bis 1928 — Pinneberger Stadtverordnetenvorsteher und ihre Stellvertreter 1919 bis 1933 — Pinneberger Magistratsmitglieder 1919 bis 1933

Quellen **130**

Literatur **131**

Abkürzungen **136**

Nachweis der Zitate aus Publikationen **136**

Abbildungsnachweis **137**

Register **138**
Personenregister — Register der Firmen, Institutionen und Organisationen — Geographisches Register

Vorbemerkung

Elie Wiesel, Friedensnobelpreisträger 1986, Überlebender der Konzentrationslager Buchenwald und Auschwitz, sagte anläßlich der Preisverleihung am 10. Dezember 1986 in Oslo:

»Ohne Erinnerung wäre unsere Existenz unfruchtbar und dunkel wie eine Gefängniszelle, in die kein Licht vordringt, wie ein Grab, das die Lebenden abstößt. ... Und wenn es überhaupt etwas gibt, so wird die Erinnerung die Humanität retten. ... Das Gegenteil der Vergangenheit ist nicht die Zukunft, sondern deren Abwesenheit. Das Gegenteil der Zukunft ist nicht die Vergangenheit, sondern deren Abwesenheit. Der Verlust einer der beiden Zeiten ist gleichbedeutend mit einer Opferung der anderen.«

In diesem Buch berichten wir über Heinrich Geick, Heinrich Boschen und Wilhelm Schmitt. Diese drei Pinneberger sind Opfer des Naziregimes.

Mit den Lebensbildern dieser drei Männer wollen wir beispielhaft antifaschistische Persönlichkeiten vorstellen und im Bewußtsein der Öffentlichkeit verankern. Die Veröffentlichung soll Anstoß sein, sich auch der anderen Menschen zu erinnern, die in Pinneberg den Nazis widerstanden, die verfolgt oder ermordet wurden: Cornel Ingus wurde als Jude nach Auschwitz deportiert. Der sowjetische Kriegsgefangene Anatol Muraschow aus dem Lager in der Elmshorner Straße 28 fand mit 21 Jahren den Tod. Anna Panzer wurde 1944 in der Tötungsanstalt Hadamar im Rahmen der »Euthanasie« ermordet. Janina Grudzinski starb hier als einjähriges Kind und ist auf dem sogenannten Ostfeld des Stadtfriedhofes bestattet. Wer erinnert sich noch an sie?

In dem von der SPD und KPD im September 1945 in Pinneberg gemeinsam beschlossenen Aktionsprogramm heißt es: »Die militärische Niederlage der Hitler-Diktatur in Deutschland bedeutet noch nicht die völlige Ausrottung der Hitler-Ideologie. Das gesamte gesellschaftliche Leben des Landes ist von dieser Ideologie durchsetzt, Politik und Wirtschaft sind behaftet mit dem Geist der Totalität und ausgerichtet auf die Bestrebungen des faschistischen Imperialismus. Er hat in unserem ausgedehnten Kulturschaffen, insbesondere in der Schulung und Erziehung tiefe Spuren des Zwanges zur Lüge und Heuchelei hinterlassen. ... Die katastrophalen Folgen der Hitlerschen Politik sind der geschichtliche Beweis dafür, daß schon immer die Anhänger des Friedens und die Vorkämpfer der Völkerverständigung die wirklichen Patrioten und wahren Deutschen gewesen sind und nicht die imperialistischen Schreihälse und Rassenhetzer.«

Jahrzehntelang spielten diese Einsichten in der Politik und Kultur Pinnebergs keine gestaltende Rolle. Die Erinnerung an Persönlichkeiten, die auch unter schlimmsten Bedingungen ihrer humanistischen Überzeugung treu blieben, kann eine Orientierung für die Zukunft sein.

Einen Anstoß zur Erarbeitung von Lebensbildern dieser drei Männer gaben die Auseinandersetzungen um die Forderung nach Aufarbeitung der Pinneberger Geschichte während der Nazizeit. Sie begannen Ende 1982 aus Anlaß des bevorstehenden 50. Jahrestages der Machtübertragung an die Nazis.

Diese Publikation beruht auf mehr als drei Jahren ehrenamtlicher Forschungsarbeit.

Nicht über jeden der drei Männer können wir aufgrund einer schwierigen Quellenlage im gleichen Umfang informieren. Lücken in der Darstellung waren nicht zu vermeiden. Wir entschlossen uns zu einer Veröffentlichung, als wir überzeugt waren, wesentliche Stationen der Lebenswege von Heinrich Geick, Heinrich Boschen und Wilhelm Schmitt beschreiben zu können. Wir freuen uns über jede ergänzende oder kritische Mitteilung.

Die Lebensbilder werden durch Informationen zur Geschichte des VVN-Denkmals und über unsere Forschungsarbeit ergänzt. Der Anhang enthält als zusätzliche Information Reichstags- und Kommunalwahlergebnisse und die Zusammensetzung des Pinneberger und des Thesdorfer Kommunalparlaments in den Jahren 1919 bis 1933.

Die Herausgabe dieses Buches wurde möglich durch viele mündliche oder schriftliche Mitteilungen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, Behörden, Institutionen und Verbänden, durch die Überlassung von Dokumenten und Fotos und die Gewährung von Akteneinsicht. Hierfür danken wir herzlich.

Für die kritische Durchsicht der Manuskripte danken wir Herbert Diercks, Hamburg, und Günther Mayer, Norderstedt.

Die Forschungsarbeit und Veröffentlichung wurden aus Mitteln der VVN/Bund der Antifaschisten sowie durch Zuschüsse der Stadt Pinneberg finanziert.

Hildegard Kadach Dieter Schlichting

18. September 1988

Zur 2. Auflage

Nach nur neun Monaten war die erste Auflage von »Drei Leben gegen die Diktatur« vergriffen. Die starke Nachfrage und die positiven Stellungnahmen veranlaßten uns, diese zweite Auflage herauszubringen — mit einigen Korrekturen, Ergänzungen und Präzisierungen, die auf Hinweisen und weiteren eigenen Recherchen beruhen. So wurden neue Informationen über Max Hoche (S. 20 u. 22) eingefügt und die Bildbeschriftung auf Seite 41, in der Hermann von der Heide falsch identifiziert war, korrigiert. Hinzugekommen ist ferner auf Seite 120 eine Tabelle, die die Pinneberger und Thesdorfer Wahlergebnisse zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 und zu den Reichstagen 1921 bis 1933 nun auch in Prozenten wiedergibt. Schließlich wurde das Literaturverzeichnis überarbeitet und erheblich erweitert.

Der Stadt Pinneberg, der SPD, der GAL und der DKP in Pinneberg sowie der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Kiel, danken wir für die gewährte finanzielle Unterstützung.

Pinneberg, 23. August 1990

Der »Rückhalt der KPD«: Heinrich Geick

Die ersten Jahre in Pinneberg

Heinrich Gaick wurde am 10. Oktober 1872 in Garstedt bei Hamburg geboren. Seine Eltern waren Johann Gaick und Catharina Elisabeth geb. Kuhlmann. Johann Gaick bearbeitete als »Häuerling« für einen Großbauern Land. In den 90er Jahren war Johann Gaick Arbeiter. Heinrich wuchs in recht bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen auf.

Schon in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts zog Heinrich Geick, wie er sich jetzt schrieb, in unsere Gegend. Er lernte bei Walter Rehm in der Pinneberger Lindenstraße Zimmerer und wurde dort später als Polier beschäftigt. Am 14. Juli 1894 heiratete er die Fabrikarbeiterin Olga Peters. Sie wurde am 30. März 1875 in Pinneberg geboren. Ihre Eltern waren der Kleinbauer Johann Martin Peters, ein »Eigner«, und seine Frau Dorothea geb. Schramm.

Innerhalb von gut zehn Jahren wurden die Kinder Heinrich, Willy, Richard, Alma, Elsa und Hermann geboren. Die schnell anwachsende Familie brauchte Platz. In der Friedenstraße 50 in Pinnebergerdorf bauten die Geicks ihr Häuschen. Es steht heute noch. Einzug war noch vor der Eingemeindung von Pinnebergerdorf nach Pinneberg im Jahre 1905.

Olga und Heinrich Geick 1916.

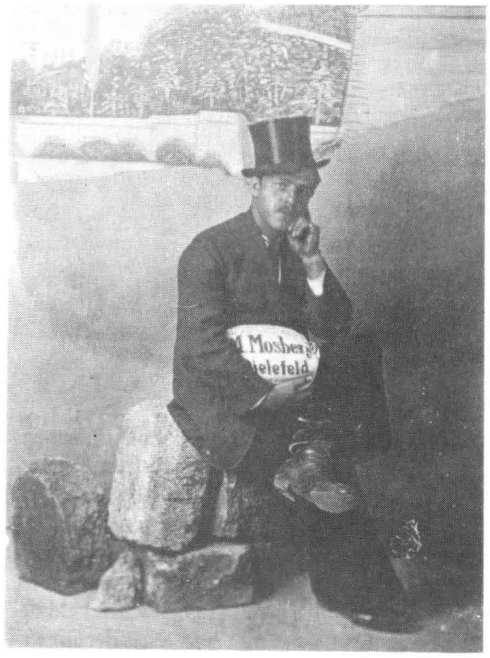
Im 1. Weltkrieg

Der 1. Weltkrieg traf die Familie Geick hart. Heinrich Geick wurde zwar zunächst vom Kriegsdienst verschont, seine Söhne Heinrich, Willy und Richard mußten aber einrücken. Nur der 1905 geborene Hermann war noch zu jung für den Kriegsdienst. In diesem Krieg ging es den das Kaiserreich stützenden Kräften um Kolonien, französische und belgische Kohle- und Erzgruben, Industrien und um die Vorherrschaft in Europa. »Am deutschen Wesen soll die Welt genesen«. Millionen Deutsche ließen sich von solchen chauvinistischen Losungen mitreißen und feierten den Kriegsbeginn.

Die Träume von schnellen siegreichen Feldzügen zerschlugen sich bald, und auch der inzwischen 44 Jahre alte Heinrich Geick wurde am 7. November 1916 eingezogen. Er mußte als Kanonier beim »Königlich Preußischen Straßburger Feldartillerie-Regiment 84« antreten. Schon drei Wochen später wurde er »erkrankt« in ein Festungslazarett in Straßburg im Elsaß eingeliefert. Drei Wochen darauf mußte er wieder zur Truppe und kam im April 1917 erneut »erkrankt« in Kriegslazarette in Sedan/Macdonald und Wiesental in Baden. Die Geicks verloren ihren zweitältesten Sohn Willy. Er fiel im Februar 1917 in Rumänien.

»Verdun 1917«: Antikriegs-Gedenktag der Familie Geick. Von links: Elsa, Hermann, Olga, Richard, Heinrich, Heinrich jun., Alma.

Willy Geick.



Novemberrevolution

Der 1. Weltkrieg endete mit der militärischen Niederlage Deutschlands. Der Kaiser floh ins Ausland. In der von Arbeitern und Soldaten getragenen Novemberrevolution 1918 wurde um ein demokratisches, republikanisches und sozialistisches Deutschland gekämpft. Heinrich Geick beteiligte sich an den Auseinandersetzungen um eine demokratische Entwicklung in Pinneberg.

Einer der Söhne Heinrich Geicks, Richard, war im 1. Weltkrieg auf der Insel Ösel in Rußland ein-

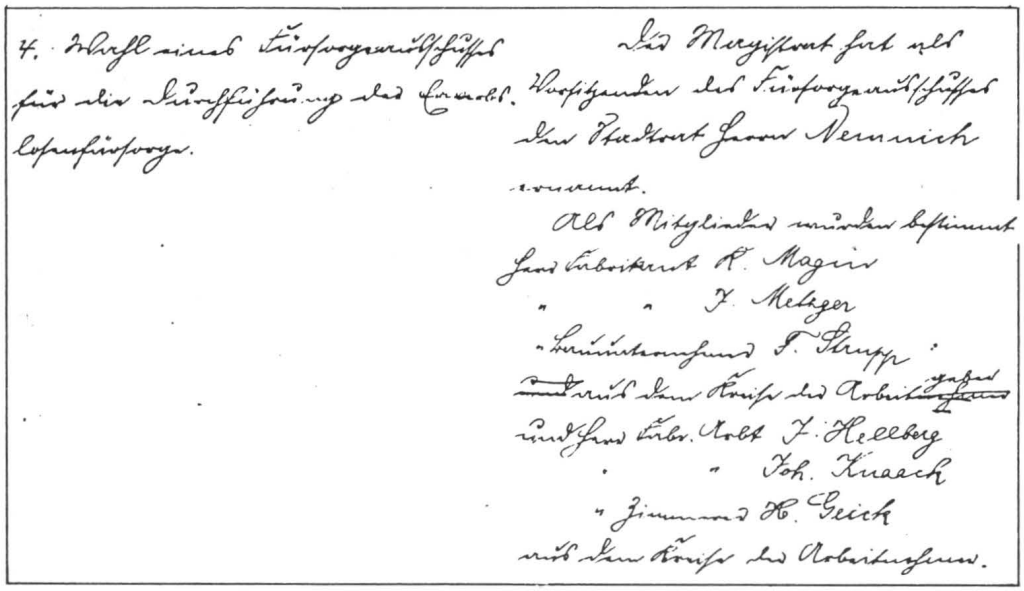
gesetzt und erlebte dort die Revolution mit. Es wird berichtet, daß er begeistert von der sozialistischen Idee nach Pinneberg zurückkam und hier eine Ortsgruppe der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) gründete, der sich vermutlich auch sein Vater Heinrich anschloß. Nach Gründung der KPD traten ihr auch die Geicks bei.

Auch in Pinneberg bildete sich 1918 ein Arbeiter- und Soldatenrat, der Kontrollfunktionen über die alte preußische Stadtverwaltung ausübte. Die Arbeiterschaft von Pinneberg hatte einen größeren Einfluß auf das politische Geschehen gewonnen. Ein Beispiel dafür war die Bildung des »Fürsorgeausschusses für die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge« auf der Pinneberger Stadtverordnetensitzung vom 6. Dezember 1918. Heinrich Geick wurde auf der Sitzung in diesen Ausschuß gewählt und mit ihm aus dem »Kreise der Arbeitnehmer« die Fabrikarbeiter J. Hellberg und Johannes Knaack.

Am 2. März 1919, ein Vierteljahr nach der Novemberrevolution, fanden die ersten Kommunalwahlen unter den Bedingungen des allgemeinen und gleichen Wahlrechts statt. Erstmals waren Frauen wahlberechtigt. Das Wahlrecht hing nicht mehr von Besitz- und Einkommensverhältnissen ab. In Pinneberg waren auch die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht mehr von den Wahlen ausgeschlossen. Bei der Wahl zur neuen Stadtvertretung im März 1919 errangen SPD und USPD eine überwältigende Mehrheit. Im Oktober 1919 wurden dann auch die Magistratsmitglieder aus der vorrepublikanischen Zeit abgelöst. Die Mehrheit im neuen Magistrat hatten jetzt Sozialdemokraten.

In Pinneberg kandidierten zu den Kommunalwahlen in den folgenden Jahren bis 1933 jeweils SPD und KPD und ein Wahlbündnis liberaler und konservativer Parteien und Gruppierungen, die sich selbst als »bürgerlich« bezeichneten. Dieses Wahlbündnis ging 1933 dann eine Verbindung mit der NSDAP ein.

»Protokoll der Städtischen Kollegien zu Pinneberg« vom 6. Dezember 1918.
4. Wahl eines Fürsorgeausschusses für die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge. Der Magistrat hat als Vorsitzenden des Fürsorgeausschusses den Stadtrat Herrn Nemnich ernannt. Als Mitglieder wurden bestimmt Herr Fabrikant K. Magin, Herr Fabrikant J. Metzger, Herr Bauunternehmer F. Strupp aus dem Kreise der Arbeitgeber und Herr Fabr. Arbt. J. Hellberg, Herr Fabr. Arbt. Joh. Knaack, Herr Zimmerer H. Geick aus dem Kreise der Arbeitnehmer.



Stadtverordneter der KPD

In Pinneberg kandidierte die KPD erstmals zu den Kommunalwahlen am 4. Mai 1924. Olga und Heinrich Geick sowie Wilhelm Stehr vertraten sie in der Wahlperiode bis 1928 in der Stadtverordnetenversammlung.

Olga Geick war eine der wenigen Frauen, die zur Zeit der Weimarer Republik in Pinneberg Stadtverordnete wurden. Außer ihr kamen nur Ottilie Frank und Martha Gidall (Bürgerliche), Anna Ipsen und Emilie Helm (SPD) und Martha Geick (KPD) in dieses Amt. Bis heute erinnert kein Straßenname an sie.

Heinrich Geick war schon vor seiner Wahl zum Stadtverordneten Mitglied der Hochbaukommission und wurde auf Vorschlag des Gewerkschaftskartells vom Stadtverordneten-Kollegium am 12. März 1920 zum Mitglied des damals städtischen Arbeitsamtes gewählt. Nach der Kommunalwahl 1924 veränderten sich die Mehrheitsverhältnisse in Pinneberg. Die Liste der Bürgerlichen gewann die Mehrheit, und die Fraktion der KPD erhielt keine Sitze in den städtischen Ausschüssen. Die kommunistischen Abgeordneten waren daher in der Opposition gezwungen, die Stadtverordneten-Sitzungen optimal für ihre Anliegen zu nutzen. Dort brachten sie ihre Anträge ein und versuchten, mit Anfragen Diskussionen auszulösen. Heinrich Geick und seine Fraktion machten dabei immer wieder die Situation der Armen und Erwerbslosen zum Thema der Sitzungen.

Streit ums Gas

Den Protokollen der Stadtverordneten-Sitzungen kann entnommen werden, daß 1925 in Pinneberg eine heftige Auseinandersetzung um die Gasversorgung geführt wurde, in der sich auch Heinrich Geick engagierte. Carl Wüsthoff, zeitweilig KPD-Vorsitzender in Pinneberg, erzählt über diesen Streit in seiner Geschichte »Unser Gaskrieg«:

»Wir hatten in unserer Stadt eine heiße Situation. Da viele Straßen mit Gas versorgt werden mußten, reichte der Druck der fünfzig Jahre alten Anlage des Gaswerkes nicht aus. Die bürgerliche Mehrheit im Stadtparlament beschloß, eine ›Wassergasanlage‹ einzubauen, um den notwendigen Druck zu erhalten.

Die unterzeichneten Verbände empfehlen ihren Mitbürgern bei der Stadtverordnetenwahl folgender

Vorschlagsliste

ihre Stimme zu geben:

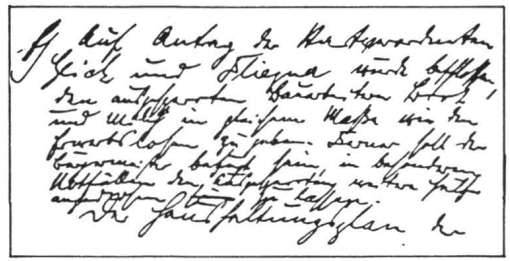
1. **Eugen Nemnich**, Fabrikdirektor, Mühlenstr. 15
2. **Karl Magin**, Fabrikant, Damm 35
3. **Heinrich Raiber**, Kaufmann, Elmshorner Straße 61
4. **Karl Zwanger**, Maschinenmeister, Moltkestraße 27
5. **Heinrich Bollendonk**, Kreisausschußsekretär, Tangstedter Straße 12
6. **Karl Sörensen**, Rektor, Weidenstraße 2a
7. **Heinrich Warncke**, Holzhändler, Schauenburger Str. 9
8. Frau Korvettenkapitän **Ottilie Frank**, Fahltskamp 7
9. **Anton Binne**, Fabrikant, Bahnhofstraße 7
10. **Friedrich Strupp**, Maurermeister, Mühlenstraße 1
11. **Hinrich Brammann**, Landmann, Ossenpadd
12. **Martha Gidall**, Ehefrau, Fahltskamp 31a
13. **Adolf Bielenberg**, Postschaffner, Fahltskamp 45
14. **Friedrich Thomas**, Rechtsanwalt, Fahltskamp 35
15. **Wilhelm Kröger**, Zimmermeister, Elmshorner Straße 4
16. Fräulein **Johanna Glißmann**, Damm 54
17. **Wilhelm Wiechel**, Oberbahnassistent, Schillerstraße 15
18. **Christian Heidorn**, Auktionator, Elmshorner Str. 28
19. **Berta Lange**, Ehefrau, Prisdorfer Straße 5
20. **Dr. Georg Boyksen**, Arzt, Bahnhofstraße 37
21. **Hermann Sierke**, Buchhalter, Damm 11
22. **Julius Randel**, Postsekretär, Tangstedter Straße 19

Die Wahl findet am Sonntag, den 2. März, von vorm. 9 Uhr bis abends 8 Uhr in denselben Wahllokalen und in derselben Weise wie die Wahl zur Nationalversammlung statt.

Der Bürgerausschuß, der Bürgerverein, der Beamtenverein für Pinneberg und Umgegend, die Vereinigung der Angestellten-Berufsverbände für Pinneberg und Umgegend, der Deutsch. ev. Frauenbund, der Vaterländische Frauenverein, die deutsche demokratische Volkspartei für Pinneberg und Umgegend, die deutsche Volkspartei, die deutschnationale Volkspartei.

Vorschlagsliste der »Bürgerlichen« zur Kommunalwahl am 2. März 1919. PT vom 25.2.1919.

Aus Heinrich Geicks Stadtverordnetentätigkeit.



»Protokoll der Städtischen Kollegien zu Pinneberg« vom 27. April 1925.
f) Auf Antrag der Stadtverordneten Geick und Fliegner wurde beschlossen, den ausgesperrten Bauarbeitern Brot und Milch in gleichem Maße wie den Erwerbslosen zu geben. Ferner soll der Bürgermeister befugt sein, in besonderen Notfällen den Ausgesperrten weitere Hilfe angedeihen zu lassen.

Hochzeit von Klara Westphal und Richard Geick am 29. Mai 1920. Untere Reihe sitzend: 2.v.l. Hermann Geick. 2. Reihe v.l.: 3. u. 4. Olga u. Heinrich Geick, 5.u.6. Brauteltern Westphal, 8. Alma Reim geb. Geick mit Tochter Herta. 3. Reihe v.l.: 6.u.7. Brautpaar Klara Westphal u. Richard Geick, 10.u.11. Martha u. Heinrich Geick jun., 12. Hermann Reim. 4. Reihe v.l.: 3. u. 4. Ehepaar Wulf, 8. Elsa Geick, 9. u. 10. Liesbeth Naue geb. Peters mit Ehemann.

Deshalb entstand große Unruhe in der Stadt.

Unsere Fraktion im Stadtparlament organisierte eine öffentliche Versammlung, in der ein Fachingenieur Auskunft gab über das Für und Wider einer solchen Anlage.

Seine Auskunft war für das Vorhaben der Stadtverwaltung negativ. Die Gasverbraucher würden durch die Zuhilfenahme des Dampfdruckes dünneres, nicht so energiehaltiges Gas kriegen.

Und betrogen waren sie, weil die Gaskosten gleich hoch bleiben sollten, wie beim dicken Gas.

Trotz dieses Fachurteils blieb die bürgerliche Mehrheit bei ihrem Beschluß.

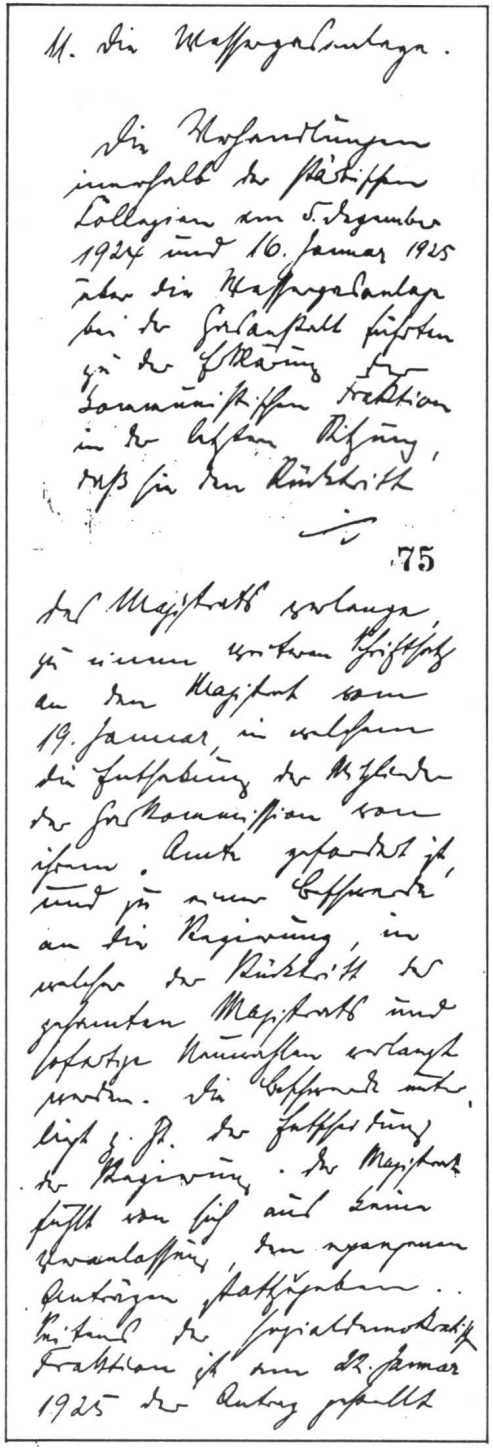
Darauf entstand eine Widerstandsbewegung in der Bevölkerung, zu der wir eine Unterschriftensammlung machten und vier Fünftel der Gasabnehmer auf unsere Listen brachten. Es war eine turbulente Situation. In der Stadt wurde nur noch vom ›Gaskrieg‹ gesprochen. Die Stadtverwaltung holte sich jetzt einen eigenen Experten zum Thema. Der behauptete genau das Gegenteil des ersten.

Darauf wurde dann der erste Experte von der bürgerlichen Mehrheit und dem ›Tageblatt‹ zum Kommunisten erklärt, und die bürgerlichen Herren machten aus den absolut sachlichen Umständen eine großartige Kommunistenhetze.

Wir berichteten in unserer Zeitung fast jeden Tag über den Stand der Dinge. Im Freiverkauf setzten wir mehr Exemplare ab, als wir Abonnenten hatten. Nach mehreren überfüllten Einwohnerversammlungen beschlossen drei Fünftel der Gasabnehmer mit ihrer Unterschrift den Streik.

Das war eine harte Sache.

Die Hausfrau, die morgens Kaffee machen

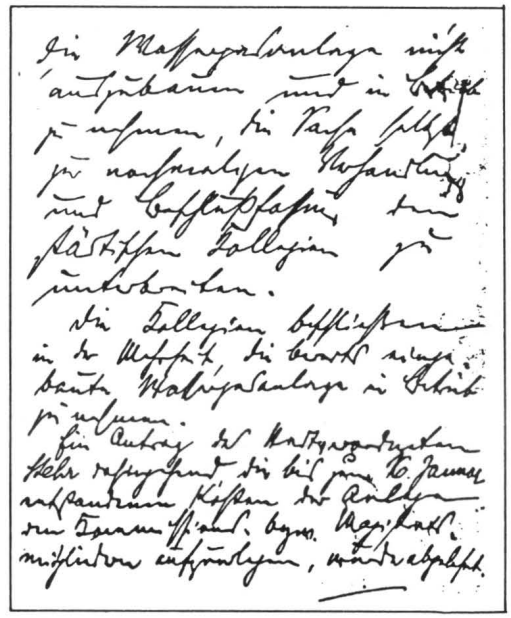


11. Die Wassergasanlage.

Die Verhandlungen innerhalb der städtischen Kollegien am 5. Dezember 1924 und 16. Januar 1925 über die Wassergasanlage bei der Gasanstalt führten zu der Erklärung der kommunistischen Fraktion in der letzten Sitzung,

75

der Magistrat verlange, zu einem weiteren Schriftsatz an den Magistrat vom 19. Januar, in welchem die Enthebung der Mitglieder der Gaskommission von ihrem Amte gefordert ist, und zu einer Beschwerde an die Regierung, in welcher der Rücktritt des gesamten Magistrats und sofortige Neuwahlen verlangt werden. Die Beschwerde unterliegt z.Zt. der Entscheidung der Regierung. Der Magistrat fühlt von sich aus keine Veranlassung, den ergangenen Anträgen stattzugeben. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion ist am 22. Januar 1925 der Antrag gestellt, die Wassergasanlage nicht auszubauen und in Betrieb zu nehmen, die Sache selbst zur nochmaligen Verhandlung und Beschlußfassung den städtischen Kollegien zu unterbreiten. Die Kollegien beschließen in der Mehrheit, die bereits eingebaute Wassergasanlage in Betrieb zu nehmen. Ein Antrag des Stadtverordneten Stehr dahingehend, die bis zum 16. Januar entstandenen Kosten der Anlage den Kommissions- bzw. Magistratsmitgliedern aufzuerlegen, wurde abgelehnt.



Heinrich Geicks Fraktion führt die Auseinandersetzung um die Gasversorgung. »Protokoll der Städtischen Kollegien zu Pinneberg« vom 20. Februar 1925.

11. Die Wassergasanlage. Die Verhandlungen innerhalb der städtischen Kollegien am 5. Dezember 1924 und 16. Januar 1925 über die Wassergasanlage bei der Gasanstalt führten zu der Erklärung der kommunistischen Fraktion in der letzten Sitzung, daß sie den Rücktritt des Magistrats verlange, zu einem weiteren Schriftsatz an den Magistrat vom 19. Januar, in welchem die Enthebung der Mitglieder der Gaskommission von ihrem Amte gefordert ist, und zu einer Beschwerde an die Regierung, in welcher der Rücktritt des gesamten Magistrats und sofortige Neuwahlen verlangt werden. Die Beschwerde unterliegt z.Zt. der Entscheidung der Regierung. Der Magistrat fühlt von sich aus keine Veranlassung, den ergangenen Anträgen stattzugeben. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion ist am 22. Januar 1925 der Antrag gestellt, die Wassergasanlage nicht auszubauen und in Betrieb zu nehmen, die Sache selbst zur nochmaligen Verhandlung und Beschlußfassung den städtischen Kollegien zu unterbreiten. Die Kollegien beschließen in der Mehrheit, die bereits eingebaute Wassergasanlage in Betrieb zu nehmen. Ein Antrag des Stadtverordneten Stehr dahingehend, die bis zum 16. Januar entstandenen Kosten der Anlage den Kommissions- bzw. Magistratsmitgliedern aufzuerlegen, wurde abgelehnt.

wollte, brauchte nur das Streichholz an den geöffneten Gashahn zu halten. Sie tat es aber nicht. Sie hatte sich zum Streik verpflichtet. Die bürgerliche Mehrheit trommelte in ihrem ›Tageblatt‹ Kommunistenhetze. Noch und noch.

Der Bürgermeister gedachte dann, die Sache parlamentarisch zu regeln. Er berief eine Stadtverordneten-Versammlung ein.

Die bürgerlichen Stadtverordneten konnten aber nicht zu ihren Stühlen am Ratsherrentisch kommen. Das Rathaus war von den Bürgern besetzt. Nur die Sozialdemokraten und Kommunisten konnten ihre Plätze einnehmen.

Der Herr Bürgermeister wurde von der Menge feierlich zu seinem Amtsstuhl geleitet, und erst dann wurde den bürgerlichen Abgeordneten Platz gemacht.

Der Bürgermeister erklärte dann, daß er ›unter diesen Umständen‹ die Sitzung gar nicht erst eröffnen werde. Unter dem ›Druck der Straße‹ wolle er keine Amtshandlung vornehmen, und er bitte das verehrte Publikum, das Rathaus zu verlassen.

Als er dann selber aus der Tür des Rathauses kam und die brodelnde Masse seiner Bürger vor sich sah, wollte er zu ihnen sprechen. Aber aus der Menge kam Widerspruch. Der Herr Bürgermeister wurde unsicher.

Er war kein Reaktionär. Auch kein fieser Schweinehund. Eher ein freundlicher alter Herr, der es jedem recht machen wollte. Aber in dieser Situation fand er keinen anderen Ausweg:

Er schob sich nach vorne und schrie in die Menge: ›Wenn ihr nicht auf mich alten Mann hören wollt, dann hört euch euren jungen Mann an. Das ist doch derjenige, der uns die ganze Suppe eingebrockt hat!‹

Ich habe dann aufgefordert, noch stärker zu werden, weiterzumachen, die Flauen aufzurütteln und nicht den Mut zu verlieren.

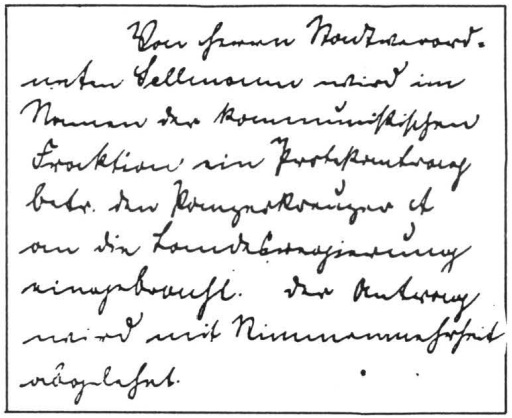
Dann demonstrierten wir durch die schon nächtliche Stadt.

Es war eine Demonstration, wie sie unsere Stadt noch nicht gesehen hatte.«

Aus der Arbeit der KPD-Fraktion

Heinrich Geick und die KPD-Fraktion brachten in die Stadtverordneten-Sitzungen auch Themen ein, die die Interessen aller PinnebergerInnen und die Entwicklung der Stadt berührten.

Die Reichsregierung plante den Bau einer Serie von Panzerkreuzern. Daraufhin beantragte die KPD am 31. August 1928 einen Protest der Stadtverordneten gegen diese Aufrüstung, konkret gegen den Bau des »Panzerkreuzers A«.



»Protokoll der Städtischen Kollegien zu Pinneberg« vom 31. August 1928.
Von Herrn Stadtverordneten Sellmann wird im Namen der kommunistischen Fraktion ein Protestantrag betr. den Panzerkreuer A an die Landesregierung eingebracht. Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

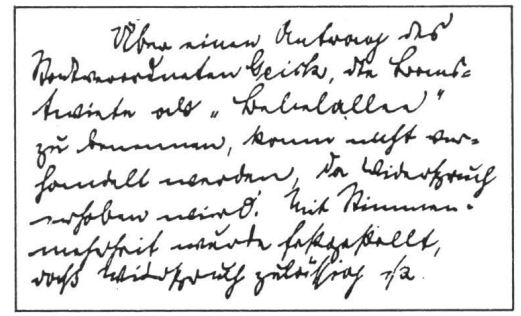
Über mehrere Jahre zogen sich Auseinandersetzungen um Straßenbenennungen hin. Heinrich Geick und seine Fraktion wollten auch die Namen führender Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung berücksichtigt wissen. So beantragte Heinrich Geick am 1. Februar 1929 — vergeblich — die Benennung der Banstwiete nach Bebel. Der Marxist August Bebel lebte von 1840 bis 1913 und ist als einer der Begründer der SPD in die Geschichte eingegangen. Auch ein erneuter Antrag, den die KPD am 3. Mai 1929 einbrachte, erhielt keine Mehrheit. In einer weiteren Initiative beantragte die KPD-Fraktion am 27. Januar 1931, Straßen nach Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die im Januar 1919 ermordet worden waren, nach August Bebel und nach dem bekannten Kommunisten Max Hoelz zu benennen. Auch diese Forderungen fanden keine Mehrheit.

Absprachen mit der SPD

Im Januar 1928 wurden Thesdorf und Waldenau Stadtteile von Pinneberg. Das Pinneberger Stadtverordneten-Kollegium mußte neu gewählt werden. Heinrich Geick, Wilhelm Stehr, Heinrich Sellmann und Peter Lohmann wurden mit der Wahl vom 15. April 1928 Stadtverordnete der KPD. Die SPD verfügte über sieben Sitze. Die bürgerliche Liste »Duncker« erhielt in der neuen Stadtvertretung zehn Sitze.

SPD und KPD, die in diesem Stadtverordneten-Kollegium zusammen die Mehrheit hatten, gelang trotz ihrer unterschiedlichen Programmatik die Verständigung über gemeinsame Kandidaten für den Stadtverordneten-Vorsteher (heute Bürgervorsteher) und seinen Stellvertreter. Die politische Spaltung der Arbeiterbewegung wurde bei dieser Entscheidung überwunden. Am 4. Mai 1928 wählten die Abgeordneten beider Parteien Richard Köhn (SPD) zum Stadtverordneten-Vorsteher und Heinrich Geick zu seinem Stellvertreter. Anfang 1929 wurde Johannes Knaack (SPD) mit den Stimmen der SPD und der KPD Stadtverordneten-Vorsteher und Heinrich Geick erneut Stellvertreter.

Die Gemeinsamkeiten der beiden Parteien auf kommunaler Ebene beruhten auf persönlichen Kontakten, auf der gemeinsamen sozialen Basis, der Kenntnis der städtischen Probleme und übereinstimmenden Interessen bei der Behebung von Not und Mißständen. Dem standen starke Konflikte gegenüber. Die SPD identifizierte sich grundsätzlich mit der Weimarer Republik und ihrem parlamentarischen System und war bereit, auch mit liberalen und konservativen Parteien



»Protokoll der Städtischen Kollegien zu Pinneberg« vom 1. Februar 1929.
Über einen Antrag des Stadtverordneten Geick, die Banstwiete als »Bebelallee« zu benennen, kann nicht verhandelt werden, da Widerspruch erhoben wird. Mit Stimmenmehrheit wurde festgestellt, daß Widerspruch zulässig ist.

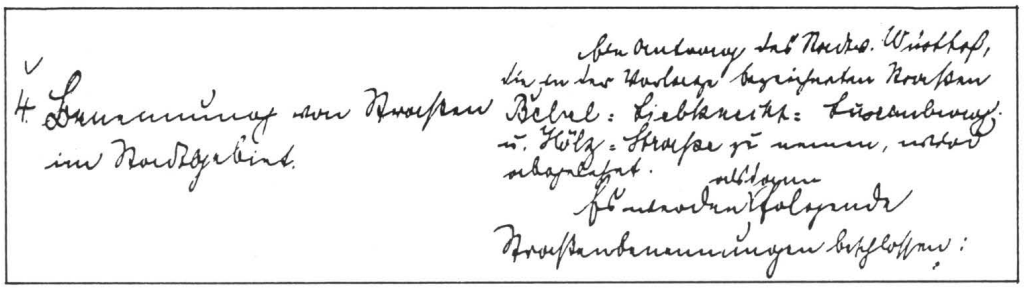
Bündnisse einzugehen. Die KPD strebte die revolutionäre Überwindung der Weimarer Republik an.

Die Zusammenarbeit von SPD und KPD wurde durch das Verhalten der beiden Arbeiterparteien zueinander erschwert und zeitweise unmöglich gemacht. So nahm die KPD z.B. mit der Charakterisierung der SPD als »Sozialfaschisten« einen Kurswechsel vor. Die SPD ihrerseits setzte vielfach Nazis und Kommunisten gleich.

Wirtschaftskrise

Heinrich Geick wurde zu den Kommunalwahlen am 17. November 1929 zum dritten Male, zusammen mit Heinrich Sellmann und Carl Wüsthoff, zum Stadtverordneten der KPD gewählt. Die Liste »Bürgerliche Einheit« errang die Mehrheit.

»Protokoll der Städtischen Kollegien zu Pinneberg« vom 27. Januar 1931.
4. Benennung von Straßen im Stadtgebiet. Ein Antrag des Stadtv. Wüsthof, die in der Vorlage bezeichneten Straßen Bebel- Liebknecht- Luxemburg- u. Hölz-Straße zu nennen, wird abgelehnt.



Unter diesen Mehrheitsverhältnissen wurde die KPD-Fraktion bei der Besetzung der Ausschüsse nicht wieder berücksichtigt, und Heinrich Geick verlor seinen Sitz im Gewerbesteuerausschuß, in der Wohlfahrtskommission und in der Kommission der städtischen Betriebswerke. Diesen Kommissionen hatte er seit 1928 angehört.

Durch Notverordnungen der Reichsregierung ab 1930 und eine enorme Finanznot wurde die kommunale Selbstverwaltung mehr und mehr eingeschränkt. Tagten bis einschließlich 1929 die Pinneberger Stadtverordneten noch monatlich, so kamen sie 1930 noch neunmal, 1931 achtmal und 1932 nur noch zu vier Sitzungen zusammen. Die KPD verstärkte unter diesen Bedingungen ihre Arbeit im außerparlamentarischen Bereich.

Auch Pinneberg war von der Wirtschaftskrise zu Beginn der 30er Jahre betroffen. Die Stadt hatte aus dem Jahr 1931 noch Schulden über 50.000 Reichsmark. Die Zahl der Wohlfahrtsempfänger-Innen und Hilfsbedürftigen stieg von April bis Oktober 1932 bei einer Bevölkerung von über 10.000 Menschen von 582 auf 989. Zur Behebung der größten Not war die Stadt Pinneberg gezwungen, eine Notküche zur Versorgung der Hungernden einzurichten. Für das ganze Jahr 1932 waren dafür 3.000 Reichsmark vorgesehen, aber bis zum August mußten schon 7.000 Reichsmark ausgegeben werden.

Heinrich Geick wird stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher. PT vom 5.5.1928.

Hierauf wurde die gemeinsame Sitzung der Kollegien geschlossen. Anschließend fand eine

Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums

statt. Auf der Tagesordnung stand die Wahl des Stadtverordnetenvorstehers und seines Stellvertreters. Als Alterspräsident führte Herr Stadtverordneter Fliegner den Vorsitz; zum Protokollführer wurde Herr Stadtverordneter Stehr gewählt. Die Wahlen erfolgten durch Akklamation. Für das Amt eines Stadtverordnetenvorstehers wurden vorgeschlagen die Herren: Winkler und Köhn. Während die 10 Bürgerlichen für Winkler stimmten, vereinigten sich die 11 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten auf Köhn. Somit ist Herr Stadtverordneter Köhn als Vorsteher gewählt. Für das Amt eines Stellvertreters wurden vorgeschlagen die Heren Habedank und Geick, Geick wurde mit 11 Stimmen gegen 10 Stimmen der Bürgerlichen gewählt. Anschließend fand die formelle Anerkennung der Stadtverordnetenwahl durch das Stadtverordneten-Kollegium statt. Herr Stadtverordneter Plettenberg wies darauf hin, daß eine Neuzusammensetzung des Magistrats erforderlich sei. Herr Bürgermeister Burmeister sagte dies zu und gab Erklärungen in dieser Angelegenheit ab. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Wilhelm Stehr, zeitweise KPD-Vorsitzender und 1928/1929 Stadtrat der KPD in Pinneberg.

Der »Rückhalt der KPD«

Die Pinneberger KPD hatte zwei »Zentren«: die Häuser Kirchhofsweg 96 und Friedenstraße 50. Das Stadtviertel um Kirchshofweg, Mühlenstraße und Wedeler Weg hieß im Volksmund »Klein-Moskau«. Hier genoß die KPD große Sympathien. Im Haus Friedenstraße 50 wohnten die Geicks. Vor dem Haus war ein Schaukasten angebracht, in dem Bekanntmachungen, Flugblätter und die Parteizeitung aushingen, und der immer wieder zerstört wurde. Das Geick'sche Haus war Treffpunkt für viele — entweder der Hof oder die Küche. Nicht nur KPD-Mitglieder kamen hierher. Es war ein Haus der offenen Tür für alle, die hier ihr Sorgenpäckchen loswerden oder auch nur einen Schwatz halten wollten. Obwohl die Geicks nicht kirchlich eingestellt waren, gehörte Pastor Fölster zu ihren häufigen Besuchern. Bekehrungsversuche lagen ihm fern; er kam einfach nur so, wenn ihm nach einem gemütlichen Klönschnack zumute war. Der dauerte dann schon mal so lange, daß Olga Geick die Kartoffeln auf dem Herd anbrannten.

Absohrift

Übersicht

der im L.K.P.Bezirk vorhandenen Ortsgruppen der K.P.D., deren Führer und sonstige Personen, die in der Bewegung hervorgetreten sind.

C. Kreis Pinneberg.

Pinneberg

ca. 18o - 2oo Mitglieder, Vorsitzender ist der Arbeiter Wilhelm Stehr, wohnh. Pinneberg, Borsteler Chaussee 3.

-3-

Stehr ist unbesoldeter Stadtrat in Pinneberg. Weitere Führer sind Zimmermann Heinrich Geik, wohnt Friedenstr. 5o, Arbeiter Hermann Sellmann, wohnt Rübekamp 29, Arbeiter Karl Wüsthoff, geb. 6.1.02 zu Sabel, wohnt Mühlenstrasse 69 bei Möller, Heizer Max Hoche, geb. 3o.11. 1891 zu Lägerdorf, wohnh. Friedenstr. 5o bei dem vorbenannten Geik.

Hoche ist aus den Unruhen 1923 in Lägerdorf bekannt geworden. Er stand im Verdacht, das Sprengstoffattentat auf den ehemaligen Amtsvorsteher in Lägerdorf ausgeführt zu haben.

Aus einem Bericht der Kriminalpolizei ca. Ende 1929.

Heinrich Geick konnte nie nein sagen, wenn er um Hilfe gebeten wurde. Häufiger vertrat er Arbeiter, die kein Geld für einen Rechtsanwalt hatten, bei Gerichtsprozessen. Mehr als einen hat er bei solchen Gelegenheiten »rausgehauen«. Er fragte dabei nicht, ob jemand in seiner Partei war.

Heinrich Geick war in Pinneberg der »Rückhalt« der KPD. Er war unermüdlich für die Partei, für »seine Sache« unterwegs und kannte keinen Feierabend. Er war zeitweise Parteikassierer und blieb auch aktiv, als er — schon lange herzkrank — mit 57 Jahren Renter wurde.

Gute Laune und Humor verlor er nicht. Die ganze Enkelschar kannte ihn als »Seele von Mensch«. Sonntag nachmittags gönnte sich Heinrich Geick immer eine Stunde auf dem Kanapee, und die Enkelkinder wurden um zwei Zigarren losgeschickt. Während »Opa« Geick sich mit seinen schmerzenden Knochen langlegte, wurde sein Schnack fällig, die Enkel sollten ihm erstmal das kaputte Kreuz »gradetreten«.

Das Pflegekind

Das Geld war, wie in allen Arbeiterfamilien, immer knapp im Hause Geick. Vor dem 1. Weltkrieg betrieb Olga Geick in der Friedenstraße 50 einen kleinen Kolonialwarenladen, um das Einkommen der Familie aufzubessern. Sie war eine herzensgute Frau. Die Leute im Viertel konnten reichlich bei ihr anschreiben lassen. Das ging so lange gut, bis Olga keinen Pfennig mehr hatte, um neue Waren einzukaufen. Den Laden mußte sie aufgeben. Sie arbeitete anschließend in einer Fischfabrik.

Ihr Mann war neben seinem Zimmererberuf zeitweise als Vertreter für eine Lebensversicherung tätig. In den 20er Jahren ging Olga Geick

Olga und Heinrich Geick mit Enkelin Herta Reim 1924 vor ihrem Haus Friedenstraße 50.

Wahlbezirk Kirchhofsweg: Eine Hochburg der KPD in Pinneberg. PT vom 16.4.1928.

Pinneberger Stadtverordnetenwahl

Linksmehrheit — Nur 65 Prozent Wahlbeteiligung — 10 Bürgerliche, 7 Sozialdemokraten, 4 Kommunisten

Unsere Stadt Pinneberg stand gestern im Zeichen eines wichtigen Wahltages. Es galt doch, ein neues Stadtverordnetenkollegium auf 4 Jahre zu wählen. Es ist kaum zu verstehen, daß trotz der Wichtigkeit dieser Wahl nur 65 Prozent der Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Von 6000 Wahlberechtigten wurden 4181 Stimmen abgegeben. Die Wahlmüden sind zur überwiegenden Hauptsache in den Kreisen der Bürgerlichen zu suchen. Allein in Pinneberg sind gegenüber der letzten Wahl am 4. Mai 1924, die rund 87 Prozent Wahlbeteiligung aufwies, 566 bürgerl. Stimmen weniger abgegeben worden. Bei Hinzurechnung Thesdorfs, das gegenüber der letzten Wahl ebenfalls weniger abgegebene Stimmen zu verzeichnen hat, sind rund 700 bürgerliche Wähler, die das letzte Mal noch ihre Stimme in die Wagschale warfen, diesmal zu Hause geblieben. Das mag an den mangelnden Vorbereitungen gelegen haben, sodaß die Unzufriedenen nicht entsprechend aufgeklärt, die Bequemen nicht genügend aufgerüttelt wurden. Man wird seine Lehre daraus ziehen müssen. Trotz des Hinzukommens von Thesdorf haben die Bürgerlichen den Verlust eines Sitzes zu beklagen. Die Sozialdemokraten dagegen haben 3 Sitze gewonnen. Die SPD. befand sich zur Zeit der letzten Wahl in einer gewissen Krise und hatte daher damals beträchtliche Stimmenverluste aufzuweisen, die sie jetzt wieder weit gemacht hat. Das Ergebnis, das bereits in den gestrigen Abendstunden bekanntgegeben wurde, sei nachstehend nochmals angeführt: (Die Zahlen in Klammern sind die Ergebnisse der letzten Wahl am 4. Mai 1924).

Wahlbezirke	Liste Fliegner SPD		Liste Stehr KPD		Liste Duncker Bürger	
Bez. 1 Bahnhofstraße	183	(196)	64	(126)	636	(1067)
Bez. 2 Rübekamp	218		93		418	
Bez. 3 Kirchhofsweg	89	(312)	286	(370)	318	(640)
Bez. 4 Elmshorner Str.	467	(357)	246	(258)	318	(550)
Bez. 5 Thesdorf	180		63		251	
Zusammen	1487	(865)	752	(748)	1942	(2257)

Danach erhalten Sitze: SPD 7, KPD 4 und Bürger 10, zusammen 21 Sitze.

Die alte Stadtvertretung von 18 Stadtverordneten setzte sich zusammen aus 4 Sozialdemokraten, 3 Kommunisten und 11 Bürgerlichen. Es bestand also früher eine erhebliche bürgerliche Mehrheit, während nun eine linke Mehrheit zu verzeichnen ist. Der Wahltag verlief ganz ruhig, es ist nirgends zu Kundgebungen und Unruhen gekommen. Die Linksparteien veranstalteten zumal in den Vormittagsstunden noch Umzüge mit Musik, im übrigen war von dem Wahltag in der Stadt wenig zu merken.

Das neue Stadtverordnetenkollegium wird sich aus folgenden Herren zusammensetzen: Liste SPD.: Fliegner, Ernst, Privatier, Elmshorner Straße, Knaack, Johannes, Kolporteur, Prisdorfer Straße, von der Heide, Johannes, Geschäftsführer, Kirchhofsweg, Köhn, Richard, Geschäftsführer, Dingstätte, Schulz, Hermann, Tischler, Thesdorf, Schmitt, Wilhelm, Schneider, Thesdorf, Plettenberg, Otto, Schneider, Mühlenstraße. Liste KPD.: Stehr, Wilhelm, Bauarbeiter, Borsteler Chaussee Geick, sen., Heinrich, Zimmerer, Friedenstraße; Sellmann, Heinrich, Drahtweber, Rübekamp, Lohmann, Peter, Maurer, Osterholder Allee. Liste Duncker: Duncker, Ludwig, Fabrikant, Mühlenstraße: Sörensen, Karl, Rektor, Schillerstraße; Thomas, Friedrich, Rechtsanwalt, Langstedter Straße; Plum, Christian, Malermeister, Lindenstraße; Röhmeier, August, Landmann, Pinneberg-Eggerstedt; Habedank, Richard, Lagerist, Haldkamp; Heidorn, Christian, Landmann und Auktionator, Elmshorner Straße; Krohn, Ernst, Landwirt, Elmshorner Straße; Jagow, Franz, Kaufmann, Mühlenstraße; Winkler, George, Kreisbauschußinspektor, Haldkamp.

Heinrich Geick ca. 1932.

Pinneberg

— Haussuchungen bei Kommunisten. Aus bekannten Gründen wurden in den gestrigen Vormittagsstunden auf Veranlassung der Landeskriminalpolizei unter Mitwirkung von 50 auswärtigen Polizeibeamten bei hiesigen linksradikal eingestellten Personen Durchsuchungen der Wohnungen vorgenommen. Hierbei wurden Schriften, etliche Gewehre sowie Hieb- und Stichwaffen vorgefunden und beschlagnahmt. Die polizeiliche Aktion dauerte ca. 2 Stunden und verlief ohne wesentliche Störungen.

PT vom 11.11.1931.

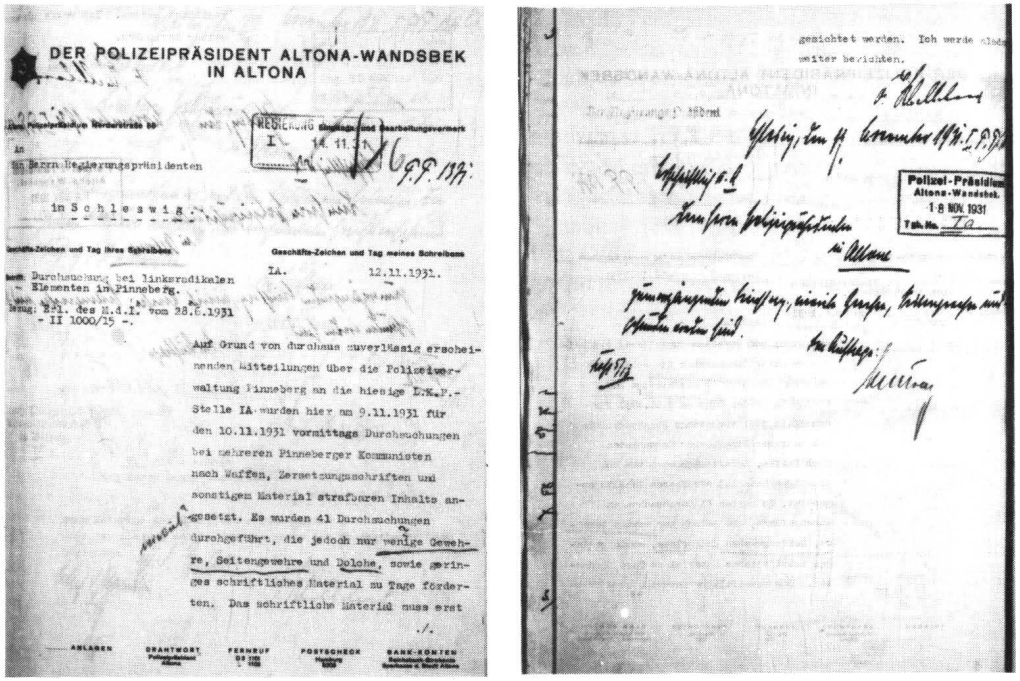
häufiger für ihn die Beiträge kassieren. Im Jahre 1929 brachte sie eines Tages außer dem Geld noch ein zappelndes Bündel im Arm heim: den einjährigen Walter. Seine Mutter hatte bereits die Stube voller Kinder, und ihr wuchs die Not über den Kopf. Als Olga Geick zu ihr kassieren kam, besah sie sich das Elend nicht lange, sondern packte kurzentschlossen den Jungen ein und meinte, daß er gut mit ihren Enkeln aufwachsen könne. Der kleine Walter wurde als Pflegekind der Geicks angemeldet und lebte bis zu seinem 22. Lebensjahr bei ihnen. Solche Pflegestellen waren damals durchaus üblich, da alleinstehende Mütter kaum Unterstützung bekamen, oft arbeitslos waren und nicht wußten, wie sie ihre Kinder durchbringen sollten. Die Familie Geick bekam von der Stadt Pinneberg ein monatliches Pflegegeld von 20 Reichsmark. Und Walter hatte es gut bei ihnen. Er hing besonders an seiner »Oma«.

Die Pinneberger KPD Anfang der 30er Jahre

Die Veranstaltungen der Parteien, insbesondere der KPD, wurden polizeilich überwacht und Berichte durch den Landrat an den Regierungspräsidenten in Schleswig und an den Oberpräsidenten

Der Landrat des Kreises Pinneberg berichtet dem Regierungspräsidenten in Schleswig über Versammlungen der »rechts- und linksradikal eingestellten Parteien« im Oktober 1931.

lfd. Nr.	Tag	Versammlungs-Ort	Bezeichnung der Partei	Teilnehmerzahl	Name des Redners	Besondere Vorkommnisse	Bemerkungen
1.	1.10.1931	Friedrichshulde	N.S.D.A.P.	92 gezählt	Prov.Landtagsabgeordn.Kriecher Berlin	keine	Thema:" Wir und der Marxismus."
2.	2.10.1931	Schenefeld	N.S.D.A.P.	110 gezählt	Seeburg, Blankenese	"	[illegible]
3.	4.10.1931	Elmshorn	K.P.D.	350 gezählt	Parteisekretär Henck, Flensburg	"	Öffentliche Kundgebung mit anschließender Diskussion
4.	4.10.1931	Wedel	K.P.D.	350 geschätzt	H.Schubert, Hamburg	"	Thema:" Allgemeine politische Lage."
5.	5.10.1931	Elmshorn	N.S.D.A.P.	350 gezählt	Installationsmeister Karwehn M.d.R. Hannover	"	Thema:" Der Nationalsozialismus und die Erwerbslosenfrage."
6.	7.10.1931	Heilingen	N.S.D.A.P.	55 gezählt	Seeburg, Blankenese	"	Thema:" Allgemeine Notlage."
7.	8.10.1931	Wedel	N.S.D.A.P.	60 geschätzt	Richard Lemke Wedel	"	Thema:" Die politischen Ereignisse des letzten Monats
8.	8.10.1931	Pinneberg	K.P.D.	60 geschätzt	Wusthoff, Pinneberg	"	Erwerbslosenversammlung.
11.	23.10.1931	Pinneberg	K.P.D.	150 geschätzt	Herm.Geick Pinneberg	"	Erwerbslosenversammlung
19.	28.10.1931	Pinneberg	K.P.D.	50 geschätzt	Hoche Pinneberg	keine	Erwerbslosenversammlung



DER POLIZEIPRÄSIDENT ALTONA-WANDSBEK
IN ALTONA

REGIERUNG SCHLESWIG I 14. 11. 31

An
den Herrn Regierungspräsidenten
in Schleswig

Geschäfts-Zeichen und Tag meines Schreibens
IA. 12.11.1931.

Betr.: Durchsuchung bei linksradikalen Elementen in Pinneberg.
Bezug: Erl. des M.d.I. vom 28.8.1931 - II 1000/25 -.

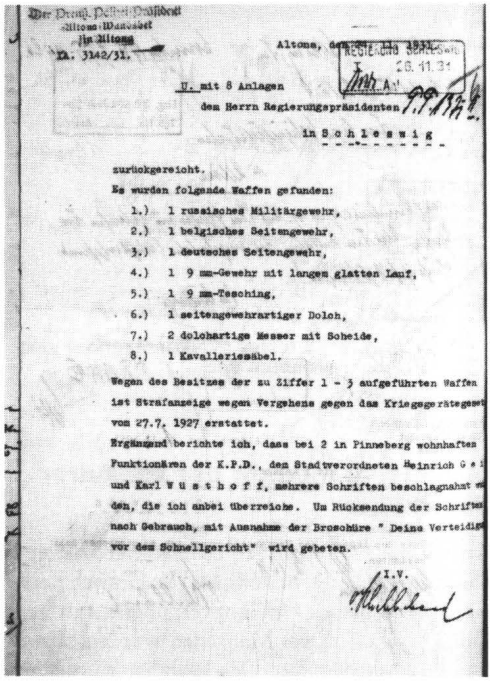
Auf Grund von durchaus zuverlässig erscheinenden Mitteilungen über die Polizeiverwaltung Pinneberg an die hiesige L.K.P.-Stelle IA wurden hier am 9.11.1931 für den 10.11.1931 vormittags Durchsuchungen bei mehreren Pinneberger Kommunisten nach Waffen, Zersetzungsschriften und sonstigem Material strafbaren Inhalts angesetzt. Es wurden 41 Durchsuchungen durchgeführt, die jedoch nur wenige Gewehre, Seitengewehre und Dolche, sowie geringes schriftliches Material zu Tage förderten. Das schriftliche Material muss erst

ANLAGEN — DRAHTWORT — FERNRUF — POSTSCHECK — BANK-KONTEN

gesichtet werden. Ich werde [illegible] weiter berichten.

Polizei-Präsidium Altona-Wandsbek 18 NOV. 1931 Tgb.No. IA

Schreiben des Polizeipräsidenten in Altona an den Regierungspräsidenten in Schleswig über die Aktion gegen die Pinneberger KPD im November 1931.



Der Preuß. Polizei-Präsident
in Altona
Altona-Wandsbek

Altona, den 28. Nov. 1931.

IA. 3142/31.

REGIERUNG SCHLESWIG I 28.11.31 Anl.

U. mit 8 Anlagen

dem Herrn Regierungspräsidenten

in Schleswig

zurückgereicht.

Es wurden folgende Waffen gefunden:

1.) 1 russisches Militärgewehr,
2.) 1 belgisches Seitengewehr,
3.) 1 deutsches Seitengewehr,
4.) 1 9 mm-Gewehr mit langen glatten Lauf,
5.) 1 9 mm-Tesching,
6.) 1 seitengewehrartiger Dolch,
7.) 2 dolchartige Messer mit Scheide,
8.) 1 Kavalleriesäbel.

Wegen des Besitzes der zu Ziffer 1 - 3 aufgeführten Waffen ist Strafanzeige wegen Vergehens gegen das Kriegsgerätegesetz vom 27.7. 1927 erstattet.

Ergänzend berichte ich, dass bei 2 in Pinneberg wohnhaften Funktionären der K.P.D., den Stadtverordneten Heinrich G e [illegible] und Karl W ü s t h o f f, mehrere Schriften beschlagnahmt wurden, die ich anbei überreiche. Um Rücksendung der Schriften nach Gebrauch, mit Ausnahme der Broschüre " Deine Verteidigung vor dem Schnellgericht" wird gebeten.

I.V.

DER POLIZEIPRÄSIDENT ALTONA-WANDSBEK
IN ALTONA

REGIERUNG SCHLESWIG I 1. 3. 32 Anl.

Polizeipräsidium Herderstraße 66

An
den Herrn Regierungspräsidenten
in Schleswig.

Geschäfts-Zeichen und Tag meines Schreibens
IA. 27.2. 1932.

Betr.: Waffenfunde in Pinneberg.
Bezug: Verfügungen vom
17.11.1931 -I.P.P. 1331 -6-
und 27.11.1931 -I.P.P. 1371 -6-.

Meine Berichte vom 24.11.1931 und vom 1.12.1931 ergänze ich dahin, dass das Verfahren gegen die Pinneberger Kommunisten nach Auskunft der Staatsanwaltschaft eingestellt worden ist.

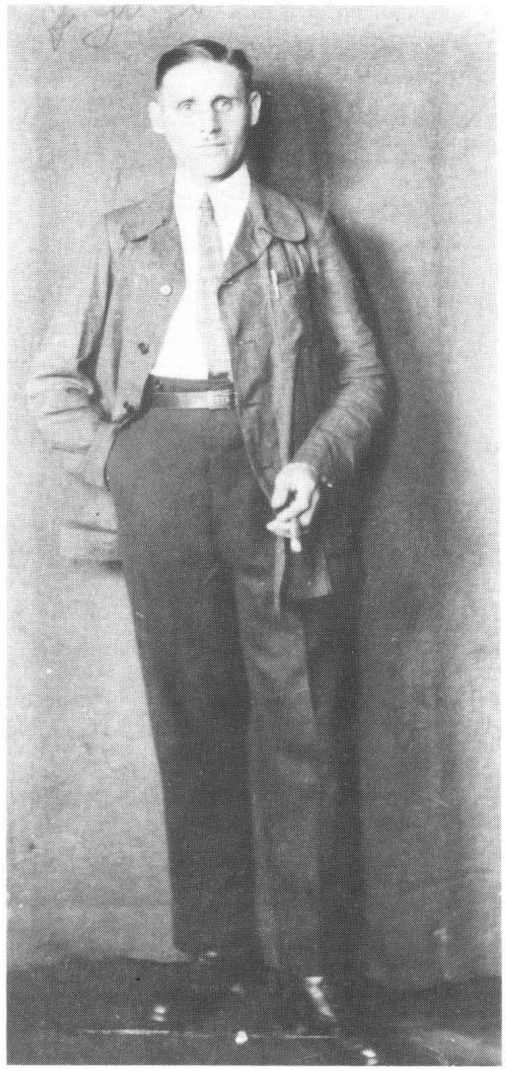
ANLAGEN — DRAHTWORT — FERNRUF — POSTSCHECK — BANK-KONTEN

in Kiel geleitet. Auf diese Weise legten Polizei und preußische Verwaltung Dateien über AntifaschistInnen an. Die Nazis konnten später darauf zurückgreifen.

Die politischen Gegner der KPD versuchten, die Auseinandersetzung auch mit dem Mittel der Kriminalisierung zu führen. In einer großangelegten Aktion am 10. November 1931 fanden 41 Haussuchungen bei der Pinneberger KPD statt. Die Polizei suchte »Waffen, Zersetzungsschriften und sonstiges Material strafbaren Inhalts«. Das damals deutschnational orientierte Pinneberger Tageblatt berichtete über die Aktion. Über die Einstellung des Verfahrens im Februar 1932 wurde später nichts veröffentlicht. Das gesuchte Material war nicht gefunden worden. Diese Vorgehensweise gegen die KPD war typisch. Gegen die NSDAP wurden energische Maßnahmen nicht einmal ergriffen, als 1931 Umsturzpläne, die »Boxheimer Dokumente«, bekannt wurden.

Auch die Töchter, Söhne und Schwiegerkinder der Geicks waren in der KPD aktiv. Der älteste Geick-Sohn Heinrich und seine Frau Martha kandidierten zur Pinneberger Kommunalwahl 1929. Der jüngste Sohn Hermann trat als Versammlungsredner für die Partei auf. Max Hoche, Ehemann von Elsa Geick, trat 1913 der SPD, 1919 der KPD bei, deren Vorsitzender er zeitweise in Pinneberg war. Seine Ausstrahlung reichte über Pinneberg hinaus. Als KPD-Vorsitzender von Lägerdorf hatte er eine entscheidende Rolle bei einem Aufstand der Arbeiterschaft am 23. Oktober 1923 gespielt. Diese Aktion war eine regionale Entsprechung des revolutionären »Hamburger Aufstandes« der KPD. Polizei und Reichswehr griffen in Lägerdorf ein. Zwei Demonstranten und ein Polizist wurden getötet. Max Hoche floh, stellte sich aber später der Polizei und wurde zu Festungshaft verurteilt. Er verbüßte seine Strafe in Gollnow in Pommern. Viele seiner Mitgefangenen waren Teilnehmer des »Hamburger Aufstandes«.

Nach der Haftentlassung siedelte er sich in Pinneberg an. Hier wurde er am 23. Mai 1930 als Nachfolger von Heinrich Sellmann Stadtverordneter der KPD.



Max Hoche, zeitweise KPD-Vorsitzender und 1930 bis 1933 Stadtverordneter der KPD in Pinneberg.

Die letzten Monate der Weimarer Republik

Am 17. Juli 1932 stürmten Elmshorner SA-Leute das Pinneberger Arbeiterlokal von Hinrich Rechter, in dem gerade ein Tanzvergnügen stattfand. Die SA schoß. Zwei Menschen wurden schwer und 20 leicht verletzt. Das Mobiliar wurde zer-

trümmert. Die SA-Leute hatten in Altona an einem Marsch durch traditionell links orientierte Arbeiterwohngebiete teilgenommen und Auseinandersetzungen provoziert, die am selben Tage 14 Menschen das Leben kosteten. Dieser Tag ging als »Altonaer Blutsonntag« in die Geschichte ein.

Der »Altonaer Blutsonntag« war für die rechtsgerichtete Reichsregierung willkommener Anlaß, am 20. Juli 1932 die sozialdemokratisch geführte Regierung von Preußen abzusetzen. Mit der vorangegangenen Aufhebung des SA- und SS-Verbotes waren die Nazis geradezu ermuntert worden, ihren Terror zu forcieren. Im Schutze der Dunkelheit warfen sie in der Nacht der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 Handgranaten auf die Gaststätte Schütterow in Elmshorn, ein beliebtes Arbeiterlokal, in dem auch das Büro der KPD untergebracht war. Sie schossen auf die Menschen, die vor dem Lokal standen. In Uetersen war die Einkaufsstätte »Produktion« Ziel eines Bombenattentats. In Barmstedt warfen die Nazis von einem fahrenden Motorrad eine Handgranate auf

Hermann Geick.

Martha und Heinrich Geick jun. (Foto aus dem 1. Weltkrieg).

die Gaststätte »Goldener Stern«, die auch als Treffpunkt der KPD galt. Die Granate verfehlte ihr Ziel und flog in das Nachbarhaus des Schuhmachers Gottschalk, wo die Explosion ein schlafendes Kind aus dem Bett schleuderte und großen Sachschaden anrichtete. In Pinneberg war wiederum die »Produktion« Ziel eines Anschlages. Im November 1932 wurden ca. 40 Nationalsozialisten aus dem Kreis Pinneberg, Altona und mehreren anderen Orten Schleswig-Holsteins wegen dieser Attentate angeklagt. Zu den Angeklagten gehörten aus Pinneberg Herbert Burmester, Kurt Gerlach und Heinrich Kobarg.

Anfang November 1932 wurden Pinneberger Sozialdemokraten, die in der Bahnhofstraße Flugblätter verteilten, von SA-Leuten überfallen und dem Vorsitzenden der Pinneberger SPD, Emil Weingärtner, das Nasenbein zertrümmert.

Beide Arbeiterparteien, SPD und KPD, waren zunehmend Ziel des Naziterrors. Es gehörte zum

Der Zwischenfall in der Bahnhofstraße

Wir erhalten folgende Zuschrift: Der in der gestrigen Ausgabe des Pinneberger Tageblatts veröffentlichte Bericht veranlaßt mich, als [illegible] von d[illegible] Ueberfall am meisten Betroffenen, meine Meinung zu äußern. Wir verteilten am Sonnabend, 5. November, mit 8 Mann in Pinneberg-Stadt Flugblätter. An der Ecke Bahnhofstraße/Fahltskamp teilten wir uns. 4 Mann gingen Bahnhofstraße, die restlichen 4 Mann gingen Fahltskamp/Lindenstraße. Es war gegen 5 Uhr. Wir befanden uns auf dem oberen Teil der Bahnhofstraße, und zwar zwischen Moltkestraße und Amtsgericht. Plötzlich kam ein Lieferwagen angefahren, hielt an, herunter sprangen 15—20 Nationalsozialisten und stürmten auf uns ein. Verstärkt wurden die Nationalsozialisten noch durch Gesinnungsgenossen, welche per Rad und zu Fuß ankamen. Ehe wir wußten, was los war, wurden wir 4 Flugblattverteiler und noch zwei hinzukommende Gesinnungsfreunde von den Nationalsozialisten umringt und mit den Fäusten bearbeitet. Ich wurde gegen den Lieferwagen gedrückt. Fünf Nationalsozialisten hieben unter Ausruf meines Nachnamens auf mich ein. Die Spuren dieser liebevollen Behandlung sind auf meinem Körper zu sehen. Meine Tasche wurde mir entrissen, die Flugblätter gestohlen. Als ich mich aus der Umklammerung zu befreien versuchte, erhielt ich von dem Nationalsozialisten Körber einen Schlag mit einem harten Gegenstand gegen die Nase. Mein Gesicht war sofort blutüberströmt. Der Arzt stellte komplizierten Nasenbeinbruch fest und entfernte die vorhandenen Knochensplitter. Meine anderen fünf Kameraden kamen glimpflicher davon, Beulen und Hautabschürfungen waren der Erfolg dieses Naziüberfalles. Zu den anderen Teilen des Berichts verzichte ich [illegible] zu äußern und überlasse es den Lesern des Pinneberger Tageblatts, sich ihre Meinung zu bilden. Für die in dem Flugblatt der SPD. veröffentlichten Tatsachen treten wir jederzeit gern den Wahrheitsbeweis an. Für mich ist hiermit diese Angelegenheit erledigt. Das Gericht hat das letzte Wort.

E. Weingärtner.

Leserbrief des SPD-Vorsitzenden Emil Weingärtner an das Pinneberger Tageblatt zu dem Nazi-Überfall am 5. November 1932 in der Pinneberger Bahnhofstraße. PT vom 8.11.1932.

Programm der NSDAP, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Dennoch fanden Sozialdemokraten und Kommunisten nicht zu wirksamen gemeinsamen Abwehraktionen zusammen. Sie ordneten vielmehr die antifaschistischen Aktivitäten ihren parteipolitischen Zielen unter.

Die Nazis an der Macht

Bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932 erlitt die NSDAP empfindliche Verluste von fast zwei Millionen Stimmen. Sie hatte den Höhepunkt ihrer Massenwirksamkeit überschritten. Die Kräfte der »Harzburger Front«, des Bündnisses der NSDAP mit konservativen Parteien, Vertretern der Banken, Konzerne, des Großgrundbesitzes und Militärs, entschlossen sich zum Eingreifen zugunsten der NSDAP.

Ein Beleg dafür findet sich in der eidesstattlichen Erklärung des Bankiers Kurt von Schröder über ein Treffen Hitlers und Papens in seiner Villa am 4. Januar 1933: »Als die NSDAP am 6. November 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend. ... Das wirtschaftliche Programm Hitlers war in der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt.« Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Hindenburg Hitler zum Reichskanzler.

Am 18. Februar 1933 meldete das Pinneberger Tageblatt: »Sozialdemokraten gemeinsam mit Kommunisten veranstalteten gestern Abend einen Demonstrationsumzug durch die Straßen der Stadt Pinneberg. Der Zug versammelte sich um 7 Uhr in der Koppelstraße und marschierte dann unter Vorantritt von zwei Musikkapellen und zwei Spielmannszügen durch sämtliche Stadtteile. Die Teilnehmerzahl wurde auf 6-700 Personen geschätzt.« Zu ähnlichen gemeinsamen Aktionen der Arbeiterparteien kam es in diesen Tagen auch in Elmshorn und Uetersen.

Dieses gemeinsame Auftreten gegen die Nazis war eine Ausnahme und kam zu spät.

Verfolgung der KPD

Am 27. Februar 1933 brannte der Deutsche Reichstag in Berlin. Die von Hitler geführte Reichsregierung beschuldigte Kommunisten als Brandstifter und Hindenburg erließ am nächsten Tag die »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat«, von der zunächst hauptsächlich KPD-Mitglieder betroffen waren.

Max Hoche, Spitzenkandidat der KPD zur Pinneberger Kommunalwahl am 12. März 1933, sollte noch in der Nacht des 28. Februar 1933 verhaftet werden, wurde jedoch kurz vorher gewarnt, konnte entkommen und sich längere Zeit in Hamburg verstecken. Schließlich floh er per Schiff, in einer Tonne versteckt, in die Sowjetunion. Dort arbeitete er in einer Kolchose in Rostow am Don. Im Oktober 1937 wurde Max Hoche verhaftet. Seitdem gilt er als vermißt. Am 18. Januar 1941 wurde ihm die deutsche Staatszugehörigkeit aberkannt, und noch die SS-Einsatzgruppen fahndeten in den besetzten Gebieten der Sowjetunion nach ihm.

Auflösung der Parlamente

Die neue Reichsregierung löste alle Parlamente vorzeitig auf und setzte für den 5. und 12. März 1933 Neuwahlen an. Sie wollte für sich eindeutige Mehrheiten schaffen. Auf der KandidatInnenliste zur Kommunalwahl am 12. März 1933 in Pinneberg standen 16 Namen von Mitgliedern der KPD, darunter auch Heinrich Geick. Trotz des politischen Ausnahmezustandes und Terrors nach dem Reichstagsbrand wurden Max Hoche, Hermann Scherpe und Martha Geick in die neue Stadtvertretung gewählt. Sie konnten ihre Mandate aber nie antreten. Noch vor der ersten Zusammenkunft der Stadtvertretung wurden sie ihnen auf Anweisung der Regierung aberkannt. Die SPD errang fünf Mandate, und die Liste »Nationaler Aufbau«, ein Wahlbündnis der NSDAP mit

PT vom 8.3.1933.

Durchführung der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933

TU. **Berlin,** 6. März. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Kommissar des Reiches für das preußische Ministerium des Innern für die praktische Anwendung der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 in einem besonderen Runderlaß vom 3. März 1933 folgende Weisungen erteilt:

§1 der Verordnung setzt nicht nur die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Reichsverfassung bis auf weiteres außer Kraft, er beseitigt vielmehr auch alle sonstigen für das Tätigwerden der Polizei auf den angeführten Gebieten gezogenen Reichs- und landesgesetzlichen Schranken, soweit es zur Erreichung des mit der Verordnung erstrebten Zieles zweckmäßig und erforderlich ist. In diesem Rahmen können die Polizeibehörden, also insbesondere auch über die ihnen durch das Polizeiverwaltungsgesetz gezogenen Schranken hinaus tätig werden. Ihre Anordnungen bleiben im übrigen Polizeiverordnungen oder polizeiliche Verfügungen und unterliegen daher auch in formeller Beziehung den dafür geltenden Vorschriften.

Nach Zweck und Ziel der Verordnung werden sich die nach ihr zulässigen erweiterten Maßnahmen in erster Linie gegen die Kommunisten, dann aber gegen diejenigen zu richten haben, die mit den Kommunisten zusammenarbeiten und deren verbrecherische Ziele, wenn auch nur mittelbar unterstützen oder fördern. Zur Vermeidung von Mißgriffen wird darauf hingewiesen, daß Maßnahmen, die gegen Angehörige oder Einrichtungen anderer als kommunistischer anarchistischer und sozialdemokratischer Parteien oder Organisationen notwendig werden, auf die Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 nur dann zu stützen sind, wenn sie der Abwehr solcher kommunistischen Bestrebungen in weitestem Sinne dienen. In sonstigen Fällen ist nach der Verordnung vom 4. Februar 1933 einzuschreiten. Die Gewerkschaften sind übrigens nicht ohne weiteres den sozialdemokratischen Organisationen gleichzustellen.

Die nach Beseitigung der gesetzlichen Schranken zulässigen polizeilichen Maßnahmen stehen grundsätzlich der Ortspolizeibehörde zu. Abweichend hiervon dürfen jedoch Anordnungen, die das Verbot einer periodischen Druckschrift, oder eine Beschränkung des Eigentums zum Gegenstand haben, nur von den Landespolizeibehörden erlassen werden. Anordnungen, die Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes betreffen, oder Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis zum Gegenstand haben, dürfen nur von den Kreispolizeibehörden erlassen werden.

Gemäß § 49 der Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeinde- pp. Vertretungen wird hiermit bekanntgemacht, daß der Wahlausschuß für die am 12. März 1933 in der Stadt Pinneberg stattfindende

STADTVERORDNETENWAHL

folgende Wahlvorschläge zugelassen und festgesetzt hat:

Wahlvorschlag Nr. 1.

Kennwort: Nationaler Aufbau (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei — Hitlerbewegung — und Nationale bürgerliche Arbeitsgemeinschaft).

1. Franz-Viktor Freiherr v. Baselli, Rechtsanwalt, Bahnhofstr. 35
2. Karl Lüders, Stellmachermeister, Elmshorner Str. 9.
3. Walter Burmester, Maschinenbaumeister, Damm 35.
4. Friedrich Thomas, Rechtsanwalt, Tangstedter Str. 29.
5. Adolf Kamm, Pensionar, Thesdorfer Str.
6. Heinrich Kohnke, Landwirt, Datumer Chaussee.
7. Hermann Schluter, Kaufmann, Mühlenstr. 3.
8. Heinr. Goldschmidt, Kreisausschuß-Obersekr. Dingstatte 16
9. Gustav Ramme, Schmied, Hamburger Str. 26.
10. Johann Greick, Siedler, Pinneberg-Datum.
11. Karl Stefan, Kaufmann, Schillerstr. 29.
12. Johann Lienau, Fahrradhandler, Damm 49
13. Hugo Andersen, Postschaffner, Moltkestr. 5 I.
14. Paul Cloos, kaufmännischer Angestellter, Kirchhofsweg 7.
15. Wilhelm Oelting, Maurermeister, Osterholder Allee 2.
16. Gustav Glißmann, Landwirt, Haidkamp 31.
17. August Reich, Bankbeamter, Schulstr. 3.
18. Wilhelm Siegert, Kraftfahrer, Bismarckstr. (Feuerwache).
19. Christian Jessen, Katasterdirektor, Tangstedter Str. 8
20. Heinrich Kobarg, Arbeiter, Elmshorner Str. 234.
21. Richard Schulz, Mittelschullehrer, Bahnstr. 39.
22. Johann Lehr, Tischlermeister, Bahnhofstr. 42.
23. Otto Cold, Provinzial-Baurat, Holstenstr. 1.
24. Otto Heyrock, Schlosser, Peinerweg 28.
25. Hermann Arens, Kaufmann, Dingstätte 11
26. Otto Barsecke, Bucherrevisor, Bahnhofstr. 45.
27. Herbert Reymann, Gartner, Muhlenstr. 22
28. Johann Martens, Justizangestellter, An der Muhlenau 37.
29. Dr. Hans Haß, Tierarzt, Tangstedter Str. 27.
30. Ernst Kähler, Weinhandler, Bahnhofstr. 15.
31. Karl Gloyer, Schlachtermeister, Dingstatte 16.
32. Hermann Haß, Angestellter, Dingstätte 11.
33. Albert Körber, kaufmannischer Angestellter, Fahltskamp 1
34. Cord Dreyer, Tischlermeister, Damm 18.
35. Hans Moller, Fuhrmann, Muhlenstr. 60.

Wahlvorschlag Nr. 2.

Kennwort: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S.P.D.).

1. Johannes v. d. Heide, Geschaftsfuhrer, Kirchhofsweg 4.
2. Richard Kohn, Geschaftsführer, Schauenburgerstr. 18.
3. August Schweiger, Burodirektor, Haidkamp 22.
4. Emil Weingartner, Metallarbeiter, Elmshorner Str. 41.
5. Heinrich Sellmann, Drahtweber, Rübekamp 29.
6. Emilie Helm, Ehefrau, Ludwig-Meyn-Str. 14.
7. Adolf Issel, Rentner, Neue Str.
8. Wilhelm Wulf jr., Maurer, Kirchhofsweg 92.
9. Erich Oesterreich, Buchdrucker, Jansenallee 17.
10. Wilhelm Hochreiter, Zimmerer, Wedeler Weg 45.
11. Willi Nusse, Schriftsetzer, Jansenallee 17.
12. Hans Maack, Schlosser, Bahnhofstr. 13.
13. Ernst v. d. Heide, Kassengehilfe, Kirchhofsweg 4.
14. Anna Scheel, Ehefrau, Ludwig-Meyn-Str. 12.
15. Hermann Bohnemann, Schlosser, Schauenburgerstr. 13.
16. Wilhelm Bruhn sen., Arbeiter, Hermanstr. 8.
17. Heinrich Lempfert, Lagerhalter, Kirchhofsweg 28.
18. Diedrich Meyer, Maurer, Hatschenkamp.
19. Friedrich Fischer jr., Tischler, Wedeler Weg 45.
20. Hermann Asmus, Lagerhalter, Rübekamp 27.
21. Helmut Leue, Buchdrucker, Ludwig-Meyn-Str. 14.

Wahlvorschlag Nr. 3.

Kennwort: Kommunistische Partei Deutschlands.

1. Max Hoche, Kriegsbeschädigter, Friedenstr 50.
2. Hermann Scherpe, Gartner, Ludwig-Meyn-Str. 1
3. Martha Geick, Hausfrau, Dingstätte 34 a.
4. Heinrich Possardt, Arbeiter, Aschopatwiete.
5. Karl Schnittger, Tischler, Kirchhofsweg 98.
6. Otto Lohse, Invalide, Prisdorfer Str. 24.
7. Peter Hintelmann, Arbeiter, Elmshorner Str. 165
8. Karl Bohlander, Arbeiter, Lindenstr. 9.
9. Willi Dahms, Seemann, Elmshorner Str. 117 a
10. Hans Stehr, Zimmerer, Elmshorner Str. 175.
11. Wilhelm Lonnies, Landarbeiter, Kirchhofsweg 98.
12. Julius Pustlauk, Schlosser, Hermanstr. 1.
13. Heinrich Geick sen., Invalide, Friedenstr. 50.
14. Willy Finnern, Monteur, Wedeler Weg 79.
15. Heinrich Wichers, Bauarbeiter, Elmshorner Str. 128
16. Alma Niedzolka, Baumschularbeiterin, Friedenstr. 42

Pinneberg, den 6. März 1933.

Der Vorsitzende des Wahlausschusses:
Burmeister.
Bürgermeister.

Bekanntmachung der KandidatInnen zur Kommunalwahl in Pinneberg am 12. März 1933. PT vom 7.3.1933.

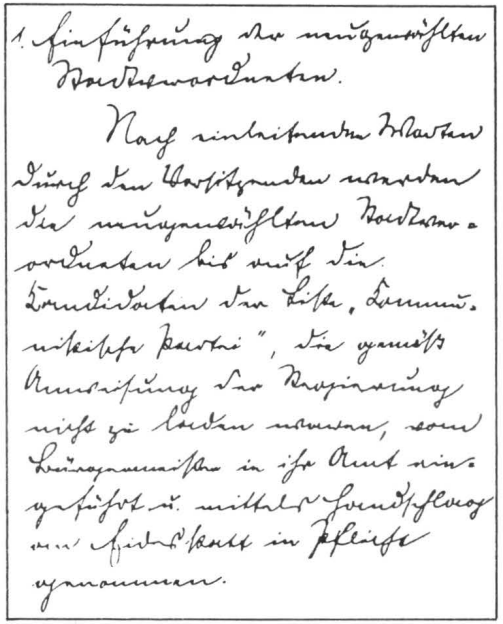
der konservativen »Nationalen bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft«, erhielt 13 Sitze und damit die absolute Mehrheit. Drei Monate später, nach dem Verbot der SPD am 22. Juni 1933, wurden auch den sozialdemokratischen Stadtverordneten ihre Mandate aberkannt. Am 27. Juni 1933 meldete das Pinneberger Tageblatt: »In der Stadt Pinneberg wurden zehn führende Mitglieder der SPD und KPD festgenommen, von denen vier nach Altona in Haft genommen, während sechs wieder auf freien Fuß gesetzt wurden.«

Beginn einer illegalen kommunistischen Arbeit

Die KPD in Pinneberg konnte ab März 1933 nur noch illegal existieren, und zwar unter Bedingungen, von denen sich vorher niemand einen Begriff hatte machen können. Trotz Terrors, zahlreicher Verhaftungen und Androhung hoher Strafen versuchte die KPD, politisch weiterzuarbeiten.

Haussuchungen waren an der Tagesordnung. Das Pinneberger Tageblatt vom 14. März 1933 meldete: »Heute morgen gegen sechs Uhr wurde durch die hiesige Polizei mit Unterstützung von Landjägerei und Hilfspolizei eine Razzia vorgenommen. Überholt wurde vor allem das Stadtviertel Mühlenstraße, Kirchhofsweg, Wedelerweg, das sogenannte ›Klein-Moskau‹. Aber auch in der Friedenstraße und Elmshornerstraße fanden Haussuchungen statt.« Drei Personen wurden an diesem Morgen verhaftet.

In diesen Tagen warnte der Lagerist Richard Habedank Olga Geick: »Oma Geick, mach' hier keine Versammlung mehr auf dem Hof — die sind sowieso schon hinter euch her.« Das waren sie auch. Bei den vielen Durchsuchungen im Geick'schen Haus wurde kein Winkel verschont, das Mobiliar ging zu Bruch. Eines Tages rückten wieder einmal mehrere Polizisten bei den Geicks an. Sie gingen schnurstracks zum Misthaufen am Garten und stocherten darin herum, um versteckte Material zu finden. Olga Geick, eine tatkräftige, temperamentvolle und schlagfertige Frau, pflanzte sich neben ihnen auf, schnappte sich die Forke, drückte sie dem Nächststehenden in die Hand und legte los: »Wenn se hier schon dat ünnerste to oberst dreiht, denn schmiet se den Schiet man glieks op de Beete rümdrum, dann bruk ik



1. Einführung der neugewählten Stadtverordneten. Nach einleitenden Worten durch den Vorsitzenden werden die neugewählten Stadtverordneten bis auf die Kandidaten der Liste »Kommunistische Partei«, die gemäß Anweisung der Regierung nicht zu laden waren, vom Bürgermeister in ihr Amt eingeführt u. mittels Handschlag an Eidesstatt in Pflicht genommen.

»Protokoll der Städtischen Kollegien zu Pinneberg« vom 24. März 1933.

dat nich selbs moken.« Sprach's und sah mit unverhohlener Schadenfreude zu, wie die »Obrigkeit« erfolglos im Mist herumfuhrwerkte. Vielleicht suchten die Polizisten einen Stapel Material, den Olga Geick im großen Stubenofen versteckt hatte. Als sie im Herbst zum ersten Mal wieder den Ofen angeheizt hatte und den Aschkasten herausnahm, jammerte sie entsetzt: »Ogott-ogottogott!«. In der Asche lagen die verkohlten Reste ihres sorgsam gehüteten Materials.

»Verbotene« Druckschriften

Die Familie Geick beteiligte sich aktiv an der illegalen Parteiarbeit in Pinneberg. Heinrich jun. war Vorsitzender des Sportclubs »Roter Stern«. Die in Hamburg illegal hergestellte Verbandszeitung »Roter Nordsport« verbreitete er in Pinneberg. In

dieser Zeitschrift wurden die Lügen und Verbrechen der neuen Machthaber angeprangert. Heinrich Geick jun. wurde im Sommer 1933 verhaftet und wegen der illegalen Verbreitung des »Roten Nordsport« angeklagt. In der Anklageschrift wird aus dem »Roten Nordsport« zitiert: »Die Arbeitslosenstatistik der Hitlerregierung, die Zahlen über das Sinken der Arbeitslosigkeit sind gefälscht. ... Aller Terror, alle Unterdrückungsmaßnahmen, alle Folterungen aufrechter Klassenkämpfer, alle Betrugsmanöver an den Werktätigen können nie und nimmer verhindern, daß die Einheitsfront der Werktätigen im täglichen Kampfe im Betrieb, auf der Stempelstelle, im Wohngebiet immer mächtiger anschwillt, daß sie in Aktionen gegen die Hitlerregierung sich auswirkt und die Voraussetzung schafft für den Sturz der faschistischen Diktatur.«

Straßenbenennungen im »neuen« Zeitgeist.
PT vom 15.5.1933.

Benennung von Straßen und Plätzen

Magistratsvorlage: „Um auch seitens der Stadt Pinneberg unserer Verehrung für deutsche Führer und Helden Ausdruck zu verleihen, hat der Magistrat folgende Straßenbenennungen beschlossen: 1. Änderung der Benennung Hamburger Straße in „Hindenburgdamm", 2. Benennung des neugeschaffenen Platzes beim Bahnhof von der Bahnhofstraße ab bis zum Tunnel „Adolf-Hitler-Platz", 3. Benennung der verlängerten Osterholderallee auf der Strecke vom Reitweg bis zum Jagdhaus „Manfred-v.-Richthofen-Straße", 4. Benennung der neuen Verbindungsstraße vom Eichenhorst zum Hirtenweg „Schlageter-Straße". — Es wird entsprechend der Vorlage beschlossen. Anschließend gab der kommissarische Beigeordnete v. Baselli folgende Erklärung ab: „Pinneberg ist in der Zeit von 1918 bis 1932 verschont geblieben von Straßen-Benennungen nach den Großen jener Epoche. Wenn wir trotzdem im Beginn unserer Tätigkeit dazu übergegangen sind, für vier Straßen Benennungen mit Namen vorzuschlagen, die uns teuer sind, so geschieht dieses aus einer besonderen Erwägung. Die verflossenen 14 Jahre bedeuten nicht nur einen allmählichen und sich immer mehr beschleunigenden Verfall von Staat und Wirtschaft, eine allmahliche Auflösung des ganzen deutschen Volkes, — sie haben auch in moralischer und seelischer Beziehung zu einer Zersetzung innerhalb des deutschen Volkes geführt, die erst jetzt, wo wir das verflossene Zeitalter abgeschüttelt haben, mit Deutlichkeit erkennbar wird. Die von jüdischem Geist beherrschte Literatur der Nachkriegszeit, das ganze Kunst- und Theaterleben, gewisse Zeitungen und Zeitschriften haben es fertig gebracht, alles, was mit Heldischem und Heldenverehrung zusammenhängt, lächerlich zu machen und zu karrikieren. Und das gerade beim deutschen Volk, das nach der Charaktereinstellung des Einzelnen sowie nach seiner 2000jährigen Geschichte immer das Führerprinzip anerkannt hat und damit von selbst zur Verehrung seiner Helden gekommen ist. — Dieser jüdische Zersetzungsprozeß muß zur Wiederherstellung deutschen Volkstums von Grund aus ausgemerzt und beseitigt werden. Hierzu wollen wir alle mitarbeiten, und hierzu wollen wir in unserer Stadt Straßen-Benennungen haben, die uns tagtäglich an die ungeheuerlichen Leistungen großer Führer des deutschen Volkes, an Energie, Tatkraft und Tapferkeit erinnern. Diese Erinnerung soll in uns selbst die Grundeigenschaft des deutschen Menschen, wie er in den genannten Führer-Persönlichkeiten verankert ist, wachrufen, damit wir endlich herauskommen aus dem Einfluß fremdrassiger Elemente und wieder zurückkehren zu uns selbst."

Roter Nordsport
Organ der Roten Sportler der Wasserkante Nr. 25 ■ 5 Pfg.

Unsere ... hingerichteten Genossen ... im Gedenken!

Zur politischen Lage

Titelblatt einer illegalen Ausgabe des »Roten Nordsport«.

Am 24. August 1933 kam Heinrich Geick jun. ins Gerichtsgefängnis Altona in Untersuchungshaft. Er wurde wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« verurteilt und war bis zum 25. April 1935 in Haft, zuletzt in einem Gefängnis in Berlin-Tegel. Nach seiner Entlassung arbeitete er als Dreher bei der Firma Hatlapa in Uetersen. Zu seinen Kollegen zählte der Sozialdemokrat Victor Andersen, der wegen seiner Widerstandstätigkeit bereits mehrere Konzentrationslager und Zuchthäuser »kennengelernt« hatte. Gemeinsam hörten beide Antifaschisten während des Krieges ausländische Sender.

Auch andere illegale Materialien der KPD wurden in Pinneberg verteilt. Das Pinneberger Tageblatt meldete zum Beispiel am 1. April 1933 die Verhaftung eines Arbeiters wegen Verbreitens »verbotener« Druckschriften und am 6. April 1933: »In den gestrigen Abendstunden wurde in verschiedenen Stadtteilen ein kommunistisches Flugblatt mit der Überschrift ›Kampferklärung der Kommunistischen Partei‹ verteilt. Das Flugblatt enthielt wüste Beschimpfungen gegen die

Die Hakenkreuzflagge auf dem Pinneberger Rathaus. PT vom 8.3.1933.

Regierung. Es konnte leider bis jetzt noch nicht festgestellt werden,wer die Druckschrift hergestellt und verteilt hat. Diesbezügliche Mitteilungen aus dem Publikum werden von der Polizei erwünscht und wird Verschwiegenheit zugesichert.«

Am 10. November 1933 entdeckte die Staatspolizei in Altona eine KPD-Druckerei, in der auch Zeitungen für die KPD in Pinneberg gedruckt wurden, und der Kommunist Emil Buchner aus Kölln-Reisiek berichtete, daß er als Kurier Flugblätter nach Pinneberg zu einem der Brüder Geick bringen sollte.

Heinrich Geick in Haft

Im April 1934 wurde der nunmehr 61jährige Heinrich Geick verhaftet. Die Enkelin Helga Hoche erinnert sich: »Ich spielte gerade mit Walter draußen, als wir mehrere Polizisten sahen, die unseren Opa abholten. Walter lief weinend auf Opa zu und schrie die Polizisten an: ›Nehmt mir meinen Opa nicht weg!‹. Er wurde aber von ihnen weggestoßen, und wir mußten zusehen, wie sie Opa abführten.« Heinrich Geick kam zunächst als Untersuchungshäftling nach Hamburg und wurde dort wegen seiner Beteiligung am Widerstand zu einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 13 Tagen Untersuchungshaft verurteilt. Am 25. Mai 1934 wurde er ins Gefängnis Neumünster eingeliefert und unter der Nummer 404/34 registriert. Um ihrem Mann ihre Verbundenheit zu bekunden, scharte Olga Geick ihre elf Enkelkinder um sich, ließ sich mit ihnen fotografieren und schickte Heinrich Geick das Foto ins Gefängnis.

Heinrich Geick war herzkrank. Lebenswichtige Medikamente wurden ihm verweigert. Am 13. Februar 1935 starb er. Die Eintragung für die Todesursache beim Standesamt Neumünster lautet lapidar »Schlaganfall«.

Die Beerdigungsunternehmerin Liesbeth

Naue aus der Pinneberger Lindenstraße 3 holte Heinrich Geicks Leichnam aus Neumünster ab. Im Gefängnis unterschrieb sie einen Revers, daß sie den Leichnam weder entkleiden noch waschen werde. Bei Nichtbeachtung wurde ihr Haft angedroht. Liesbeth Naue war aber die Schwester von Olga Geick und dachte gar nicht daran, sich einschüchtern zu lassen. Heinrich Geick wurde in der Friedenstraße 50 aufgebahrt. Sein Körper wies deutliche Spuren von Mißhandlungen auf.

In der Todesanzeige schrieb Olga Geick provozierend, daß ihr Mann im Gefängnis in Neumünster gestorben war und lud zur »Abschiedsstunde« in die Friedenstraße 50 ein. Das Haus war zu klein, um die vielen Menschen aufzunehmen, die ihre Sympathie für den Toten bekundeten. Zur Trauerfeier auf dem Ohlsdorfer Friedhof war die große Halle des Krematoriums bis auf den letzten Platz besetzt. Die Urne wurde am 23. Februar 1935 auf dem Pinneberger Friedhof am Kirchhofsweg beigesetzt.

Für Olga Geick begann nach der Verhaftung des Sohnes Heinrich, nach dem Tod ihres Mannes und der Sorge um den seit 1942 an der Front in der Sowjetunion vermißten Sohn Hermann eine Zeit materieller Not. Sie erhielt keine staatliche Unterstützung und freute sich über jede solidarische Zuwendung von NachbarInnen und GenossInnen. Sie nahm einen Untermieter auf, und auch ihr Pflegesohn Walter trug schon mit zehn Jahren zum Unterhalt bei. Er ging in eine Baumschule arbeiten und lieferte seinen Stundenlohn von 20 Pfennig bei der »Oma« ab.

Nach dem Aufstandsversuch am 20. Juli 1944 verhaftete die Gestapo im Rahmen einer großangelegten Aktion auch Olga Geick. Sie kam am 23. August 1944 zusammen mit den Pinneberger Sozialdemokratinnen Emilie Helm und Anna Ipsen und den verhafteten Männern in das Kieler Polizeigefängnis. Über diese Verhaftungswelle »Aktion Gewitter« wird an anderer Stelle ausführlicher berichtet.

Am 31. September 1944 um 19 Uhr wurde Olga Geick wieder entlassen. In dieser Nacht wachte Pflegesohn Walter auf, als seine »Oma« vor ihm stand und sagte: »Min Jung, ik bün all wedder dor.«

Olga Geick erlebte den 8. Mai 1945 als einen Tag der Befreiung. Sie blieb bis zu ihrem Tode am 17. Dezember 1957 ihren Idealen und ihrer Partei treu.

Nach langer, in großer Geduld ertragener Krankheit entschlief am 13. Februar 1935 mein lieber Mann, meiner Kinder treusorgender Vater, der Zimmerer

Heinrich Geick

im Alter von 62 Jahren im Gefängnis in Neumünster.

In tiefer Trauer:

Frau Olga Geick und Familie.

Pinneberg, den 15. Februar 1935.

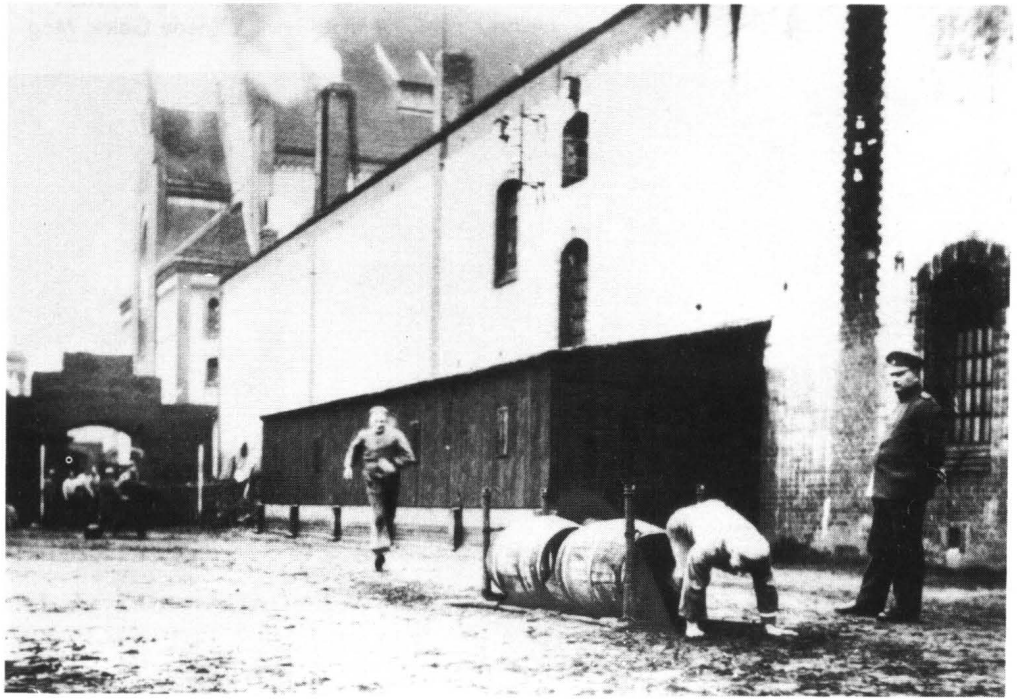
Die Abschiedsstunde findet am Montag, den 18. Febr., morgens 10 Uhr, Friedenstraße 50, statt. Einäscherung findet nachmittags 4½ Uhr im Krematorium A. Ohlsdorf statt. Abfahrt des Omnibusses ab Friedenstraße 50 um 2¾ Uhr.

Vergessen werden wir Dich nie.

Ein mutiges öffentliches Bekenntnis des Todes im Gefängnis. PT vom 15.2.1935.

Olga Geick.

Häftlinge müssen im Gefängnis Neumünster Wehrsportübungen ausführen.



Das Foto für Heinrich Geick: Olga Geick mit den Enkelkindern. Von links: Irmgard Geick, Erna Reim, Herta Reim (hinten), Olly Reim (vorne), Heinrich Geick (hinten), Walter Borchert (Mitte), Erna Hoche (vorne), Olga Geick, Helga Hoche, Helmut Geick, Elfriede Geick, Magda Geick.

Eine »Zumutung für alle national Eingestellten«: Heinrich Boschen

Kindheit im Zigarrenmacher-Milieu

Heinrich Boschen wurde am 21. August 1884 in dem Bremer Vorort Hastedt als Kind von Friedrich Boschen und seiner Frau Dorothee, geb. Feldhusen, geboren. Heinrichs Vater und beide Großväter arbeiteten als Zigarrenmacher.

Die Arbeitsbedingungen der Zigarrenmacher beschreibt ein zeitgenössischer Bericht:

»In Altona, Ottensen und Wandsbek arbeiteten die Hausindustriellen bald in Kellern, bald unter dem Dache, oft in den kleinsten Räumen zusammengepfercht und bei geschlossenen Fenstern ohne Lüftungsvorrichtung. Die Leute sitzen in diesen Räumen so gedrängt, daß, wenn einer derselben hinausgehen will, die ganze vor ihm sitzende Reihe sich erheben und die Schemel auf die Arbeitstische legen muß, um ihm Platz zu machen. Die Beleuchtung erfolgt durch Petroleumlampen, die häßlich ausdünsten; zur Heizung dient ein rotglühender eiserner Ofen. Über den Köpfen der Arbeitenden sind mit Leinwand bespannte Holzrahmen angebracht, auf denen der zu bearbeitende Tabak den erforderlichen Grad der Trockenheit bekommen soll, und an den Wänden und Türen steht in großen Tropfen das Schweißwasser. Die Luft war des Abends für den inspizierenden Beamten so überwältigend vor Ekel und des Morgens nur da erträglich, wo die ganze Nacht hindurch hatte gelüftet werden können.«

Während der Arbeit wurde abwechselnd immer eine Arbeiterin oder ein Arbeiter von den KollegInnen dazu bestimmt, vorzulesen. Auf diese Weise wurden die ArbeiterInnen mit sozialistischen Schriften vertraut.

Vater Friedrich Boschen starb bereits mit 41 Jahren. Sein Sohn Heinrich wurde zu einer Zeit

Heinrich Boschen.

geboren, in der mit der Industrialisierung die deutsche Arbeiterschaft entstand und sich unter sozialistischen Forderungen zunehmend organisierte. 1848 erschien das »Kommunistische Manifest« von Marx und Engels; im gleichen Jahr wurde in Deutschland die »Allgemeine deutsche Arbeiter-Verbrüderung« von dem Buchdruckergesellen Stephan Born gegründet, der sich die ZigarrenmacherInnen anschlossen. Ab 1863 organisierten sie sich in dem von Lassalle gegründeten »Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein«.

Was die »Fabrikherren« von ihren Beschäftigten erwarteten, sprach Krupp 1877 vor seiner Belegschaft deutlich aus:

»Genießet, was Euch beschieden ist. Nach getaner Arbeit verbleibt im Kreise der Eurigen, bei den Eltern, bei der Frau und den Kindern und sinnt über Haushalt und Erziehung. Das sei Eure Politik, dabei werdet Ihr frohe Stunden erleben. Aber für die große Landespolitik erspart Euch die Aufregung. Höhere Politik treiben, erfordert mehr freie Zeit und Einblick in die Verhältnisse, als dem Arbeiter verliehen ist. Ihr tut Eure Schuldigkeit, wenn Ihr durch Vertrauenspersonen empfohlene Leute erwählt. Ihr erreicht aber sicher nichts als Schaden, wenn Ihr eingreifen wollt in das Ruder der gesetzlichen Ordnung. Das Politisieren in der Kneipe ist nebenbei sehr teuer, dafür kann man im Hause Besseres haben.«

Das Sozialistengesetz

1884, im Geburtsjahr von Heinrich Boschen, kämpfte die Arbeiterbewegung bereits sechs Jahre unter den Bedingungen des »Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« vom 21. Oktober 1878, bekannt als »Sozialistengesetz«. Kanzler Bismarck sah in der Sozialdemokratie »eine Partei der sittlichen Verwilderung, der politischen Zuchtlosigkeit und des sozialen Unfriedens.« Er benutzte zwei 1878 versuchte Attentate auf Kaiser Wilhelm I. als Vorwand, um mit »der bedrohlichen Räuberbande, mit der wir gemeinsam unsere Städte bewohnen« — gemeint war die SPD — aufzuräumen. Unter Androhung hoher Strafen wurden die SPD und alle Arbeiterorganisationen, ihre Schriften und Zeitungen verboten. Unzählige Arbeiter verloren wegen ihrer politischen Einstellung den Arbeitsplatz. Gesinnungsschnüffelei und Denunziantentum hatten Hochkonjunktur. Spitzel im Dienste der politischen Polizei erzeugten Angst und Unsicherheit unter der Bevölkerung. Sozialdemokraten wurden des Landes verwiesen, sie galten als »vaterlandslose Gesellen«, die sich außerhalb der Staatsordnung stellten.

Durch das Sozialistengesetz wurde u.a. der »Deutsche Taback-Arbeiterverein« verboten, so daß auch der Vater und die beiden Großväter von Heinrich Boschen das Klima der Repression zu spüren bekamen. 1890 wurde das Sozialistengesetz aufgehoben.

Lehre und Militärdienst

Im selben Jahr kam Heinrich Boschen zur Volksschule in Bremen. Als 15jähriger begann er eine Maurerlehre, nach deren Beendigung er — wie damals üblich — »auf die Walz« ging und sich in verschiedenen deutschen Städten als Geselle verdingte.

Heinrich Boschen mußte am 13. Oktober 1904 zum »Infanterie-Regiment Graf Bose Nr. 31« in Altona in der Viktoriastraße zur Militärgrundausbildung einrücken. Er beendete sie am 27. September 1906. Im gleichen Jahr wurde er Mitglied der SPD.

In Pinneberg

Am 5. Oktober 1907 heiratete Heinrich Boschen die Fabrikarbeiterin Emilie Bobka in Pinneberg. Sie wurde am 13. September 1886 in Klein-Kaliszkowice bei Posen als eines von 16 Kindern geboren und kam ebenfalls aus ärmlichen Verhältnissen. Ihr Vater Joseph war ein Kleinbauer. Das junge Paar wohnte zunächst in der Pinneberger Schulstraße 8 und zog später in die Bahnhofstraße 13. Ihr Sohn Heinrich wurde 1907 geboren. In den Jahren 1909 und 1911 mußte Heinrich Boschen noch zweimal seine Familie zu Militärübungen verlassen.

Soldat im 1. Weltkrieg

Heinrich Boschen mußte den 1. Weltkrieg von Anfang bis Ende mitmachen. Schon am 6. August 1914 wurde er zum »Infanterie-Regiment Graf Bose« eingezogen, das an diesem Tage nach einer pompösen Abschiedszeremonie aus Altona abrückte. Nach dem Einfall in Belgien marschierte das Regiment bei sengender Hitze in Gewaltmärschen von 50 km pro Tag und häufig nur zwei Stunden Nachtruhe bis kurz vor Paris. Als im September der Rückmarsch befohlen wurde, stellte sich bei anhaltend schlechtem Wetter und miserabler Verpflegung quälende Ruhr in der Truppe ein. Anfang 1915 wurden Teile des Regiments in den am Hartmannsweiler Kopf im Elsaß tobenden schweren Kämpfen eingesetzt. Das Regiment kämpfte 1916 an der Somme, mußte den aufreibenden Stellungskrieg in Frankreich und anschließend 1917 die Schlacht im belgischen Flan-

Reichs-Gesetzblatt.

№ 34.

Inhalt: Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. S. 351.

(Nr. 1271.) Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Vom 21. Oktober 1878.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§. 1.

Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.

Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

§. 2.

Auf eingetragene Genossenschaften findet im Falle des §. 1 Abs. 2 der §. 35 des Gesetzes vom 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, (Bundes-Gesetzbl. S. 415 ff.) Anwendung.

Auf eingeschriebene Hülfskassen findet im gl[illegible]e der §. 29 d[illegible] Gesetzes über die eingeschriebenen Hülfskassen vom [illegible] (Reichs-Ges[illegible] S. 125 ff.) Anwendung.

Selbständige Kassenvereine[illegible] tuten die gegenseitige Unterstützu[illegible]

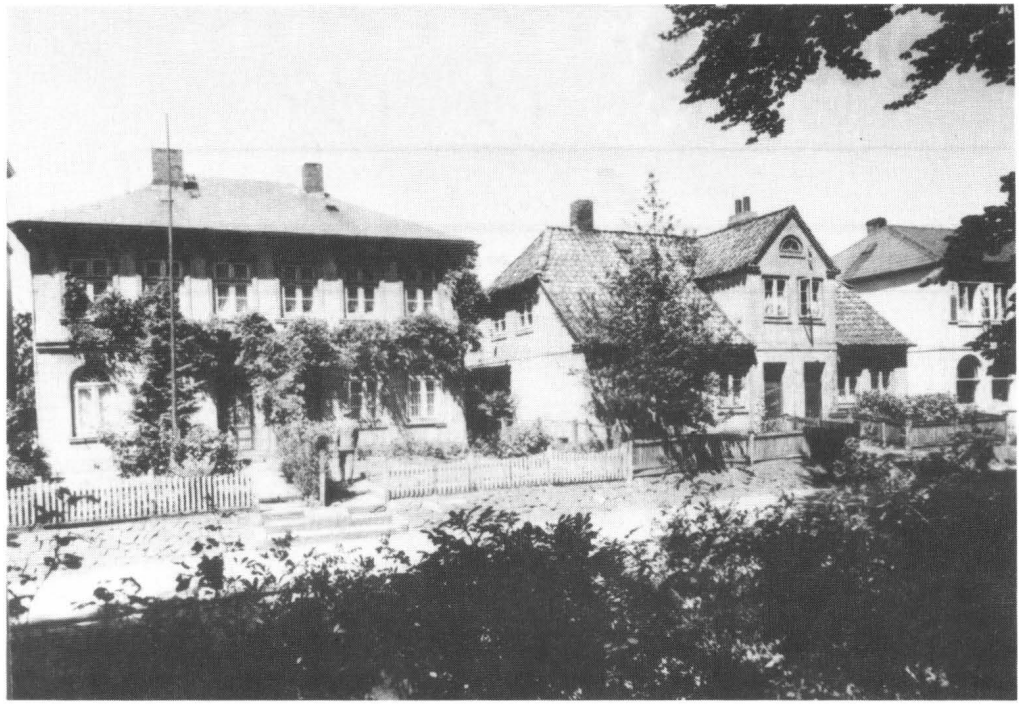
Reichs-Gesetzbl. 1878.

Ausgegeben zu Berlin den 22. O[illegible]

Hier, meine Herren, die Auswahl ist diesmal nicht groß! Für eins von beiden müssen Sie sich entscheiden!

Das Sozialistengesetz.

Karikatur aus dem „Kladderadatsch“ (1884)



Hier wohnten die Boschens viele Jahre: Bahnhofstraße Nr. 13 (2. Haus von rechts).

Emilie und Heinrich Boschen mit Sohn ca. 1908.

dern mitmachen. 1918 wurde Heinrich Boschens Regiment nach Frankreich verlegt und erlebte dort mörderische Giftgasangriffe.

Die anfängliche Begeisterung von 1914 — »Hurra, wir sind im Lande des Erbfeindes!« — war bereits im Herbst 1916 einer allmählichen Zermürbung gewichen. Die Ablehnung des Krieges griff auch in der Heimat massiv um sich. Die Zeitungen waren voll von schwarzumrandeten Anzeigen. Die Menschen hungerten. Immer mehr Soldaten desertierten und fanden in der Bevölkerung Unterstützung.

Ein geschlagenes und stark dezimiertes Regiment begann im Mai 1918 den Rückzug durch Belgien. Am 11. November 1918 trat der Waffenstillstand in Kraft. Am 2. Weihnachtsfeiertag 1918 traf der erste Transport des Regiments in Altona ein. Von hier waren am 6. August 1914 2.947 Mann ausgerückt, lediglich 439 kamen zurück. Ein revolutionärer Soldatenrat hatte inzwischen die Kommandogewalt in der Garnison übernommen.

Holsteinischer Lokal-Anzeiger

Pinneberger Tageblatt.

Quickborner Lokalanzeiger. — Schnelsener Tageblatt.

Nummer 176. Freitag, den 31. Juli 1914. 57. Jahrgang.

Der Sturm bricht los!

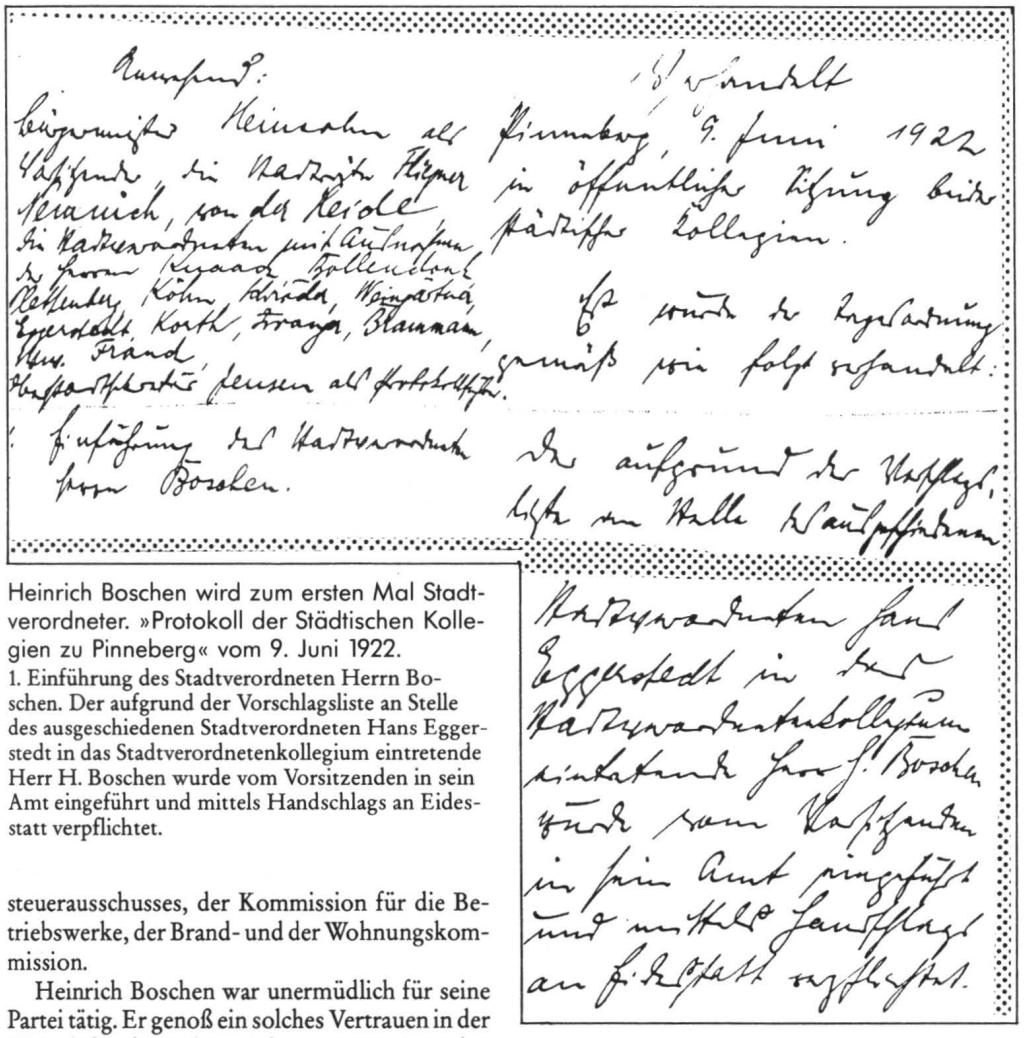
Rußland macht mobil. — Alle Börsen geschlossen. — Die deutsche Armee trifft Vorbereitungen. — Die deutschen sozialdemokratischen Skandale bringen die Wage ins Schwanken.

Heinrich Boschen wurde am 16. Dezember 1918 aus dem Heer entlassen. Die Kriegserlebnisse hatten aus ihm einen Kriegsgegner gemacht.

Aktiver Sozialdemokrat

Heinrich Boschen war jetzt bereits zwölf Jahre Mitglied der SPD. Kaum vom Militär entlassen, engagierte er sich weiter für seine Partei. Bei den ersten Pinneberger Kommunalwahlen nach dem Krieg am 2. März 1919 kandidierte er für die SPD. Auch in den Jahren 1924, 1928 und 1929 stand sein Name auf den KandidatInnenlisten. Am 9. Juni 1922 wurde er im Nachrückverfahren für Hans Eggerstedt und am 6. Juli 1928 für Hermann Schulz Stadtverordneter. Heinrich Boschen wurde unter anderem Mitglied verschiedener Kommissionen, die den heutigen Ausschüssen entsprechen: der Gas-, Wasser- und Elektrizitätskommission, des Verwaltungsausschusses der Mittel- und höheren Mädchenschule, der Land-, Feldwege- und Hafenkommission, des Gewerbe-

Emilie und Heinrich Boschen während des 1. Weltkrieges.



Heinrich Boschen wird zum ersten Mal Stadtverordneter. »Protokoll der Städtischen Kollegien zu Pinneberg« vom 9. Juni 1922.
1. Einführung des Stadtverordneten Herrn Boschen. Der aufgrund der Vorschlagsliste an Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Hans Eggerstedt in das Stadtverordnetenkollegium eintretende Herr H. Boschen wurde vom Vorsitzenden in sein Amt eingeführt und mittels Handschlags an Eidesstatt verpflichtet.

steuerausschusses, der Kommission für die Betriebswerke, der Brand- und der Wohnungskommission.

Heinrich Boschen war unermüdlich für seine Partei tätig. Er genoß ein solches Vertrauen in der SPD, daß er für mehrere Jahre zum Vorsitzenden in Pinneberg gewählt wurde. Von 1926 bis 1932 war er dann Schriftführer im SPD-Vorstand und engagierte sich u.a. in der Bibliothekskommission der Partei.

Er war außerdem Vorsitzender des »Zentralverbandes der Angestellten« im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB). Und schließlich war er noch aktives Mitglied des »Reichsbanners«.

Das »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« wurde von SPD und ADGB als überparteiliches Bündnis unter Einschluß von Angehörigen des katholischen Zentrums und der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei im Frühjahr 1924 gegründet. Unter dem Eindruck des »Hamburger Aufstandes« der KPD am 23. Oktober 1923 und des Hitlerputsches am 9. November 1923 in München sollte es zu einer Massenbewegung zum Schutze der Republik werden. Es wurde überwiegend von Sozialdemokraten getragen und zählte bald eine Million Mitglieder.

Im Gründungsaufruf des Pinneberger Reichsbanners vom September 1924 heißt es: »Alle, die auf dem Boden der Verfassung stehen und die Republik beschützen wollen, können in unsere Reihen aufgenommen werden.« Dem er-

sten Vorstand gehörten die Sozialdemokraten Fritz Wacker als Vorsitzender, August Schweiger als Schriftführer und Richard Köhn als Kassierer an.

Angestellter bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse

Heinrich Boschen war bereits seit längerem mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) verbunden: 1913 wurde er als Versichertenvertreter in den Kassenausschuß gewählt. Im Januar 1922 wurde er bei der AOK Pinneberg als hauptamtlicher Verwaltungssekretär eingestellt. In den folgenden Jahren nahm er verschiedene Aufgaben bei der AOK wahr, zuletzt als stellvertretender Geschäftsführer.

Die Ortskrankenkasse war damals für Pinneberg, Appen, Borstel, Kummerfeld, Prisdorf und Thesdorf zuständig. Sie hatte zu dieser Zeit drei oder vier Angestellte. Die Geschäftsräume befanden sich bis 1926 im Rübekamp, danach in der Bahnhofstraße 41 und ab 1930 in der Bahnhofstraße 45. 1936 wurden alle Ortskrankenkassen des Kreises Pinneberg miteinander vereinigt. Diese erheblich vergrößerte Krankenkasse zog im selben Jahr in die Dingstätte 24.

Ernst Fliegner über das SPD-Programm zur Kommunalwahl in Pinneberg am 2. März 1919. PT vom 1.3.1919.

** **Pinneberg**, 1. März. Am Donnerstag abend sprach in einer öffentlichen Wählerversammlung der sozialdemokratischen Partei Herr Fliegner über das Thema: Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. In kurzen, klaren Worten teilt Redner mit, welche Aufgaben der neuen Stadtvertretung harren und wofür sich die sozialdemokratischen Stadtverordneten mit aller Kraft einsetzen werden. Das Programm enthält u. a. folgende Punkte: Bessere Wohnungspflege, Fürsorge für werdende Mütter und Säuglinge, bessere Lebensmittelversorgung, weitester Ausbau des Selbstbestimmungsrechts der Gemeinden, Bildung von Zweckverbänden für solche Aufgaben, denen eine einzelne Gemeinde nicht gewachsen ist (wie Bau von Krankenhäusern und dergl.), Fürsorge für Arme und alte Leute, Anstellung von Schulärzten, Einführung der Einheitsschule, bessere Bezahlung der unteren und mittleren Beamten, Steuerfreiheit der kleineren Einkommen, dagegen schärfere Erfassung der größeren Einkommen und des Großgrundbesitzes durch Erhöhung des Grundsteuerreinertrages usw. Die Ausführungen des Redners fanden reichen Beifall und wurden unterstützt durch die Herren Weingärtner, Bletterberg und Knaak. Mit dem Aufruf, daß jeder Wähler und jede Wählerin am Wahltage ihre Pflicht tun, schloß sodann der Vorsitzende die Versammlung. — Mit demselben Thema beschäftigte sich am Mittwoch abend im Lokale von Fiedler eine öffentliche Versammlung der U. S. P. Auch hier entwickelte ein Hamburger Redner ungefähr dasselbe Programm.

Wahlvorschläge

für die am 2. März 1919 stattfindende Neuwahl von 24 Stadtverordneten.

Es wird hiermit bekannt gemacht, daß in der heutigen öffentlichen Sitzung des Wahlausschusses für die Neuwahl von 24 Stadtverordneten in hiesiger Stadt folgende Wahlvorschläge und folgende Verbindungen derselben zugelassen worden sind:

1. Wahlvorschlag Voß.

1. August Voß, Schuhmacher, Damm 19
2. Ernst Fliegner, Kaufmann, Schauenburgerstr. 27
3. Otto Plettenberg, Schneider, Friedenstr. 99
4. Richard Köhn, Lagerhalter, Dingstätte 37
5. Joh. v. d. Heide, Zimmerer, Kirchhofsweg 4
6. Hans Eggerstedt, Bauarbeiter, Thesdorferweg
7. Johann Knaack, Metallarbeiter, Prisdorferstr. 22
8. Heinrich Vagts, Maurer, Mühlenstr. 16
9. Jacob Schröder, Lagerhalter, Schloßstr. 7
10. Adolf Weingärtner, Werkmeister, Weidenstr. 5
11. Fritz Wacker, Maschinist, Hermannstr. 8
12. Hinrich Eggerstedt, Schriftsetzer, Elmshornerstr. 85
13. Rudolf Korth, Maurer, Schauenburgerstr. 25
14. Emil Kuhr, Barbier, Dingstätte 45a
15. Heinrich Boschen, Maurer, Bahnhofstr. 13
16. Wilhelm Bruhn, Fabrikarbeiter, Haldkamp 23
17. Hermann Asmuß, Maurer, Rübekamp 27
18. Karl Stein, Metallarbeiter, Koppelstr. 33
19. Heinrich Behnke, Fabrikarbeiter, Hermannstr. 12
20. Anton Suffa, Metallarbeiter, Paulstr. 9
21. Martin Baltruweit, Fabrikarbeiter, Hermannstr. 11
22. Wilhelm Rehmke, Fabrikarbeiter, Elmshornerstr. 75
23. Friedrich Bolzmann, Schuhmacher, Fahltskamp
24. Sylvester Ipsen, Maschinenwärter, Fahltskamp 34

2. Wahlvorschlag Fiedler.

1. August Fiedler, Gastwirt, Bahnhofstr. 4
2. Karl Häfer, Dreher, Schloßstr. 17
3. Richard Häusler, Schlosser, Moltkestr. 21
4. Friedrich Seidler, Schmied, Prisdorferstr.
5. Emil Klein, Mieter, Haldkamp 17
6. Ernst Andersen, Heizer, Schauenburgerstr. 27

3. Wahlvorschlag Nemnich.

1. Eugen Nemnich, Fabrikdirektor, Mühlenstr. 15
2. Karl Magin, Fabrikant, Damm 35
3. Heinrich Raiber, Kaufmann, Elmshornerstr. 61
4. Karl Zwanger, Maschinenmeister, Moltkestr. 27
5. Heinrich Vollendonk, Kreisausschußsekretär, Tangstedterstr. 12
6. Karl Sörensen, Rektor, Weidenstr. 2a
7. Heinrich Warncke, Holzhändler, Schauenburgerstr 9
8. Frau Ottilie Frank, Fahltskamp 7
9. Anton Binné, Fabrikant, Bahnhofstr. 7
10. Friedrich Strupp, Maurermeister, Mühlenstr. 1
11. Hinrich Brammann, Landmann, Offenpadd
12. Frau Martha Gidall, Fahltskamp 31a
13. Adolf Bielenberg, Postschaffner, Fahltskamp 41
14. Friedrich Thomas, Rechtsanwalt, Fahltskamp 33
15. Wilhelm Kröger, Zimmermeister, Elmshornerstr. 4
16. Fräulein Johanna Glismann, Damm 54
17. Wilhelm Wiechel, Oberbahnassistent, Schillerstr. 15
18. Christian Heidorn, Auktionator, Elmshornerstr 26
19. Frau Bertha Lange, Prisdorferstr. 5
20. Georg Bohlsen, prakt. Arzt, Bahnhofstr. 37
21. Hermann Sterke, Buchhalter, Damm 11
22. Julius Randel, Postsekretär, Tangstedterstr. 14.

Folgende Verbindung von Wahlvorschlägen ist zugelassen worden:

Die Wahlvorschläge **Voß** und **Fiedler**.

In der Auswahl der Bewerber ist der Wähler beschränkt. Er darf nur Namen aus einem einzigen der öffentlich bekannt gegebenen Wahlvorschläge entnehmen, muß sich also, wenn er überhaupt sein Wahlrecht gültig ausüben will, zu einem dieser Wahlvorschläge bekennen. Das Entnehmen von Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen hat die Ungültigkeit des Stimmzettels zur Folge. Durch die Verbindung der Wahlvorschläge Voß und Fiedler gelten diese als ein Wahlvorschlag. Das Zusammengehen der Parteien ist hierbei nur ein taktisches, kein programmatisches. Die verbundenen Wahlvorschläge sind bei der Wahl selbst im einzelnen völlig selbständig.

Pinneberg, den 24. Februar 1919.

Die Wahlkommission und der Wahlausschuß.

Heinsohn. C. Magin. Paul Nix. Stock.
C. Raabe. C. Glismann. H. Oeller. Karl Schneider.

PT vom 25.2.1919.

Emilie Boschen und Sohn Heinrich.

Allgem. Ortskrankenkasse, Pbg.

Wir suchen zum baldigen Antritt für unseren Bureaudienst eine durchaus

tüchtige Hilfskraft

Gehalt wird nach dem Tarif gezahlt. Geeignete Bewerber wollen Ihre Angebote nebst selbstgeschriebenem Lebenslauf bis zum **25. Okt. 1921** an den Vorstand einreichen.

Pinneberg, 17. Okt. 1921.

DER VORSITZENDE
Rich. Köhn.

Auf diese Annonce bewarb sich Heinrich Boschen bei der AOK Pinneberg. PT vom 17.10.1921.

Das Pinneberger Rathaus ca. Anfang der 20er Jahre.

Die berufliche Veränderung verschaffte Heinrich Boschen eine relative finanzielle Sicherheit. Zu einem Hausbau auf dem 1921 am Wedeler Weg erworbenen Grundstück reichte es jedoch nicht. 1926 veräußerte er das Land wieder.

Die AOK Pinneberg wird »gesäubert«

Nach der Machtübertragung am 30. Januar 1933 begannen die Nazis, systematisch alle Lebensbereiche in ihrem Sinne auszurichten. Antifaschistisch eingestellte Menschen wurden entlassen und ihrer politischen Rechte und Wirkungsmöglichkeiten beraubt. Mit »gesetzlichen« Maßnahmen, willkürlichen Eingriffen und Terror wurden diese Ziele verfolgt. Einen Tag nach dem Reichstagsbrand wurden durch die »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat« am 28. Februar 1933 die von der Verfassung garantierten Grundrechte außer Kraft gesetzt. Der Willkür war Tür und Tor geöffnet. Als erstes wurde die Verordnung benutzt, um die KPD zu zerschlagen. Tausende ihrer Funktionäre kamen in die ersten Konzentrationslager. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaftshäuser besetzt, die Funktionäre entlassen und viele von ihnen inhaftiert. Am 22. Juni 1933 erging das Verbot der SPD.

Auch die Allgemeinen Ortskrankenkassen wurden »gesäubert«. Göring nannte es »das Ausmisten der roten Sauställe«. Viele Angestellte und Versichertenvertreter in den Vorständen und Kassenausschüssen gehörten den Arbeiterparteien und Gewerkschaften an und waren antifaschistisch eingestellt. Über die »Gleichschaltung« der Allgemeinen Ortskrankenkassen in Glückstadt, Neumünster, Heide und Lübeck berichtete das Pinneberger Tageblatt im April und Mai 1933.

Die Pinneberger AOK wurde am 22. April 1933 von SA- und SS-Leuten besetzt. Richard Köhn, bekannter Pinneberger Sozialdemokrat, der 1927 die Geschäftsführung der AOK übernommen und 20 Jahre lang dem Vorstand angehört hatte, wurde aus dem Amt gejagt. Neuer Geschäftsführer wurde später Johann Mumm. Gleichfalls entlassen wurden Heinrich Boschen und der Sozialdemokrat Ernst von der Heide. Die Entlassungen wurden mit dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933 begründet.

Kampf gegen das Berufsverbot

Der von den Nazis eingesetzte Vorstand der AOK Pinneberg beschloß am 5. Mai 1933 Heinrich Boschens Kündigung. Nun begann für ihn der Kampf gegen seine Entlassung und gegen dreiste Gehaltsrückforderungen. Er legte bei der Aufsichtsbehörde, dem Versicherungsamt Pinneberg, Beschwerde gegen seine Entlassung ein.

Am 30. Juni 1933 schob der NS-Kassenvorstand einen weiteren Kündigungsgrund nach. § 2 des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« zufolge sollten Beamte aus dem Dienst entlassen werden, die seit dem 9. November 1918 in das Beamtenverhältnis eingetreten waren, ohne die für ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung zu besitzen.

- Von der Allgemeinen Ortskranken-
kasse. Wir erhalten folgende Mitteilung: „Infolge der Gleichschaltungsmaßnahmen im Reiche wurde die Allgemeine Ortskrankenkasse Pinneberg am Sonnabend, den 22. April 1933 durch die Pinneberger SS. und SA. besetzt. Zum kommissarischen Verwalter der Kasse wurde der Pg. Groß-[illegible] bestellt. Bei Uebernahme der Geschäfte stimmte der Kassenbestand mit den Büchern überein. Auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 wurden der Geschäftsführer Herr Köhn und der Krankenkassenangestellte Herr Boschen beurlaubt. Den Kassenvorstandsmitgliedern gebührt Dank, daß sie durch ihren Rücktritt am 3. Mai 1933 die reibungslose Durchführung der Gleichschaltung ermöglichten. Durch die Aufsichtsbehörde ist ein beauftragter Vorstand der Krankenkasse berufen worden, der am 5. Mai zum ersten Male zusammengetreten ist. Die Kassengeschäfte werden unter fachmännischer Leitung ordnungsgemäß weitergeführt. Herr Köhn und Herr Boschen werden auf Grund gesetzlicher Bestimmungen in ihr Amt nicht zurückkehren."

SS und SA besetzen die Pinneberger AOK. PT vom 6.5.1933.

Die antisemitische Hetze der Nazis fällt auch in Pinneberg auf fruchtbaren Boden. PT vom 1.4.1933.

Achtung, Judenboykott!

Wer das Judentum treffen will, der unterstütze den Klein-Handwerker.

Es empfiehlt sich zur

Anfertigung sämtlicher Damengarderobe

in altbekannter guter Ausführung zu soliden Preisen

Frau E. Schwenger, Schneidermstr.
Pinneberg, Feldstraße 26.

Wiederherstellung des Berufsbeamtentums

Der Inhalt des Gesetzes

Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, das vom Kabinett beschlossen worden ist, ist in Kraft getreten.

Als Zweck des Gesetzes wird die Wiederherstellung des nationalen Berufsbeamtentums bezeichnet. Unter das Gesetz fallen alle unmittelbare Beamte des Reiches, der Länder, der Gemeinden usw., ferner die Dienstträger der Sozialversicherungen. Nicht ausgenommen sind die Richter und die Lehrer an den Hochschulen. Beamte im einstweiligen Ruhestand werden als Beamte im Sinne des Gesetzes angesehen. Die Reichsbank und die Deutsche Reichsbahngesellschaft sind durch Gesetz ermächtigt worden, für ihren Bereich entsprechende Anordnungen zu treffen.

Die §§ 2 bis 6 bezeichnen die Beamten-Gruppen, die vom Gesetz erfaßt werden, und zählen

die einzelnen Maßnahmen

auf, die gegen die Beamten in den verschiedenen Gruppen möglich sind. Diese Maßnahmen sind abgestuft. Als schwerste Maßnahme ist die Entlassung aus dem Dienst, als leichteste die Versetzung in den Ruhestand mit allen Ehren und vollen Pensionsbezügen angeordnet. Die schwerste Maßnahme richtet sich

gegen die sogenannten Parteibuchbeamten,

die seit dem 9. November 1918 in das Beamtenverhältnis eingetreten sind, ohne die für ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung zu haben oder ohne die für ihr Amt sonstige Eignung zu besitzen. Diese Beamten erhalten drei Monate lang nach ihrer Entlassung ihre bisherigen Bezüge. Ein Anspruch auf Ruhegeld oder Hinterbliebenenversorgung und Weiterführung der Amtsbezeichnung, Titel, Dienstkleidung oder Dienstabzeichen steht ihnen nicht zu. Nur im Falle der Bedürftigkeit kann solchen Beamten, besonders wenn sie für mittellose Angehörige zu sorgen haben, eine widerrufliche Rente bis zu einem Drittel ihres Grundgehalts bewilligt werden. Die Vorschrift erstreckt sich auf Ruhestandsbeamte.

Beamte nichtarischer Abstammung

sind in den Ruhestand zu versetzen. Soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen. Das betrifft vor allem jüdische Beamte. Sie werden aber mit vollen Ehren und auch mit vollen Pensionsbezügen entlassen. Bei Pensionsbezügen tritt eine gewisse Einschränkung ein. Ausnahmen von diesen Bestimmungen gelten für die Vorkriegsbeamten nichtarischer Abstammung. Für Beamte, die am 1. August 1914 bereits Beamte waren, soll eine Nachprüfung nicht stattfinden. Eine zweite Ausnahme gilt für diejenigen nichtarischen Beamten, die im Weltkriege an der Front für das Deutsche Reich oder seine Verbündeten gekämpft haben, und für solche, deren Väter und Söhne im Weltkrieg gefallen sind.

Politisch unzuverlässige Beamte,

d. h. Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden. Werden sie entlassen, so behalten sie drei Monate lang ihre Bezüge. Danach tritt Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung in Kraft. Nach den weiteren Bestimmungen können Beamte in ein anderes gleiches oder auch geringeres Amt versetzt werden. Sie behalten jedoch ihre bisherige Amtsbezeichnung und Diensteinkommen. Beamte, die hiermit nicht einverstanden sind, können innerhalb eines Monats ihre Versetzung in den Ruhestand verlangen.

Zur Vereinfachung der Verwaltung

können Beamte in den Ruhestand versetzt werden, auch wenn sie noch nicht dienstunfähig sind. Ihre Stellen dürfen dann nicht mehr besetzt werden. Zuständig für die Durchführung der Maßnahmen ist lediglich die oberste Reichslandesbehörde. Nur sie darf die Entlassung aus dem Dienste, die Versetzung in ein anderes Amt oder in den Ruhestand aussprechen.

Diese Verfügungen müssen bis zum 30. September 1933 den betreffenden Beamten zugestellt werden. Damit kommt der

vorübergehende Charakter des Gesetzes

besonders zum Ausdruck. Die Fachminister haben es in der Hand, in ihrem Bereiche die Maßnahmen schon früher durchzuführen. Das wird sich vor allem bei Richtern und leitenden Beamten auswirken, wo eine baldige Entscheidung erwünscht wird. Sobald ein Fachminister die Beendigung der Maßnahmen mitteilt, ist für die betreffende Verwaltung die Durchführung des Gesetzes erledigt und es treten wieder die normalen Vorschriften in Kraft.

. Für Beamte nichtarischer Abstammung und für politisch unzuverlässige Beamte ist ausdrücklich hervorgehoben, daß sie kein Ruhegeld erhalten, wenn sie nicht mindestens eine zehnjährige Dienstzeit zurückgelegt haben. Ausnahmen sind zugelassen, wenn ein Beamter infolge eines Unfalls früher dienstunfähig wird.

Weiter werden durch das Gesetz die Mißstände beseitigt, die sich daraus ergeben haben, daß vielfach Beamten, die nicht als Berufsbeamte, sondern von der Parteiguni in ihr Amt gebracht worden sind, ihre frühere Tätigkeit als Nichtbeamter auf ihre Dienstzeit angerechnet worden ist. Aehnliches gilt bei öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Die Festsetzungen von ruhegehaltsfähiger Dienstzeit, die diesen Anordnungen entgegenstehen, treten außer Kraft. Die Vorschriften über die Anrechnung der Ruhegehaltszeit finden auch auf Beamte Anwendung, die schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes in den Ruhestand gesetzt worden sind.

Weiter werden in dem Gesetz

die überhöhten Bezüge und Ruhebezüge der Kommunalbeamten

geregelt. Es gelten die Richtlinien der preußischen Sparordnung vom Jahre 1931, die bisher vom Staatsgerichtshof beanstandet wurden und infolgedessen nicht durchgeführt werden konnten.

Eine besondere Stellung nehmen

die Reichsminister

ein. Frühere Reichsminister, soweit sie seit November 1918 ernannt worden sind, und die Landesminister werden auf die Bezüge des Reichsministergesetzes zurückgeschraubt. Bezüge, die hiernach seit dem 1. April 1932 zuviel bezogen worden sind, müssen zurückgezahlt werden. Die Vorschrift findet entsprechende Anwendung auf die Hinterbliebenenbezüge.

Auf Grund des Gesetzes können gegen solche Beamte, die bereits entlassen oder in den Ruhestand versetzt worden sind, nachträglich Dienststrafverfahren eingeleitet werden mit dem Ziel der Aberkennung des Ruhegeldes, der Hinterbliebenenversorgung usw. Derartige Maßnahmen müssen bis zum 31. Dezember 1933 erfolgen.

Auf Angestellte und Arbeiter finden die Vorschriften des Gesetzes sinngemäße Anwendung.

Die Ausführungsbestimmungen werden vom Reichsminister des Innern im Benehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und den obersten Landesbehörden erlassen. Die Ausführungsbestimmungen werden auch über den Vollzug Anordnungen treffen und insbesondere aussprechen, daß dieses Gesetz nicht bestimmt ist für die große breite Masse aller Beamten, sondern daß es sich gegen diejenigen richtet, die die Hand am Staatsapparat haben und infolgedessen in einer gewissen Gleichstimmung mit den politischen Linien des Staates sein müssen. Die unteren und mittleren Beamten werden demnach von dem Gesetz so gut wie nicht berührt werden. Nach Ablauf der Frist des 30. September 1933 treten die normalen Bestimmungen für das Berufsbeamtentum wieder in Kraft.

Das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« wird publik gemacht. PT vom 12.4.1933.

21. Juni 1933.

An das

Versicherungsamt

Pinneberg

Betrifft: Beschwerde Boschen
A.Z.V. 9117.

Wie bei Herrn Kühn kann man auch bei Herrn Boschen von einem sogenannten Parteibuchangestellten sprechen. Herr B. hat sich in seinem Tun und Handeln von einer ausgesprochenen Nachträglichkeit national eingestellten Perso en gegenüber leiten lassen. Auch Herr B. marschierte bei jeden Aufmarsch des Reichsbanners in Reih und Glied mit. Das Han -

deln und Verhalten von Herrn Boschen während der letzten Je ließ eindeutig erkennen alle nationalen Bestrebungen zu unte binden. Alle Einwendungen des Herrn Boschen bitten wir zurü zuweisen. Eine Milderung der Entlassungsgründe würde in der Kreisen der SS. und SA, sowie der nationalen Bevölkerung kein Verständnis finden. Die am 22. April 1933 ergriffenen Maßnahm haben sich auch im Falle Boschen voll und ganz gerechtfertig Wir müssen ganz entschieden für die Aufrechterhaltung der E lassung eintreten.

Anlagen.

Der Vorstand.

Aus dem Schreiben der AOK Pinneberg an das Versicherungsamt in Pinneberg vom 21. Juni 1933. »Betrifft: Beschwerde Boschen. A.Z.V. 9117.«

Den beiden Pinneberger Polizisten Legband und Korth dagegen nutzte ihre berufliche Qualifikation nichts. Der Magistrat beurlaubte sie und stellte vier »Hilfspolizisten« ein. »Hilfspolizisten« waren in der Regel Mitglieder von SA, SS oder Stahlhelm. Ihre »Qualifikation« hatte sie sich im Terror gegen die Arbeiterbewegung und gegen die Republik erworben.

Durch die Entlassung Heinrich Boschens geriet die Familie in eine wirtschaftliche Notlage. Seit dem August 1933 mußten die Boschens von Wohlfahrtsunterstützung leben. Schließlich stellte Heinrich Boschen im Januar 1934 wegen seines Gesundheitszustandes einen Rentenantrag. Er nutzte die Durchführungsbestimmungen des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«, wonach die Krankenkasse in besonderen Härtefällen eine laufende Unterstützung gewähren konnte, wenn der Entlassene für mittellose Angehörige sorgen mußte. Im Falle der Berufsunfähigkeit wären von der Krankenkasse

— Es wird ferner mitgeteilt, daß die Polizeibeamten Korth und Legband bis auf weiteres beurlaubt sind. Als Begründung wird angegeben, daß diese beiden Beamten ihren Dienst in wiederholten Fällen in politischen Fragen nicht objektiv ausgeführt haben, sondern während des Dienstes auch ihre Zugehörigkeit zu einer marxistischen Partei im Kampfe gegen die NSDAP. nicht verleugnet haben. Hieraus ergab sich die Unmöglichkeit zur Weiterarbeit mit diesen Beamten angesichts der veränderten politischen Verhältnisse. Die Gerüchte, betr. Aufhebung der Beurlaubung, entsprechen nicht der Richtigkeit.

PT vom 4.4.1933.

Der Magistrat hat die Polizeibeamten Legband u. Korth bis auf weiteres beurlaubt und als Ersatz 4 Hilfspolizeibeamte eingestellt.

»Protokoll der Städtischen Kollegien zu Pinneberg« vom 12. Mai 1933.

In der Bahnhofstraße Nr. 41 (links im Bild) befanden sich von 1926 bis 1930 die Geschäftsräume der AOK Pinneberg. 1936 zog die AOK in das Eckhaus Bahnhofstraße 45 (im Vordergrund).

Holsteinischer Lokal-Anzeiger

Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.85 außer Bringegeld. Einzelnummer 10 Rpf. Erscheint werktäglich. Schriftleitung und Expedition Pinneberg, Damm 9-15, Fernruf Pinneberg Sammel-Nr. 2227. Postscheckkonto: Hamburg 6693.

Der Anzeigenpreis für die achtgespaltene Kleinzeile 25 Reichspfennige, für die Reklamezeile 1.— RM. Sammelanzeigen (mehrere Auftraggeber) 100% Aufschlag. Besonder... Anzeigen bis auf Anzeigen die Zeile 25 Reichspfennig. Für ... Anzeigen keine Garantie

Pinneberger Tageblatt

Quickborner Lokalanzeiger

Heute Beilage: Norag-Programm

Groß-Lokstedter Tageblatt

Nummer 145 | Freitag, den 23. Juni 1933 | 74. Jahrgang

Die Sozialdemokratische Partei verboten

Den Abgeordneten die Mandate entzogen — Das Vermögen beschlagnahmt

Berlin, 22. Juni. Der Reichsminister des ... demokratische Zeitungen und Zeitschriften nicht mehr her- ... ausgegeben werden. ... öffentlichen Mitteln Gehalt, Lohn oder Ruhegeld be- ... ziehen, zu dieser Partei selbstverständlich unvereinbar

zwei Fünftel der Versorgungsbezüge gewährt worden. Doch auch hier hatte Boschen den Vorstand der AOK gegen sich: Der Rentenantrag wurde abgelehnt.

Mit einer erneuten Beschwerde erreichte Heinrich Boschen aber, daß die AOK Pinneberg zur Zahlung einer laufenden Unterstützung verpflichtet wurde.

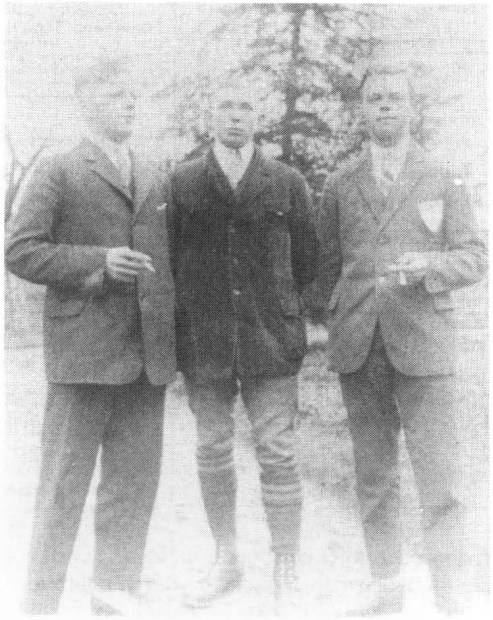
Einen letzten — erfolglosen — Versuch zur Wiedereinstellung von Heinrich Boschen unternahm sein Sohn mit einem Schreiben an den »Führer«. Die »Deutsche Arbeitsfront« Elmshorn fragte am 20. Dezember 1934 bei der AOK Pinneberg an: »Das Gau-Sozialamt der DAF übersandte uns einen Schriftsatz, der von einem Herrn Heinrich Boschen jun. aus Pinneberg an den Führer gerichtet war. Boschen beschwert sich mit diesem darüber, daß sein Vater aufgrund des Berufsbeamtengesetzes von Ihnen entlassen wurde. Es ist zwar nicht unsere Sache, die Voraussetzungen hierfür zu prüfen, trotzdem möchten wir Sie bitten, uns die Gründe mitzuteilen, die Sie veranlaßten, Boschen sen. zu entlassen.«

Versicherungsvertreter

In diesen Zeiten war Emilie Boschen die Hauptnährerin der Familie. Sie arbeitete bei der Textilfirma Fehlhaber in der Bahnhofstraße. Trotzdem reichte das Geld nicht hin und nicht her. Heinrich Boschen mußte sich einen Gelderwerb suchen

Emilie und Heinrich Boschen mit ihrem Sohn ca. Ende der 20er Jahre.

Ernst von der Heide (links) — vgl. S. 37 — und Hermann von der Heide (Mitte).



Treue um Treue

FIRMEN, DIE WIR NICHT VERGESSEN WOLLEN

Sie standen auch vor der Machtübernahme treu zur NS-PRESSE

Spezialhaus für Herren-Artikel und Pelzwaren
und immer wieder Hüte von
Münzmaier Elmshorn
Erste Kürschnerei am Platze

Fährhaus Kollmar
Beliebtes Ausflugslokal im Winterhalbjahr
An den Sonntagen geheizte Veranda
Fr. Saggau

„Zur Erholung" Inhaber: Ernst Kruse, Horst

So schön sieht Ihr Haus aus
mit selbstklimmenden Wein bepflanzt. Keine Bemalung d. Wände
1 Stück 1.00 RM.
10 Stück 9.00 RM.
Alle Pflanzen für Haus und Garten preiswert
Emil Rathje, Baumschulen, Pinneberg

Karl Fatke
Elmshorn, Mühlendamm 2, Tel. 2040
Für die Aussteuer Betten, Bett- u. Tischwäsche
Damen- und Herrenwäsche
Mod. Damen-Strickkleidung

DAS HAUS DER GUTEN QUALITÄTEN
SEIT 40 JAHREN
Kurth
ZIGARREN
ELMSHORN . KÖNIGSTRASSE 40

Ernst Kähler
Wein- und Spirituosenhandlung
Pinneberg, Bahnhofstraße 46
Fernsprecher 2333 Gegründet 1880
Empfiehlt Weine, Spirituosen und Liköre
in reicher Auswahl und soliden Preisen

Matratzen, Reform-Unterbetten, Steppdecken, Metallbetten, Kinderbetten, Stubenwagen, Inletts, Bettfedern und Daunen kaufen Sie gut und preiswert im Spezial-Geschäft von
Hugo Stüben, Elmshorn Marktstr. 5
Ehestandsdarlehen und Scheine für Kinderreichenbeihilfe werden in Zahlung genommen!

Joh. P. Esmark
Elmshorn, Marktstraße 12
Uhren — Optik — Bestecke
Lieferant aller Krankenkassen

E. Schumacher
Wollwaren-Spezialgeschäft
Pinneberg, Fahltskamp 24

59 Jahre Spezialgeschäft in
Wild, Geflügel und Feinkost
Adolf Kelting Elmshorn
Adolf-Hitler-Straße 5 . Fernsprecher 2368

Für jeden Zweck
für Behörden, Geschäft und Privat
liefern wir schnell und gut
Drucksachen in jeder Auflage
Buchdruckerei der Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung

Joh. Lehr, Tischlermeister, Pinneberg
Bahnhofstraße 42
Möbel- und Polsterwaren

Seit 48 Jahren
Friedrich Bruhns
Lederhandlung Lederwaren
Elmshorn
Peterstr. 8 Tel. 2440 Königstr. 30

Gasthaus „Lindenhof", Kummerfeld
Inhaber: C. A. Petersen
Fremdenzimmer . Autogarage . Tankstelle
Treffpunkt der Kraftfahrer

Gasthof „Zum Fahltskrug" Besitzer: W. Klingemeier
Pinneberg, Fahltskamp
Aeltestes Parteilokal der NSDAP. am Platz

Automobile DKW Motorräder
Wanderer- u. Presto-Fahrräder
Ersatzteillager Zubehörteile
Reparaturwerkstatt
Kundendienst Fahrschule
M. & W. Hauschildt, Elmshorn
Königstr. 48, Fernruf 2470

Hermann Ramcke
Baumschulen
Ellerbek-Rellingen, Holst.

Sie darf in keiner Wohnung fehlen,
die Schleswig-Holsteinische Tageszeitung nämlich. Ohne eine gute Tageszeitung kommt man einfach nicht mehr aus!

Hansen & Limburg, Pinneberg, Dingstätte 38-40 Fernruf Nr. 2267
In zehn groß ausgebauten Spezialabteilungen bieten wir:
richtige Sortimente
gute Qualitäten
niedrige Preise
Das große Kaufhaus für alle Artikel des täglichen Bedarfs

Schuhhaus Fischer, Elmshorn, Bismarckstr. 20
„Elka"-Damenschuhe
„Roland"-Herrenschuhe
„Trommler" Kinderschuhe

Schönes Porzellan ist der Stolz jeder Hausfrau!
Es gibt so wunderbare Geschirre ...
bei Claus Thormählen
Elmshorn, Lindenburgplatz 10
Ältestes Fachgeschäft am Platze
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten

Oefen und Herde Gegründet 1897
Stahlwaren, Gaskoches
Waffen und Munition Fr. Kerkamm
Baubeschläge Elmshorn
Adolf-Hitler-Straße 16

Druckerei Aug. Griebel, Wedel (Holst.)
Gute Drucksachen
für Industrie, Behörden, Handel und Gewerbe
Organisation — Büromaschinen — Sämtl. Bürobedarf

H. Thormählen
Elmshorn . Königstraße 45
Das Spezialhaus für
Kleiderstoffe und Aussteuer

Sortierte Eintagsküken
von meinen schweren weißen Legehorn mit mindestens 90%
Hennengarantie war der größte Erfolg im letzten Jahre für

Während AntifaschistInnen entlassen und in wirtschaftliche Not getrieben wurden, rühmten sich diese Firmen, »auch vor der Machtübernahme treu zur NS-Presse« gestanden zu haben. Schleswig-Holsteinische Tageszeitung der NSDAP vom 2.1.1939.

und fand ihn von 1934 bis 1939 als Vertreter der Baseler Lebensversicherng. Zugleich hatte er auf diese Weise Gelegenheit, Kontakte zu GenossInnen zu knüpfen bzw. aufrechtzuerhalten. Wie viele aus politischen Gründen Entlassene war sein Pinneberger Genosse Erich Oesterreich ebenfalls als Versicherungsvertreter tätig, nachdem er wegen seiner antifaschistischen Einstellung 1935 die Arbeit als Buchdrucker bei der Firma Beig in Pinneberg verloren hatte. Zu seiner Kundschaft zählte auch die Familie Schmitt.

In der »Allgemeinen Übersicht über die politische Lage im Monat Februar 1936 im Bezirk der Staatspolizeistelle Kiel« vom 5. März 1936 wird über die polizeiliche Beobachtung der Tätigkeit ehemaliger SPD-Mitglieder berichtet: »Auch weiterhin verdienen die Versicherungsgesellschaften besonderes Augenmerk, wieweit in ihrem Vertreterstab die Möglichkeit zur Tarnung eines illegalen SPD-Apparates ausgenutzt wird. Auch andere von früheren SPD-Funktionären gegründete Unternehmungen werden von mir in dieser Hinsicht schärfstens überwacht. So sind z.B. in der Seifen- und Kosmetik-Branche in meinem Bezirk in letzter Zeit mehrere Zweigstellen größerer Firmen errichtet worden, die nun wiederum Vertreter und Untervertreter für die verschiedenen Bezirke eingesetzt haben. Außerdem wird eine tadellose Kartei geführt, die angeblich lediglich der Kundenerfassung dient. Ohne daß hierfür schon ein Beweis erbracht werden könnte, ist doch ohne weiteres ersichtlich, wie gut sich hinter einer solchen Organisation eine illegale Gruppe tarnen kann.«

Der 2. Weltkrieg

Mit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 begann der 2. Weltkrieg. Der Kriegsdienst von Millionen Männern und die Ausweitung der Rüstungsproduktion führten zu einem Arbeitskräftemangel. Das Naziregime war zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft auf alle verfügbaren Arbeitskräfte angewiesen, so daß auch ehemals aus politischen Gründen Entlassene wieder eingestellt wurden.

In der AOK Pinneberg wurden 16 Angestellte eingezogen. Das bedeutete für die Krankenkasse einen personellen Notstand. Der Vorstand erinnerte sich des gefeuerten Boschen und stellte ihn am 4. September 1939 als Hilfsangestellten wieder ein. Für Heinrich Boschen eine widersprüchliche Situation: Er, der erklärte Kriegsgegner, kam ausgerechnet durch den Krieg wieder in Arbeit und Brot.

Emilie Boschen.

Hilfe für den Sohn

Heinrich Boschen hatte ein sehr herzliches Verhältnis zu seinem Sohn, seiner Schwiegertochter und den vier Enkeln. Besonders die Kinder lauerten am Sonntagvormittag schon darauf, daß ihr Opa mit dem grauen Fahrrad angeradelt kam.

Er geizte nie mit tatkräftiger Hilfe, wenn die Familie des Sohnes in Bedrängnis war. Anfang der 40er Jahre wurde Heinrich Boschen jun. zum »Heimatdienst« bei der motorisierten Gendarmerie in Neumünster eingezogen. Bei einem Lokalbesuch wurde ihm seine Pistole entwendet. Er mochte den Verlust der Waffe nicht melden. Seinem Vater war es möglich, ihm dasselbe Modell zu beschaffen und den Diebstahl so zu vertuschen.

Begl. Abschrift.

Grosshamburgische Bestattungsgesellschaft m.b.H.
- Ohlsdorf, Fuhlsbütteler Str. 777.

Hamburg, den 4.8.1945.

Bestätigung.

Herr Erich Oesterreich, Pinneberg, geb. 5.8.1895, war vom 1.6.1935 bis 10.9.1936 bei der Hanseatischen Lebensversicherung und Begräbniskasse, Hamburg, als Vertreter tätig.

Anfang September 1936 wurde unser Betrieb von der GeStaPo plötzlich überholt und alles Personal und Vertreter, die ehemals sozialistischen Organisationen angehört hatten, sofort entlassen. Alle wurden der staatsfeindlichen Betätigung beschuldigt, da sie versucht hätten unter dem Deckmantel der Versicherung die verbotenen Parteien wieder ins Leben zu rufen. Oesterreich wurde ebenfalls dieser Tätigkeit bezichtigt und fristlos entlassen.

Herr Oesterreich hat sich in der Zeit als ein tüchtiger und fairer Vertreter bewährt.

Grosshamburgische
Bestattungsgesellschaft m.b.H.
gez. J.Urban.

Vorstehende Abschrift stimmt mit der mir vorliegenden Urschrift wörtlich überein.

Pinneberg, den 8. August 1945.

Notar.

Erich Oesterreich wird aus politischen Gründen als Versicherungsvertreter entlassen.

Erich Oesterreich um 1930. (3. v. links; 1. v. links Karl Oesterreich).

Heinrich Boschen an seinem Arbeitsplatz bei der AOK Pinneberg.

Bei einem späteren Waffenapppell fiel dann doch die falsche Nummer der Waffe auf. Zur Strafe wurde Heinrich Boschen jun. an die Front in die Sowjetunion versetzt. Er fiel 1944.

Die »Aktion Gewitter«

Im Sommer 1944 befand sich die deutsche Wehrmacht auf dem Rückzug. An allen Fronten näherten sich die Armeen der Anti-Hitler-Koalition den Vorkriegsgrenzen des Deutschen Reiches. Der Krieg war verloren. In dieser Lage fanden sich Nazigegner aus Bürgertum und Militär und Sozialdemokraten zusammen, um das Hitlerregime zu stürzen. Signal zum Aufstand sollte die Beseitigung Hitlers sein. Graf Stauffenberg führte das Attentat am 20. Juli 1944 aus, doch Hitler überlebte. Viele an der Verschwörung Beteiligte wurden sofort ermordet, andere später vom »Volksgerichtshof« und Kriegsgerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Die Pläne der Aufständischen hatten vorgesehen, Regierungsfunktionen mit Politikern aus der Zeit der Weimarer Republik zu besetzen. Der Niederschlagung des Aufstandes folgte am 22./23. August 1944 eine im ganzen Deutschen Reich durchgeführte Verhaftungsaktion gegen ehemalige Abgeordnete und Funktionäre von SPD, KPD, Gewerkschaften und vereinzelt auch bürgerlichen Parteien: die »Aktion Gewitter«. Die Verhafteten kamen in das nächstgelegene Konzentrationslager. Aus Norddeutschland wurden etwa 800 Menschen in das Konzentrationslager Neuengamme verschleppt. Viele entließ die Gestapo nach einigen Wochen KZ-Haft wieder.

Für diese Blitzaktion gab es aus Berlin präzise Anweisungen. Am 17. August 1944 erging ein geheimes Fernschreiben des SS-Gruppenführers und Gestapochefs Heinrich Müller an alle Gestapoleitstellen.

Bei der Festlegung der jeweils zu Verhaftenden erhielt die Gestapo Unterstützung von den jeweiligen Landräten, Bürgermeistern sowie den Kreis- und Ortsgruppenleitern der NSDAP.

Heinrich Boschen jun. ca. 1942.

Die AOK Pinneberg, Ecke Dingstätte/Bismarckstraße. Hier arbeitete Heinrich Boschen von 1939 bis 1944.

Die Verhaftungen vom 23. August 1944

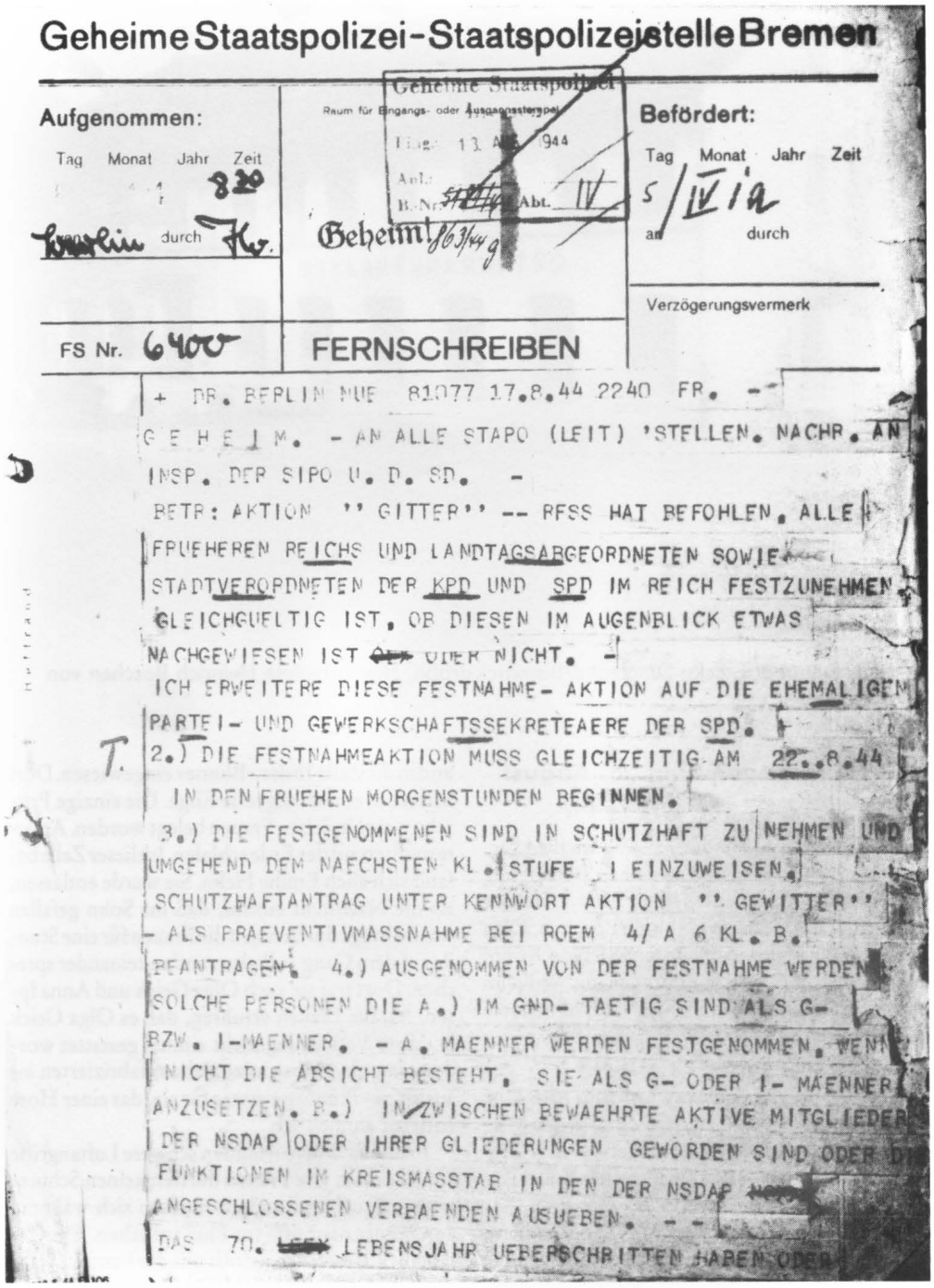
In den Morgenstunden des 23. August 1944 verhafteten Pinneberger Polizisten unter Beteiligung des NDSAP-Ortsgruppenleiters Alfred Krömer im Auftrage der Gestapo Heinrich Boschen, Olga Geick, Emilie Helm, Anna Ipsen, Richard Köhn, Heinrich Lempfert, Peter Lohmann und Wilhelm Schmitt. Alle waren ehemalige Stadtverordnete der SPD oder KPD.

Heinrich Boschen selbst wurde um 6.45 Uhr auf dem Weg zur Arbeit verhaftet und gegen Mittag der Gestapo in Kiel »zugeführt«.

Die verhafteten Frauen kamen in das Kieler Polizeigefängnis »Blume« an der Blumenstraße.

Die ehemalige Elmshorner SPD-Abgeordnete und Kreisvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Marie Clasing berichtete uns: Sie wurde mit der Bahn unter polizeilicher Bewachung nach Kiel gebracht und in die Zelle 15 der »Blume« eingewiesen. Dort herrschte eine drangvolle Enge. Die einzige Pritsche war mit sieben Frauen belegt worden. Andere mußten auf der Erde schlafen. In dieser Zelle befand sich auch Emilie Helm. Sie wurde entlassen, als die Nachricht eintraf, daß ihr Sohn gefallen war. Mittags durften sich die Frauen für eine Stunde auf dem Gang aufhalten und miteinander sprechen. Dort traf sie auch Olga Geick und Anna Ipsen. Als die Frauen erfuhren, daß es Olga Geick bei ihrer Verhaftung nicht einmal gestattet worden war, eine Hose anzuziehen, fabrizierten sie aus alten »Plünnen« etwas für sie, das einer Hose entfernt ähnlich sah.

In diesen Wochen fanden schwere Luftangriffe auf Kiel statt. Die Frauen durften keinen Schutzraum aufsuchen, sondern mußten sich während der Bombenangriffe im Flur aufhalten. Ein Gefängniswärter hatte jedoch mit der bereits 69jährigen Olga Geick Mitleid und führte sie während der Angriffe in einen geschützteren Raum.



Geheime Staatspolizei - Staatspolizeistelle Bremen

Aufgenommen: Tag Monat Jahr Zeit 8.20 durch Hv.

Geheime Staatspolizei Raum für Eingangs- oder Ausgangsstempel Tag 13. Abt. IV Geheim! 16.31/44 g

Befördert: Tag Monat Jahr Zeit 5/IV 1a an durch

Verzögerungsvermerk

FS Nr. 6400 FERNSCHREIBEN

+ DR. BERLIN NUE 81077 17.8.44 2240 FR. -

G E H E I M. - AN ALLE STAPO (LEIT) 'STELLEN. NACHR. AN INSP. DER SIPO U. D. SD. -

BETR: AKTION '' GITTER'' -- RFSS HAT BEFOHLEN, ALLE FRUEHEREN REICHS UND LANDTAGSABGEORDNETEN SOWIE STADTVERORDNETEN DER KPD UND SPD IM REICH FESTZUNEHMEN. GLEICHGUELTIG IST, OB DIESEN IM AUGENBLICK ETWAS NACHGEWIESEN IST ~~OD~~ ODER NICHT. -

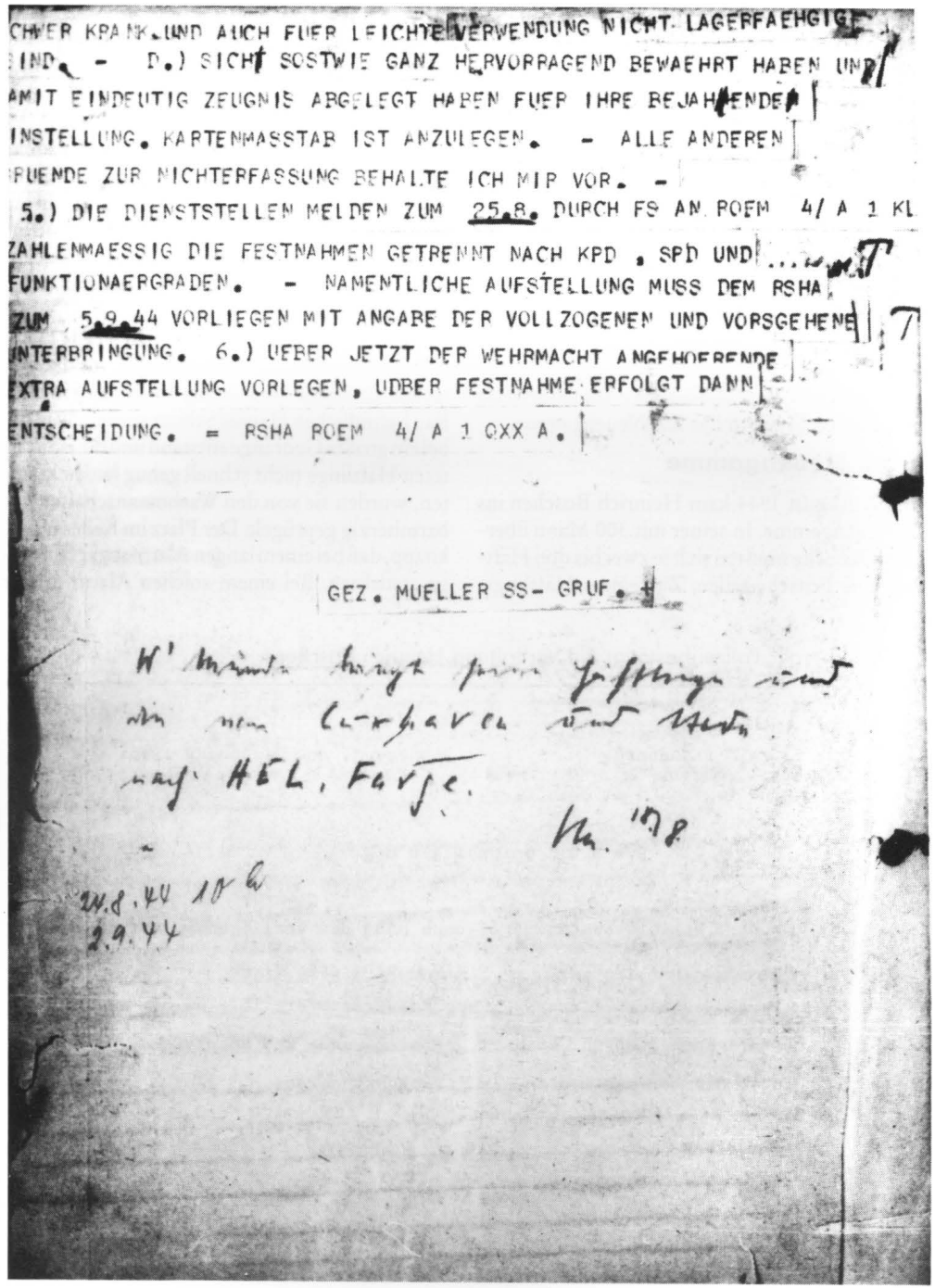
ICH ERWEITERE DIESE FESTNAHME- AKTION AUF DIE EHEMALIGEN PARTEI- UND GEWERKSCHAFTSSEKRETAERE DER SPD.

2.) DIE FESTNAHMEAKTION MUSS GLEICHZEITIG AM 22.8.44 IN DEN FRUEHEN MORGENSTUNDEN BEGINNEN.

3.) DIE FESTGENOMMENEN SIND IN SCHUTZHAFT ZU NEHMEN UND UMGEHEND DEM NAECHSTEN KL. STUFE I EINZUWEISEN. SCHUTZHAFTANTRAG UNTER KENNWORT AKTION '' GEWITTER'' - ALS PRAEVENTIVMASSNAHME BEI ROEM 4/ A 6 KL. B. BEANTRAGEN. 4.) AUSGENOMMEN VON DER FESTNAHME WERDEN SOLCHE PERSONEN DIE A.) IM GND- TAETIG SIND ALS G- BZW. I-MAENNER. - A. MAENNER WERDEN FESTGENOMMEN, WENN NICHT DIE ABSICHT BESTEHT, SIE ALS G- ODER I- MAENNER ANZUSETZEN. B.) INZWISCHEN BEWAEHRTE AKTIVE MITGLIEDER DER NSDAP ODER IHRER GLIEDERUNGEN GEWORDEN SIND ODER DIE FUNKTIONEN IM KREISMASSTAB IN DEN DER NSDAP ~~NOCH~~ ANGESCHLOSSENEN VERBAENDEN AUSUEBEN. - -

DAS 70. ~~LEBEN~~ LEBENSJAHR UEBERSCHRITTEN HABEN ODER

Mit diesem Fernschreiben wurde die »Aktion Gewitter« ausgelöst.



CHWER KRANK UND AUCH FUER LEICHTE VERWENDUNG NICHT LAGERFAEHIGE
IND. - D.) SICH SOSTWIE GANZ HERVORRAGEND BEWAEHRT HABEN UND
AMIT EINDEUTIG ZEUGNIS ABGELEGT HABEN FUER IHRE BEJAHENDE
INSTELLUNG. KARTENMASSTAB IST ANZULEGEN. - ALLE ANDEREN
RUENDE ZUR NICHTERFASSUNG BEHALTE ICH MIR VOR. -
5.) DIE DIENSTSTELLEN MELDEN ZUM 25.8. DURCH FS AN POEM 4/ A 1 KL
ZAHLENMAESSIG DIE FESTNAHMEN GETRENNT NACH KPD , SPD UND ...
FUNKTIONAERGRADEN. - NAMENTLICHE AUFSTELLUNG MUSS DEM RSHA
ZUM 5.9.44 VORLIEGEN MIT ANGABE DER VOLLZOGENEN UND VORGESEHENE
UNTERBRINGUNG. 6.) UEBER JETZT DER WEHRMACHT ANGEHOERENDE
EXTRA AUFSTELLUNG VORLEGEN, UEBER FESTNAHME ERFOLGT DANN
ENTSCHEIDUNG. = RSHA POEM 4/ A 1 OXX A.

GEZ. MUELLER SS- GRUF.

24.8.44 10 h
2.9.44

Während der Haft wurden die Frauen einmal verhört. Dabei beklagten sie sich über ihre Verhaftung und wollten dafür den Grund wissen. Eine Antwort erhielten sie nicht. Es wurde lediglich gesagt, es ginge ihnen hier noch blendend, und sie kämen in zwei Tagen auf Transport in das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück. Sie hatten aber Glück und wurden wieder entlassen. Emilie Helm und Anna Ipsen konnten bereits am 1. September 1944 nach Hause. Olga Geick wurde noch bis zum 31. September 1944 festgehalten.

Die verhafteten Männer wurden zunächst auch in das Kieler Polizeigefängnis gebracht. Von dort kamen sie noch am gleichen Tag in die Polizeibaracke am Kieler Drachensee. Der Transport ging nach einigen Tagen in das KZ Neuengamme.

Im KZ Neuengamme

Am 27. August 1944 kam Heinrich Boschen ins KZ Neuengamme. In seiner mit 300 Mann überfüllten Baracke mußten sich je zwei bis drei Häftlinge eine Pritsche teilen. Zu seinem Häftlingsblock gehörte auch der ehemalige SPD-Stadtverordnete von Pinneberg Heinrich Lempfert. Er kannte Heinrich Boschen seit vielen Jahren und war auch vor der Verhaftung oft mit ihm zusammen.

Heinrich Boschen wurde in Neuengamme brutal mißhandelt. Er hatte Blasenbeschwerden und mußte des öfteren zur Toilette. Bei diesen Gängen wurde er von den Bewachern zur Latrine geprügelt. Die teilweise stundenlangen Abendappelle konnte er nicht durchhalten und brach mehrfach zusammen.

Bei den häufigen Fliegeralarmen wurde Heinrich Boschen mit seinen Kameraden aus den Baracken getrieben und mußte im Keller eines im Bau befindlichen Hauses Schutz suchen. Weil dabei ein großes Gedränge entstand und die entkräfteten Häftlinge nicht schnell genug laufen konnten, wurden sie von den Wachmannschaften unbarmherzig geprügelt. Der Platz im Keller war so knapp, daß bei einem langen Alarm sogar Häftlinge erstickten. Bei einem solchen Alarm stürzte

Die Pinneberger Polizei bestätigt die Verhaftung Heinrich Boschens.

Polizei Pinneberg.
Abteilung 41.
Posten I.

Pinneberg, den 3. Januar 1946.

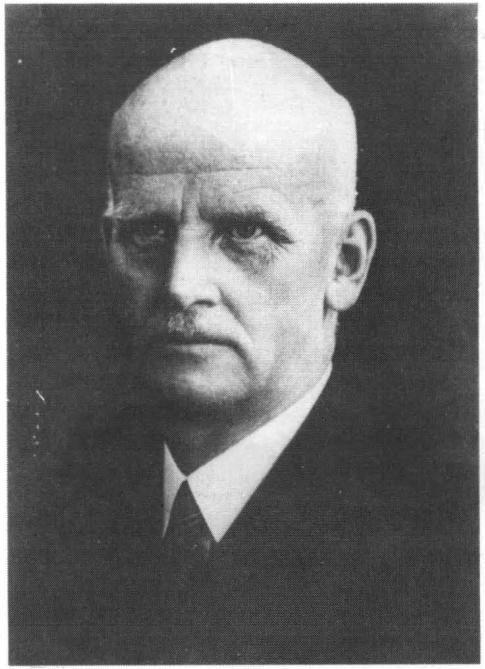
(7)

B e s c h e i n i g u n g.

Es wird hiermit bescheinigt, dass nach dem vorliegendem Haftbuch der Pensionär Heinrich B o s c h e n, geb. 21.6. 1884 in Hastedt-Bremen, wohnhaft Pinneberg, Bahnhofstrasse Nr. 13 , am 23. August 1944, gegen 7,oo Uhr in Haft genommen wurde und am gleichem Tage, um 10,oo Uhr der Gestapo in Kiel zugeführt wurde.

Stadt Pinneberg

Meister d. Polizei.



Richard Köhn. Stadtverordneter und Stadtrat der SPD in den Jahren 1919 bis 1933.

Die »Blume« (Polizeipräsidium in Kiel).

Heinrich Boschen einmal vor Schwäche auf die Kellertreppe und konnte nicht mehr aufstehen. Er mußte von den Kameraden getragen werden.

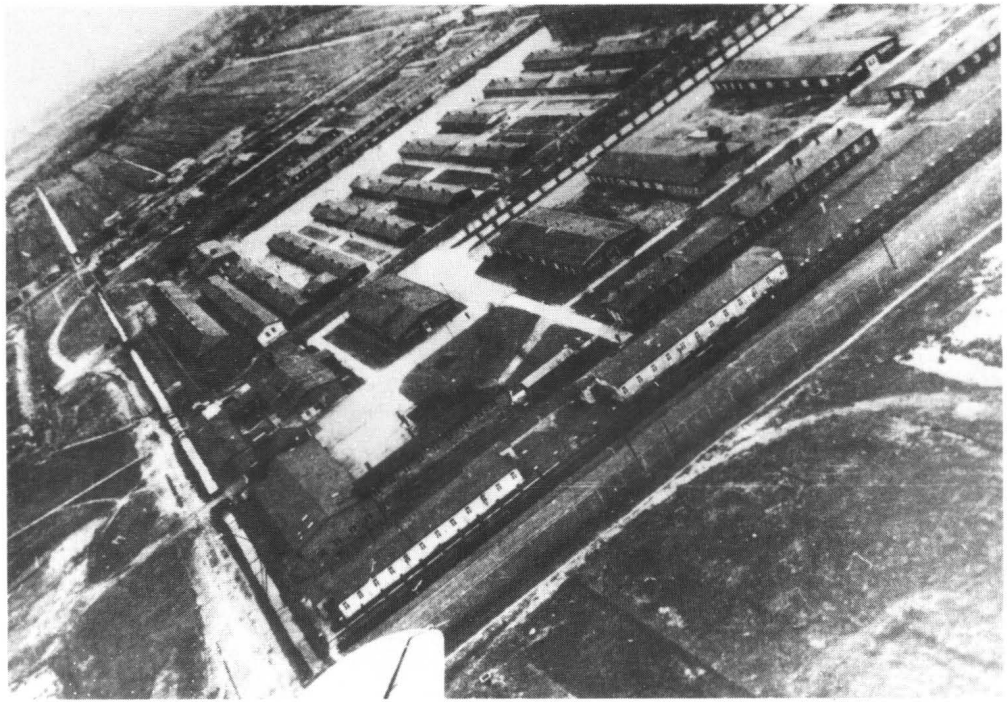
Kampf um Heinrich Boschens Freilassung

Zwischenzeitlich bemühte sich Emilie Boschen beim NSDAP-Ortsgruppenleiter Alfred Krömer verzweifelt um die Freilassung ihres Mannes. Sie verwies auf sein hohes Alter und daß sie kurz vor seiner Verhaftung die Nachricht vom Tode des Sohnes an der Ostfront erhalten hätten. Emilie Boschen gab später zu Protokoll: »In herzloser Weise hat Krömer es abgelehnt, sich für meinen Mann, der bereits in das Konzentrationslager Neuengamme überführt war, einzusetzen, trotzdem er dazu imstande war. Es ist mir auch bekannt, daß das Ja oder Nein eines Ortsgruppenleiters über das Leben eines KZ-Häftlings entschied.«

Ähnlich wie Emilie Boschen und Wilhelm Schmitts Frau, Lieschen Schmitt, erging es einer Tochter von Anna Ipsen, als sie sich um die Freilassung ihrer Mutter bemühte. Sie schrie Alfred Krömer an, ob er sich nicht schäme, alte Frauen grundlos verhaften zu lassen. Er blieb ungerührt.

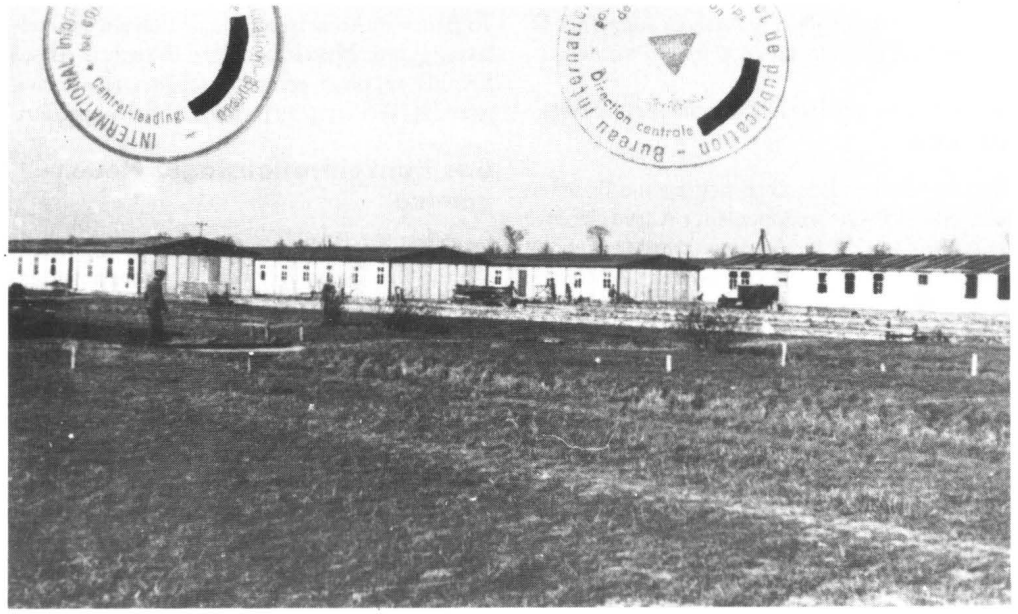
Das Konzentrationslager Neuengamme

Im Dezember 1938 errichtete die SS in Neuengamme ein Außenlager des KZ Sachsenhausen. 1940 wurde es zu dem eigenständigen KZ Neuengamme. 90% der Häftlinge kamen aus den von den Nazis besetzten Gebieten Europas und aus den Ländern, mit denen Deutschland Krieg führte. Sie wurden gezwungen, das Konzentrationslager aufzubauen, das Klinkerwerk zu errichten und die Dove-Elbe zu regulieren. Ab 1942 mußten sie in Rüstungsbetrieben im Lagerbereich Zwangsarbeit leisten. 1944/45 existierten über 70 Nebenlager des KZ Neuengamme, zum Teil auf Firmengelände von Rüstungsbetrieben. Die Un-



Luftaufnahme des Konzentrationslagers Neuengamme ca. 1945/46.

Die Baracken des »Schutzhaftlagers« im Konzentrationslager Neuengamme.



Damm 39 (2. Haus von rechts), der spätere Sitz der Pinneberger Ortsgruppenleitung der NSDAP.

Dieser Gedenkstein verschwand um das Jahr 1970 »aus unerklärlichen Gründen« vom Wedeler Friedhof.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gau Schleswig-Holstein

Anschrift der Gaugeschäftsstelle: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Gauleitung Schleswig-Holstein, Kiel, Gauhaus / Fernruf: Kiel 5880 Bankkonto der Gauleitung: Kieler Spar- und Leihkasse, Kiel, Konto-Nr. 200 unter N.S.D.A.P., Kiel, Gauhaus / Postscheckkonto der Gauleitung: Amt Hamburg Nr. 149 73 unter N.S.D.A.P., Kiel, Gauhaus

Tageszeitungen des Nationalsozialistischen Gauverlages Schleswig-Holstein G. m. b. H., Itzehoe: I. Schleswig-Holsteinische Tageszeitung, Itzehoe i. Holst., Breite Straße 40, Fernruf: Sammel-Nummer 2164. II. Nordische Rundschau, Kiel, Bergstraße 11, Fernruf 446 / 448. III. Lübecker Volksbote, Lübeck, Johannisstr. 44, Fernruf: L. 25 261

Kreis Pinneberg
Ortsgruppe Pinneberg
Geschäftsstelle: Damm 39
Geschäftszeit: Dienstags und Freitags von 19 bis 21 Uhr
Bank-Konto: Kreissparkasse zu Pinneberg Kr/Ma.

Pinneberg, den 13. Juni 1941.

An
das Wehrmeldeamt,
P i n n e b e r g .

Wehrmeldeamt Pinneberg 14. JUNI 1941

Die Ortsgruppe der NSDAP. Pinneberg fühlt sich verpflichtet, Ihnen folgende Meldung zu machen:

Am 1. Mai 1941 ist in Pinneberg, Schloßstraße 12 bei Witwe Johanna Krohn eine Volljüdin zugezogen. Die Personalien lauten:

Käte Ella Johanna Sara H i m m e l h e b e r geborene Jacoby, geschiedene Morgenfrau, geboren am 18.8.1888 in Moskau, deutsche Reichsangehörige, lutherischer Religion, wohnhaft gewesen in Hamburg, Gustav Falkestraße 6.
Frau Himmelheber ist im Besitze einer Kennkarte für Juden.

Die Ortsgruppe ist auf Frau Himmelheber aufmerksam geworden, nachdem sie die Frechheit besessen hat, eine Veranstaltung der NS-Frauenschaft aufzusuchen. Auch wurde dann festgestellt, daß die Betreffende Arbeit angenommen hatte in einem hiesigen Wehrbetrieb.

Die Jüdin Sara Himmelhebef hat nunmehr die Behauptung aufgestellt, ihr Bruder sei Oberleutnant in der Deutschen Armee und zwar in Berlin. Nach der Feldpost-Nr. befragt, hat sie angegeben
Oberleutnant Edgar J a c o b i , Feldpost-Nr. 05473.

Da uns die Jüdin im höchsten Grade verdächtig vorkommt, bittet die Ortsgruppe um Nachprüfung der Angaben betreffs des Edgar Jacobi.

Heil Hitler!

Ortsgruppenleiter

Alfred Krömer verfolgte nicht nur die politischen GegnerInnen des NS-Regimes.

ternehmen profitierten von der billigen Arbeitskraft der Häftlinge. Im Kreis Pinneberg wurde in Wedel ein solches Nebenlager eingerichtet.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge waren im wahrsten Sinne des Wortes mörderisch. Dünne Kleidung und ungenügende Ernährung bei schwerster körperlicher Arbeit, Schikanen und Mißhandlungen durch die SS und ihre Handlanger führten zum Tod vieler Gefangener. Mehrere tausend Häftlinge wurden gehängt, erschossen, vergast, durch Spritzen getötet oder in Vernichtungslager abgeschoben. Bei der Evakuierung des Lagers starben auf den »Todesmärschen« über 10.000 Häftlinge. Insgesamt kamen von den über 100.000 Häftlingen 55.000 ums Leben.

Das Häftlingslager bestand aus mehreren Holzbaracken und zwei großen einstöckigen massiven Steinbauten. Dieses »Schutzhaftlager« war 1944 mit 14.000 Häftlingen völlig überfüllt.

Die Gestapo oder Kripo ordnete die von ihr ins KZ eingewiesenen Häftlinge einer bestimmten Kategorie zu, die im Lager durch das Tragen verschiedenfarbiger dreieckiger Stoffwinkel auf der Kleidung kenntlich wurden. Rote Winkel erhielten politische »Schutzhäftlinge«. Grüne Winkel kennzeichneten Hälftlinge, die aufgrund von Vorstrafen oder aus der Strafhaft heraus ins KZ eingewiesen wurden. Die wegen Kriegsdienstverweigerung verhafteten »Zeugen Jehovas« trugen violette Winkel. Schwarze Winkel erhielten »Arbeitsbummelanten«, »Zigeuner«, »Landstreicher«. Mit rosa Winkeln wurden homosexuelle Häftlinge gekennzeichnet. Einen gelben Stern oder einen zusätzlichen gelben Winkel trugen jüdische Häftlinge.

Zahlreiche Aufgaben bei der Verwaltung des Häftlingslagers mußten im Auftrage der SS von Hälftlingen ausgeführt werden. Es wurden vor allem deutsche Häftlinge hierfür ausgewählt. Der »Lagerälteste«, die »Blockältesten«, die »Stubendienste«, »Kapos« und sonstige mit besonderen Aufgaben betraute Gefangene übten Aufsichts-, Vorarbeiter- und Hilfsaufgaben aus. Die SS betrachtete diese Gefangenen als ihre Werkzeuge. Diese Positionen gaben aber andererseits den

Schreiben der Gestapo Kiel an Emilie Boschen vom 3. Oktober 1944.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Kiel

IV 1 a - U- 307/44
B.-Nr.:
Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben.

(24) Kiel, den 3. Oktober 1944
Düppelstraße 23
Fernsprecher: Nr. 8790

An
Frau Emilie Boschen
in Pinneberg
Bahnhofstr. 19

Auf Ihr Schreiben vom 4.9.44 an die Geheime Staatspolizei in Berlin, wird Ihnen mitgeteilt, daß Ihr Ehemann Heinrich Boschen, inzwischen aus der Schutzhaft entlassen worden ist. Die eingereichten Schriftstücke erhalten Sie anliegend zurück.

Im Auftrag:

Häftlingen die Möglichkeit, ihre Sonderstellung auszunutzen, um Häftlingen zu helfen und teilweise den Anordnungen der SS Widerstand zu leisten. Es war für das Leben und Überleben der Häftlinge von großer Bedeutung, ob der »Kapo« oder »Blockälteste« sich seinen Mitgefangenen gegenüber solidarisch verhielt, ob er sich als verlängerter Arm der SS verstand oder gar seinem eigenen Sadismus freien Lauf ließ. Unter den Häftlingen mit grünem Winkel gab es manche, die, um sich bei der SS einzuschmeicheln, Mitgefangene prügelten und in zahlreichen Fällen sogar ermordeten. Die SS wußte davon und benutzte sie, um die Gefangenen zu terrorisieren. Die meisten politischen Häftlinge versuchten in ihren Positionen, der Willkür und dem Terror entgegenzuwirken.

Heinrich Boschen wird todkrank entlassen

Emilie Boschen kämpfte weiter um die Freilassung ihres Mannes. Sie schrieb am 4. September 1944 an die Gestapo in Berlin. Die ließ sich Zeit. Einen Monat später teilte die Gestapo Kiel mit, daß ihr Mann inzwischen entlassen worden sei. Als sie den Brief erhielt, war Heinrich Boschen bereits tot.

Am 19. September 1944 wurden Heinrich Boschen, Heinrich Lempfert und der ehemalige Thesdorfer Gemeindevertreter und Pinneberger Stadtverordnete der KPD, Peter Lohmann, entlassen. Heinrich Boschen war nicht mehr fähig, allein zu gehen, und seine Kameraden mußten ihn nach Hause tragen. Sein Gesicht war völlig entstellt. Er war so mitgenommen, daß er zunächst selbst seine Frau nicht erkannte. Er verließ sein Sterbelager nicht wieder. Über das Grauen in Neuengamme erzählte er bruchstückhaft, verfolgt von der Angst: »Ich darf das ja gar nicht sagen — dann kommen die gleich wieder und holen mich.« Heinrich Boschen starb am Morgen des 4. Oktober 1944, 14 Tage nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager.

Er wurde am 7. Oktober 1944 im Familiengrab auf dem Pinneberger Stadtfriedhof beigesetzt. Pastor Fölster hielt die Grabrede. Der Bibelvers der Grabrede, Johs. 16.33, war offensichtlich mit Bedacht gewählt: »In der Welt habt ihr Angst, aber seid getrost ich habe die Welt überwunden.«

Wir erhielten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der treusorgende Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Schwiegersohn und Onkel, der Feldwebel

Richard Dalldorf

geb. am 14. 12. 1904, als Fallschirmjäger in den schweren Kämpfen im Westen den Heldentod fand. Dies zeigen tiefbetrübt an seine Frau **Inge Dalldorf**, geb. Rabe, seine Kinder **Hermann und Klein-Ingrid, Familie Berta Dalldorf Wwe., Familie Martin Rabe.**

Rellingen, den 5. Oktober 1944.

Durch ein tragisches Geschick verloren wir am 30. 9. 1944 unsere liebe Tochter

Ursula

im blühenden Alter von 15 Jahren. In stiller Trauer: **Hans Semmelhack u. Frau**, Schwester **Hildegard**, sowie alle Angehörigen.

Rellingen, den 4. Oktober 1944.

Trauerfeier am Donnerstag, dem 5. 10. 1944, um 13 Uhr in der Rellinger Kirche. Abschiedsstunde eine halbe Stunde vorher in der Kapelle.

Unsagbar schweres Herzeleid brachte uns die furchtbare Nachricht, daß mein innigstgeliebt. Mann, der stets besorgte Papi unserer beiden Jungs, mein lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager, Onkel, Neffe und Vetter, der Unteroffizier

Adolf Rübcke

Inh. des Reitersportabzeichens u. des Kriegsverdienstkreuzes 2. Kl. mit Schwertern, im Osten am 20. Juli 1944 im 33. Lebensjahr den Heldentod sterben mußte. In tiefem Schmerz im Namen aller Hinterbliebenen:

Lotte Rüpcke, geb. Aufenberg, **Werner und Dieter Rüpcke.**

Schenefeld, Bez. Hamburg, und **Schwerte** a. d. Ruhr, im Okt. 44.

Nach langem Leiden entschlief heute morgen, 10 Uhr, meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Berta Stockfleth

geb. Möller, im 63. Lebensjahre. In tiefer Trauer: **Wilhelm Stockfleth, Heinrich Elper und Frau**, geb. Stockfleth, **Carl Cordes u. Frau**, geb. Stockfleth, **Herbert Stockfleth und Frau**, geb. Sura, und alle Verwandten.

Uetersen, den 3. Oktober 1944.

Trauerfeier am Freitag, 6. Okt., 15 Uhr, in der Kapelle des alten Friedhofs; anschl. Beisetzung. Etw. Kranzspenden dorthin erbet. Müh' und Arbeit war Dein Leben Ruhe hat Dir Gott gegeben. (U4206

Heute nacht, 1.30 Uhr, entschlief mein lieber Mann, unser guter Opa, Schwager und Onkel

Heinrich Boschen

im 60. Lebensjahr. In stiller Trauer

Frau Emilie Boschen, geb. Bobka, **Frau Gertrud Boschen**, geb. Glißmann, **und Kinder, Ernst Bobka und Frau, Klara Glißmann**, geb. Bobka, **Ernst Michalk und Frau.**

Pinneberg, den 4. Oktober 1944.

Beerdigung findet am Sonnabend, dem 7. Oktober, um 13.00 Uhr von der Kapelle des neuen Friedhofes aus statt. Etwaige zugedachte Kranzspenden dorthin erbeten.

Heute morgen entschlief nach langem, schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden unsere liebe Mutter

Wilhelmine Meyer

geb. Steffens

im 75. Lebensjahre. — In stiller Trauer: **Die Kinder u. Enkelkinder.**

Pinneberg, Schauenburgerstraße, den 4. Oktober 1944.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, d. 7. Oktober, 14.30 Uhr, von der Kapelle des alten Friedhofes aus statt. — Etwaige zugedachte Kranzspenden dorthin erb.

Innigen Dank sagen wir allen denen, die uns durch Schrift und stillen Händedruck ihre Teilnahme an dem schweren Verlust unseres geliebten Sohnes u. Bruders, des Feldw. Hans-Achim Vogt, bekundeten. **Frieda und Peter Vogt, Bruno Vogt.** (c7859

Elmshorn, Königstr. 29, Sept. 44.

Allen, die uns in unserem tiefen Schmerz um den schweren Verlust meines lieben, unvergeßl. Mannes, unseres Sohnes, Bruders u. Schwagers, des Uffz. Kurt Klinck, durch Händedruck u. trostreiche Worte ihre herzl. Teilnahme bekundeten, sagen wir unseren innigsten Dank. **Käthe Klinck**, geb. Elmers, **und Familie.** (c7869

Elmshorn, Weberstr. 5, I., Sept. 44.

Für die vielen Beweise herzl. Teilnahme beim Verlust meines lieben Mannes u. guten Vaters Johannes Hartlef sagen wir allen unseren herzlichen Dank. **Gertrud Hartlef**, geb. Schakel, **nebst Sohn Hans**, sowie alle Angehörigen.

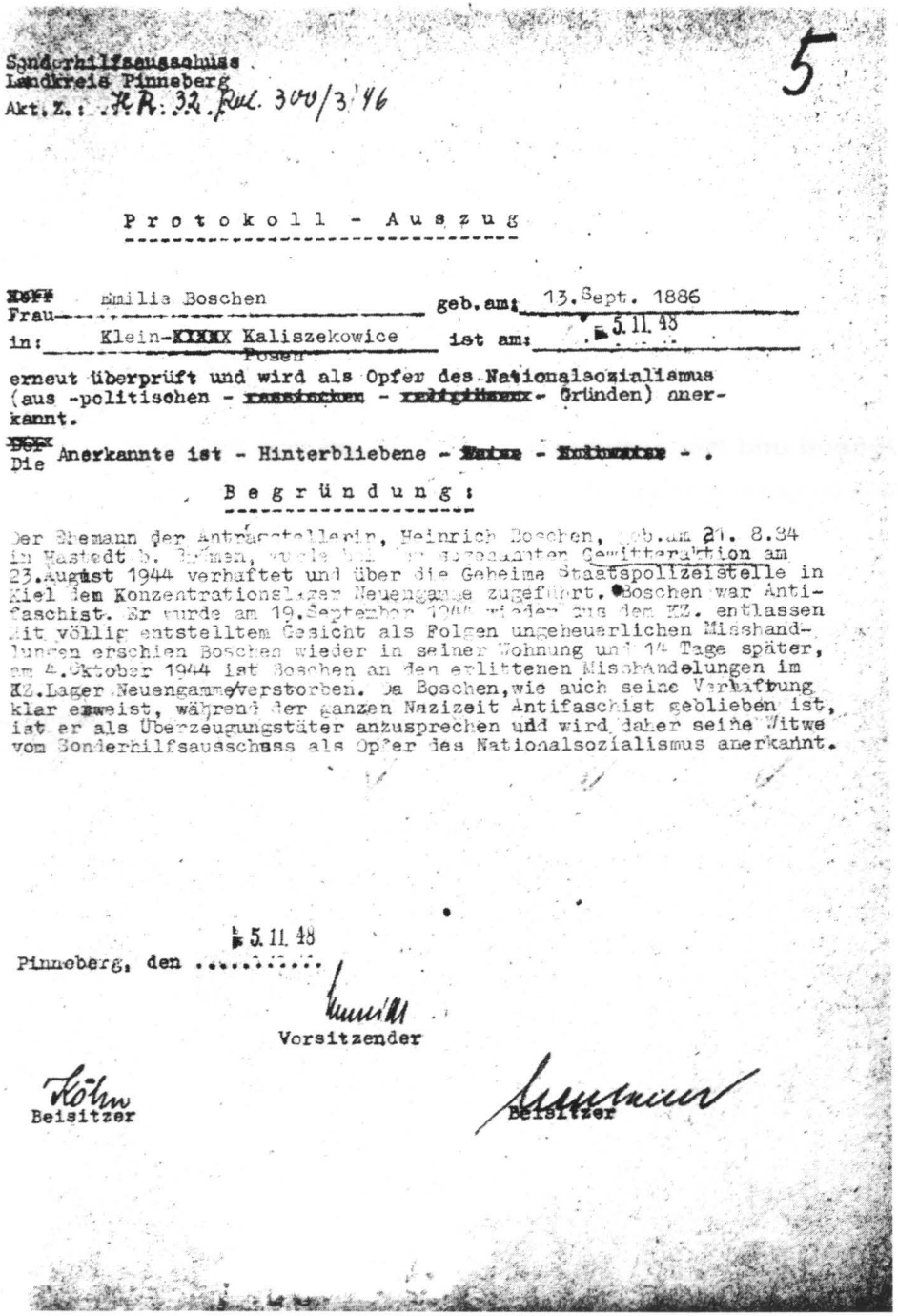
Elmshorn, Heidkamp 5, im September 1944. (c7887

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme am Heldentod unseres lieben, einzigen Sohnes Richard danken wir herzlich.

Rev.-Obw. **Ernst Knelsel u. Frau.**

Quickborn, im September 1944.

PT vom 4.10.1944.



Sonderhilfsausschuss
Landkreis Pinneberg
Akt. Z.: H.R. 32. Rel. 300/3'46

5

Protokoll - Auszug

~~Herr~~ Frau Emilie Boschen geb. am: 13. Sept. 1886
in: Klein-~~XXXX~~ Kaliszekowice Posen ist am: 5.11.48
erneut überprüft und wird als Opfer des Nationalsozialismus (aus -politischen - ~~rassischen~~ - ~~religiösen~~ - Gründen) anerkannt.

~~Der~~ Die Anerkannte ist - Hinterbliebene - ~~Waise~~ - ~~Erbwaise~~ - .

Begründung:

Der Ehemann der Antragstellerin, Heinrich Boschen, geb. am 21. 8.34 in Hastedt b. Bremen, wurde bei der sogenannten Gewitteraktion am 23. August 1944 verhaftet und über die Geheime Staatspolizeistelle in Kiel dem Konzentrationslager Neuengamme zugeführt. Boschen war Antifaschist. Er wurde am 19. September 1944 wieder aus dem KZ. entlassen. Mit völlig entstelltem Gesicht als Folgen ungeheuerlichen Misshandlungen erschien Boschen wieder in seiner Wohnung und 14 Tage später, am 4. Oktober 1944 ist Boschen an den erlittenen Misshandelungen im KZ. Lager Neuengamme verstorben. Da Boschen, wie auch seine Verhaftung klar erweist, während der ganzen Nazizeit Antifaschist geblieben ist, ist er als Überzeugungstäter anzusprechen und wird daher seine Witwe vom Sonderhilfsausschuss als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt.

Pinneberg, den 5.11.48

Vorsitzender

Köhn
Beisitzer

Beisitzer

Der »Sonderhilfsausschuß des Landkreises Pinneberg« über Heinrich Boschens Verfolgung durch die Nazis.

Internationale Solidarität: Der Schneider Wilhelm Schmitt

Jugend und Wanderjahre

Wilhelm Schmitt wurde am 9. Mai 1888 als erstes von sechs Kindern in Krefeld geboren. Seine Eltern waren der Hausknecht Anton Schmitt und seine Frau Eleonora. In rascher Folge kamen die anderen fünf Geschwister zur Welt, drei Mädchen und zwei Jungen. Die Mutter starb 1897, kurz nach der Geburt des Jüngsten. Mit 39 Jahren stand der Vater Anton mit seinen sechs Kindern allein da und war nicht in der Lage, sie zu versorgen. Die Schmitts lebten in ärmsten Verhältnissen. Der Vater mußte den neunjährigen Wilhelm bis zu seinem 14. Lebensjahr in die Obhut zu fremden Leuten geben. Danach ging Wilhelm drei Jahre bei einem Krefelder Schneidermeister in die Lehre. Mit 17 war Wilhelm Schneidergeselle. Da hielt es ihn nicht länger in der heimischen Enge. Er ging auf die Walz. In den nächsten zweieinhalb Jahren bereiste er Dänemark, Schweden, Norwegen, England, Frankreich und die Schweiz und fuhr auch kurze Zeit zur See. Er lernte dabei die jeweiligen Landessprachen und schlug sich überall redlich durch. Meist arbeitete er in seinem Beruf als Schneider. Er war 1907 und 1908 oft in Kiel, bis 1911 in Hamburg. Ein üppiges Leben war ihm in diesen Wanderjahren nicht beschieden. Er wohnte zur Untermiete und zuweilen auch in billigen Herbergen. Damals war es nicht üblich, den wandernden Gesellen eine Vergütung zu zahlen. In der Regel wurde vereinbart, Arbeitsleistungen mit freier Kost und Unterkunft zu vergüten.

Flucht vom Militär

Entsprechend einer allgemeinen Wehrpflicht wurden die Männer mit 20 Jahren zur zweijährigen Militärgrundausbildung eingezogen. Wilhelm Schmitt gelang es, sich mehrere Jahre dem Gestellungsbefehl zu entziehen. Er wurde jedoch Anfang Januar 1911 von der Militärbehörde in Hamburg ausfindig gemacht und mußte einrücken. Am 9. Januar 1911 meldete er sich zum »Großherzoglich Mecklenburgischen Grenadier-Regiment Nr. 89« nach Schwerin ab. Über die folgenden neun Monate berichtete er im August 1915 in einem handgeschriebenen Lebenslauf: »Ich kam nach Schwerin, Mecklenburg, woselbst ich beim 89. Regiment als Heeresunsicherer drei Jahre dienen sollte. Neun Monate habe ich es ausgehalten, dann bin ich, zum Teil wegen schlechter Behandlung, zum Teil wegen anderer Vorkommnisse in der Kaserne — mehrere Soldaten waren desertiert, und andere hatten sich das Leben genommen! wegen einer jeder Menschlichkeit hohnsprechenden Behandlung. Da alles von der Militärbehörde unterdrückt wurde, so hatte ich darüber in auswärtigen Zeitungen berichtet. Bei einer Stubenrevision wurde im Strohsacke versteckt meine Korrespondenz gefunden, es gelang mir noch am selben Abend des 24. September 1911 zu entfliehen. Ich kam nun nach vielen Abenteuerfahrten über Schweden, Dänemark nach England, erhielt nach dort eine größere Geldsendung von meinem Vater, ging dann später nach Frankreich, kam auch in die Schweiz, ging wie-

(k)

Schmitt

Wilhelm

2. Geburtsort (Kreis, Amt usw.)	3. Geburtsjahr und -tag	4. Familienstand	5. Religion	6. Stand oder Beruf	7. Militärverhältnis	8. Staatsangehörigkeit
Crefeld	1888 9. 3.	l.		Schneiderges.	1. J. z.	Preußen

9. In Hamburg seit	10. Letzter Aufenthalt	am	11. An Legitimationspapieren haben vorgelegen:
6.12.08	Eckernförde		[illegible]
			Dienstbuch vom Litr. №

Der Familienglieder

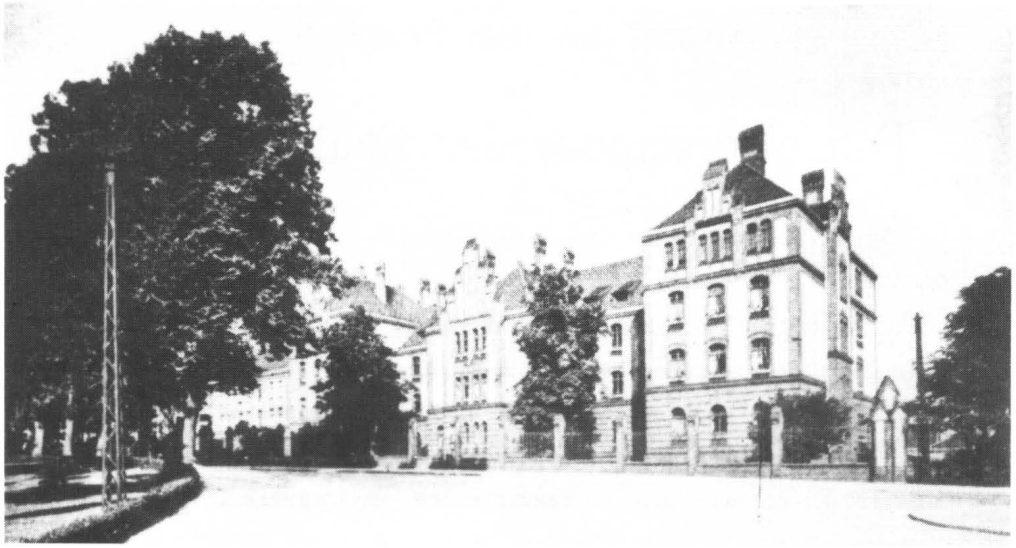
	12. Name	13. Geburtsort	14. Geburtsjahr und -tag	15. Bemerkungen
1. Ehefrau:				
2. Kinder:				

16. Jahr und Tag der Meldung	Wohnung, Logis oder Dienst	16a. Tag des Einzuges	Tag des Auszuges	17. Wohnung der unter 1. genannten Person oder, wenn Dienstbote, der Dienstherrschaft — Wohnung	Name	Stand	Beleg №
1908. 10.12.	L.	9/12.		Hammerbrookstr. 80a H. 2.	[illegible]	[illegible]	8. [illegible]
1909. 5. 2.				[illegible] 41301/08 [illegible] am 18. 1. 09 nach Crefeld [illegible]			
09. 26. 2.	L	23/2		[illegible] 17 [illegible] (Anmeldung)			[illegible]
09. 13. 5.	"	8. 5.		[illegible] 5 I b. Kaczmarek			13 [illegible]
09. 3. 8.	Abm.			10549/09 [illegible] nach der [illegible] verzogen			
				29. 7. bis 1. 9. 09 in [illegible]			[illegible]
09. 3. 9.	L	1. 9.		Bartholomäusstr. 3 III b. Krause			5/9
11. 9. 10		8/9		[illegible] b. Wenck			8/9
13. 4. 10.	"	12/4		[illegible] 5 III [illegible]			
29/9. 10				Abgem. nach Crefeld [illegible]			[illegible]
[illegible]		4/10		[illegible] 11 III b. Bolt			[illegible]
				Anmeldung			[illegible]

16. Jahr und Tag der Meldung	Wohnung, Logis oder Dienst	16a. Tag des Einzuges	Tag des Auszuges	17. Wohnung der unter 1. genannten Person oder, wenn Dienstbote, der Dienstherrschaft — Wohnung	Name	Stand	Beleg №
9/1. 1911				Abgem. nach Schwerin, Infr. Regt. Nr. 89.			9/2[illegible]

18. Datum	19. Bemerkungen	20. Erledigt am
10.12.08.	[illegible] 08. [illegible] 40308/08 [illegible]	
09. 4. 9.	[illegible] 41 [illegible] Kopenhagen [illegible]	[illegible]
22.12.10	[illegible]	

Kartenregister [illegible]
[illegible]
[illegible] der Polizeibehörde Hamburg



Kaserne des Grenadier-Regiments Nr. 89 in Schwerin.

der nach Frankreich, um beim Ausbruche des Krieges es wieder zu verlassen. Da ich des ewigen Hin und Her müde bin, so möchte ich mich hier in Zürich niederlassen, um mir eine neue bessere Heimat zu gründen.«

Wilhelm Schmitt war zum Antimilitaristen geworden. Einer seiner Söhne beschreibt ihn später als »ausgesprochenen Pazifisten«.

Asyl in der Schweiz

Den oben erwähnten Lebenslauf reichte Wilhelm Schmitt am 7. August 1915 an den Polizeivorstand der Stadt Zürich mit der Bitte um Niederlassungsbewilligung ein.

Er lebte nun schon über ein Jahr in Zürich und wohnte zunächst in der Zederstraße 14 beim Universitätsviertel. Bereits 1914 hatte er Arbeit bei Schneider Küpfer am Limmatquai gefunden. Später beschäftigte ihn Schneider Jä-

In »unmilitärischer« Pose: Wilhelm Schmitt 1911.

Meldekarte von Wilhelm Schmitt in Hamburg.
Zur 1. Zeile (S. 59): Crefeld 9.5.1888 l. Schneiderges. 1. H.z. Preußen
Zur 2. Zeile (S. 59): 6.12.08 Eckernförde 10.12.08 Los. Schein.
Zur 7. Zeile (S. 59): 09.03.8. lt. Acte 18549/09 I 8 d s. 1/709 nach der Schweiz verzogen.
Zur 15. Zeile (S. 60): 9/1.1911 Abgem. nach Schwerin, Inftr. Regt. 89.

Auszug aus dem Protokoll

des

Polizeivorstandes der Stadt Zürich

vom

10. August 1915.

Wilhelm Schmitt, geb. 1888, von Crefeld, Preussen, wohnhaft Zederstrasse 14, Zürich 7, Schneider, stellt mit Eingabe vom 7. August ds. Js. das Gesuch um Niederlassungsbewilligung.

Gesuchsteller ist seit 2. August 1915 in Zürich gemeldet. Er ist Deserteur und als solcher schriftenlos, als Ausweis liegt ein Geburtsschein vor. An Stelle der Heimatpapiere hat Schmitt im Sinne des § 35 des Gemeindegesetzes Kaution geleistet und zwar Fr. 1100.- Bar-, und Fr. 1500.- Personalkaution, letztere durch Bürgschaft des Herrn Max Linke, Seilergraben 57, Zürich 1.

Auf Grund der i. S. ergangenen Akten und auf den Antrag der Einwohnerkontrolle wird vom Polizeivorstande

verfügt:

1. Dem Wilhelm Schmitt wird gegen die geleistete Kaution die Niederlassung in der Stadt Zürich auf Wohlverhalten hin vorläufig für die Dauer von 2 Jahren bewilligt.

2. Mitteilung an die Einwohnerkontrolle unter Rückschluss des Kautionsscheines, der Geburtsurkunde und einer Photographie, an die Finanzverwaltung und gegen Empfangschein an Wilhelm Schmitt.

Für richtigen Auszug:

Der Polizeisekretär:

i. V.

Ackermann

Wilhelm Schmitt erhält in Zürich die Niederlassungsbewilligung.

Wilhelm Schmitt auf Reisen.

ger in der Uraniastraße 15, der ihm einen Wochenlohn von 43 Franken zahlte. Schon im Februar 1915 machte er sich selbständig und führte in der Clausiusstraße 52 eine eigene »Schneiderklinik mit Bügelatelier«.

Wilhelm Schmitt bemühte sich nun um eine offizielle Niederlassungsbewilligung. Es war nicht leicht, in der Schweiz Asyl zu bekommen. Zunächst mußte Wilhelm Schmitt selbst eine Kaution von 1.100 Franken in bar entrichten. Wichtiger noch war ein dort ansässiger Bürge, ohne den jeder Antrag aussichtslos war. Dieser mußte noch eine weitere Kaution von 1.500 Franken zahlen. Wilhelm Schmitt hatte Glück: Der bekannte Zürcher Kantonsrat Max Lincke bürgte für ihn. Linckes Vater war Bürgermeister und Landtagsabgeordneter in Sachsen gewesen, hatte an der Revolution von 1848 teilgenommen und war danach in die Schweiz geflohen. Sohn Max entfaltete in Zürich eine rege politische Tätigkeit, ganz in der Tradition der Familie. Er gehörte 25 Jahre dem Großen Stadtrat in Zürich und seit 1901 auch dem Kantonsrat an. Dieser fortschrittliche Politiker war Präsident der Bürgerasyl-Kommission. Ihm verdankte Wilhelm Schmitt ein gutes Zeugnis für die Aufnahme als Asylant.

Drei Tage nach seinem Antrag war Wilhelm Schmitt im Besitz einer auf zwei Jahre beschränkten Niederlassungsbewilligung »auf Wohlverhalten«. Sie wurde noch zweimal verlängert.

1920 verlegte er dann sein Atelier in die Culmannstraße 50 und beschäftigte eine Zürcher Arbeiterin zum Tageslohn von 9 Franken. Zu diesem Zeitpunkt betrug seine Jahreseinkunft 6.000 Franken. Als Jahresmiete mußte er 1.000 Franken entrichten. Er war inzwischen Schneidermeister. Wie ein Polizei-Rapport angibt, zählten in der Culmannstraße zu Wilhelm Schmitts Kunden auch die »besseren Leute des Rigiquartiers«.

1915 wohnte Wilhelm Schmitt in Zürich in der Zederstraße Nr. 14 (links).

Zürich: Zentrum der Emigration

Zürich war während des 1. Weltkrieges ein wichtiges Emigrationszentrum in Europa. In unmittelbarer Nähe von Schmitts erster Wohnung in der Zederstraße wohnte damals in der Spiegelgasse 14, sozusagen um die Ecke, der wohl bekannteste Zürcher Emigrant: Wladimir Iljitsch Lenin. Zu dessen Besuchern gehörten prominente Kommunisten wie Leo Trotzki, Grigorij Sinowjew, Nikolai Bucharin und Willi Münzenberg.

Auch für verfolgte Pazifisten, Künstler und Schriftsteller war Zürich in diesen Kriegsjahren ein Zufluchtsort. Im Café Odeon, ebenfalls in der Nähe der Zederstraße, verkehrten u.a. Stefan Zweig, Franz Werfel, René Schickele, Ernst Bloch, Karl Kraus, Klabund. Die Emigranten waren an das Schweizer Asylrecht gebunden. Es verlangte, sich »durch ruhiges Verhalten dessen würdig« zu erweisen. Trotzdem war es möglich, für den Friedensgedanken einzutreten. René Schickele z.B. arbeitete seit 1915 für den Zürcher Rascher-Verlag, der Antikriegszeitschriften und -bücher herausgab. Diese wurden zum Teil in Tarneinbänden nach Deutschland geschmuggelt und an der Front verbreitet, um den Krieg zu verkürzen.

Auch die weniger prominenten Emigranten hatten ihre Orientierungspunkte, Lokale und Zirkel. Regelmäßige Treffen und Vorträge orga-

In der Zürcher Clausiusstraße Nr. 52 (links) hatte Wilhelm Schmitt sein Schneideratelier.

nisierte zum Beispiel der weit über die Grenzen der Schweiz bekannte Zürcher Arzt und Schriftsteller Fritz Brupbacher, der sich besonders der Armen und Emigranten annahm.

Die wirtschaftliche Situation der meisten Emigranten war miserabel. Sie entsprach der Lage vieler SchweizerInnen. Die Männer wurden zu langem Grenzdienst herangezogen. Das bedeutete für viele Familien Lohnausfall und materielle Not. 1917 wurden in Zürich 83.000 Notleidende gezählt. Teuerung und Wohnungsknappheit nahmen rapide zu. Frauen und Kinder standen um Kartoffeln Schlange.

Das Interesse in der Schweizer Arbeiterschaft an der Entwicklung in Rußland nach der Februar-Revolution 1917 war stark. In Zürich folgte eine Demonstration der anderen. Am 15. November drang eine tausendköpfige Menge in einige Zürcher Munitionsfabriken ein und legte sie kurzerhand still. Eine große Kundgebung zwei Tage später wurde von der Polizei aufgelöst, drei Menschen getötet und zahlreiche verletzt.

Heirat und Rückkehr nach Deutschland

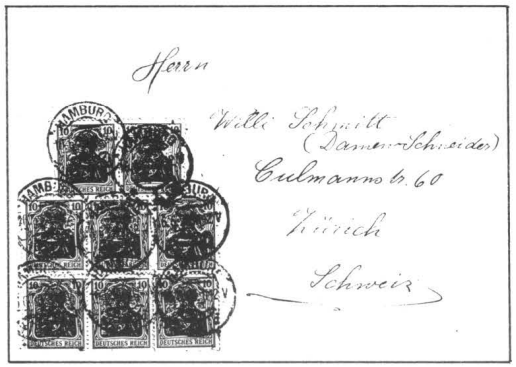
In der Schweiz lernte Wilhelm Schmitt die Hausangestellte Anna Carolina Sziel aus Koblenz kennen. Nach der Geburt ihres Sohnes Harald heirateten sie am 18. November 1920.

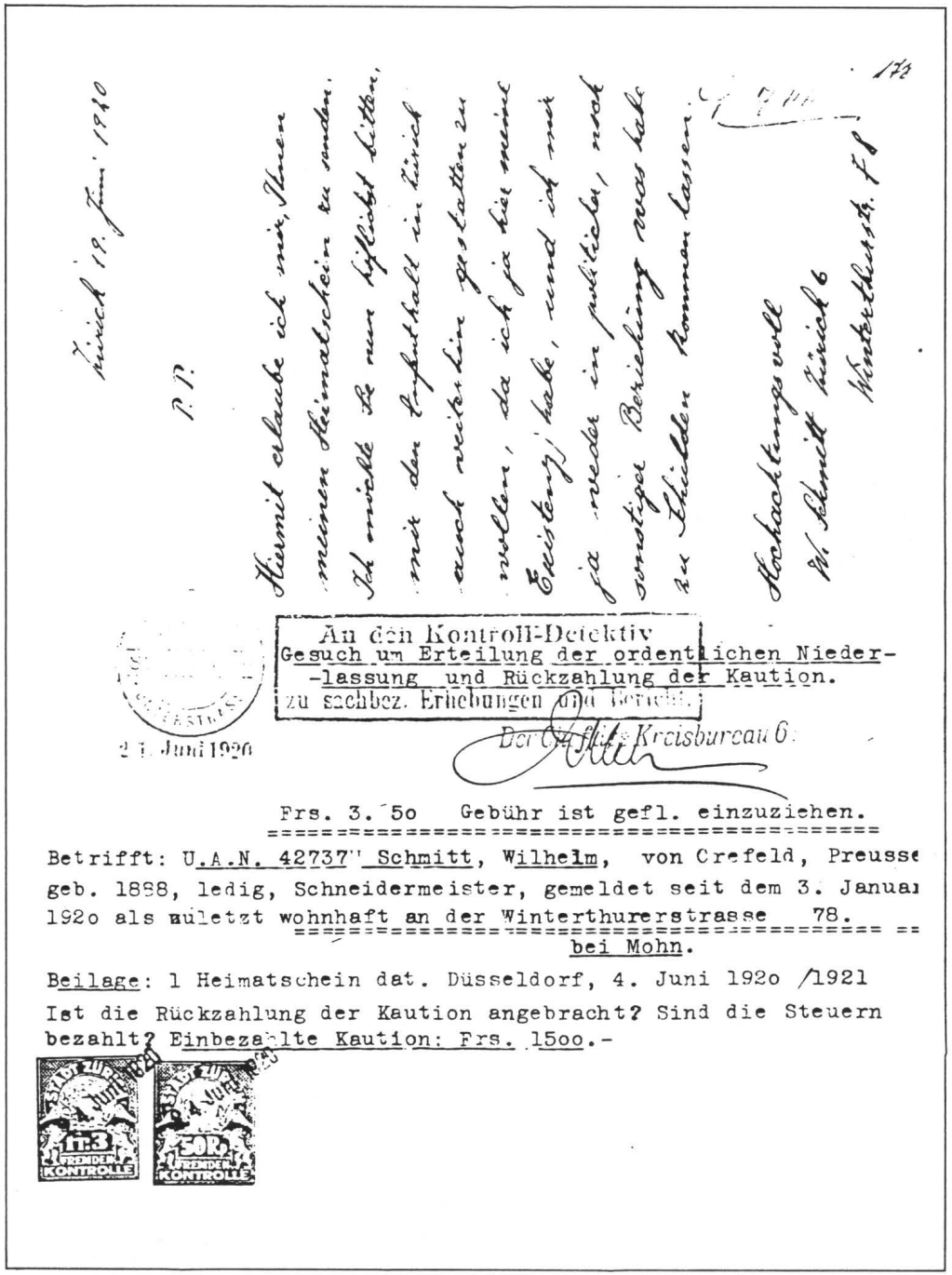
Inzwischen waren in Deutschland die Deserteure amnestiert worden. Wilhelm Schmitt er-

Wilhelm Schmitt mit Sohn Harald in der Schweiz.

Zuletzt wohnte Wilhelm Schmitt in Zürich in der Winterthurerstraße Nr. 78 (Mitte).

Post von H. Bauch, Kl. Schäferkamp 58, Hamburg 6, Juni 1920 (Schmitt wohnte Culmannstr. 50).





Wilhelm Schmitt bemüht sich um die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung in der Schweiz.

Fremdenpolizei
des
Kantons Zürich

Telephon: Selnau 47.81
DaZ. 1359.

Zürich 1, den 7. Mai 1921.
Selnaustraße 17

Nr. 744.

Herrn Wilhelm Schmitt, Schneider,
Winterthurerstr. 78,
in Zürich.

Wir teilen Ihnen mit, dass die Eidg. Zentralstelle für Fremdenpolizei in Bern auf Grund des Rekursentscheides des Regierungsrates des Kts. Zürich vom 31. März 1921 pto. Niederlassungsverweigerung Ihnen als endgültig letzte Frist zur Ausreise den 2o. Mai 1921 angesetzt hat.

Wir fordern Sie deshalb auf, die Schweiz bis zu diesem Datum über die Grenzpassierstelle Basel - Bad. Bahnhof zu verlassen. Im Nichtbefolgungsfalle wären wir zu unserm Bedauern gezwungen, Sie den zuständigen Justizbehörden zur Bestrafung zu überweisen. Sollten Sie eine andere Grenzübergangsstelle vorziehen, so haben Sie die Eidg. Zentralstelle für Fremdenpolizei in Bern unter Ref. No. N. 1o7, Abteilung Aufsicht Intern A, umgehend hiervon in Kenntnis zu setzen.

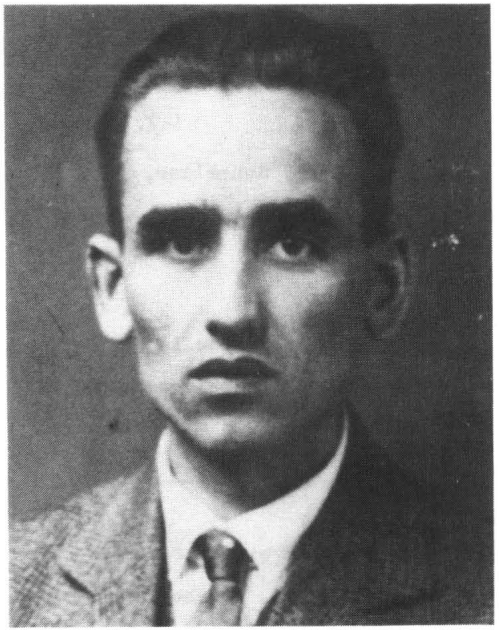
Ihren Heimatschein können Sie beim Zentralkontrollbureau der Stadt Zürich (Stadthaus Schalter 14) in Empfang nehmen.

Fremdenpolizei des Kantons Zürich
Fdo.

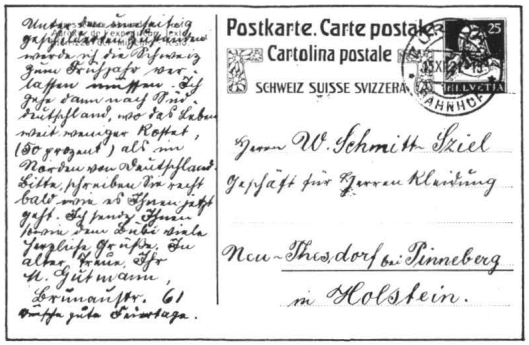
Geht in Kopie an:
a) den Polizeivorstand der Stadt Zürich,
b) das Polizei - Inspektorat Zürich zur Ueberwachung der Ausreise unter Anzeige an uns,
c) den Rekurrenten.

30. - 6000.

Eine Ausweisungsverfügung. Am 8.6.1921 wurde als tatsächlich letzter Termin der 30.6.1921 festgesetzt.



Wilhelm Schmitt.



Wilhelm Schmitt betreibt ein »Geschäft für Herrenkleidung« in Neu-Thesdorf (Dezember 1921).

hielt am 4. Juni 1920 aus Düsseldorf seinen »Heimatschein«, der ihm die Rückkehr nach Deutschland straflos ermöglichte. Er wollte aber in der Schweiz bleiben. Seinem Gesuch auf Daueraufenthalt in Zürich wurde jedoch nicht stattgegeben. Am 3. März 1921 verfügte die Polizeidirektion des Kantons Zürich, »daß Schmitt als gewesener kriegszugewanderter Deserteur gemäß Bundesrats-Beschluß vom 9. Oktober 1918 die Schweiz wieder zu verlassen hat und die dringende Notwendigkeit seines weiteren Aufenthaltes in der Schweiz nicht erwiesen ist«. Letzter Ausreisetermin war nach mehrmaliger kurzer Aufenthaltsverlängerung der 30. Juni 1921. Mit Frau und Kind kehrte Wilhelm Schmitt nach Deutschland zurück.

Seit Oktober 1921 wohnten die Schmitts in Thesdorf zur Untermiete. Bei einem Thesdorfer Schneidermeister fand Wilhelm Schmitt Arbeit. 1923 erwarb seine Frau ein Haus in Neu-Thesdorf, heute Rehmen 26d. Die in Zürich unter den Bedingungen der Emigration geschlossene Ehe wurde brüchig und 1927 geschieden. Carolina Schmitt wanderte 1932 mit ihrem neuen Mann und Sohn Harald nach Argentinien aus.

Arbeit für die KPD in Thesdorf

In diesen Jahren wurde Wilhelm Schmitt Mitglied der KPD. Sein politisches Engagement galt der radikalen Verbesserung der Lebenssituation der Armen. Von kleinauf hatte er die Welt »von unten« kennengelernt: in der Armut der elterlichen Hausknechtsfamilie, in den harten Jahren seiner Wanderschaft, die ihm zahlreiche Kontakte mit Menschen vieler Länder in ähnlicher Situation brachten, in der brutalen Repression seiner Militärzeit und zuletzt in der Schweizer Emigration mit ihren vielfältigen politischen Aktivitäten.

Am 4. Mai 1924 kandidierte Wilhelm Schmitt auf Platz 1 der KPD-Liste bei den Gemeinderatswahlen in Thesdorf, das damals noch nicht zu Pinneberg gehörte. Zum ersten Mal zog die KPD mit den beiden Abgeordneten Wilhelm Schmitt und Peter Lohmann in die Gemeindevertretung ein.

Wilhelm Schmitt wurde ein äußerst aktiver Abgeordneter. Auf fast allen Gemeinderatssitzungen meldete er sich zu Wort. Nachdrücklich setzte er sich für die Belange der Armen ein. Als die Eingemeindung Thesdorfs nach Pinneberg zur Debatte stand, war Schmitt einer ihrer engagiertesten Fürsprecher. Kurz vor dem Abstimmungstag fand am 12. März 1926 eine öffentliche Gemeindeversammlung statt, bei der Wil-

helm Schmitt ein ausführliches Referat zu diesem Thema hielt. Er legte detailliert dar, warum die Eingemeindung für Thesdorf eine Notwendigkeit sei: Die Gemeinde sei durch enorm hohe Steuerbelastungen auf Jahre hinaus lahmgelegt und die Erschließung neuer Wohngebiete dadurch unmöglich. Durch die Eingemeindung würde Thesdorf eine weit bessere Lebensqualität, insbesondere für die Minderbemittelten, erlangen, wie den Besuch der Mittelschule in Pinneberg, eine höhere Erwerbslosenunterstützung, Versorgung mit Gas und Wasseranschlüssen und Abbau der Arbeitslosigkeit.

Bei der Abstimmung am 19. März 1926 stimmten sechs von zehn Thesdorfer Gemeindevertretern für die Eingemeindung nach Pinneberg. Ab Januar 1928 war Thesdorf ein Pinneberger Stadtteil.

— Verhaftung. Der Schneider und Gemeindevertreter Schmitt aus Neu-Thesdorf ist, wie wir hören, auf Anordnung des Oberstaatsanwalts in Altona verhaftet worden. Es soll sich um politische Vergehen handeln. Der Verhaftete ist Führer der KPD. in Thesdorf und war in der Eingemeindungsangelegenheit eine heftig umstrittene Persönlichkeit.

Der Kommunist Wilhelm Schmitt aus politischen Gründen in Haft. PT vom 15.6.1926.

e. Es wird auf Antrag des Gemeindevertreters Herr Schmitt einstimmig beschlossen, am Geburtstage des Reichspräsidenten 50 M an Bedürftige der Gemeinde zu verteilen.

Protokoll der Thesdorfer Gemeindevertretersitzung vom 30. September 1927.
Es wird auf Antrag des Gemeindevertreters Herr Schmitt einstimmig beschlossen, am Geburtstage des Reichspräsidenten 50 M an Bedürftige der Gemeinde zu verteilen.

Bekanntmachung.

Für die am 4. Mai d. Js. stattfindende Neuwahl der Gemeindevertretung hat der Wahlausschuß folgende Wahlvorschläge zugelassen und festgesetzt und zwar nach der Reihenfolge ihres Einganges:

1. Wahlvorschlag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei

Ortsverein Thesdorf

Schulz, Hermann, Tischler, Thesdorf.
Eggerstedt, Hinrich, Gemeindediener, Datum.
Bagemühl, Rudolf, Arbeiter, Thesdorf-Quellental.
Brodmann, Karl, Bahnarbeiter, Thesdorf.
Wolf, Karl, Former, Eggerstedt.
Eggerstedt, Wilhelm, Bahnarbeiter, Thesdorf.
Lüdemann, Wilhelm, Arbeiter, Thesdorf.
Ramcke, Johannes, Arbeiter, Eggerstedt.
Peemöller, Bernhard, Arbeiter, Thesdorf.

2. Wahlvorschlag Delting

Delting, Christian, Maurermeister, Thesdorf-Quellental.
Krohn, Jochim, Landmann, Datum.
Rechter, Heinrich, Bahnarbeiter, Thesdorf.
Dierks, Hinrich, Gärtner, Eggerstedt.
von Kroge, Behrend, Kaufmann, Thesdorf-Quellental.
Kamm, Adolf, Bankbeamter, Thesdorf.
Horns, Rudolf, Rottenführer, Thesdorf.
Kahland, Ferdinand, Landmann, Thesdorf.
Michelsen, Bernhard, Baumschulenbesitzer, Eggerstedt.

3. Wahlvorschlag der Kommunisten

Schmitt, Wilhelm, Schneider, Thesdorf.
Lohmann, Peter, Maurer, Thesdorf-Quellental.
Behnke, Hermann, Arbeiter Thesdorf.
Sellmann, Wilhelm, Zimmerer, Thesdorf.

4. Wahlvorschlag Kennwort: „Wiederaufbau"

Peemöller, Friedrich, Fabrikarbeiter, Thesdorf.
Kunstmann, Emil, Baumschulenbesitzer, Thesdorf.
Kahlke, Claus, Landmann, Eggerstedt.
Erler, Ernst, Metalldreher, Eggerstedt.
Zernikow, Karl, Jagdaufseher, Waldenau.
Maack, Otto, Zollbeamter, Thesdorf.
Röhmeier, August, Landmann und Gemeindevorsteher, Thesdorf.

Es kann nur einer der vorbezeichneten Wahlvorschläge gewählt werden.
Gewählt wird mit Stimmzetteln in amtlich gestempelten Umschlägen mit dem Aufdruck „Gemeindewahl". Wahlende können sich weder vertreten lassen noch sonst an der Wahl teilnehmen.
Einheitsstimmzettel werden nicht ausgegeben.
Der Stimmzettel darf nur einen einzigen Wahlvorschlag bezeichnen.
Die Bezeichnung geschieht entweder durch Angabe mindestens eines den Wahlvorschlag zweifelsfrei kennzeichnenden Bewerbers oder durch Angabe der Partei oder des entsprechenden Kennworts.
Weitere Angaben oder Kennzeichen machen den Stimmzettel ungültig. Durchstreichungen auf Stimmzetteln gelten nicht als Kennzeichen.
Der Stimmzettel muß von weißem oder weißlichem Papier und darf mit keinem Kennzeichen versehen sein. Verwendung von Zeitungspapier ist zulässig. Der Stimmzettel soll 9:12 Zentimeter groß sein und ist von jedem Wähler in einem mit amtlichem Stempel versehenen Umschlag abzugeben. Die Umschläge werden im Wahllokal bereitgehalten.

Thesdorf, den 28. April 1924.

Der Vorsitzende des Wahlausschusses.
Röhmeier.

Kandidatenliste zur Gemeindevertretungswahl in Thesdorf am 4. Mai 1924. PT vom 26.4.1924.

Stadtverordneter der SPD in Pinneberg

Bis zur Kommunalwahl am 15. April 1928 wurden die ehemaligen Thesdorfer Gemeindevertreter Wilhelm Schmitt, Emil Kunstmann und Friedrich Peemöller kommissarisch Stadtverordnete von Pinneberg. Schon zu diesem Zeitpunkt gehörte Wilhelm Schmitt nicht mehr der KPD an. Wie lt. Pinneberger Tageblatt vom 18. Januar 1928 aus einer Erklärung des KPD-Vertreters Wilhelm Stehr vom Vortage hervorgeht, war »der Stadtverordnete Wilhelm Schmitt als nicht zur kommunistischen Fraktion gehörig zu betrachten«. Über die Gründe seines Zerwürfnisses mit der KPD ist uns nichts bekannt.

Wilhelm Schmitt trat in die SPD ein und wurde bei der Kommunalwahl am 15. April 1928 in Pinneberg zum SPD-Stadtverordneten gewählt. Sein Engagement galt nach wie vor hauptsächlich der Verbesserung der Lage der Armen und der Gestaltung des Ortsteils Thesdorf. Wer weiß heute noch, daß die Pestalozzistraße auf Initiative von Wilhelm Schmitt 1929 ihren Namen erhielt?

Dem Stadtverordnetenkollegium gehörten in dieser Wahlperiode auch Heinrich Geick und Heinrich Boschen an.

Wilhelm Schmitt aktiv im Stadtverordnetenkollegium.

Abg. Schmitt bemängelt die hohen Mieten in Neubauten, die mit Hauszinssteuern errichtet sind. Ein Beschlußentwurf des Herrn Schmitt hierzu wird dem Magistrat als Material überwiesen.

»Protokoll der Städtischen Kollegien zu Pinneberg« vom 18. Oktober 1929.
Stadtv. Schmitt bemängelt die hohen Mieten in Neubauten, die mit Hauszinssteuern errichtet sind. Ein Beschlußentwurf des Herrn Schmitt hierzu wird dem Magistrat als Material überwiesen.

WählerThesdorfs!

Oeffentliche

Wähler-Versammlung

Freitag, 13. April, abends 8 Uhr
Gasthof „Zur Thesdorfer Eiche"

Thema:

Die Stadtverordneten-Wahlen
Referent Filegner, Pinneberg

Das wahre Gesicht der bürgerlichen Liste
Referent W. Schmitt, Thesdorf

Namens der S. P. D. Pinneberg
W. Schmitt

PT vom 12.4.1928.

Straßenbenennungen im Stadtteil Thesdorf. Auf Vorschlag des Stadtv. Schmitt wird beschlossen, die als Eggerstedter Straße vorgeschlagene Strecke Pestalozzi-Straße zu nennen.

»Protokoll der Städtischen Kollegien zu Pinneberg« vom 15. November 1929.
Straßenbenennungen im Stadtteil Thesdorf. Auf Vorschlag des Stadtv. Schmitt wird beschlossen, die als Eggerstedter Straße vorgeschlagene Strecke Pestalozzi-Straße zu nennen.

Lieschen Weissmann

Im Sommer 1928 zog Wilhelm Schmitt nach Pinneberg in den Blauen Kamp, heute Moorkamp 2. Er hatte inzwischen die Pinneberger Sozialdemokratin Hertha Luise Weissmann kennen- und lieben gelernt. Sie war neunzehn Jahre jünger als er. Bei FreundInnen und Bekannten hieß sie nur »Lieschen«.

Lieschen Weissmann wurde am 15. Mai 1907 in Höfer, Kreis Celle, geboren. Auch sie wuchs in sehr einfachen Verhältnissen auf. Ihr Vater war Melker.

Sie hatte ein offenes, fröhliches und warmherziges Wesen und war überall beliebt. Sie engagierte sich seit 1923 bei den Pinneberger »Kinderfreunden« und wurde bald »Kückenmutter«. Die »Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde« wurde 1923 in Deutschland als Jugendorganisation der SPD gegründet und nahm Kinder ab sechs Jahren auf. Im Sommer 1927 wurde die erste »Kinderrepublik Seekamp« in Kiel-Friedrichsort organisiert. Kinder aus ganz Deutschland, mindestens zweimal auch aus Pinneberg, verbrachten ihre Ferien in diesem großen Zeltdorf.

Lieschen Weissmann nahm an Delegationen, Fahrten und Wanderungen der »Kinderfreunde« teil. Ihre Kameradinnen und Kameraden schätzten sie sehr und blieben später oft noch in brieflichem Kontakt mit ihr. Jugendfreund »Adde« schrieb:

»Mien lütt seutes Liesel!
Wat ick Di to seggen heff, is, dat ick Di recht dankbar bin for eene scheune Erinnerung, de so oft in mi erklingen deit. Du hest mi mol tein Doog lang groote Freid mockt. Solche Freid, de een Minsch bruukt, um leben to köön, von de he teern kann lange, lange Tied. Wat Du mi domols geern un mit vulle Hann geben hest, verloot Di

Die Eltern: Anna und Max Weissmann.

Lieschen Weissmann (vorne rechts) bei den »Kinderfreunden«.

der og, Du hest't keenen Unwürdigen geben, dat is good oghoben in mien Hatt. Un jümmer, wenn mien Hatt mool trurik sien will, denn slut ick de Komer og, wo all de Freid in ogbewohrt is, un denn koomt oock düsse tum Vorschien... Wenn Du mool Tied un Lust hest, schrief mi mool een lütten Breef. Nur wie't Di geiht un wat Du drieben deist. Smiet in uns derbes, grobes Jungsleben mool 'ne Hand voll Sünnstrohlen.«

Lieschen Weissmanns Engagement beschränkte sich nicht auf die Mitarbeit bei den »Kinderfreunden«. Im November 1926 wurde sie von der Mitgliederversammlung der Pinneberger SPD in den erweiterten Ausschuß der Arbeiterwohlfahrt gewählt.

Erneute Heirat

Am 4. August 1928 heirateten Lieschen Weissmann und Wilhelm Schmitt. Sie wohnten im Blauen Kamp. Lieschen Schmitt arbeitete vor ihrer Ehe in einer Fabrik. Es wird berichtet, daß ihr die Umstellung auf ein »Nur-Hausfrauendasein« schwergefallen sei. Sie, die bisher politisch aktiv gewesen war, sollte sich jetzt auf Küche und Kinderstube beschränken. Sie habe das bald nicht mehr ausgehalten und sei zu ihren Eltern ausgerissen, ohne bei ihnen Unterstützung zu finden. Sie mußte an den »häuslichen Herd« zurück.

Am 1. Oktober 1929, nach der Geburt des Sohnes Klaus, zog das Ehepaar Schmitt in das Haus der Weissmanns in die Prisdorfer Straße 15. 1931 kam Sohn Dieter zur Welt.

Wilhelm Schmitt war kinderlieb und sensibel. Während der Arbeit unterhielt er sich oft und geduldig mit den eigenen und Nachbarskindern. Den praktischen Teil der Erziehung überließ er dagegen, damaligen Gepflogenheiten entsprechend, seiner Frau.

Wilhelm Schmitt hatte sich inzwischen wieder als Schneidermeister selbständig gemacht. Mit seinem Wagen fuhr er über Land und besuchte dort die Kundschaft. Er war kontaktfreudig und diskutierte gern. Auch außerhalb von Pinneberg gewann er bald einen Freundes-

kreis. Seit seiner Zeit auf der Walz fuhr er immer wieder gern ins Ausland. Besonders zu Dänemark hatte er zeitlebens enge Beziehungen und verbrachte mit seiner Familie dort auch den Urlaub. Daheim vervollkommnete er seine in jungen Jahren erworbenen Sprachkenntnisse. Er sprach dänisch, norwegisch, schwedisch, französisch, italienisch und englisch.

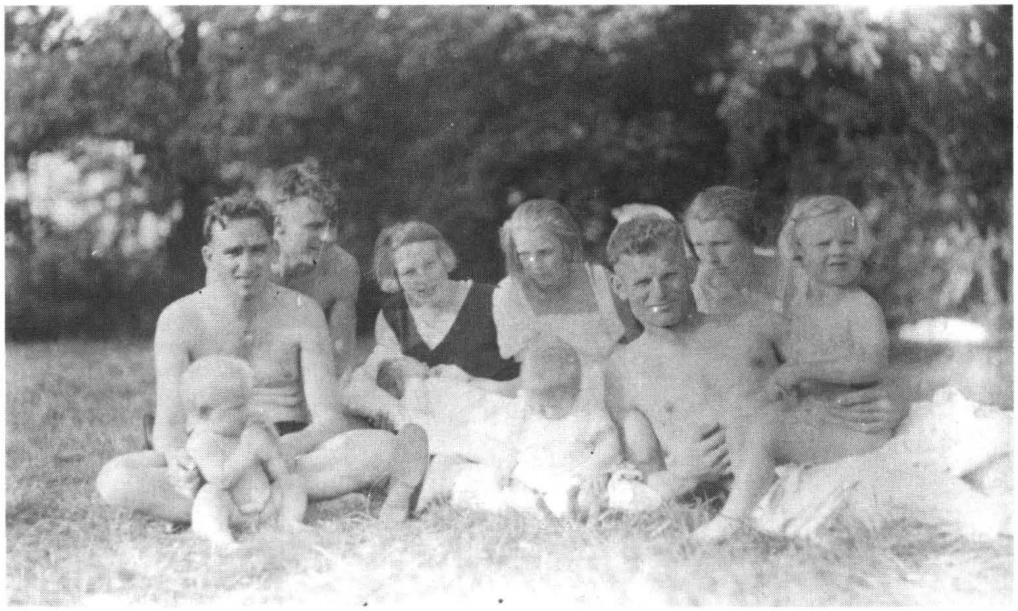
Verglichen mit den bewegten und unruhigen Jahren der Wanderschaft und Emigration hatte Wilhelm Schmitt es jetzt »geschafft«. Er war selbständig, hatte eine Familie, ein Heim und ein gutes Auskommen.

Nach dem Machtantritt der Nazis

Wilhelm Schmitt war aktiver Sozialdemokrat, Antimilitarist und Antifaschist. Seine Frau teilte die antifaschistische Einstellung. Bereits 1933 hatten die Nazis bei Schmitts eine Haussuchung durchgeführt. Trotz solcher Verfolgungsmaßnahmen und des Verbots seiner Partei hielt Wilhelm Schmitt Kontakt zu seinen sozialdemokratischen GenossInnen in und um Pinneberg, z.B. zur Familie Asmus von der Pinneberger

Hertha Luise Weissmann, genannt »Lieschen«, ca. Anfang der 20er Jahre.

Wilhelm Schmitt (links) und Lieschen (3. von links) am Schäferhof (Appen) im September 1929.



Lieschen Schmitt mit ihren Söhnen Klaus und Dieter.

Wilhelm Schmitt mit seinen Söhnen

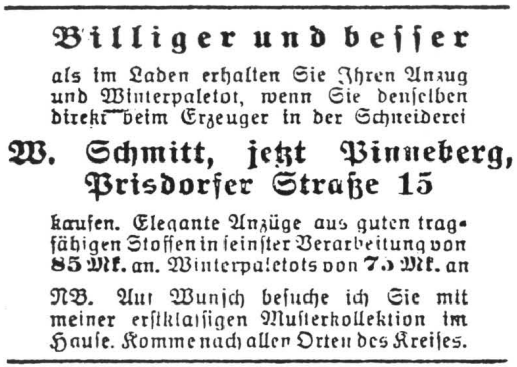
Einkaufsgenossenschaft »Produktion«, zu dem Antifaschisten Professor Schneider aus Hamburg und dem späteren Elmshorner Landrat Hermann Schinkel. Die Autofahrten zu seiner Kundschaft boten ihm Gelegenheit dazu, ohne daß es besonders auffiel.

Den beiden Jungen wurde wiederholt eingeschärft, unter keinen Umständen zu erzählen, daß die Eltern gegen die Nazis waren. Als die Jungen zum »Jungvolk« kamen, verweigerte ihnen der Vater eine Uniform. Deshalb zur Rede gestellt, mußten sie als Begründung angeben, daß der Schneidermeister Schmitt kein Geld für die Uniform hätte.

Die Schmitts hörten regelmäßig die Sendungen der BBC, in denen die Lügen und Verbrechen der Nazis entlarvt wurden. Ein Sohn erinnert sich aus seiner Kindheit an das charakteristische Sendezeichen des Londoner Rundfunks: »Tam, tam, tam — tam. Hier ist England. Hier ist England.« Die Goebbels-Reden im Radio dagegen hießen bei Schmitts nur »Doktor Klumpfußens Märchenstunde« und der »Volksempfänger« verächtlich »Goebbels-Harfe«. Bereits mit Kriegsbeginn hatten die Nazis das Hören ausländischer Sender verboten. Es wurde

Wilhelm Schmitt ca. Mitte der 30er Jahre.

Das Haus Prisdorfer Straße Nr. 15. Hier wohnten die Schmitts seit 1929.



Billiger und besser

als im Laden erhalten Sie Ihren Anzug und Winterpaletot, wenn Sie denselben direkt beim Erzeuger in der Schneiderei

W. Schmitt, jetzt Pinneberg, Prisdorfer Straße 15

kaufen. Elegante Anzüge aus guten tragfähigen Stoffen in feinster Verarbeitung von **85 Mk.** an. Winterpaletots von **75 Mk.** an

NB. Auf Wunsch besuche ich Sie mit meiner erstklassigen Musterkollektion im Hause. Komme nach allen Orten des Kreises.

PT vom 7.11.1929.

mit hohen Haftstrafen und sogar mit der Todesstrafe geahndet.

Es wird berichtet, daß Wilhelm Schmitt sich als bekannter Hitlergegner in Pinneberg zunehmend bedroht gefühlt habe und sich deshalb im 2. Weltkrieg nach Norwegen als Dolmetscher habe dienstverpflichten lassen. Die Dienstzeit sei allerdings begrenzt gewesen. Seine Bemühungen um eine zweite Einberufung seien aufgrund der Ereignisse gescheitert.

Kriegsgefangene und »FremdarbeiterInnen«

Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte für die deutsche Wirtschaft wurde schon lange vor Kriegsbeginn geplant. Gleich nach dem Überfall deutscher Truppen auf Polen am 1. September 1939 ging das Arbeitsamt Schlesien daran,

Tatsachen

DIE DER GANZEN WELT BEKANNT SIND

„Luftblockade" zwecklos—
Im Juni-Juli 1940 war Gesamttonnage in britischen Häfen einlaufender Schiffe grösser als im Juni-Juli 1939! Gesamttonnage der britischen Handelsflotte gegenwärtig um 7 000 000 Tonnen grösser als am 3. September 1939.

—und teuer :
Seit Mitte Juni wurden über Englands Küste über 450 deutsche Flugzeuge abgeschossen; Verlust an Personal . . .?! Viel mehr Flugzeuge beschädigt und z.T. wahrscheinlich vernichtet.
Beim Angriff auf einen Geleitzug am 8. August musste die deutsche Luftwaffe 400 Maschinen einsetzen, um insgesamt 2 kleine Schiffe versenken zu können. Verluste der Luftwaffe: 60 Maschinen; die der Royal Air Force: 16 Maschinen. Durchschnittsverhältnis der deutschen zu britischen Verlusten seit 18. Juni: 5 : 1. In den deutschen OKW-Bekanntgaben wird dieses Verhältnis systematisch umgekehrt.

„ne einzige Bombe . . ." (Göring)
mben auf Deutschland:
im Monat.
England:
mat.
griffe auf militär.
mpletten
Erzeugt Tanks u.s. Panze
INDIEN: Stahl- und Waffenerzeu
SÜDAFRIKA: ist vollwertiger Kriegsteilnehmc. in Ostafrika, insbesondere hinsichtlich Luftwaffe.

Seemacht
Die Ergänzungen der britischen Flotte sind viel grösser als ihre Verluste. Die Flotte ist heute viel stärker als in September 1939 und der Aufgabe der kontinentalen Blockade völlig gewachsen. Sie ist stärker als sämtliche europäischen Kriegsmarinen zusammen.

USA
Öffentliche Meinung zu 88 % für Rüstung gegen Hitler um jeden Preis. Gesetz über Stellungspflicht (der 21—31jährigen) im Heeresausschuss des Senats mit 12 gegen 3 Stimmen genehmigt. Zeitungskönig Hearst, früher gegen jede Einmischung, kündigt an: USA mit England im Krieg gegen Hitler. In sechs Monaten, sagt früherer USA-Botschafter in Berlin, Gerard. USA-Finanzminister verspricht: in Zukunft noch 3 000 Flugzeuge monatlich mehr für England.

Roosevelt verbietet Ausfuhr von Alteisen und Spezialflugbenzin. Massnahme richtet sich gegen Deutschland, Italien und Japan. England bezieht Benzin aus anderen Quellen.

Fünfzig Zerstörer für England!
USA-General Pershing fordert sofortige Übergabe von 50 amerikanischen Zerstörern an England. Öffentliche Meinung bejubelt Forderung. Zeitungen nennen Pershing „U.S.A. Volksheld".

Pan-Amerika
Beschluss der Panamerikanischen Konferenz von 21 Republiken in Havanna: Keine Gebietsteile der westlichen Hemisphäre dürfen aus dem Besitz eines der Kriegsteilnehmer in den eines anderen gelangen; d.h.: Deutschland wird die französischen, holländischen und dänischen Kolonien nicht kriegen.

Heil Makkaroni!
Kostprobe vom Krieg für die italienische Flotte: Verlust von 18 U-Booten, 2 Zerstörern, 2 Kreuzern (darunter der „Bartolomeo Colleoni", der als schnellster der Welt galt; doch nicht schnell genug, um dem alten australischen Kreuzer „Sydney" zu entkommen).
Als die englischen Flieger militärische Anlagen in Genu bom' ardierten, am es zu
die
ersorgung für gesichert erklärt hat; Hitler habe lediglich Deutschland gemeint. Offenkundig beabsichtigt er die Lebensmittelvorräte sämtlicher besetzten Länder zu plundern. Vergebliches Manöver! Sumner Welles dementierte Vichy-Meldung über angebliche Verhandlungen zwischen USA-Frankreich, um England zu ersuchen; die Blockade aufzuheben. Haager Übereinkommen bestimmt, dass der Eroberer die Eroberten zu versorgen habe. An der Hungersnot ist daher nur Hitler schuld.

LONDON gibt Nachrichten in deutscher Sprache täglich
um 22.00, 23.15 und 0.15 Uhr
(373,1; 261,1; 49,59, 49,10; 41,49; 31,55 und 33,96 m);
um 6.00 Uhr und 6.30
(373,1; 49,59; 41,49 und 30,96 m);
um 14.30 und 15.30 Uhr
(49,59; 49,10; 41,49; 25,38; 25,29 m)

Aus einem Flugblatt der Alliierten im 2. Weltkrieg: Sendezeiten und Wellenlängen des Londoner Rundfunks.

Merkblatt der Nazis von 1940 für den Umgang mit Kriegsgefangenen.

Verhalten
gegenüber Kriegsgefangenen

Die Arbeitseinsatzlage erfordert in nächster Zeit eine stärkere Heranziehung der Kriegsgefangenen.

Vergeßt aber nicht, daß die Kriegsgefangenen als Soldaten ihres Landes die Waffen gegen Euch erhoben hatten.

Im Verhalten gegenüber den Kriegsgefangenen habt Ihr daher alles zu vermeiden, was die Spionage- und Sabotageabsichten des Feindes zu fördern geeignet wäre und sich gegen das Leben des deutschen Volkes richten könnte.

Die Kriegsgefangenen sind streng aber korrekt zu behandeln. — **Wenn Ihr sie wie Deutsche behandelt oder gar noch besser, werdet Ihr zu Verrätern an der Volksgemeinschaft.**

Besonders die deutsche Frau muß sich bewußt sein, daß sie in keinerlei Beziehungen zu den Kriegsgefangenen treten darf. Sie verliert sonst ihr höchstes Gut, ihre Ehre. Deutsche Frau, vermeide daher auch jeden falschen Schein!

Laßt die Kriegsgefangenen nicht mit Euch gemeinsam bei Tische sitzen. Sie gehören nicht zur Haus- oder Hofgemeinschaft, noch viel weniger zur Familie.

Bei Feiern und Festen haben die Kriegsgefangenen nichts zu suchen, denn wir wollen in unseren Feiern und Familienfesten unter uns sein. Das Verbot gemeinsamer kirchlicher Veranstaltungen für Deutsche und Kriegsgefangene bleibt natürlich bestehen.

Auch in Eure Gasthäuser nehmt die Kriegsgefangenen nicht mit.

Was die Kriegsgefangenen brauchen, erhalten sie. Deshalb sollen sie darüber hinaus von Euch grundsätzlich nichts bekommen. Ihr könnt ihnen gebrauchte Kleidungsstücke und die für bestimmte Arbeiten vorgeschriebene Arbeitskleidung zur Verfügung stellen oder sonstige geringfügige Zuwendungen machen, jedoch nur soweit dies alles für die Erhaltung oder Steigerung der Leistung unbedingt erforderlich ist; Geld, andere Wertgegenstände oder Alkohol — soweit er nicht zur ländlich üblichen Ernährung gehört — dürft Ihr den Kriegsgefangenen nicht geben!

Es ist selbstverständlich, daß die Kriegsgefangenen mindestens ebenso lange arbeiten wie Ihr, auch wenn die Kriegsverhältnisse längere Arbeitszeiten mit sich gebracht haben.

Beachtet diese Leitsätze genau! Wer anders handelt, den trifft schwerste Strafe!

Die gleichen Anweisungen sind allen Amtsstellen der Partei erteilt worden. Abdruck im Reichsverfügungsblatt 15/40 v. 16. Juli 1940.

Falsches Mitleid.

Die Brotmarkenbettelei der Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen hat einen derartigen Umfang angenommen, daß jeder daran mithelfen muß, diese Bettelei abzuschaffen.

Diese Fremden betteln nicht aus Hunger, sondern einzig und allein um sich zu bereichern. Die erbettelten Brote werden zu Fantasiepreisen bis zu RM. 30.— das Stück an andere Ostarbeiter weiterverkauft.

Einzelne Ostarbeiter haben schnell begriffen, daß ihnen hier ungeahnte Möglichkeiten offenstehen. Anstatt zu arbeiten, gehen sie jetzt bummeln und betteln Brotmarken zusammen.

So wird:

1. **Der deutschen Ernährung kostbares Brot entzogen,**
2. **der Ostarbeiter das Gefühl für den Wert der deutschen Reichsmark verlieren.**
   Nach seiner primitiven Denkweise arbeitet er in 3—4 Wochen nur für ein Brot.
3. **damit das Herumtreiben von Arbeitsvertragsbrüchigen, von flüchtigen Terrorfliegern, Feindagenten u. s. w. begünstigt.**

Darum:

Dulden wir nicht, daß Ausländern Brot oder sonstige markenpflichtige Lebensmittel zugeschoben werden.

Bringen wir rücksichtslos jeden zur Anzeige, der gegen dieses Gebot verstößt!

Diskriminierung der »Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen«.

polnische ArbeiterInnen zu erfassen. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 wurden immer mehr deutsche Männer einberufen. Die Folge war ein drastischer Arbeitskräftemangel. Die Kriegswirtschaft mußte ihre Produktion aber laufend ausweiten. Im letzten Kriegsjahr waren über 30% aller Beschäftigten in der deutschen Wirtschaft AusländerInnen.

Die Lebensbedingungen der Kriegsgefangenen und »FremdarbeiterInnen« waren katastrophal. Die menschenverachtende Einstellung der Nazis »Fremdvölkischen« gegenüber kommt in der Ansprache des »Reichsführers SS« Heinrich Himmler vom 4. Oktober 1943 vor SS-Führern in Posen zum Ausdruck: »Wie es den Russen geht, wie es den Tschechen geht, ist mir total gleichgültig. ... Ob die anderen Völker in Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur insoweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen. ... Ob bei dem Bau eines Panzergrabens zehntausend russische Weiber an Entkräftung umfallen oder nicht, interessiert mich nur insoweit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird.«

Auch nach Schleswig-Holstein wurden Zehntausende Männer, Frauen und Kinder zur Zwangsarbeit verschleppt, nachdem in den von den Nazis besetzten Ländern bald keine Freiwilligen mehr geworben werden konnten. Die Menschen wurden oft in primitiven Unterkünften zusammengepfercht, die der notwendigsten hygienischen und sanitären Einrichtungen entbehrten und nicht heizbar waren. Die Menschen konnten kaum mit medizinischer Versorgung rechnen. Der Amtsvorsteher von Büdelsdorf/Rendsburg schrieb am 18. August 1944 über eine von ihm inspizierte Räumlichkeit: »Der vorgesehene Raum ist so primitiv, daß er für deutsche Volksgenossen nur im Falle der äußersten Not in Frage kommen kann. Aus diesem Grunde können wegen einer Vermietung an die Ausländer keine Bedenken erhoben werden.«

Die Nazis unterschieden nach ihrer Rassendoktrin zwischen westeuropäischen AusländerInnen sowie PolInnen und SowjetbürgerInnen. Letztere galten als »Untermenschen« und wurden in jeder Hinsicht schlechter behandelt. Sie trugen als besonderes Kennzeichen ein »P« bzw. »Ost« auf ihrer Kleidung. Allen war der

Bettelunwesen und lose Marken.

Die Klagen, daß Ausländer in den Geschäften betteln oder Waren ohne Abgabe von Marken beziehen wollen, häufen sich. Hierzu wird darauf hingewiesen, daß für den arbeitenden Ausländer ausreichend gesorgt ist. Er ist nicht auf Betteln angewiesen. Es besteht daher der Verdacht, daß bettelnde Ausländer ihren Arbeitsplatz eigenmächtig verlassen haben und sich herumtreiben. Mildtätigkeit ist also durchaus nicht angebracht und würde im Gegenteil das staatsgefährliche Verhalten dieser Elemente noch unterstützen. Es ist daher Pflicht jedes Verteilers, niemals den Wünschen bettelnder Ausländer nachzugeben. Wenn diese etwa drohen oder tätlich werden sollten, ist die Hilfe der Polizei und, soweit diese nicht erreichbar ist, die der Nachbarschaft anzurufen.

Immer wieder wird auch festgestellt, daß Schlachtereien auf lose Marken auch ihnen völlig fremden Personen, sogar Ausländern Fleisch, Wurst und Schlachtfette abgeben, ohne daran zu denken, daß damit dem Diebstahl und den Fälschungen von Bezugkarten und -abschnitten sowie dem Handel mit diesen Vorschub geleistet wird. Lose Abschnitte der AZ-Karten dürfen unter keinen Umständen angenommen werden.

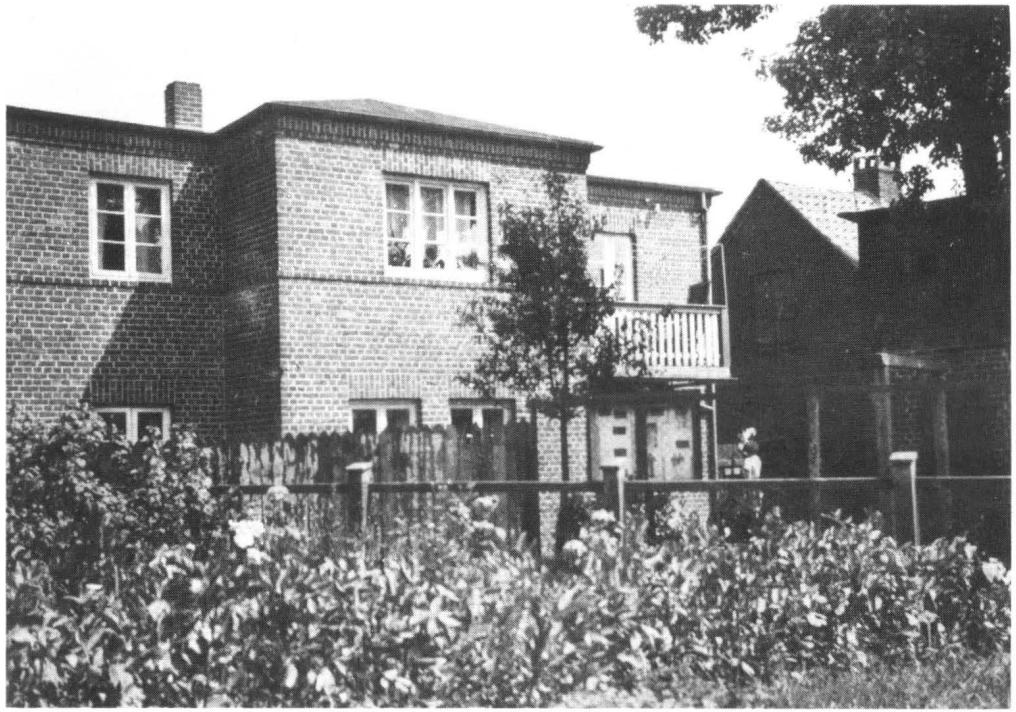
Solidarität mit den »Ausländern« ist unerwünscht. PT vom 5.8.1944.

private Umgang mit Deutschen streng verboten. Nicht selten durchbrachen die Deportierten dieses Verbot, und auch Deutsche übten Solidarität.

Solidarität mit »FremdarbeiterInnen«

In Pinneberg waren in etlichen Firmen Kriegsgefangene und »FremdarbeiterInnen« beschäftigt, davon Hunderte entgegen internationalem Recht in Rüstungsbetrieben. Sie kamen u.a. aus der Sowjetunion, Polen, Frankreich, Jugoslawien, Belgien und Italien. Von ihrem Einsatz profitierten Pinneberger Firmen wie Wupperman, Lüders, Wille, Reichelt, J.H. Diercks, K. Wunderlich, Schmidt & Co., Schleswag, Strobel & Wohlt, G. Metzger & Sohn, Zwanger, Kunstmann (Halstenbeker Straße), C. Otto Gehrkens, Ilo-Werke, Johann Metzger.

Täglich gingen die Deportierten über den »Schwarzen Steg«, einen schmalen Fußweg, an Schmitts Haus in der Prisdorfer Straße 15 vorbei. Wilhelm Schmitt nahm häufig Kontakt zu ihnen auf und kümmerte sich um sie. Wenn er bei gutem Wetter am offenen Fenster saß und



Rückansicht des Schmitt'schen Hauses in der Prisdorfer Straße Nr. 15. Im Vordergrund der »Schwarze Steg«.

nähte, rief er die vorbeikommenden Zwangsarbeiter an und holte sie in sein Haus. Gespräche führte er aber unter vier Augen mit ihnen, um keine Zeugen zu haben und seine Familie nicht zu gefährden. Aus Solidarität und auch zur Tarnung reparierte er dabei ihre Kleidung. Für diese gefährlichen und streng verbotenen Kontakte nutzte er seine Fremdsprachenkenntnisse. Wilhelm Schmitt war sich der Gefahr bewußt, denn schließlich konnten alle sehen, wer da in sein Haus kam. In der Straße wußten bald viele Bescheid, hielten aber den Mund.

»Nachbar« Alfred Krömer

Gegenüber Schmitts Haus wohnte in der Prisdorfer Straße 8 der Tischlermeister Alfred Krömer. Der war seit 1933 Pinneberger Ortsgruppenleiter der NSDAP und als Erster Beigeordneter in der Stadtverwaltung der zweite Mann nach dem Bürgermeister. Seine Macht erstreckte sich als Vorstandsmitglied auch auf die Kreissparkasse. Alfred Krömer verfolgte Wilhelm Schmitt nicht nur als »verhaßten Sozi«, sondern auch als den ihm wegen seiner Sprachkenntnisse und intellektuellen Fähigkeiten Überlegenen. Er stellte Wilhelm Schmitt wegen der Kontakte zu den »FremdarbeiterInnen« mehrfach scharf zur Rede. Wilhelm Schmitt ließ sich davon nicht beeindrucken. Alfred Krömer drohte, ihn einsperren zu lassen. Lieschen Schmitt pflanzte schließlich Thujahecken vors Haus, um dem Ortsgruppenleiter die Einsicht zu versperren. Genutzt hat es nichts.

Im Familienkreis äußerte Wilhelm Schmitt: »Die Nazis werden uns noch alle umbringen, bevor sie abtreten.«

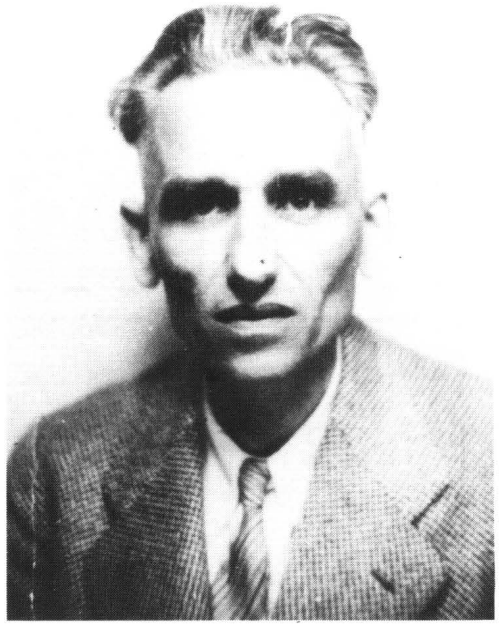
Gefangener im Konzentrationslager Neuengamme

Gestapo-Chef Heinrich Müller kündigte im Sommer 1944 an: »Wir werden nicht den gleichen Fehler machen, der 1918 begangen wurde. Wir werden unsere innerdeutschen Feinde nicht am Leben lassen.«

Wilhelm Schmitt wurde am 23. August 1944 von der Gestapo im Rahmen der »Aktion Gewitter«, über die an anderer Stelle berichtet wird, verhaftet. Er kam über das Polizeigefängnis Kiel noch am gleichen Tage in ein Polizeilager am Kieler Drachensee. Am 27. August 1944 wurde er in das KZ Neuengamme gebracht. Seine Häftlingsnummer war 43385.

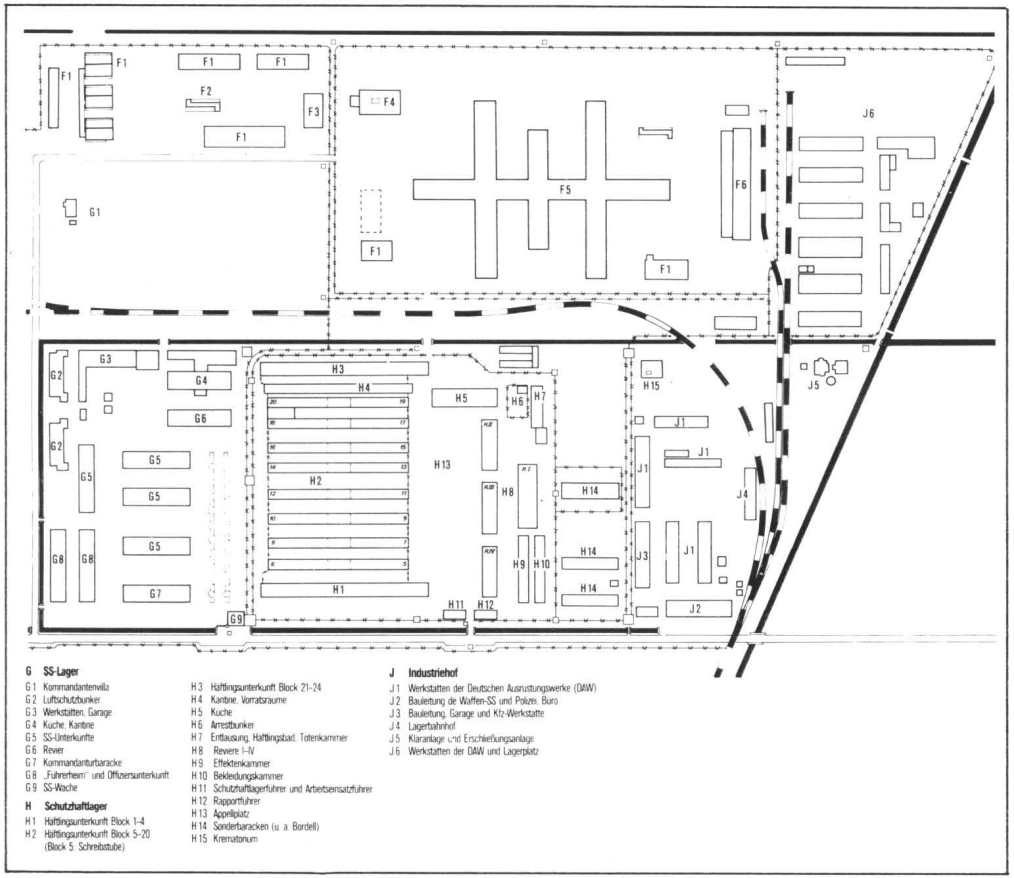
Wilhelm Schmitt blieb zunächst mehrere Wochen mit den anderen Häftlingen der »Aktion Gewitter« zusammen. Spätestens ab 8. Oktober 1944 war er in dem Häftlingsblock 27 untergebracht. Er hoffte auf baldige Entlassung, da auch andere, darunter die Pinneberger Heinrich Boschen, Heinrich Lempfert und Peter Lohmann am 19. September und bald darauf Richard Köhn, entlassen worden waren.

Zwischenzeitlich setzten sich Bürgerinnen und Bürger beim NSDAP-Ortsgruppenleiter Alfred Krömer für die Entlassung von Wilhelm Schmitt ein. Auch Lieschen Schmitt trat den demütigenden Gang zu ihm an. Er lachte ihr nur höhnisch ins Gesicht. Zu einem anderen Pinneberger sagte er ganz offen: »Einer kommt bestimmt nicht wieder zurück. Daß der Schmitt nicht zurückkommt, dafür werde ich sorgen.« Gegenüber einer Anwohnerin der Prisdorfer Straße ließ Alfred Krömer durchblicken, daß er Wilhelm Schmitt wegen seiner vielseitigen Sprachkenntnisse fürchtete. Er hatte Angst, daß Wilhelm Schmitt ihn mit seinen Kenntnissen



Wilhelm Schmitt (wahrscheinlich Anfang der 40er Jahre).

Grabsteine auf dem sogenannten Ostfeld des Pinneberger Stadtfriedhofs



Teil-Plan des Konzentrationslagers Neuengamme.

der »Feindsprachen« nach dem Kriege ins Gefängnis bringen könnte. Alfred Krömers Angst vor dem Kriegsende war nicht ganz unbegründet. Im Herbst 1944 wurde auch den Nazifunktionären klar, daß ihr »Tausendjähriges Reich« dem Ende entgegenging.

Wilhelm Schmitt blieb im Konzentrationslager. Mehrmals wurde er verlegt: Im Januar/Februar 1945 auf Block 24 und Ende März auf Block 22. Das bedeutete jedesmal den Verlust von Kontakten, das Zurechtfinden in einer neuen Situation und das vorsichtige Anknüpfen neuer Bekanntschaften.

Briefe aus Neuengamme

Zwischen dem 8. Oktober 1944 und dem 27. März 1945 konnte Wilhelm Schmitt mindestens neun Briefe an seine Familie und einen an Hermann Schinkel in Elmshorn schreiben. Zwar »durfte« er alle 14 Tage schreiben, die Korrespondenz mit seiner Familie wurde jedoch von der Lagerleitung durch längere Postsperren unterbrochen.

Der Brief vom 27. März 1945 war das letzte Lebenszeichen, das die Familie von ihm erhielt. Wilhelm Schmitt bedankte sich für Paketsendungen von zu Hause. Seine Frau hatte — wie Emilie Boschen auch — jedesmal die Strapaze auf sich genommen, die Lebensmittelpakete

persönlich ans Lagertor zu bringen, um sicherzugehen, daß sie zumindest das Lager erreichten. Diese Fahrten durch das zerstörte Hamburg in den letzten Kriegsmonaten waren bei den täglichen Luftangriffen lebensgefährlich.

Obwohl im Lager schwer gehungert wurde, wehrte Wilhelm Schmitt in seinen Briefen jedesmal bescheiden ab. Lieschen solle ihm nicht so viel schicken, sie bekämen im Lager ja auch Brot. Und statt der paar Äpfel, die ihm seine Frau ins Weihnachtspaket steckte, »tun es ja auch gelbe Wurzeln«. Sie solle seinetwegen auf keinen Fall den Kindern etwas entziehen. Dabei war er ohnehin vom Typ her sehr dürre und hatte kein Gramm zuzusetzen. In jedem Brief ließ er FreundInnen und GenossInnen grüßen: »Onkel Hermann« (gemeint war Hermann Schinkel) und Richard Köhn, die Familien Asmus, Finnern, Falkenstein, Nehse, Gärtler, Plotz. In einem Brief bedankte er sich für ein Paket der Familie Schinkel.

Nachdem Wilhelm Schmitt nicht zusammen mit seinen Pinneberger Genossen entlassen worden war, glaubte er, spätestens Weihnachten 1944 wieder zu Hause zu sein. Als sich diese Hoffnung zerschlug, setzte er auf Ostern 1945. Vier Tage vor Ostern schrieb er seiner Frau, er sei nun schon seit vielen Wochen ohne Nachricht von ihr. Er bat sie eindringlich, sich doch mit Hermann Schinkel in Elmshorn oder »Bäkker Andersen« in Uetersen in Verbindung zu setzen. Peter Andersen war ehemals SPD-Stadtverordneter in Uetersen und auch in der »Aktion Gewitter« verhaftet, inzwischen aber wieder entlassen worden.

Lieschen Schmitt hatte alles versucht, um ihrem Mann zu helfen. Während seiner Haftzeit mußte sie sich kümmerlich durchschlagen. Sie erhielt keinerlei staatliche Unterstützung und vermietete deshalb ein Zimmer. Außerdem half ihr die Solidarität hilfsbereiter Nachbarinnen und Nachbarn und politischer FreundInnen.

Die Polizei Pinneberg über die Verhaftung Wilhelm Schmitts.

Polizei-Abteilung
Pinneberg/Stadt/Pbg.

Pinneberg, den 26. Juni 1948

27.7.48 Bvg

Urschriftlich mit Vorgang
dem
Amtsgericht
in P i n n e b e r g

mit folgendem Bericht zurückgereicht:
Der Schneidermeister Wilhelm S c h m i t t, geb. am: 9.5.1888, zuletzt wohnhaft hier, Prisdorferstr. 15, wurde am 23.8.1944 aus politischen Gründen festgenommen und nach Kiel gebracht. Wie von anderen Mitfestgenommenen verlautet, ist Schm. zusammen mit anderen Gefangenen von Kiel in das Konzentrationslager Neuengamme geschafft worden. Von dort sollen die Gefangenen dann nach Lübeck geschafft und dort auf Dampfer verladen worden sein, von denen einer von feindlichen Luftstreitkräften versenkt worden ist. Auf dem versenkten Dampfer soll sich auch der Schneidermeister Schm. befunden haben. Es ist daher mit Sicherheit zu vermuten, daß Herr Schmitt dabei ums Leben gekommen ist.
Die Festnahme des Schneidermeisters Schmitt erfolgte s.Zt. auf Grund eines für das ganze Reich ergangenen Befehls in Verfolg der Maßnahmen, die nach dem Attentat auf Hitler getroffen worden waren
Die Angaben der Frau Luise Schmitt sind in allen Teilen richtig

Tiemann
(Tiemann)
Polizei-Obermeister.

Sämtliche Post[illegible]
[illegible]zulässig.

Neuengamme 19. Nov.

Der Tag der Entlassung kann jetzt noch nicht angegeben werden. Besuche im Lager sind verboten. Anfragen sind zwecklos.

Auszug aus der Lagerordnung:

Jeder Häftling darf im Monat 2 Briefe oder Postkarten empfangen und absenden. Eingehende Briefe dürfen nicht mehr als 4 Seiten à 15 Zeilen enthalten und müssen übersichtlich und gut lesbar sein. Geldsendungen sind nur durch Postanweisung zulässig, deren Abschnitt nur Vor-, Zuname, Geburtstag, Häftlingsnummer trägt, jedoch keinerlei Mitteilungen. Geld, Fotos und Bildereinlagen in Briefen sind verboten. Die Annahme von Postsendungen, die den gestellten Anforderungen nicht entsprechen, wird verweigert. Unübersichtliche, schlecht lesbare Briefe werden vernichtet. Im Lager kann alles gekauft werden, Nationalsozialistische Zeitungen sind zugelassen, müssen aber vom Häftling selbst im Konzentrationslager bestellt werden. Lebensmittelpakete dürfen zu jeder Zeit und in jeder Menge empfangen werden.

Der Lagerkommandant

Liebe Mutti, liebe Jüngens, Besten
Dank für das schöne Paket, besonders
der Kuchen war prima, es hätte
aber auch das gute Brot getan,
denn ich möchte nicht, daß Ihr was
entbehrt. Mir geht es noch
gut, hoffentlich sind wir Weihnachten
wieder vereint. Warst Du bei Heeren
Fischermeister Körner? Grüße alle
besonders Familie Asmus-Nehse u.
Schinkel von mir. Unter vielen
Grüße an Oma und die Jüngens
verbleibe ich Euer Papi. Sei auch
Du besonders herzlichst gegrüßt
und geküßt und auf ein baldiges
Wiedersehen Dein Papi.

Wilhelm Schmitts Brief aus dem KZ Neuengamme vom 19. November 1944.

Sämtliche Post nur in deutscher Sprache zulässig

Neuengamme 27.3.45

Der Tag der Entlassung kann jetzt noch nicht angegeben werden. Besuche im Lager sind verboten. Anfragen sind zwecklos.

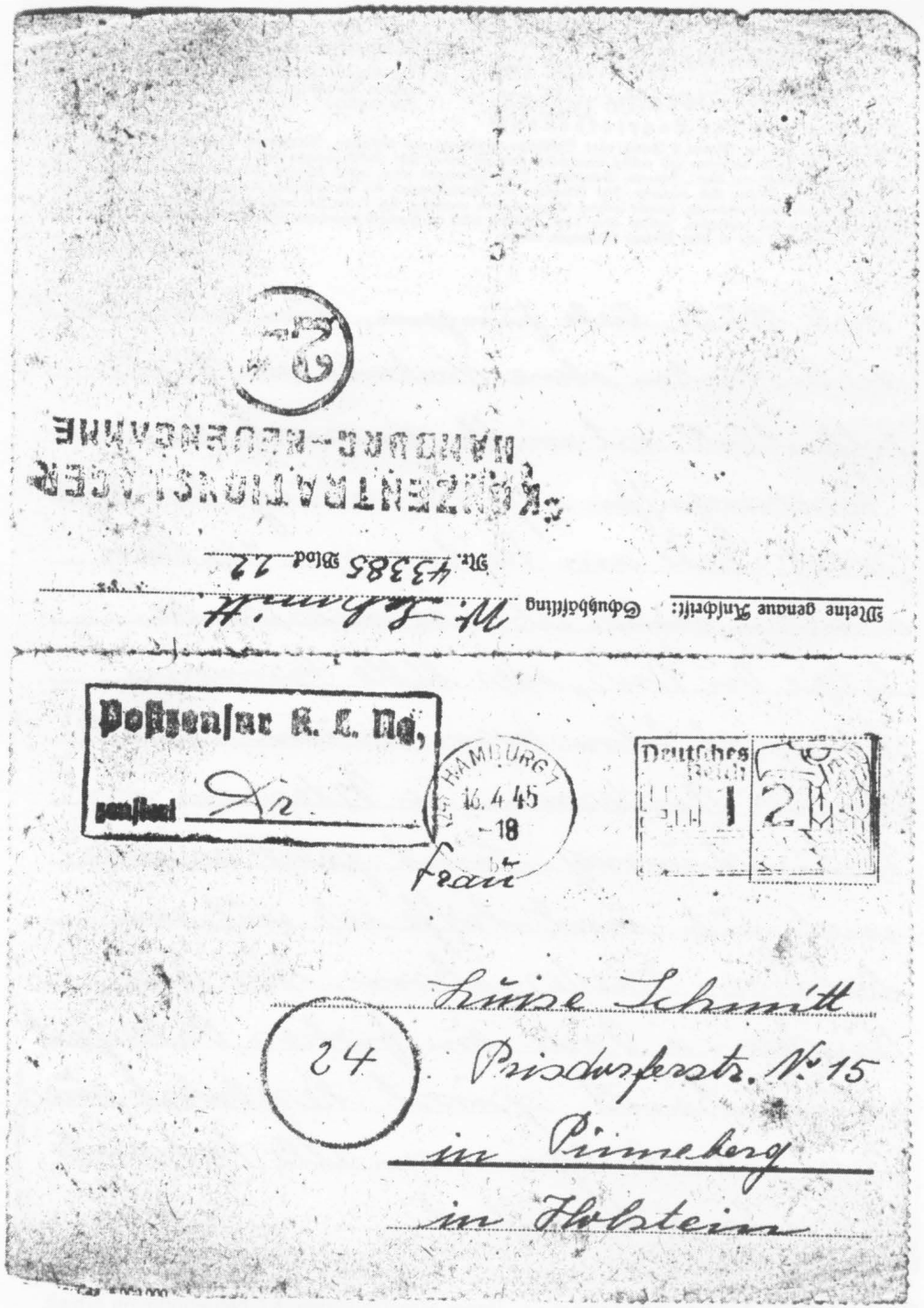
Auszug aus der Lagerordnung:

Jeder Häftling darf im Monat 2 Briefe oder Postkarten empfangen und absenden. Eingehende Briefe dürfen nicht mehr als 4 Seiten à 15 Zeilen enthalten und müssen übersichtlich und gut lesbar sein. Geldsendungen sind nur durch Postanweisung zulässig, deren Abschnitt nur Vor-, Zuname, Geburtstag, Häftlingsnummer trägt, jedoch keinerlei Mitteilungen. Geld, Fotos und Bildereinlagen in Briefen sind verboten. Die Annahme von Postsendungen, die den gestellten Anforderungen nicht entsprechen, wird verweigert. Unübersichtliche, schlecht lesbare Briefe werden vernichtet. Im Lager kann alles gekauft werden, Nationalsozialistische Zeitungen sind zugelassen, müssen aber vom Häftling selbst im Konzentrationslager bestellt werden. Lebensmittelpakete dürfen zu jeder Zeit und in jeder Menge empfangen werden.

Der Lagerkommandant

Liebe Mutti, liebe Jungens, bin schon seit vielen Wochen ohne Nachricht von Euch, hoffentlich ist nichts passiert bei den Terrorangriffen auf Hamburg. Das letzte Paket habe am Freitag den 16. März erhalten wofür ich vielmals danke. Setze Du Dich „oder bitte Hermann Schinkel Elmshorn darum" mit Bänker Andersen in Ütersen in Verbindung. Sonst geht es mir noch gut und hoffe ich auf ein baldiges Wiedersehen, Dir den Kindern u. Opa ein frohes Osterfest wünschend grüsst herzlichst euer Papi, viele Grüsse an alle Bekannte. Schreibe bitte sofort.

Der letzte Brief, den Lieschen Schmitt von ihrem Mann aus dem KZ Neuengamme erhielt.



Meine genaue Anschrift: Schuhhäftling W. Schmitt Nr. 43385 Block 22

KONZENTRATIONSLAGER HAMBURG-NEUENGAMME

Postzensur K. L. Ng.

zensiert Dr.

HAMBURG 1 16.4.45 -18

Deutsches Reich 1 2

Frau

Luise Schmitt

24

Prisdorferstr. Nr. 15

in Pinneberg

in Holstein

Solidarität in der KZ-Haft

In Neuengamme knüpfte Wilhelm Schmitt, begünstigt durch seine Sprachkenntnisse, kameradschaftliche Kontakte zu ausländischen Mitgefangenen. Eine besondere Freundschaft verband ihn mit dem Dänen Poul Rosdahl.

Poul Rosdahl, geboren am 11. April 1909, wurde am 14. Januar 1945 mit 156 weiteren dänischen Häftlingen aus einem Kopenhagener Gefängnis ins Konzentrationslager Neuengamme verschleppt und erhielt dort die Häftlingsnummer 69483. In den 30er Jahren war er in führender Position bei den christlichen Pfadfindern engagiert. Im 2. Weltkrieg arbeitete er in der Widerstandsbewegung gegen die deutsche Besatzung und wurde verhaftet.

Anfang März 1945 wurde Poul Rosdahl in den Häftlingsblock 27 verlegt, in dem auch Wilhelm Schmitt untergebracht war. Der Häftlingsblock 27 befand sich mit weiteren Blocks in einem festen Steinbau. Hier waren auf engstem Raum 500 Häftlinge zusammengepfercht, darunter 13 Dänen, sowie Deutsche und Häftlinge aus vielen weiteren von den Nazis besetzten Ländern.

Wilhelm Schmitt war bereits sehr entkräftet, als Rosdahl ihn kennenlernte. Er wurde trotzdem zu Arbeiten im Keller unter seinem Block gezwungen. Dort mußten völlig geschwächte und bereits vom Tode gezeichnete Häftlinge, die im Lagerjargon »Muselmänner« genannt wurden, sowie alte und schwache Männer Zwangsarbeit leisten. Wilhelm Schmitt zählte nicht zu den »Muselmännern«. Er mußte alte Säcke auftrennen und daraus Tarnnetze für die deutsche Wehrmacht anfertigen.

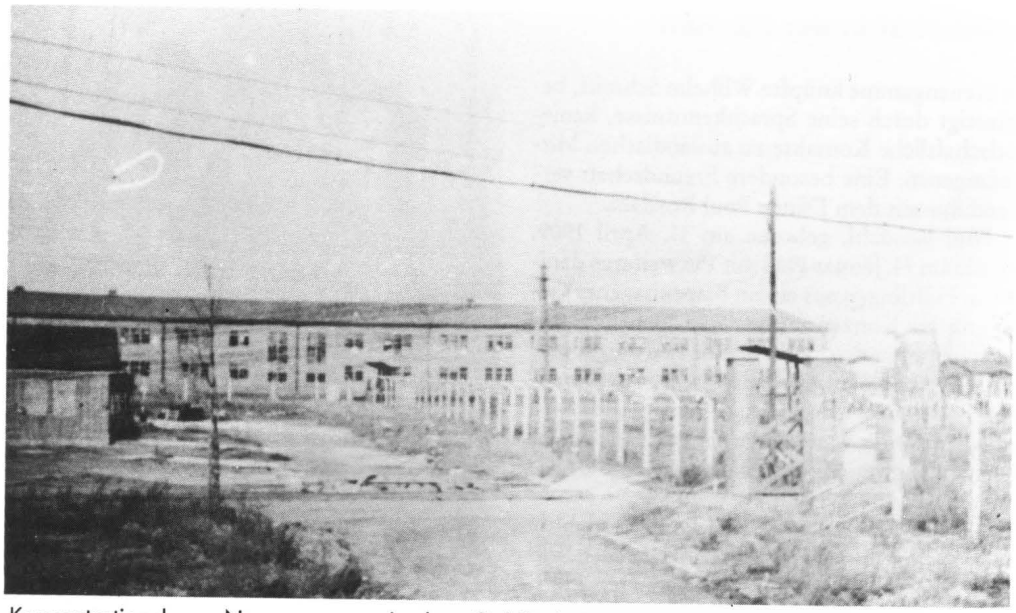
Wilhelm Schmitt sprach perfekt dänisch und freundete sich bald mit Poul Rosdahl an. Beide waren schon etwas älter als die meisten anderen Gefangenen und hatten zu Hause Frau und Kinder zurücklassen müssen.

Poul Rosdahl berichtet in Briefen: »Schmitt erzählte mir viel über sein Leben. Er erzählte über Pinneberg und daß er Mitglied des Stadtrates gewesen sei. Er sagte, daß er Schneidermeister sei, sprach nicht über Politik, aber sehr viel über die Zukunft, die nach dem Kriegsende kommen würde. Die Gedanken, die alle Häftlinge am meisten beschäftigten, waren: Kommen wir hier lebendig wieder raus? Und wie wird die Zukunft aussehen?«

Poul Rosdahl, in der Uniform der Pfadfinder, mit seiner Frau Karen, April 1938.

Weiter schreibt er: »Wir Dänen waren glücklich, daß wir alle drei Wochen Rot-Kreuz-Pakete bekamen. Wir teilten alles mit unseren Mitgefangenen, die unsere Freunde geworden waren. Ich teilte meine Pakete mit Wilhelm Schmitt und einem Polen, der Klempner war und mit Schmitt verabredete, nach Kriegsende nach Pinneberg zu kommen und dessen Haus instandzusetzen.

Es ärgerte die SS-Wachen, daß wir Dänen so engen Kontakt zu zwei Holsteinern, Jessen und Schmitt, hatten. Ich erinnere mich an eine grausame Begebenheit aus unserem Block. Schmitt hatte das kleine Privileg, einen kleinen Schrank zu besitzen. Einer meiner Kameraden hatte ein Unterhemd ›organisiert‹, das aber noch das SS-Zeichen tug, so daß er sich nicht traute, es vor dessen Entfernung zu benutzen. Schmitt sagte ihm, daß er das Hemd solange in seinem



Konzentrationslager Neuengamme. In dem Gebäude im Hintergrund befand sich der Häftlingsblock 27, in dem auch Wilhelm Schmitt und Poul Rosdahl untergebracht waren.

Hauptwache des KZ Neuengamme. Hierher brachten Lieschen Schmitt und Emilie Boschen die Pakete für ihre inhaftierten Männer.

Schrank verstecken könne. Unglücklicherweise gab es an diesem Tag eine SS-Razzia, und sie fanden das SS-Hemd in Schmitts Schrank. Schmitt bekam 25 Schläge mit dem Gummiknüppel, und sie zwangen uns 13 Dänen, um ihn herumzustehen und die Schläge zu zählen. Bevor die Tyrannen mit dem Schlagen fertig waren, wurde Schmitt bewußtlos. Als wir ihn wieder zu sich gebracht hatten, fragten wir ihn, warum er nicht gesagt hatte, daß es nicht sein Hemd war. Er antwortete, daß dann beide — der Besitzer und er — die gleiche Strafe bekommen hätten. Er war ein Ehrenmann.«

Poul Rosdahl erinnert sich, wie er das Konzentrationslager Neuengamme Anfang 1945 erlebte:

»Es gab politische Häftlinge mit einem grünen Dreieck auf der Kleidung, und es gab Kriminelle mit roten Dreiecken. Der Blockälteste in Block 27 hieß Willi. Er war Kommunist und stammte aus Danzig. Die Art, wie er mit uns umging, war überdurchschnittlich gut. Alle Blockältesten mußten bei den Erhängungen dabei sein. Einmal sollten elf Holländer auf besonders raffinierte Weise hingerichtet werden, indem sie einander erhängen sollten. Den letzten Mann mußte Willi erhängen. Er war erschüttert, als er zurückkam. In der Nähe von J2 (siehe Plan des KZ Neuengamme, S. 82 — Anm. d. Verf.) stand ein Galgen, und in den letzten Wochen fanden täglich Hinrichtungen von deutschen Soldaten statt, die ›feige‹ gewesen waren oder desertiert waren. Sie wurden in großen LKWs nach Neuengamme gefahren.

Die Kapos waren alle kriminell. Wenn sie längere Zeit Häftlinge gewesen waren, wurden sie zum SS-Lagerführer Thumann gerufen, der ihnen ihre Entlassung in Aussicht stellte, wenn sie Hitler die Treue schwören würden. Taten sie das, machte man sie zu Kapos, um unter Beweis zu stellen, daß sie das Wesen des Nationalsozialismus erfaßt hätten. Die Kapos waren am allermeisten verhaßt. Während der Arbeit hatten sie das Kommando über uns, jeder etwa 25 Mann. Ging die Arbeit nicht schnell genug vonstatten, dann wurde der Kapo von der SS bestraft. Danach war er der reinste Teufel und prügelte auf seine Gruppe ein, er zahlte es mit Zinseszins zurück. Keiner von denen wurde entlassen, aber die SS hatte Leute, die die dreckige Arbeit machten.«

Kurz vor Ostern 1945 wurde Poul Rosdahl in den Block 15, in eine Baracke, verlegt. Am 20. April wurde er mit den berühmten »Weißen Bussen« nach Skandinavien in die Freiheit gebracht.

Lieschen Schmitt ca. 1945.

Das Konzentrationslager Neuengamme wird evakuiert

Wenige Wochen vor Kriegsende erwirkte Graf Folke Bernadotte als Vertreter des Schwedischen Roten Kreuzes von Himmler die Genehmigung, die dänischen und norwegischen Häftlinge nach Schweden zu bringen. Die skandinavischen Häftlinge aus allen Konzentrationslagern wurden in Neuengamme zusammengezogen und bis zum 20. April 1945 nach Dänemark und Schweden evakuiert.

Am 14. April 1945 befahl der »Reichsführer SS« Heinrich Himmler die Räumung der Konzentrationslager. Im Lager Neuengamme begann sie am 20. April. Die Evakuierung der Außenlager und des Hauptlagers beim Näherrücken der Front führte den Terror der SS zu einem neuen Höhepunkt. In der Schule am Bullenhuserdamm in Hamburg ermordete ein SS-Kommando 20 Kinder, an denen im KZ Neuengamme medizinische Versuche durchgeführt worden waren.

Während ein Häftlingskommando unter SS-Aufsicht zurückblieb und alle Akten vernichten mußte, wurden die anderen Häftlinge des Hauptlagers nach Lübeck transportiert. Kranke und nicht mehr Gehfähige wurden in überfüllten Viehwaggons transportiert, der größte Teil jedoch zu Fuß nach Lübeck getrieben. Zahlreiche Häftlinge erschoß die SS während des Marsches, weil sie nicht mehr gehen konnten. Von Lübeck wurden die Häftlinge dann auf die Schiffe »Thielbek« und »Cap Arcona« gebracht. Die Schiffe waren völlig überfüllt. An Bord der »Thielbek« und der »Cap Arcona« drängten sich schließlich 8.000 KZ-Häftlinge. Unter ihnen befand sich Wilhelm Schmitt.

Angriff auf die »Cap Arcona«

Am 3. Mai 1945 wurden die Schiffe von britischen Jagdbombern angegriffen und in Brand geschossen. Der Angriff hatte sich aus folgender Entwicklung ergeben: Am 29. April 1945 verzögerte heftiger Widerstand der Hitlerwehrmacht im Raum Lauenburg den britischen Vormarsch. Die Briten leiteten bewaffnete Aufklärung und rigorose Luftangriffe ein. In der Ostsee befanden sich noch Reste der deutschen Kriegsflotte. Über 200 britische Flugzeuge flogen am 3. Mai Einsätze und versenkten 23 Schiffe in der südlichen Ostsee, 115 Schiffe wurden beschädigt. Die Tragödie dieses 3. Mai bestand darin, daß sich unter diesen Schiffen auch die »Cap Arcona« und die »Thielbek« mit den KZ-Häftlingen an Bord befanden.

Evakuierung skandinavischer Häftlinge aus dem KZ Neuengamme im April 1945 mit den »Weißen Bussen« des Schwedischen Roten Kreuzes. Hier an der dänischen Grenze.

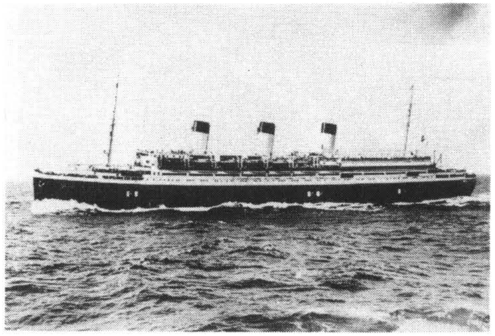
Die »Cap Arcona« geriet sofort in Brand. Kapitän Bertram ließ unmittelbar nach dem ersten Angriff die weiße Flagge hissen, doch es war bereits zu spät. Auf dem brennenden Schiff entstand eine Panik. Die Rettungsboote waren unbrauchbar, Schwimmwesten gab es nur für die Besatzung, und das eiskalte Wasser der Ostsee ließ selbst guten Schwimmern kaum Überlebenschancen. Außer den 6.000 Häftlingen waren noch 70 Mann Schiffsbesatzung und Hunderte Bewacher an Bord.

Der sowjetische Häftling A.N. Machnew befand sich auf der »Cap Arcona« und berichtete später: »Im nicht brennenden Vorderteil des Schiffes hatten sich die Menschen derart zusammengedrängt, daß es fast unmöglich geworden war, sich von einer zur anderen Bordseite zu begeben. Schweigend standen hier Hunderte verzagte Menschen...

Ich zwängte mich zur linken Seite des Schiffes durch und konnte erkennen, daß tief unten in der Ferne Menschen schwammen. Manche sanken ab, andere griffen nach anderen Schwimmenden und sanken gemeinsam in die Tiefe...

Jene Luke, aus der ich mich gerettet hatte, war jetzt vollgepropft mit Menschen, denn vom unteren Korridor schlugen die Flammen nach oben.

In der jetzt ausgebrochenen Panik war niemand mehr imstande, sich dort hinauszuzwän-

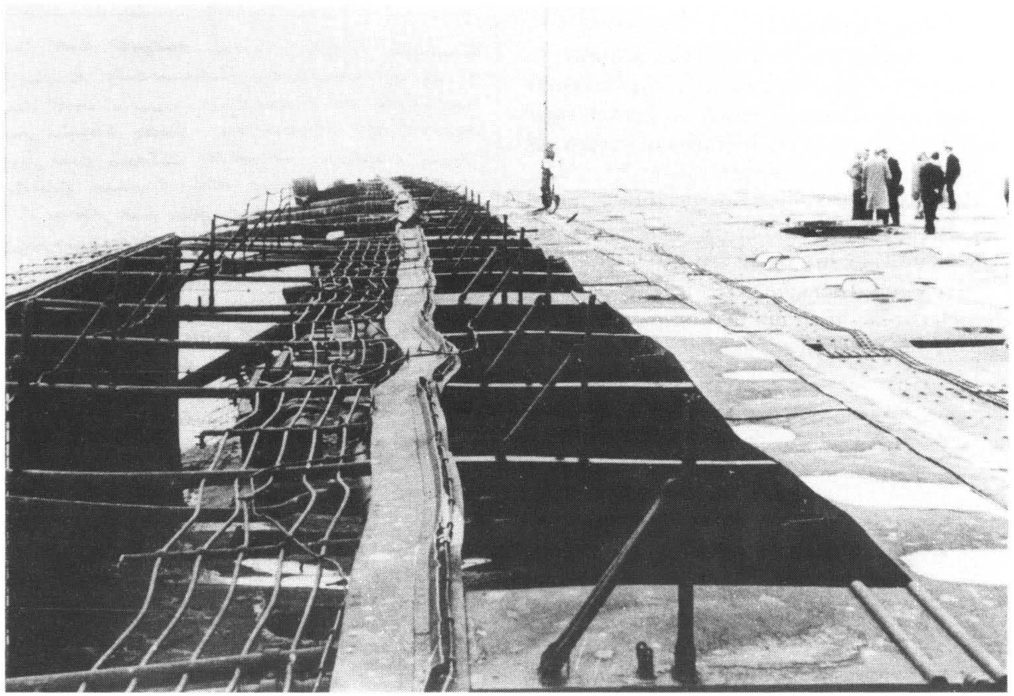


Das Passagierschiff »Cap Arcona«.

gen, einer hinderte den anderen. Wir warfen von oben ein Tau hinunter, um zu helfen, aber sofort griffen alle danach, so daß es unmöglich war, die Kameraden dort unten der Reihe nach hinaufzuziehen. Wir hatten nur einen einzigen Eimer, dessen Tau lang genug war, um ihn mit Wasser gefüllt nach unten zu reichen. Aber schon näherten sich die Flammen der Luke und Hunderte, vielleicht waren es noch mehr Kameraden, wurden vom Feuer ergriffen. Die wilden Schreie flossen zu einem einzigen Schrei zusammen und wurden nach oben auf das Schiff getragen. Die Menschen brannten unter den Augen der obenstehenden Kameraden, aber es gab keine Möglichkeit, sie zu retten.«

Vier Überlebende der »Cap Arcona« hatten sich nach Pinneberg durchgeschlagen und berichteten, daß sie sich mit Wilhelm Schmitt zusammen im brennenden Schiff befunden hatten. Um nach oben zu gelangen, mußten sie durch eine schmale Luke klettern, wobei ein großes Gedränge entstand. Es gelang den vier Männern, sich zu retten und in die See zu springen. In der allgemeinen Panik hatten sie Wilhelm Schmitt aus den Augen verloren. Sie wußten, daß er schon sehr schwach war und kaum noch über physische Reserven verfügte. Einer der vier entschloß sich deshalb, noch einmal zurückzuschwimmen, um Wilhelm Schmitt herauszuholen. Da erblickte er ihn vom Wasser aus, wie er

Das gekenterte und ausgebrannte Wrack der »Cap Arcona«.



verzweifelt versuchte, durch die Luke zu gelangen, es aber nicht schaffte. Schließlich sank er kraftlos zurück und kam in dem brennenden Schiffsbauch um.

42 Jahre später

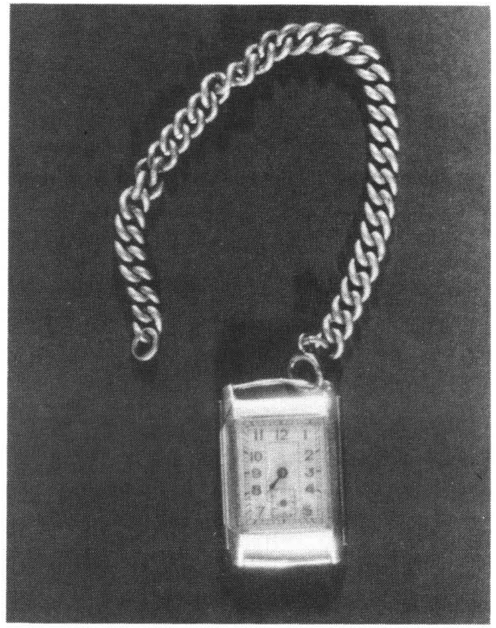
Im März 1987 erhält ein Sohn von Wilhelm Schmitt eine eingeschriebene Postsendung. Absender: Internationaler Suchdienst des Roten Kreuzes in Arolsen. Das Päckchen enthält neben einem Dokumentationsauszug über Wilhelm Schmitts KZ-Haft in Neuengamme eine alte unscheinbare Taschenuhr mit Kette. Die Uhr wurde Wilhelm Schmitt bei seiner Einlieferung in Neuengamme abgenommen, penibel registriert, beschriftet und in der Effektenkammer aufbewahrt. Sie gelangte nach 1945 zum Suchdienst des Roten Kreuzes. Erst unsere Nachforschungen veranlaßten den Internationalen Suchdienst, nach 42 Jahren die Taschenuhr dem Sohn zuzustellen.

Poul Rosdahl: »Elende Verhältnisse, Zwangsarbeit, Hunger, Kälte und eine unmenschliche Behandlung konnten uns zwar körperlich zerstören, aber in unserem Geist waren wir freie Menschen.

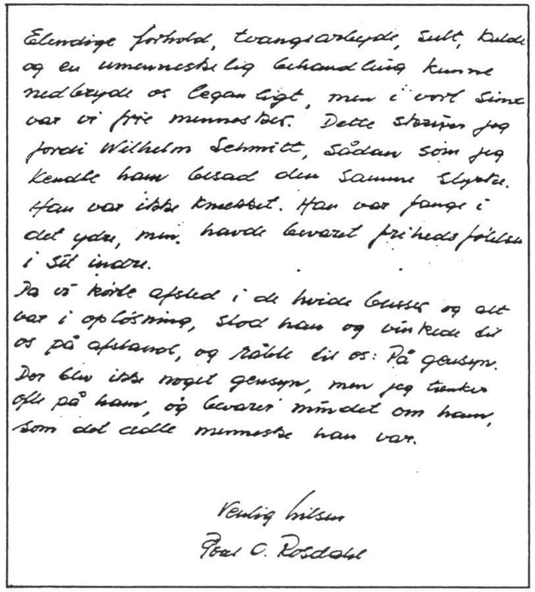
Dies schreibe ich, weil Wilhelm Schmitt, so wie ich ihn kannte, die gleiche Stärke besaß. Er war kein gebrochener Mensch. Äußerlich zwar ein Häftling, hatte er doch in seinem Innern das Gefühl der Freiheit bewahrt.

Als wir in den Weißen Bussen abfuhren und alles sich auflöste, stand er da, winkte uns von ferne zu und rief uns nach: ›Auf Wiedersehn!‹.

Zu einem Wiedersehn ist es nicht gekommen, aber ich denke oft an ihn und hüte die Erinnerung an ihn als einen edlen Menschen.«



Die Taschenuhr, die Wilhelm Schmitt bei seiner Einlieferung ins KZ Neuengamme abgenommen wurde.



Elendige forhold, tvangsarbejde, sult, kulde
og en umenneskelig behandling kunne
nedbryde os legemligt, men i vort sind
var vi frie mennesker. Dette skriver jeg
fordi Wilhelm Schmitt, sådan som jeg
kendte ham besad den samme styrke.
Han var ikke knækket. Han var fange i
det ydre, men havde bevaret frihedsfølelsen
i sit indre.
Da vi kørte afsted i de hvide busser og alt
var i opløsning, stod han og vinkede til
os på afstand, og råbte til os: På gensyn.
Der blev ikke noget gensyn, men jeg tænker
ofte på ham, og bevarer mindet om ham,
som det ædle menneske han var.

Venlig hilsen
Poul O. Rosdahl

Der Schluß des Briefes von Poul Rosdahl vom 31. August 1986.

»Das hat doch nicht immer hier gestanden...?!«

Zur Geschichte des Pinneberger VVN-Denkmals

An einem Herbsttag im Jahre 1980 standen drei junge Mitglieder der VVN/Bund der Antifaschisten vor einem Denkmal auf dem Pinneberger Stadtfriedhof:

»Im Kampf für Freiheit, Ehre, Recht und Menschenwürde fielen unsere Kameraden Heinrich Boschen, Wilhelm Schmitt, Heinrich Geick dem Naziterror zum Opfer. Ihre Handlung bleibt uns Verpflichtung und ihr Andenken unvergänglich.«

Auf dem Friedhofsplan war es als »VVN-Denkmal« ausgewiesen. Die drei Friedhofsbesucher rätselten, was es wohl mit diesen drei NS-Opfern und dem Denkmal auf sich habe. Und einer von ihnen vermutete: »Ich kann mir nicht helfen, aber das Denkmal hat doch nicht immer hier gestanden?!« Das wollten sie überprüfen. Dabei kam folgendes heraus:

Pinneberger Naziverfolgte errichteten dieses Denkmal ursprünglich am Bahnhof, genauer: am Ende des Bahnhofsplatzes am Fußgängertunnel auf der Fahlt-Seite. Es wurde unter großer Beteiligung der Pinneberger Bevölkerung, der Stadtverwaltung und der Parteien am 18. September 1948 enthüllt.

Die Stadt Pinneberg übernahm die Verantwortung für die Erhaltung und Pflege des Denkmals — und damit für die Bewahrung des Andenkens an die drei Antifaschisten.

Es waren die ersten Jahre des »Kalten Krieges«. Viele Städte in der Bundesrepublik übernahmen »Patenschaften« für Städte, die vor 1945 zum Deutschen Reich gehört hatten und nun in der Sowjetunion oder in den »verlorenen

Das Denkmal der VVN für Heinrich Boschen, Wilhelm Schmitt und Heinrich Geick.

Ostgebieten« lagen. Diese »Patenschaften« waren einseitig. So bestanden auch keine Beziehungen zum ehemals ostpreußischen Fischhausen, für das die Stadt Pinneberg 1950 eine »Patenschaft« beschloß. In den Jahren darauf benannte die Pinneberger Ratsversammlung Straßen nach Memel, Königsberg, Breslau,Stettin und anderen inzwischen polnischen oder sowjetischen Städten. 1951 wurde im Drosteipark ein Gedenkstein errichtet, der die Wappen von

Das Denkmal vor seiner Enthüllung am 18. September 1948.

»Ostpreußen — Schlesien — Westpreußen — Sudetenland — Pommern — Danzig — Wartheland« trägt. Nur wenige forderten dagegen die Anerkennung der Ergebnisse des 2. Weltkrieges. Antifaschismus war nicht gefragt.

In Anlehnung an die nach dem 1. Weltkrieg verbreitete Meinung »Der Kaiser ging, die Generäle blieben« hieß es nach 1945 mit Blick auf die fragwürdige Entnazifizierung: »Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen«. Viele Helfer und Helfershelfer der Nazis blieben in Amt und Würden.

Dies bekam auch Lieschen Schmitt zu spüren. In dem »Bericht über das Schicksal von Schneidermeister Wilh. Schmitt in Pinneberg«, der dem »Komitee ehemaliger politischer Gefangener« in Hamburg im November 1945 überreicht wurde, heißt es:

Franz Heitgres, VVN Hamburg (links), spricht anläßlich der Enthüllung des VVN-Denkmals. Rechts Richard Köhn.

Einwohner Pinnebergs!

Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat den 18. September 1948 als Gedenktag für alle Opfer des Faschismus festgelegt. Neben den Schulfeiern und den Gedenkveranstaltungen der Behörden und Verwaltungen wird nachmittags um 15 Uhr am Ende des Bahnhofsplatzes feierlich ein Ehrenmal enthüllt. Das Ehrenmal wird errichtet für Pinneberger Bürger, die den grausamen Mißhandlungen der Gestapo und der SS erlegen sind.

Die Pinneberger Bevölkerung wird gebeten, sich an der Gedenkfeier und der Enthüllung des Mahnmales zu beteiligen.

Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes
Ortsgruppe Pinneberg

Aufruf der VVN zur Teilnahme an der Enthüllung des Denkmals am 18. September 1948.

Nazi-Verfolgte und deren Angehörige am VVN-Denkmal am 18. September 1948. Von links: Fiete Luck; unbekannt; Alma Reim; Erna Sahr; Marlies Sahr; Heinz Brunke; Olga Geick; Lene Luck; Klara Geick; Richard Geick; Agnes Dworsky; die übrigen unbekannt.

»Die Gattin von Herrn Schmitt, geb. 15. Mai 1907, nunmehr für zwei Knaben von 14 und 15 Jahren verantwortlich, bekam von der Stadt Pinneberg ab 1. Juni 1945 eine Rente von 218 RM. Während der ganzen Zeit der Verhaftung von ihrem Mann bekam sie keinerlei Unterstützung und wurde noch dazu dienstverpflichtet für 6 Stunden des Tages. Die Rente von 218 Mark wurde ihr auf Veranlassung des damaligen britischen Militärgouverneurs zugesprochen. Damals war der Bürgermeister Coors aus der nat. soz. Zeit noch im Amte. Bald darauf wurde dieser Bürgermeister seines Amtes enthoben und in Pinneberg wurde ein Neffe von Bürgermeister Petersen in Hamburg, Herr Petersen,

PROGRAMM

zur Weihe des Ehrenmals
der VVN-Betreuungsgruppe Pinneberg am 18. 9. 1948

*

14.00 Uhr: Aufziehen der Ehrenwache

Ab 14.00 Uhr: Eintreffen der Teilnehmer und Verbände auf dem Bismarckplatz

14.30 Uhr: Abmarsch zum Ehrenmal
Begrüßungsansprache
Weiherede
Rezitation
Es sprechen:
Der katholische Geistliche
Der evangelische Geistliche
Die Vertreter der Behörden:
Landesregierung
Kreis und
Stadt
Ein Vertreter der Betreuungsgruppe Pinneberg
Enthüllung des Ehrenmals
Musik spielt Trauermarsch
Kranzniederlegung
Übergabe des Ehrenmals an die Stadt
Volkschor singt ein Lied
Schlußmusik und Beendigung der Feier

*

Treffen in den verschiedenen Pinneberger Gaststätten

Handzettel mit Programm.

bisher Einkäufer für die Ilo-Motorenfabrik in Pinneberg, ein forscher, 30jähriger Mann zum Bürgermeister in Pinneberg ernannt. Herr Bürgermeister Coors, und Nat. Soz. wurde zum Bürgermeister in Elmshorn befördert.

Der Schneidermeister Schmitt hatte ein kleines Auto besessen, das für die Witwe nunmehr ein gewisses Kapitalvermögen darstellte. Bald nach der Ernennung von Petersen zum Bürgermeister wurde ihr das Auto fortgenommen, d.h. ohne jegliche Entschädigung beschlagnahmt. Es steht heute völlig verwahrlost auf dem Schuttabladeplatz von Elmshorn. Auf die Beschwerde von Frau Schmitt beim Bürgermeister wurde ihr höhnisch erwidert, sie habe wohl an nichts anderes zu denken, als an Autofahren. Das Auto sei für lebenswichtige Betriebe nötig.

Am 1. Sept. ds. Jahres wurde die Rente von Frau Schmitt ohne jegliche vorherige Benachrichtigung von 218 auf 91 RM gekürzt. Auf der Stadtkasse in Pinneberg, wo Frau Schmitt sich erkundigte, wurde ihr mitgeteilt, daß die Kürzung auf Veranlassung der Militärbehörde erfolgt sei. Außerdem müsse sie einen Totenschein beibringen oder sich eine Augenzeugenbescheinigung des Todes ihres Mannes besorgen. Diese Erklärung des Herrn Reif von der Stadtkasse in Pinneberg, wo die alten national-sozialistischen Beamten durch den Bürgermeister Petersen ganz offensichtlich geschützt, zum mindesten nicht entfernt werden, ist ganz offensichtlich als Hohn und Spott der Nationalsozialisten über das traurige Schicksal der Familie Schmitt zu betrachten. Bei all ihren Beschwerden wurde Frau Schmitt von Bürgermeister Petersen an das Versorgungsamt in Altona und an das Search Bureau in Altona verwiesen.

Die Stadt Pinneberg mit ihrem heutigen Bürgermeister und der noch immer national-sozialistischen Bürokratie sucht sich also ganz offen der Versorgungsverpflichtung für die Familie des von den Nationalsozialisten konzentrierten und ermordeten früheren Mitgliedes der Stadtvertretung zu entziehen.«

Charakteristisch für diese Zeit ist auch die Karriere von Henry Glissmann. Geboren am 3. Februar 1898, trat er als Verwaltungsgehilfe am 15. Juli 1916 in die Pinneberger Stadtverwaltung ein. Nach dem Dienst im Kaiserreich wurde er Beamter der Republik. 1933 übernahm der »nationale« Staat den Verwaltungsoberinspektor. Sehr bald nach dem Überfall auf die Sowjetunion wurde Henry Glissmann im Sommer 1941 für geeignet gehalten, am Aufbau einer Nazi-Verwaltung im besetzten Riga, der Hauptstadt Lettlands, mitzuwirken. Er war dort bis 1944 tätig. 1945 wurde der nach Pinneberg zurückgekehrte Henry Glissmann wegen seiner nazistischen Vergangenheit aus dem Dienst entlassen. Im August 1946 war er aber schon wieder in der Pinneberger Verwaltung im alten Dienstrang als Stadtoberinspektor tätig. Nach der Beförderung zum Stadtamtmann 1948 wurde er am 21. September 1949 Stadtdirektor und damit Chef der Verwaltung. Am 24. April 1950 wurde er zum Bürgermeister von Pinneberg gewählt. Er blieb es bis 1963.

Henry Glissmann steht für personelle Kontinuität vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis zu Hitler, von der britischen Besat-

Schweigemarsch zum Mahnmal im Drosteipark

ɪgermeister und Bürgervorsteher ehrten die Toten / Abordnungen am Ehrenmal auf dem Bahnhofsplatz

bk. Pinneberg. Gestern war Totensonntag. Der Himmel hatte ein Einsehen und bescherte nach einer regnerischen Nacht den Besuchern der Friedhöfe zwar windiges, aber doch trockenes Wetter. Noch in den Vormittagsstunden waren am Kirchhofsweg und in Eggerstedt viele fleißige Hände am Werk, um die Gräber zu schmücken. Schon am Morgen legten Bürgermeister Glissmann und Bürgervorsteher Wulf auf dem Ehrenfeld des Stadtfriedhofes, dem alten Friedhof und an den Gedenksteinen der Stadt Kränze nieder. Am Ehrenmal am Bahnhof erschienen im Laufe des Vormittags Abordnungen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, des Deutschen Soldatenbundes, des Verbandes der Heimkehrer und der Deutschen Kriegsgräberfürsorge, um die Gefallenen zweier Kriege zu ehren.

Während der Feierstunde am Mahnmal im Drosteipark
Foto Radeloff

„Treue um Treue" war das Motiv der Ansprache, die Stadtrat Friedrichsdorf in der Mittagsstunde am Mahnmal der Vertriebenen im Drosteipark hielt. Mit dem Gruß an die Toten in ferner Heimaterde verband er das Gelöbnis zum immerwährenden Kampf um die Rückkehr. Zuvor hatten Abordnungen des Bundes der Heimatvertriebenen und aller ostdeutschen Landsmannschaften unter Vorantritt der Fahnen der Ostgebiete vom Bahnhofsvorplatz aus durch die Straßen der Stadt einen Schweigemarsch unternommen. Am Mahnmal erklang das Lied vom guten Kameraden.

PT vom 26.11.1951.

Das geschmückte VVN-Denkmal am 18. September 1948.

Pinneberger Stadtchronik

Eine Frauengruppe will der Kaninchenzuchtverein „U 63", Pinneberg, gründen, der [illegible]

Das Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus zwischen Bahnhofsvorplatz und Thesdorfer Brücke soll, sobald die Witterung es zuläßt, auf den Stadtfriedhof Eggerstedt versetzt werden.

Pinneberger Stadtchronik

Das Ehrenmal für die Pinneberger Opfer des nationalsozialistischen Regimes, das bisher am Ende des Bahnhofsplatzes stand, ist, wie bereits angekündigt, abgebaut worden. Es soll auf dem höchsten Punkt des Stadtfriedhofs in Eggerstedt wieder errichtet werden.

PT vom 10.1.1953 und 10.3.1953.

Daß niemals geschehe,
Was gestern geschah!

Einwohner Pinnebergs!

Am Sonntag, dem 27. September 1953, 16 Uhr, ehren wir die Opfer des Faschismus und des Krieges am Ehrenmal auf dem Stadtfriedhof. Die Bürger Pinnebergs werden aufgerufen, sich an dieser Gedenkfeier zu beteiligen!

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes V. V. N.

PT vom 26.9.1953.

Feierstunde am Mahnmal

Pinneberg. Am Sonntag will der Pinneberger Ortsverband der vertriebenen Deutschen (OvD) in feierlicher Form den Tag der Heimat begehen. Am Mahnmal im Drosteipark werden 11.15 Uhr Bürgermeister Glissmann und der Kreisbeauftragte für das Vertriebenenwesen, Diplomlandwirt Raymann, Ansprachen halten und dabei des vor zehn Jahren begangenen Unrechts gedenken. Mit einer Totenehrung wird die Feier beendet werden. In den Kirchen beider Konfessionen finden am Vormittag Gedenkgottesdienste statt.

PT vom 4.8.1955.

2. Der Gedenkstein für die Opfer des Faschismus muß der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Am 18. September 1948 wurde am Bahnhof das Ehrenmal für die Pinneberger Opfer des NS-Regimes eingeweiht. Heute steht es – auf dem Stadtfriedhof, schwer auffindbar und kaum beachtet.

Wir fordern, daß der Gedenkstein an seinem alten Standort am Bahnhof oder einem anderem in Pinneberg aufgestellt wird, wo er von vielen Menschen wahrgenommen werden kann. Damit soll sich die Stadt deutlich sichtbar in die antifaschistische Tradition stellen.

Aus den Vorschlägen und Forderungen der VVN/Bund der Antifaschisten zur Kommunalwahl in Pinneberg 1982.

zungsmacht bis zur Bundesrepublik.

Anfang der 50er Jahre wurden am VVN-Denkmal Kränze gestohlen und in die Mühlenau geworfen. Als Reaktion auf solche Aktionen alter Nazis ließ der Magistrat im September 1951 eine Verlegung des Denkmals »prüfen«, und am 13. Oktober 1952 beschloß er, es an den hinteren Rand des Stadtfriedhofes versetzen zu lassen. Die Umsetzung erfolgte 1953.

Die Stadt Pinneberg war damit der Auseinandersetzung um das Denkmal ausgewichen. Das sichtbare Andenken an die Opfer des Faschismus war aus dem Stadtbild verschwunden. Das 1934 von den Nazis errichtete Denkmal für die »Helden« des 1. Weltkrieges blieb dagegen am Bahnhof stehen.

Das offizielle Gedenken knüpfte nicht mehr an das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandes, an sein humanistisches Erbe, an. Die offiziellen Gedenkkundgebungen erhielten einen vom Klima des »Kalten Krieges« geprägten Charakter.

FreundInnen und WeggefährtInnen bewahrten jedoch über Jahrzehnte das Andenken von Heinrich Boschen, Wilhelm Schmitt und Heinrich Geick.

Vor allem junge Menschen fragten zu Beginn der 80er Jahre nach Faschismus, Naziterror und Widerstand in Pinneberg. Die von den drei jungen Mitgliedern der VVN/Bund der Antifaschisten gestellten Fragen nach Heinrich Boschen, Wilhelm Schmitt und Heinrich Geick, nach ihren Taten, den Umständen ihrer Verfolgung und ihres Todes, standen am Anfang der öffentlichen Auseinandersetzung um die Aufarbeitung der Geschichte Pinnebergs im Faschismus.

Die VVN/Bund der Antifaschisten Pinneberg veröffentlichte am 24. Februar 1982 zur Kommunalwahl erstmals die Forderung, das VVN-Denkmal wieder an einen belebten Ort in die Innenstadt zu versetzen. Seitdem wurden Stadtverordnetenversammlung und Verwaltung immer wieder gemahnt, sich der nazistischen Vergangenheit Pinnebergs zu stellen.

Solche Forderungen fanden in der Pinneberger Ratsversammlung und in den Ausschüssen lange Zeit keine Mehrheiten:

Ende 1982 wurde ein von SPD und FDP unterstützter Antrag der GAL abgelehnt, aus Anlaß des 50. Jahrestages der Machtübertragung an die Nazis eine Ausstellung über Pinneberg im Nationalsozialismus durchzuführen;

Anfang 1983 weigerte sich der Magistrat, zum selben Anlaß auch Ausstellungen über die Verfolgung von SchriftstellerInnen während der NS-Zeit oder über SS-Morde an 20 jüdischen Kindern aus dem KZ Neuengamme zu zeigen;

Ende 1984 lehnte die Ratsversammlung ab, Straßen nach Heinrich Boschen, Wilhelm Schmitt und Heinrich Geick zu benennen;

Anfang 1985 fand — nach einer erneuten Ini-

tiative des DGB-Ortskartells — der Antrag, das VVN-Denkmal in die Innenstadt umzusetzen, ebenfalls keine Zustimmung des Gremiums.

Auch der wiederholt geforderten Verurteilung neofaschistischer Aktivitäten in Pinneberg verschloß sich die Mehrheit der Stadtverordneten.

Mit Veranstaltungen, Anfragen in der Ratsversammlung, Gedenkfeiern am VVN-Denkmal, Mahnwachen vor dem Rathaus, antifaschistischen Radrundfahrten, LeserInnenbriefen und Flugblättern haben antifaschistisch gesonnene Menschen seitdem dafür gesorgt, daß die Forderungen nach Umsetzung des VVN-Denkmals und Straßenbenennungen nach Heinrich Boschen, Wilhelm Schmitt und Heinrich Geick auf der Tagesordnung der Pinneberger Kommunalpolitik blieben. SPD und GAL nahmen sie zur Kommunalwahl 1986 in ihre Wahlprogramme auf. Nachdem SPD und GAL die Mehrheit errungen hatten, konnte an die Realisierung gedacht werden. Ein Anfang war die Umsetzung des VVN-Denkmals vor das Pinneberger Rathaus im Oktober 1987.

Erlebnisse beim Recherchieren

Als wir Anfang 1985 begannen, der Lebensgeschichte von Heinrich Geick, Heinrich Boschen und Wilhelm Schmitt nachzugehen, ahnten wir nicht, wie arbeitsaufwendig aber auch spannend das werden würde.

Ausgangsbasis war das Denkmal auf dem Pinneberger Stadtfriedhof und ein Artikel von Dr. Mannfred Peters im Jahrbuch für den Kreis Pinneberg 1984. Würden wir so lange nach dem Tod der drei Männer ihre Lebensgeschichte rekonstruieren können? Würden wir ZeitzeugInnen finden, die sich erinnern und berichten können?

Wir fanden sehr schnell Kontakt zu Angehörigen, FreundInnen und Bekannten von Heinrich Geick, Heinrich Boschen und Wilhelm Schmitt. Viele von ihnen suchten wir zu Hause auf, und die Gespräche schufen bald eine persönliche Atmosphäre.

»Ich kann eigentlich kaum etwas von früher erzählen und habe auch keine Sachen aus der Zeit aufgehoben.« Ähnliche Bemerkungen hörten wir häufig zu Beginn unserer Besuche, doch im Laufe der Gespräche erinnerten sich unsere GesprächspartnerInnen an immer mehr Einzelheiten und staunten, was sie noch alles wußten. Auch Fotos und Urkunden kamen zum Vorschein, wenn sie in den alten »Sterbesachen« nachsahen oder den Dachboden durchkramten. Manche wurden durch unsere Nachforschungen motiviert, selbständig weiterzuforschen. Über viele Umwege kam so der Kontakt zu einem Sohn Wilhelm Schmitts in West-Berlin zustande, dem wir entscheidende Dokumente und Hinweise verdanken. »Durch Sie habe ich meinen Vater erst richtig kennengelernt«, hörten wir mehr als einmal.

Anzeige

Welche
Alt-Pinneberger
wissen über
Greueltaten
im Dritten Reich
in dieser Stadt zu berichten?
Schriftl. Angaben bitte an
Walter Burgdorff
Pinneberg, Im Bans 16

Es gibt viel zu berichten! PT vom 13.11.1982.

In den Gesprächen mit ZeitzeugInnen trat das Problem auf, daß die Erinnerung Lücken aufwies und Selbsterlebtes, Gehörtes und Angelesenes miteinander verschmolzen. Wir stießen auf Legenden, die zum festen Bestand der Familiengeschichte gehörten, aber manchmal mit der Wirklichkeit wenig gemein hatten. Wir waren jedoch in der Lage, die Aussagen anhand anderer Dokumente kritisch zu überprüfen. Die Gespräche wurden zu unserer wichtigsten Quelle. Sie sind in diesem Buch das »Salz in der Suppe«.

Die im In- und Ausland um Auskunft Gebetenen reagierten überwiegend positiv. So fragten wir beim Archiv der Stadt Zürich nach Straßenfotos aus der Emigrationszeit von Wilhelm Schmitt an. Nach knapp vier Wochen erhielten wir nicht nur die gewünschten Fotos, sondern mit einem freundlichen Anschreiben auch Kopien der Akte über den Emigranten Wilhelm Schmitt. Das war eine »Sternstunde« unserer Forschungsarbeit und gab uns Auftrieb, ganz zu schweigen von den vielen neuen Informationen.

Ein weiterer Höhepunkt unserer Recherchen: Es gelang uns, Wilhelm Schmitts ehemaligen KZ-Kameraden Poul Rosdahl in Dänemark ausfindig zu machen. Er kann sich noch heute gut an seinen damaligen Freund erinnern.

Wir erlebten aber auch, wie lange verfolgte Fäden unvermittelt abrissen, wenn Briefe nach Übersee unbeantwortet blieben, Angehörige nicht mehr zu ermitteln oder wichtige Unterlagen bei Behörden durch Kriegseinwirkung vernichtet waren. Arbeitszeit und Geld schienen verloren, ohne Fortschritte erzielt zu haben. Solche »Durststrecken« haben uns nicht entmutigt.

Eher deprimierend war die Hilfestellung der Stadt Pinneberg. Zwar erhielten wir im Hauptamt die Möglichkeit, die Protokolle der Pinneberger Stadtverordnetensitzungen, der Thesdorfer Gemeindevertretung und eine Akte über Gedenkfeiern nach 1945 auszuwerten. Darüber hinaus wurden uns aber bürokratische Hindernisse in den Weg gelegt:

Im Gegensatz zu allen angeschriebenen Meldeämtern verweigerte das Einwohnermeldeamt in Pinneberg uns die Auskunft über die Zuzugsdaten von Heinrich Geick, Heinrich Boschen, Wilhelm Schmitt und deren Ehefrauen nach Pinneberg. Nach einer Bearbeitungszeit von siebeneinhalb Monaten erfuhren wir lediglich die uns bereits bekannten Sterbedaten und letzten Anschriften. Selbst einer Enkelin von Heinrich Geick wurde keine Auskunft über den Zuzug ihres Vaters und ihres Großvaters nach Pinneberg erteilt.

Auch Vorgänge, die unmittelbar die VVN betreffen, wurden uns nicht zugänglich gemacht. Unseren Antrag, Akten und Protokolle einzusehen, die Auskunft über die Geschichte des VVN-Denkmals bis zu seiner Versetzung im Jahre 1953 geben können, lehnte der Magistrat ab.

Um so mehr haben wir uns über die Beschlüsse der Ratsversammlung gefreut, 1987 unsere Forschungsarbeit und 1988 die Veröffentlichung der Ergebnisse finanziell zu fördern.

Glaubten wir anfangs, befriedigende Ergebnisse nach etwa einem Jahr vorlegen zu können, so wurden wir eines Besseren belehrt. Aber unser Vorhaben hatte uns gepackt. Was anfangs nur dürre Fakten und ein paar Daten waren, nahm deutliche Konturen an, erfüllte sich mit Leben.

Vor unseren Augen entstand ein Bild unverwechselbarer Menschen.

Vergangenheitsbewältigung in Pinneberg? — Dokumente

Streit um Straßennamen

Die Namenswahl für die Straßen im Neubauviertel westlich des Bahnhofes erhitzte die Gemüter. Für fünf dieser Straßen schlugen SPD und BHE vor, sie nach Männern des 20. Juli zu benennen. Diese Männer, so sagte Stadtrat Hagenah (SPD), hätten Geschichte gemacht und dafür gesorgt, daß Deutschland in der Welt wieder Ansehen gewonnen habe. Stadtrat Kraft (CDU) hielt es dagegen grundsätzlich für untunlich, politische Straßennamen zu wählen. Der zeitliche Abstand zu den Ereignissen des 20. Juli 1944 sei zudem noch zu kurz. Kraft schlug statt dessen Namen von Städten und Landschaften aus Nordschleswig vor. Als Pauli (DP) noch hinzufügte, daß politische Straßennamen keinen Bestand hätten und manche schon viermal in einer Generation geändert werden mußten, stieß er auf erheblichen Widerspruch bei der SPD. Er wurde noch lauter, als Pauli den Namen Dr. Otto John, der auch zu den 20.-Juli-Männern gehört habe, in die Debatte warf. Die SPD—BHE-Mehrheit setzte schließlich den Antrag durch. Die Straßen sollen nach Dr. Carl Goerdeler, Oberst von Stauffenberg, Dr. Theodor Haubach, Leuschner und Generaloberst Beck benannt werden. Einstimmig wurde beschlossen, die Verlängerung der Breslauer Straße bis zur späteren Unterführung am Bahnhof Heinrich-Christiansen-Straße zu taufen und damit den verstorbenen Gründer der JLO-Werke zu ehren. Die Verlängerung der Richard-Köhn-Straße bis zur Mühlenstraße heißt jetzt Saarlandstraße. Einige weitere neue Straßen sind wieder mit ostdeutschen Namen versehen worden. Wir werden noch einen Lageplan dazu veröffentlichen. Über weitere Einzelheiten der ungewöhnlich langen Sitzung berichten wir nach Ostern.

PT vom 26.3.1956.

BUND DER ANTIFASCHISTEN
VVN

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten

55 Millionen Tote mahnen:

Es darf nie wieder Krieg geben!

Kundgebung:
Volkstrauertag
15.11.81, 15 Uhr
am VVN-Gedenkstein
(Stadtfriedhof Pinneberg)

Nächstes Treffen der VVN-Ortsgruppe Pinneberg:
Mittwoch, 25. November
19.00 Uhr
in der
Remise
Dingstätte 27
»Lieder und Texte für Demokratie und Frieden«

Kontaktadresse der Ortsgruppe Pinneberg:
Dieter Schlichting
Elmshorner Str. 17
Tel. 04101/26646

Frieden durch Abrüstung!

Flugblatt der VVN/Bund der Antifaschisten Pinneberg von November 1981.

Vergangenheitsbewältigung in Pinneberg?

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes stellte den Ratsherren Fragen

ahl **Pinneberg,** 5. November

Die Bürgerfragestunde in der Ratsversammlung hat sich zu einem „taktischen Spiel" zwischen Bürgern und Ratsherren entwickelt. Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschisten" war gleich mit vier Mann aufgetreten, um die Fraktionen bei Frage- und Antwortspiel in die Defensive zu drängen.

Unter anderem fragte Dieter Schlichting, Vorsitzender der Vereinigung, ob die Fraktionen bereit sind, sich dafür einzusetzen, daß der Gedenkstein zu Ehren der Pinneberger Opfer der Nazidiktatur (Anfang der 50er Jahre vom belebten Bahnhof auf den Friedhof verlegt) wieder an einem belebten Platz aufzustellen - möglicherweise auf dem umgestalteten Drosteivorplatz.

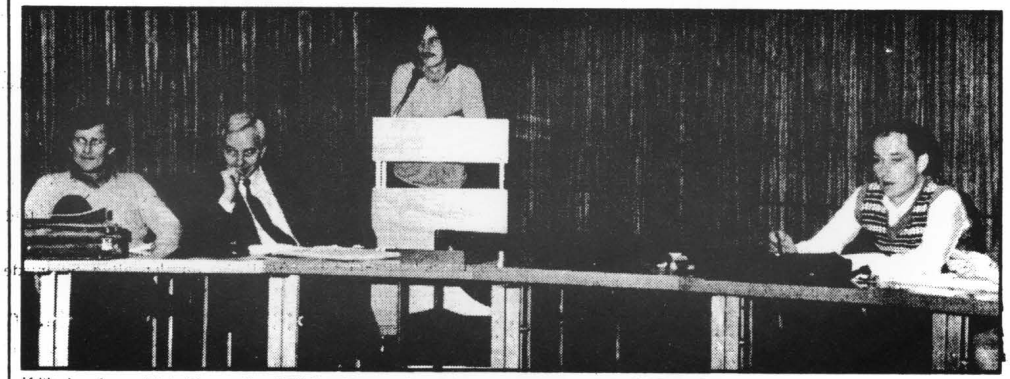
Weitere Fragen: Ob die Fraktionen bereit seien, die Erforschung der Pinneberger Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus zu fördern, und ob die Stadt Pinneberg als Schulträger den Pinneberger Schulen das Angebot macht, bei der Finanzierung von besonderen Unterrichtsveranstaltungen aus Anlaß des 50. Jahrestages des 30. Januar 1933 zu helfen. Und: Welche Vorstellungen haben die Fraktionen darüber, wie die Stadt Pinneberg den 50. Jahrestag des 30. Januar 1933 offiziell begehen soll.

CDU-Fraktionschef Siegfried Carolus sah „keine Notwendigkeit", den Gedenkstein vom Friedhof zurückzuholen. Im übrigen habe seine Fraktion Bedenken, „ortsbezogen" über die Vorgänge in der Nazizeit in Pinneberg nachzuforschen. „Hier bringen Sie Bürger in Verlegenheit!"

Heiner Bremer (FDP) sah keine „grundsätzlichen Bedenken, darüber nachzudenken, dieses Mahnmal in jene Bereiche der Stadt umzusetzen, wo die Mahnung eine Mahnung ist" Auch Dieter Tietz (SPD) meinte, daß ein besserer Platz als der Friedhof gefunden werden sollte.

Ärger gab es, als Michael Loy, Ratsherr der Grünen-Alternativen Liste, weitschweifig Stellung beziehen wollte. Bürgervorsteher Artur Lontzek: „Ich möchte Sie höflich bitten, auf Fragen zu antworten. Ich entziehe Ihnen das Wort, wenn Sie andere Ratsherren diskriminieren. Ich entziehe Ihnen das Wort!" Loy: „Tun Sie das! Sie können das Mikrophon ausschalten - ich rede weiter!"

Ehe sich die Situation verhärtete, fragte Dieter Schlichting, ob die Fraktionen denn bereit seien, mit Herbert Diercks aus Hamburg zu reden, der über die Nazizeit im Kreis Pinneberg ein Buch geschrieben hat. Erklärung der Fraktionen zu diesem Gespräch: SPD, FDP und GAL waren uneingeschränkt dafür, die CDU meinte, „im Rahmen einer Fraktionssitzung ein solches Gespräch" führen zu können.



Kritischer Augenblick: Der „grüne" Michael Loy wollte nicht weiterreden, weil die SPD die Plätze verließ Foto: STAHL

Pinneberger Zeitung vom 5.11.1982.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten

Ortsgruppe Pinneberg

Pinneberg, 29. Dezember 1982

An den
Magistrat der
Stadt Pinneberg
z.Hd. Herrn
Bürgermeister Kath
Rathaus

2080 Pinneberg

z.Hd.
Dieter Schlichting
Elmshorner Str. 17

2080 Pinneberg

Sehr geehrter Herr Kath,

im Zusammenhang der Diskussion über die Gestaltung des 50. Jahrestages der Machtübertragung an die Nazis möchten wir an Sie mit einer Anregung herantreten.

Nach unserer Auffassung hat die Stadt Pinneberg sehr wohl eine politische und moralische Pflicht, zur Information der Bevölkerung über Faschismus und antifaschistischen Widerstand beizutragen.

Dies könnte z.B. auch durch Ausstellungen geschehen, die die Stadt Pinneberg durchführt.

Wir unterbreiten Ihnen den Vorschlag, im Jahre 1983 im Rathaus oder einem anderen öffentlichen Gebäude die folgenden Ausstellungen - oder eine von ihnen - zu zeigen. Beide sind im norddeutschen Raum erarbeitet worden.

* Die Ausstellung "Verboten und verbrannt" schildert die Verfolgung von Schriftstellern und ist beim Kunstverein Elmshorn e.V., Torhaus, 2200 Elmshorn, zu beziehen.
* Über eine Ausstellung zu den SS-Verbrechen an 20 jüdischen Kindern verschiedener Nationen in der Hamburger Schule am Bullenhuser Damm verfügt der Verein Kinder vom Bullenhuser Damm e.V., Schanzenstr. 117, 2000 Hamburg 6.

Hinweise auf weitere Ausstellungen werden wir bei Bedarf gerne geben.

Wir würden es begrüßen, wenn die Ratsversammlung hierüber beschliessen und die nötigen Mittel bereitstellen würde.

Mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen für das Neue Jahr

i.A. Schlichting

PS: Wir übermitteln dieses Schreiben den Fraktionen zur Kenntnisnahme.

Landesverband Schleswig-Holstein e.V. Lindenstr. 9, 2300 Kiel

L 13.1.83

STADT PINNEBERG
DER MAGISTRAT

Postanschrift: Stadtverwaltung Postfach 2040 2080 Pinneberg

An die
Vereinigung der Verfolgten
des Naziregimes
Bund der Antifaschisten
Ortsgruppe Pinneberg
z.H. Herrn Dieter Schlichting
Elmshorner Str. 17

2080 Pinneberg

Rathaus, Bismarckstr. 8
-Hauptamt-

Auskunft erteilt	Zimmer
Herr Lanz	119
☎ Durchwahl	☎ Sammelruf
(04101) 211- 219	2111

Datum und Zeichen Ihres Schreibens — Unser Zeichen — Datum: 13.1.1983

Betrifft:

Sehr geehrter Herr Schlichting !

Ihr Schreiben vom 29.12.1982 hat Herrn Bürgermeister Kath vorgelegen, der den Unterzeichneten beauftragt hat, Ihnen nach Behandlung der Angelegenheit im Magistrat folgendes mitzuteilen:

Die Stadt Pinneberg muß davon absehen, die in Ihrem Schreiben konkret genannten Ausstellungen zu zeigen. Nach der von Ihnen gegebenen Beschreibung ist für diese Ausstellungen eine Verbindung zur Stadt Pinneberg nicht herzustellen. Wir sind jedoch bereit, die in Ihrem Schreiben angebotenen Hinweise auf weitere Ausstellungen entgegenzunehmen und auf ihre Verwertbarkeit für die Stadt Pinneberg zu prüfen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrage

(Lanz)
Oberamtsrat

Konten der Stadtkasse
Kreissparkasse Pinneberg (BLZ 221 514 10) Kto.-Nr. 2101236
Postscheckamt Hamburg (BLZ 200 100 20) Kto.-Nr. 178 30-208

Sprechzeiten
Montag - Freitag 8.30 - 12.00 Uhr

Bauamt nur
Montag, Mittwoch, Freitag
8.30 - 12.00 Uhr

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten
Landesverband Schleswig-Holstein e. V.

Ortsgruppe Pinneberg

z.Hd.
Dieter Schlichting
Elmshorner Str. 17

2080 Pinneberg

An den
Magistrat der Stadt Pinneberg
Z.Hd.
Herrn Bürgermeister Kath
Rathaus

2080 Pinneberg

Pinneberg, 24.1.1983

Sehr geehrter Herr Kath,

wir bestätigen den Eingang Ihres Schreibens vom 13. Januar 1983.

Die Begründung für die Ablehnung unserer Vorschläge - eine fehlende Verbindung der Ausstellungen zur Stadt Pinneberg - befremdet uns schon. Unseres Wissens ist im Herbst vergangenen Jahres ein Antrag der GAL-Fraktion, eine solche lokalbezogene Ausstellung zu erarbeiten und zu zeigen, ebenfalls abgelehnt worden.

Wir können nun nicht glauben, daß Sie keinerlei Beitrag der Stadt Pinneberg zur Aufklärung über Faschismus, Krieg und Widerstand wünschen. Wir möchten deshalb anregen, daß die Ratsversammlung nun über die Erarbeitung einer lokalbezogenen Ausstellung über Pinneberg im Faschismus beschließt und die nötigen Mittel bereitstellt. Da eine solche Ausstellung nicht existiert, wäre dies ein geeigneter Weg, den von Ihnen zugrunde gelegten Kriterien gerecht zu werden.

Die Nennung weiterer Ausstellungsvorschläge erscheint uns im Moment wenig sinnvoll, da es solche mit Pinneberger Bezug nicht gibt.

Mit freundlichen Grüßen

PS: Wir übermitteln dieses Schreiben den Fraktionen zur Kenntnisnahme.

STADT PINNEBERG
DER MAGISTRAT

Postanschrift: Stadtverwaltung Postfach 2040 208 Pinneberg

Rathaus, Bismarckstr. 8
-Hauptamt-

An die
Vereinigung der Verfolgten
des Naziregimes
-Bund der Antifaschisten-
Ortsgruppe Pinneberg
z.H. Herrn Dieter Schlichting
Elmshorner Str. 17

2080 Pinneberg

Auskunft erteilt	Zimmer
Herr Lanz	119
☎ Durchwahl	☎ Sammelruf
(04101) 211- 219	2111

Datum und Zeichen Ihres Schreibens | Unser Zeichen | Datum
1.2.1983

Betrifft:

Sehr geehrter Herr Schlichting !

Mit Ihrem Schreiben vom 24.1.1983 sprechen Sie nochmals die Frage einer Ausstellung anläßlich des 50. Jahrestages der Machtübertragung an die Nationalsozialisten an. Wir haben davon Kenntnis genommen, daß Ihnen die angekündigte Nennung weiterer Ausstellungsvorschläge im Moment wenig sinnvoll erscheint, da es solche mit Pinneberger Bezug nicht gebe.

Zu Ihrer Anregung über die Erarbeitung einer lokalbezogenen Ausstellung über Pinneberg im Faschismus ist zu bemerken, daß die Ratsversammlung einen entsprechenden Antrag bereits in ihrer Sitzung am 20.10.1982 behandelt hat. Eine seinerzeit bereits vorgenommene Prüfung hatte ergeben, daß die Stadt Pinneberg selbst keine Möglichkeit hat, eine entsprechende Ausstellung mit geeigneten Materialien auszustatten, da solche Materialien hier nicht vorhanden sind. Wir bedauern daher, Ihrer Anregung nicht nähertreten zu können.

Mit freundlichen Grüßen

„Gedenkstein in die City!"

ahl Pinneberg, 15. Juli

Am 18. September 1948 ist auf dem Bahnhofsvorplatz in Pinneberg drei Männern ein Denkmal gesetzt worden. Es waren Verfolgte des Naziregimes. Heute steht dieser Gedenkstein am Rande des Friehofes. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregiemes (VVN) bemüht sich jetzt, daß dieser Gedenkstein in die Pinneberger Innenstadt zurückversetzt wird.

Auch dem Hamburger Geschichtsstudenten Herbert Diercks, Autor des Buches „Die Freiheit lebt – Widerstand und Verfolgung in Elmshorn und Umgebung" ist es bisher nicht gelungen, Näheres über die Männer herauszufinden, deren Namen auf dem Gedenkstein verzeichnet sind. Es sind der Gewerkschaftsvertreter Heinrich Boschen, der am 4. Oktober 1944 starb. Heinrich Geick, bis 1933 Stadtverordneter der KPD in Pinneberg, und Wilhelm Schmitt, der am 3. Mai 1945 beim Untergang der „Cap Arcona" ums Leben gekommen sein soll.

Legten Blumen am Ehrenmal der Naziopfer nieder: Anke Sievers und Herbert Diercks, der Autor des Buches über den Widerstand in Elmshorn. Der Kreis Pinneberg öffnete sein Archiv nicht Foto: STAHL

Vom Kreis Pinneberg wurde Herbert Diercks bei der Suche nach den Spuren der Vergangenheit die Einsicht in Akten verwehrt worden.

Amtsverschwiegenheit und Persönlichkeitsschutz waren die angegebenen Gründe dafür.

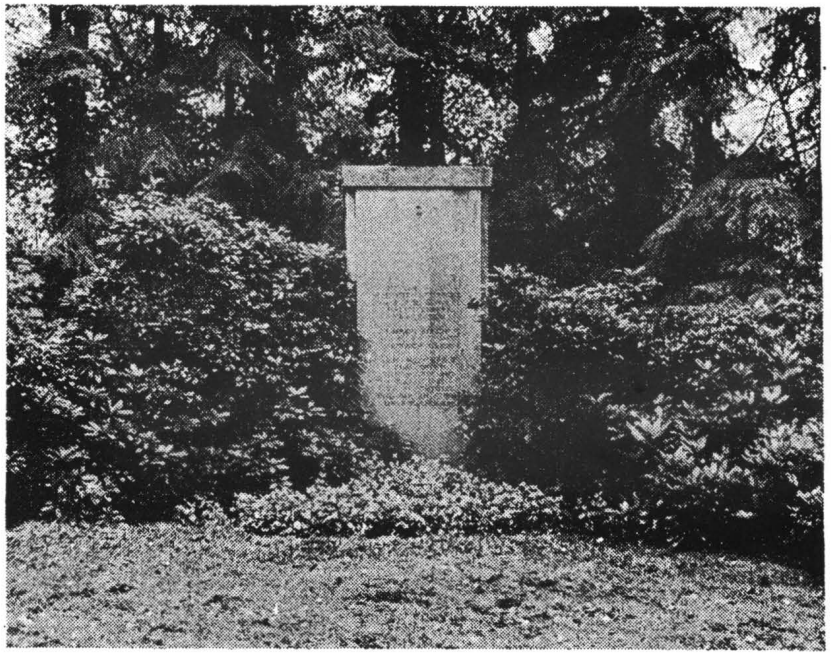
Auf dem Gedenkstein, an dem jährlich die Stadt Pinneberg Kränze niederlegt, steht: „Im Kampf für Freiheit, Ehre, Recht und Menschenwürde fielen unsere Kameraden

Heinrich Boschen
Wilhelm Schmitt
Heinrich Geick

dem Naziterror zum Opfer. Ihre Handlung bleibt uns Verpflichtung und ihr Andenken unvergänglich".

Bei einer sogenannten „Antifaschistischen Radrundfahrt" haben Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes den Gedenkstein auf dem Stadtfriedhof besucht, Blumen niedergelegt und darüber diskutiert, wie das Denkmal wieder an einen „belebten Platz" in der Stadt zurückgebracht werden könnte.

Pinneberger Zeitung vom 15.7.1983.



Was wird aus den Stein zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus'? Noch beraten die städtischen Gremien. Foto: gb

Wohin mit dem Stein?

PINNEBERG (gb). Die Umsetzung des Gedenksteins für die Opfer des Nationalsozialismus' ist immer noch nicht entschieden. Unabhängig davon haben Mitarbeite der Garten- und Friedhofsverwaltung begonnen, auf dem Stadtfriedhof den Platz neben dem Gedenkstein neu zu gestalten. Die Kosten für diese Maßnahme betragen 30 000 Mark.

Die Diskussion um den Stein war während einer Bürgerfragestunde Angang des Jahres ins Rollen gekommen. Ein Pinneberger bemängelte, daß der Stein am jetzigen Standort nicht genügend im Blickpunkt stände. Daraufhin hat Stadtrat Dieter Tietz (SPD) eine Anfrage an den Magistrat gerichtet. Die städtischen Gremien bemühen sich nun um eine allseits zufriedenstellende Lösung, betonte ein Sprecher der Stadt.

PT vom 9.9.1983.

Gedenkstein soll in die Innenstadt

PINNEBERG (gb). Für eine Verlegung des VVN-Gedenksteins an einen von vielen Menschen besuchten Platz in der Innenstadt spricht sich die Pinneberger Ortsgruppe der Vereinigten der Verfolgten des Nazi-Regimes-Bund der Antifaschisten (VVN) in einer Erklärung an die Fraktionen und Bürgermeister Kath aus.

Der Stein zum Gedenken an die von den Nationalsozialisten ermordeten Pinneberger Antifaschisten steht zur Zeit auf dem Stadtfriedhof am Hogenkamp.

In der Erklärung erinnert die VVN an den ursprünglichen Standort des Mahnmals. Es wurde am 18. September 1948 am Ende des Bahnhofsvorplatzes eingeweiht. Wegen immer wieder verübter Kranzdiebstähle und Schmierereien ließ der Magistrat im Jahre 1953 den Stein an einen abgelegenen Ort, den Stadtfriedhof, umsetzen. „Jene, die sich durch die Kranzdiebstähle und Schmierereien in die Tradition des NS-Regimes stellten, erreichten, daß der Gedenkstein aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwand und beinahe in Vergessenheit geraten wäre. Bei der Festlegung eines neuen Standortes sollte diese bittere Erfahrung berücksichtigt werden", meint die VVN.

Beschädigungen, Beschmutzungen oder Diebstähle sollten Anlaß sein, sich öffentlich mit dem Charakter und der Politik des NS-Regimes und des Neofaschismus auseinanderzusetzen und Informationen über Kampf und Ziele des Widerstandes — insbesondere der Pinneberger Antifaschisten — zu verbreiten, stellt die Ortsgruppe weiter fest. Mit der Benennung des Jugendzentrums nach den Geschwistern Scholl hätten sich die Parteien und Ratsmitglieder in aller Deutlichkeit zum Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandes bekannt. Laut VVN sollte die Umsetzung des Gedenksteins Ausgangspunkt sein, um auch die Pinneberger Antifaschisten Heinrich Boschen, Wilhelm Schmitt und Heinrich Geick, deren Namen dieser Stein trägt, durch Straßenbenennungen zu ehren.

PT vom 17.9.1983.

Gedenkstein bleibt auf dem Friedhof

ahl **Pinneberg** – Der Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus in Pinneberg bleibt dort, wo er ist: auf dem Stadtfriedhof am Hogenkamp! Das erklärte in der Pinneberger Ratsversammlung SPD-Fraktionschef Dieter Tietz. Als offiziellen Grund nannte Tietz, daß der Stein beim Umsetzen Schaden nehmen könnte. „Wir bedauern das", sagte Tietz; denn der SPD gehe es dabei nicht um den Stein, sondern um den Symbolgehalt.

Diese Erklärung des SPD-Politikers brachte Peter Burgdorff (CDU) dazu, einiges zurechtzurücken: „Es waren die Angehörigen, die damals gebeten hatten, den Stein an einen würdigeren Ort zu stellen." Der Gedenkstein – ein Quader aus Platten – wurde vom Bahnhofsvorplatz auf den Waldfriedhof umgesetzt. Peter Burgdorff: „Die Angehörigen wohnen nicht mehr in Pinneberg. Zwei Söhne leben heute in Amerika!"

Damit bleibt alles, wie es ist.

Pinneberger Zeitung vom 25.11.1983.

PT vom 20.9.1984.

Ausstellung abgelehnt

PINNEBERG (ps). In den Räumen des neuen Pinneberger Jugendzentrums „Geschwister-Scholl-Haus" an der Bahnhofstraße darf die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in der Woche nach der Eröffnung keine Ausstellung über den „Kindermord am Bullsenhusener Damm" zeigen. Das beschloß gestern abend die Pinneberger Ratsversammlung mit 22 Stimmen aus CDU und SPD. Dagegen stimmten 6 SPD-Ratsherren sowie 4 Abgeordnete der Liberalen und der Grün-Alternativen Liste, die den Antrag eingebracht hatte. Alfons Bromma (SPD) enthielt sich der Stimme.

Dagegen passierte ein Änderungsantrag der SPD, die Gestaltung einer Gedenktafel für die Geschwister Scholl im zuständigen Ausschuß erneut zu beraten, bei fünf Enthaltungen aus der CDU-Fraktion die Ratsversammlung.

Peter Lehnert (CDU) betonte in seiner Jungfernrede, alle Fraktionen seien gegen Faschismus. Die CDU habe jedoch Bedenken, das neue Haus eine Woche lang einem Dritten zu überlassen, denn dies könne dann auch von anderen Pinneberger Gruppen gefordert werden. Ulrich Branding (CDU) monierte, die VVN tue so, als sei sie das politische Gewissen der Stadt. Sie beleidige damit alle demokratischen Jugendorganisationen.

Wolfgang Bromma (SPD): „Wir würden es begrüßen, wenn der Jugendzentrums-Rat eine derartige Ausstellung veranstalten würde." Die VVN sei keine Jugendgruppe und könne daher nicht in das Jugendzentrum einziehen: „Wir wollen dort keine Groß-Remise mit Mehrfachnutzung."

Heiner Bremer von den Liberalen warf CDU und SPD Formalismus vor: „Ich bedauere, daß ich ihren Beiträgen nicht folgen kann." Es entstehe der Eindruck, die Stadt sei gegen alles, was von der VVN angeboten wird.

PT vom 11.10.1984.

Blumenstrauß zu Ehren Boschens

PINNEBERG (ps). Anläßlich des 40. Todestages des Sozialdemokraten Heinrich Boschen aus Pinneberg hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) einen Blumenstrauß am Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus auf dem Pinneberger Stadtfriedhof niedergelegt. Boschen, der in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden wäre, starb an den Folgen der Haftbedingungen im Konzentrationslager Neuengamme.

VVN-Vorsitzender Dieter Schlichting hob hervor, daß der 40. Todestag ein Anlaß sein solle, „das organisierte Vergessen und Verdrängen, dem fast alle Pinneberger Opfer des Faschismus anheim gefallen sind, zu durchbrechen".

Heinrich Boschen war Maurer und arbeitete 1933 bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Pinneberg (AOK), als sie im Mai des Jahres von SA und SS besetzt wurde, berichtete Schlichting. Zusammen mit dem damaligen AOK-Geschäftsführer und späteren Pinneberger Bürgermeister Richard Köhn sei Boschen aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" aus dem Dienst entfernt worden. Nach dem Aufstandsversuch vom 20. Juni 1944 seien mit Boschen, Köhn, Wilhelm Schmitt Sozialdemokraten und Kommunisten aus Pinneberg verhaftet und in das Konzentrationslager Neuengamme verschleppt worden.

Mitglieder der VVN Pinneberg legen am Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus Blumen nieder.

Um seinen Tod im KZ zu vermeiden, sei Boschen — so der VVN-Sprecher — Ende September 1944 entlassen worden. Wenige Tage später, am 4. Oktober 1944, starb er an den Folgen der Haft.

Während der Gedenkstunde am Mahnmal zog Schlichting Parallelen von dem Berufsverbot Boschens bei der AOK zu der Suspendierung des Pinneberger Briefträgers Gustav Steffen aus dem Postdienst, weil der DKP-Mitglied sei: „Sollten die Berufsverbote heute nicht gestoppt und aufgehoben werden, so kann es passieren, daß auch sie einmal als Beginn einer Kette von Verfolgungen erkannt werden, an deren Ende auch Parteienverbote und Morde stehen können."

Schlichting forderte die Stadt auf, das „in der hintersten Ecke des Stadtfriedhofs versteckte Mahnmal" für die Opfer des Nationalsozialismus wieder an einer zentralen Stelle in der Stadt zu errichten.

„Wir ernten von der CDU nur höhnisches Gelächter“

mg Pinneberg – Rund 100 Teilnehmer einer Radrundfahrt des Vereins der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschisten (VVN) haben darauf aufmerksam gemacht, daß die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ihrer Ansicht nach im Kreis Pinneberg zu gering und zu unkritisch ist.

Auf ihrer Tour von Wedel über Pinneberg, Uetersen, Elmshorn und Barmstedt nach Quickborn besuchten die Teilnehmer Gedenksteine, Friedhöfe und andere Orte, die von Bedeutung für die Greuel des Nazi-Regimes oder für den gegen dieses System bestehenden Widerstand waren.

Am Gedenkstein für drei Pinneberger Antifaschisten, die von den Nazis getötet wurden oder in Lagern umgekommen sind, bezeichnete Dieter Schlichting vom VVN die Haltung der örtlichen CDU gegenüber den Antifaschisten als einen Skandal. Er erinnerte an Zeiten gleich nach dem Krieg, als antifaschistische Veranstaltungen von allen Parteien und weiteren Organisationen gemeinsam getragen wurden. Heute dagegen ernte der VVN bei der CDU „höhnisches Gelächter“, wenn er die Benennung von Straßen nach Widerstandskämpfern fordere. Schlichting kritisierte auch, daß der Gedenkstein nach wie vor auf den Stadtfriedhof verbannt bleiben solle.

Am neuen Pinneberger Jugendzentrum, dem Geschwister-Scholl-Haus, erinnerte Peter Südkamp an die Bedenken von Kommunalpolitikern bei der Namensgebung. Daß kürzlich auch eine Ausstellung des VVN im Jugendzentrum von der Ratsversammlung abgelehnt worden war, bezeichnete er als einen Verlust für die Jugendarbeit.

Weiteres Ziel der Radler war die nach einem Jagd-Flieger aus dem Zweiten Weltkrieg benannte Marseille-Kaserne in Appen und das ihr angeschlossene Luftwaffenmuseum. Hier waren sich die Besucher einig, daß der Name eines ergebenen Hitler-Soldaten ungeeignet sei, den heutigen Soldaten der Bundeswehr in einem demokratischen Land als Vorbild zu dienen.

Pinneberger Zeitung vom 26.9.1984.

Pinneberger SPD gedachte der Opfer der NS-Zeit

ww **Pinneberg** – Am Volkstrauertag legten die SPD-Vorstandsmitglieder Lutz Glandt, Herbert Hoffmann, Eugen Ritter, Tobias Thiel und Wolfgang Aeffner zum Gedenken an die Pinneberger Opfer des Naziregimes einen Kranz vor dem Gedenkstein auf dem Stadtfriedhof nieder.

„Auch nach 40 Jahren bleibt die Erinnerung an das Terrorregime eine Mahnung, daß es nie wieder zu einer Zerstörung der Demokratie durch politischen Terrorismus kommen darf“, sagte SPD-Ortsvereinsvorsitzender Lutz Glandt.

Pinneberger Zeitung vom 19.11.1985.

Widerstandskämpfer werden nicht geehrt

CDU-Fraktion lehnt Antrag der GAL ab

Von Peter Schweinberger

PINNEBERG. Alle Anträge der Grün-Alternativen Liste (GAL), Straßen in Pinneberg nach Bürgern zu benennen, die wegen ihrer Gesinnung von den Nazis verfolgt wurden und ihr Leben verloren, sind in der Ratsversammlung von der CDU-Mehrheit abgelehnt worden. Ebenso erging es einem SPD-Änderungsantrag, diese Frage noch einmal in dem zuständigen Ausschuß zu beraten. Den Abstimmungen ging eine Debatte voraus, die von persönlichen Gefühlen der Redner getragen war.

GAL-Sprecherin Andrea Aalders begründete den Vorstoß, drei neue Straßen im Bereich des Neubaugebiets „Hätschenfeld“ und an der Saarlandstraße nach Heinrich Boschen, Heinrich Geick und Wilhelm Schmitt zu benennen, damit, daß Pinneberg so verdeutliche, welche Persönlichkeiten die Stadt für vorbildhaft halte und welche Tradition sie fortführen wolle. Zudem gebe es einen Beschluß, die Straßen in der Stadt nach verdienten Pinneberger Bürgern zu benennen.

Der plattdeutsche Schriftsteller Rudolf Kinau und der Pinneberger Schriftsteller Erhard Wittek — die von der CDU als Namensgeber bevorzugt wurden — hätten sich nicht im Kampf gegen die Nazi-Diktatur verdient gemacht, sagte Andrea Aalders. Im Gegensatz zu den Schriftstellern seien die Sozialdemokraten Boschen und Schmitt sowie der Kommunist Geick von den Nazis umgebracht worden oder an den Folgen der Haft gestorben.

CDU-Ratsherr Albrecht Wolf erklärte: „Diese drei Menschen verdienen unsere Beachtung.“ Doch dann müßte auch jeder Soldat mit einem Straßennamen geehrt werden, der im Dritten Reich seine Pflicht getan habe und sein Leben lassen mußte: „Eine Grenze, an der wir kapitulieren müssen.“ Hierzu sei die Totenehrung am Volkstrauertag ausreichend. „Wir sollten an einen Punkt kommen, an dem wir mit allen Geschehnissen jener Zeit abschließen.“

Dazu sagte SPD-Ratsherr Eugen Ritter: „Wir sollten uns nicht hinter dem Leiden der Soldaten verschanzen.“ Bei dem GAL-Antrag handele es sich doch um die Ehrung von Opfern eines Terrorregimes, die es auch ohne Zweiten Weltkrieg gegeben hätte.

CDU-Ratsherr Hans Bleckmann: „Mein ganzer Respekt gilt allen, die großes Leid ertragen und ihr Leben lassen mußten, auch denjenigen, die im russischen Verbrechersystem umkamen.“ Die übrigen Fraktionen sollten lieber an den Totenehrungen teilnehmen und sich von der Farbbesudelung der Gedenksteine distanzieren.

Jan Nevermann (SPD): „Diese engstirnige Sicht finden Sie nicht bei vielen Christdemokraten!“ Es sei schlimm, wenn die CDU versuche, Farbschmierereien mit dem GAL-Antrag in einen Zusammenhang zu bringen, erklärte Dieter Tietz (SPD).

Pinneberger Tageblatt

PT vom 30.11.1984.

Gedenkstein bleibt vorm Stadtfriedhof

PINNEBERG (ps). SPD-Fraktionsvorsitzender Dieter Tietz brachte die Debatte auf den Punkt: „Ebensowenig, wie sich bei der CDU-Mehrheit in der Pinneberger Ratsversammlung etwas bewegen läßt, läßt sich auch der Gedenkstein für Pinneberger Opfer des Nationalsozialismus vom Stadtfriedhof aus in das Zentrum der Stadt bewegen." Die Grün-Alternative Liste (GAL) hatte während der jüngsten Sitzung der Ratsversammlung beantragt, den von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VNN) 1948 gestifteten Stein wieder an einem zentralen Ort in Pinneberg aufzustellen.

GAL-Sprecherin Andrea Aalders erläuterte, daß der Stein am 18. September 1948 an seinem damaligen Standort, am Ende des Pinneberger Bahnhofsvorplatzes, eingeweiht wurde. Wegen Beschmierungen und Kranzdiebstählen habe die Ratsversammlung fünf Jahre später beschlossen, den Stein für die Nazi-Opfer Heinrich Boschen, Wilhelm Schmitt und Heinrich Geick an den Rand des Stadtfriedhofs zu verbannen.

Auch andere Gedenksteine in Pinneberg würden häufig verschmiert, und keiner komme heute auf die Idee, sie zu versetzen, betonte Andrea Aalders. Immer wieder in Pinneberg auftauchende Naziparolen sollten Grund genug sein, den Stein in die Erinnerung der Bürger zurückzurufen: „Oder soll die NS-Zeit ebenso wie der Stein verdrängt werden?"

Tietz unterstrich, daß die SPD-Fraktion bereits 1983 den Antrag gestellt habe, den Stein ins Zentrum der Stadt umzustellen. Doch bereits damals habe die SPD bei der CDU-Mehrheit auf Granit gebissen. Ein idealer, neuer Standort sei die Drosteiwiese, wo bereits die Heimatvertriebenen ihren Gedenkstein hätten.

CDU-Sprecher Peter Burgdorff sah für seine Fraktion keine neuen Gründe, von dem bereits 1983 gefaßten Beschluß, den VVN-Gedenkstein auf dem Stadtfriedhof zu lassen, abzurücken: „Ich selbst habe Boschen, Schmitt und Geick sowie deren Familien gekannt und nicht nur die politischen Verhältnisse jener Zeit."

Die Christdemokraten — so Burgdorff — verurteilen Schmierereien auf Gedenksteinen und Klebeaktionen mit Nazi-Symbolen auf das Schärfste, egal, ob sie von rechts oder von links kommen. Jetzt werde versucht, die CDU in eine politische Ecke zu drängen, in die sie sich nicht stellen lasse. Gerade die CDU habe es nicht nötig, sich Nachhilfe erteilen zu lassen. Schließlich habe sie nach dem Krieg diesen Staat weitgehend mitgestaltet.

Christl Rehmenklau-Bremer, Vorsitzende der Liberalen Fraktion, sagte, die Verlagerung des Steins könnte ein Anfang sein, um das jahrelange Schweigen, Vergessen oder Verdrängen dieser Nazi-Zeit in Pinneberg aufzubrechen. Besonders jüngere Leute sollten aus der Historie lernen: „Wer zur Geschichte dieses Antrags die Augen schließt, dem bleibt Nacht."

Mit den 18 Stimmen der CDU gegen 13 Stimmen von der SPD, GAL und Liberalen-Fraktion lehnte die Ratsversammlung die Aufstellung des Steins in Pinnebergs Innenstadt ab.

PT vom 25.1.1985.

Gedenkstunde der VVN für Wilhelm Schmitt

PINNEBERG (ps). Während einer Gedenkstunde hat die Pinneberger Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes im Bund der Antifaschisten (VVN) am VVN-Gedenkstein auf dem Pinneberger Stadtfriedhof an den 40. Todestag der ehemaligen Kommunalpolitikers Wilhelm Schmitt erinnert. Er starb am 3. Mai 1945 nach einem Aufenthalt im Konzentrationslager Neuengamme an Bord des Häftlingsschiffes „Cap Arcona", das britische Bomberbesatzungen versehentlich auf der Ostsee versenkten.

VVN-Vorsitzender Dieter Schlichting berichtete, daß Schmitt 1888 in Krefeld geboren, seit 1924 vertrat als selbständiger Schneidermeister die KPD in der Thesdorfer Gemeindevertretung vertrat. Schmitt wechselte zur SPD über und wurde nach der Eingemeindung Thesdorfs Stadtverordneter in Pinneberg. Seit 1929 lebte er in der Prisdorfer Straße 15 in Pinneberg.

Trotz mehrfacher Drohungen des NSDAP-Ortsgruppenleiters unterhielt Schmitt freundschaftliche Kontakte zu den nach Pinneberg verschleppten Ausländern (Polen, Serben, Franzosen und Italiener), was ihm seine vielseitigen Sprachkenntnisse ermöglichten. Im August 1944, einen Monat nach Stauffenbergs Attentat auf Hitler, wurde Schmitt zusammen mit ehemaligen Abgeordneten der KPD, SPD, der Zentrumspartei und ehemaligen Gewerkschaftssekretären verhaftet. Unter ihnen waren Emilie Helm, Anna Ipsen, Olga Geick, der spätere Bürgermeister Richard Köhn und Heinrich Boschen. Die Männer wurden über Kiel ins KZ Neuengamme gebracht.

Kurz vor der Kapitulation wurde Schmitt in der zweiten Aprilhälfte zusammen mit rund 8000 KZ-Insassen von Neuengamme nach Lübeck evakuiert und dort von den Nazis auf Häftlingsschiffe getrieben. Von den 8000 Menschen überlebten nur 400.

Schlichting kritisierte, in Pinneberg sei es heute noch nicht möglich, Straßen nach ehemaligen Nazigegnern wie Boschen, Geick oder Schmitt zu benennen: „Eine Schändung des Andenkens und der Ehre Wilhelm Schmitts und seiner Kameraden erlaubten sich die Kreis-Pinneberger Schulräte, als sie am 12. April dieses Jahres verfügten, VVN-Mitgliedern Veranstaltungen in den Schulen aus Anlaß des Jahrestages des 8. Mai 1945 wegen ‚Verfassungsfeindlichkeit' zu versagen."

PT vom 6.5.1985.

DGB-Ortskartell stellt Forderungen

PINNEBERG (ps). Die veränderten Mehrheitsverhältnisse in der Pinneberger Ratsversammlung, wo die CDU nach der Kommunalwahl ihre absolute Mehrheit einbüßte, müssen nach Auffassung des Pinneberger Ortskartell-Vorstands im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) auch zu politischen Veränderungen in der Stadt führen. In gleichlautenden Briefen an die SPD- und GAL-Fraktion stellt das DGB-Ortskartell eine Reihe von Forderungen für den Sozialbereich, zur Arbeitsplatzsicherung und Beschäftigungspolitik auf. Ferner soll Pinneberg zur „Atomwaffenfreien Zone" erklärt werden und die Stadt die Friedensarbeit der „Friedenswerkstatt Pinneberg" unterstützen.

Die DGB-Vertreter beziehen sich in ihren Briefen auf ein Gespräch mit den Vertretern der Fraktionen, das im Januar im Pinneberger Rathaus stattgefunden hatte. Jetzt müßten die Zusagen von damals erfüllt werden.

Auf dem Sozialsektor wünschen sich die Gewerkschaftler die Einrichtung einer Kinderkrippe, einen kostenlosen Förderunterricht für Kinder aus einkommenschwachen Familien und für ausländische Schüler. Einen Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger-Paß zur kostenlosen Nutzung kommunaler Einrichtungen und öffentlicher Verkehrsmittel sowie die Erhöhung von Bekleidungs-, Feuerungs-, Möbel- und Hausrats- sowie Weihnachtsbeihilfen. Asylanten und Asylbewerber müßten besser behandelt werden. Die Obdachlosenunterkünfte am Borsteler Weg und am Jappopweg seien aufzulösen. Ferner fordert der DGB die Förderung von Arbeitsloseninitiativen und ein neues Konzept für ein Jugend- und Kommunikationszentrum in Pinneberg.

Der DGB spricht sich gegen eine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und des Fernwärmenetzes in Pinneberg aus. Das Fernwärme- solle sogar ebenso wie das Radwegenetz ausgebaut werden. Die Stadt soll einen hauptamtlichen Volkshochschulleiter einstellen. Zusätzliche Stellen müßten für Jugend- und Altenpflege eingerichtet werden. Auf eine Pinneberger Westumgehung müsse in der heute geplanten Form verzichtet werden, um nicht 1000 Arbeitsplätze an der Siemensstraße zu gefährden.

Ferner appelliert das DGB-Ortskartell für die Umbenennung Pinneberger Straßen nach Antifaschisten und die Rückführung eines Gedenksteins für Antifaschisten in die Pinneberger Innenstadt. Ausländischen Mitbürgern sei ein kommunales Wahlrecht einzuräumen.

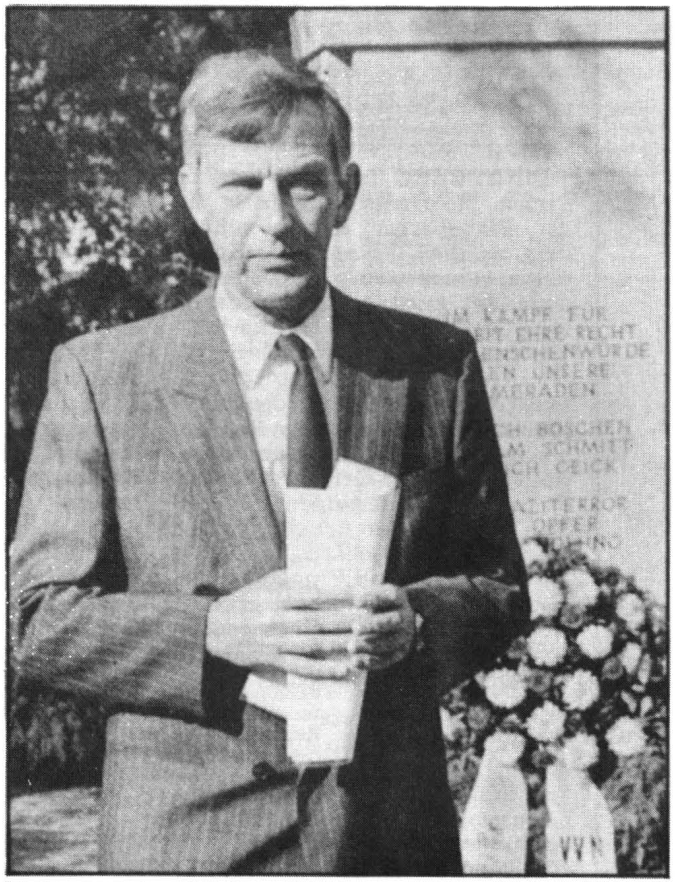
PT vom 23.4.1986.

Gedenkstein für Naziopfer an neuem Platz

mp **Pinneberg** – Der Gedenkstein für Heinrich Boschen, Wilhelm Schmitt und Heinrich Geick, die Pinneberger Opfer des nationalsozialistischen Terrors, wurde jetzt von Bürgervorsteher Jan Nevermann im Zentrum der Stadt seiner Bestimmung übergeben. Unter einem Silberahornbaum hat das Mahnmal, ein quaderförmiger Stein mit Inschrift, auf dem Rathausvorplatz einen neuen, würdigen Standort erhalten.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, für die Vorsitzender Dieter Schlichting an den Kampf und die Leiden der drei Pinneberger erinnerte, hatte schon seit langem die Verlegung des Gedenksteines gefordert, der etwas versteckt auf dem Stadtfriedhof aufgestellt war.

Die Umsetzung war bislang am Widerstand der CDU-Fraktion gescheitert, die jetzt von der Mehrheit von SPD und GAL in der Ratsversammlung überstimmt wurde. Angehörige der Naziopfer und Vertreter aller drei Rathausfraktionen nahmen an der kleinen Gedenkfeier vor dem Rathaus teil.



Bürgervorsteher Jan Nevermann erinnerte am neuen Standort des Gedenksteines an die Opfer des Naziterrors. Foto: PESCHEL

Pinneberger Zeitung vom 6.10.1987.

Anhang

In den Anhang wurden auch Daten zur Reichstagswahl am 5. März 1933 und zur Kommunalwahl in Pinneberg am 12. März 1933 aufgenommen. Sie vermitteln wichtige Informationen, obwohl diese Wahlen unter den Bedingungen des Naziterrors stattfanden. Die Mandate der KPD wurden unmittelbar nach den jeweiligen Wahlen vom März 1933 annulliert und die der SPD nach dem Verbot der Partei am 22. Juni 1933.

Ergebnisse der Nationalversammlungswahl am 19. Januar 1919 und der Reichstagswahlen 1921 bis 1933 in Pinneberg und Thesdorf

Aufgeführt werden nur Parteien und Gruppierungen, die mehr als 1% der Stimmen erhielten und über mehrere Wahlperioden eine Bedeutung hatten. Die Tabelle auf dieser Seite gibt die Zahl der gültigen Stimmen an, die auf S. 120 die prozentuale Verteilung. In der jeweils ersten Zeile stehen die Ergebnisse aus Pinneberg, in der zweiten Zeile bis Dezember 1924 die Ergebnisse aus Thesdorf. Ab Januar 1928 war Thesdorf ein Stadtteil von Pinneberg. Für die Wahl am 19. Januar 1919 liegen keine Angaben aus Thesdorf vor.

	19.1. 1919	20.2. 1921	4.5. 1924	7.12. 1924	20.5. 1928	14.9. 1930	31.7. 1932	6.11. 1932	5.3. 1933
SPD	1993	1561	851	1234	1669	1574	1768	1587	1495
		279	113	150					
USPD	187	103							
KPD		254	737	603	822	1119	1073	1211	1151
		20	115	81					
Zentrum		27	40	54	65	74	83	80	85
			8	7					
DDP	861	260	351	302	373	212	70	58	42
		22	60	39					
DVP	295	939	713	598	994	509	84	186	73
		158	112	78					
WP				12	137	104	3	8	
				4					
DNVP	175	277	838	1022	907	220	293	482	502
		74	173	209					
CSVD						133	47	51	54
NSDAP			228	82	156	1850	2924	2660	3448
			26	9					
Sonstige	24		179	27	165	193	68	32	3
			24	8					
Gesamt	3535	3421	3937	3934	5288	5988	6413	6355	6853
		553	631	585					

Bearbeitet nach Berichterstattung im Pinneberger Tageblatt.

Ergebnisse der Nationalversammlungswahl am 19. Januar 1919 und der Reichstagswahlen 1921 bis 1933 in Pinneberg und Thesdorf

	19.1. 1919	20.2. 1921	4.5. 1924	7.12. 1924	20.5. 1928	14.9. 1930	31.7. 1932	6.11. 1932	5.3. 1933
SPD	56,38	45,36	21,62	31,37	31,56	26,29	27,57	24,97	21,82
		50,45	17,91	25,64					
USPD	5,29	3,01							
KPD		7,42	18,72	15,33	15,55	18,69	16,73	19,06	16,80
		3,62	18,22	13,85					
Zentrum		0,79	1,02	1,37	1,23	1,23	1,29	1,26	1,24
			1,27	1,20					
DDP	24,36	7,60	8,92	7,68	7,05	3,54	1,09	0,91	0,61
		3,98	9,51	6,67					
DVP	8,34	27,45	18,11	15,20	18,80	8,50	1,31	2,93	1,06
		28,57	17,75	13,33					
WP				0,30	2,59	1,74	0,05	0,13	
				0,68					
DNVP	4,95	8,10	21,28	25,98	17,15	3,67	4,57	7,58	7,33
		13,38	27,42	35,73					
CSVD						2,22	0,73	0,80	0,79
NSDAP			5,79	2,08	2,95	30,89	45,60	41,86	50,31
			4,12	1,54					
Sonstige	0,68		4,54	0,69	3,12	3,23	1,06	0,50	0,04
			3,80	1,36					
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
		100	100	100					

Bearbeitet nach Berichterstattung im Pinneberger Tageblatt.

SPD — Sozialdemokratische Partei Deutschlands; USPD — Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands; KPD — Kommunistische Partei Deutschlands; Zentrum — Deutsche Zentrumspartei; DDP — Deutsche Demokratische Partei, seit der Wahl vom 14. September 1930 als Deutsche Staatspartei; DVP — Deutsche Volkspartei; WP — Reichspartei des Deutschen Mittelstandes/Wirtschaftspartei; DNVP — Deutschnationale Volkspartei, zur Wahl am 5. März 1933 als Kampffront Schwarz-Weiß-Rot; CSVD — Christlich-Sozialer Volksdienst; NSDAP — Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, zur Wahl am 4. Mai 1924 als Völkisch-Sozialer Block, zu den Wahlen am 7. Dezember 1924 und 14. September 1930 als Nationalsozialistische Freiheitsbewegung.

In Pinneberg kandidierten von 1919 bis 1929 und in Thesdorf 1919 und 1924 zu den Kommunalwahlen unter verschiedenen Bezeichnungen Einheitslisten liberaler und konservativer Parteien und Verbände. Diese Listen bzw. ihre Mitglieder werden im folgenden nach ihrer eigenen Benennung als »Bürgerliche« (»Bürgerl.«) bezeichnet. Am 12. März 1933 kandidierte zur Kommunalwahl in Pinneberg die Liste »Nationaler Aufbau«, in der sich die NSDAP und die »Nationale bürgerliche Arbeitsgemeinschaft« verbunden hatten.

Sitzverteilungen im Pinneberger Stadtverordneten-Kollegium nach den Kommunalwahlen 1919 bis 1933

Kommunalwahl am 2. März 1919

Liste 1	»Wahlvorschlag Voß« (SPD)	14 Sitze
Liste 2	»Wahlvorschlag Fiedler« (USPD)	1 Sitz
Liste 3	»Wahlvorschlag Nemnich« (Bürgerliche)	9 Sitze
	insgesamt	24 Sitze

Kommunalwahl am 4. Mai 1924

Liste 1	»Wahlvorschlag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, Ortsverein Pinneberg«	4 Sitze
Liste 2	»Wahlvorschlag Nemnich« (Bürgerliche)	11 Sitze
Liste 3	»Wahlvorschlag der Kommunisten«	3 Sitze
	insgesamt	18 Sitze

Kommunalwahl am 15. April 1928

Liste 1	»Wahlvorschlag 1. Kennwort: Sozialdemokratische Partei. Fliegner — Knaack — v.d.Heide«	7 Sitze
Liste 2	»Wahlvorschlag 2. Kennwort: Kommunisten«	4 Sitze
Liste 3	»Wahlvorschlag 3. Kennwort: Duncker. Duncker — Sörensen — Thomas« (Bürgerliche)	10 Sitze
	insgesamt	21 Sitze

Kommunalwahl am 17. November 1929

Liste 1	»Wahlvorschlag Nr. 1. Kennwort: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)«	7 Sitze
Liste 2	»Wahlvorschlag Nr. 2. Kennwort: Kommunistische Partei«	3 Sitze
Liste 3	»Wahlvorschlag Nr. 18. Kennwort: Bürgerliche Einheit, Liste Duncker« (Bürgerliche)	11 Sitze
Liste 4	»Wahlvorschlag Nr. 19. Kennwort: Freie Liste« (Bürgerliche aus Thesdorf/Datum)	0 Sitze
	insgesamt	21 Sitze

Kommunalwahl am 12. März 1933

Liste 1	»Wahlvorschlag Nr. 1. Kennwort: Nationaler Aufbau (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei — Hitlerbewegung — und Nationale bürgerliche Arbeitsgemeinschaft).«	13 Sitze
Liste 2	»Wahlvorschlag Nr. 2. Kennwort: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S.P.D.).«	5 Sitze
Liste 3	»Wahlvorschlag Nr. 3. Kennwort: Kommunistische Partei Deutschlands.«	3 Sitze
	insgesamt	21 Sitze

Bearbeitet nach Bekanntmachungen und Berichterstattung im Pinneberger Tageblatt.

Sitzverteilungen in der Thesdorfer Gemeindevertretung nach den Kommunalwahlen 1919 und 1924

Kommunalwahl am 2. März 1919

Liste 1	»Wahlvorschlag Ötting« (SPD)	5 Sitze
Liste 2	»Wahlvorschlag Kunstmann« (Bürgerliche)	4 Sitze
	insgesamt	9 Sitze

Kommunalwahl am 4. Mai 1924

Liste 1	»Wahlvorschlag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, Ortsverein Thesdorf«	1 Sitz
Liste 2	»Wahlvorschlag Oelting« (Bürgerliche)	4 Sitze
Liste 3	»Wahlvorschlag der Kommunisten«	2 Sitze
Liste 4	»Wahlvorschlag Kennwort: ›Wiederaufbau‹« (Bürgerliche)	2 Sitze
	insgesamt	9 Sitze

Bearbeitet nach Bekanntmachungen und Berichterstattung im Pinneberger Tageblatt.

Pinneberger Stadtverordnete 1919 bis 1933

Die für zurückgetretene oder verstorbene Abgeordnete Nachgerückten sind jeweils mit »N« und dem Datum der Amtseinführung gekennzeichnet.

Kommunalwahl am 2. März 1919

»Wahlvorschlag Voß« (SPD)

1 **August Voß**, Schuhmacher, Damm 19
2 **Ernst Fliegner**, Kaufmann, Schauenburger Str. 27
3 **Otto Plettenberg**, Schneider, Friedenstr. 99
4 **Richard Köhn**, Lagerhalter, Dingstätte 37
5 **Johannes von der Heide**, Zimmerer, Kirchhofsweg 4
6 **Hans Eggerstedt**, Bauarbeiter, Thesdorfer Weg
N: 9. Juni 1922 — **Heinrich Boschen**, Maurer, Bahnhofstr. 13
7 **Johannes Knaack**, Metallarbeiter, Prisdorfer Str. 22
8 **Heinrich Vagts**, Maurer, Mühlenstr. 16
9 **Jacob Schröder**, Lagerhalter, Schloßstr. 7
10 **Adolf Weingärtner**, Werkmeister, Weidenstr. 5
11 **Fritz Wacker**, Maschinist, Hermanstr. 8
12 **Hinrich Eggerstedt**, Schriftsetzer, Elmshorner Str. 85
13 **Rudolf Korth**, Maurer, Schauenburger Str. 25
14 **Emil Kuhr**, Barbier, Dingstätte 45a
N: 4. April 1924 — **Wilhelm Bruhn**, Fabrikarbeiter, Haidkamp 23

»Wahlvorschlag Fiedler« (USPD)

1 **August Fiedler**, Gastwirt, Bahnhofstr. 4
N: 6. November 1919 — **Karl Häfer**, Dreher, Schloßstr. 17
N: 27. August 1920 — **Richard Häusler**, Schlosser, Moltkestr. 21

»Wahlvorschlag Nemnich« (Bürgerliche)

1 **Eugen Nemnich**, Fabrikdirektor, Mühlenstr. 15
2 **Karl Magin**, Fabrikant, Damm 35
N: 24. April 1919 — **Friedrich Strupp**, Maurermeister, Mühlenstr. 1
3 **Heinrich Raiber**, Kaufmann, Elmshorner Str. 61
4 **Karl Zwanger**, Maschinenmeister, Moltkestr. 27
N: 4. April 1924 — **Adolf Bielenberg**, Postschaffner, Fahltskamp 41
5 **Heinrich Bollendonk**, Kreisausschußsekretär, Tangstedter Str. 12
6 **Karl Sörensen**, Rektor, Weidenstr. 2a
7 **Heinrich Warncke**, Holzhändler, Schauenburger Str. 9
N: 21. April 1922 — **Hinrich Brammann**, Landmann, Ossenpadd
8 **Ottilie Frank**, Fahltskamp 7
N: 15. Dezember 1922 — **Martha Gidall**, Fahltskamp 31a
9 **Anton Binné**, Fabrikant, Bahnhofstr. 7

Kommunalwahl am 4. Mai 1924

»Wahlvorschlag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, Ortsverein Pinneberg«

1 **Ernst Fliegner**, Privatier, Elmshorner Str. 158
2 **Johannes Knaack**, Expedient, Prisdorfer Str. 22
3 **Johannes von der Heide**, Zimmerer, Kirchhofsweg 4
N: 22. August 1924 — **Otto Plettenberg**, Schneider, Mühlenstr. 86a
4 **Richard Köhn**, Lagerhalter, Dingstätte 37-39

»Wahlvorschlag Nemnich« (Bürgerliche)

1 **Eugen Nemnich**, Fabrikdirektor, Mühlenstr. 15
N: 27. April 1925 — **Adolf Ostermann**, Gastwirt, Koppelstr. 2
2 **Anton Binné**, Rentier, Bahnhofstr. 5
3 **Heinrich Bollendonk**, Bureaudirektor, Tangstedter Str. 12
N: 17. Dezember 1926 — **Adolf Bielenberg**, Oberpostschaffner, Fahltskamp 45
4 **Christian Plum**, Malermeister, Lindenstr. 18
5 **Friedrich Strupp**, Maurermeister, Mühlenstr. 1
6 **Karl Sörensen**, Rektor, Schillerstr. 12
7 **Ernst Krohn**, Landmann, Elmshorner Str. 32
8 **Richard Habedank**, Lagerist, Haidkamp 21
9 **Hermann Fritsches**, Kaufmann, Fahltskamp 10
10 **Louis Allemeyer**, Bäckermeister, Fahltskamp 27
11 **Ludwig Duncker**, Fabrikant, Mühlenstr. 62

»Wahlvorschlag der Kommunisten«

1 **Wilhelm Stehr**, Arbeiter, Dingstätte 9
2 **Olga Geick**, Friedenstr. 50
3 **Heinrich Geick sen.**, Zimmerer, Friedenstr. 50

Nach der Eingemeindung Thesdorfs waren die ehemaligen Gemeindevertreter **Emil Kunstmann**, **Friedrich Peemöller** und **Wilhelm Schmitt** von Januar bis April 1928 kommissarisch Stadtverordnete in Pinneberg.

Kommunalwahl am 15. April 1928

»Wahlvorschlag 1. Kennwort: Sozialdemokratische Partei. Fliegner — Knaack — v.d. Heide«

1 **Ernst Fliegner**, Privatier, Elmshorner Str. 158
N: 6. Juli 1928 — **Wilhelm Linnemann**, Maurerpolier, Schloßstraße
2 **Johannes Knaack**, Kolporteur, Prisdorfer Str. 22
3 **Johannes von der Heide**, Geschäftsführer, Kirchhofsweg 4
N: 6. Juli 1928 — **Wilhelm Rehmke**, Fabrikarbeiter, Elmshorner Straße
4 **Richard Köhn**, Geschäftsführer, Dingstätte 37-39
N: 6. Juli 1928 — **Heinrich Lempfert**, Lagerhalter, Kirchhofsweg
5 **Hermann Schulz**, Tischler, Thesdorf
N: 6. Juli 1928 — **Heinrich Boschen**, Kassenangestellter, Bahnhofstr. 13
6 **Wilhelm Schmitt**, Schneider, Thesdorf
7 **Otto Plettenberg**, Schneider, Mühlenstr. 114a

»Wahlvorschlag 2. Kennwort: Kommunisten«

1 **Wilhelm Stehr**, Bauarbeiter, Borsteler Chaussee 3
N: 6. Juli 1928 — **Wilhelm Wulf jun.**, Maurer, Kirchhofsweg 92
2 **Heinrich Geick sen.**, Zimmerer, Friedenstr. 50
3 **Heinrich Sellmann**, Drahtweber, Rübekamp 29
4 **Peter Lohmann**, Maurer, Thesdorf

»Wahlvorschlag 3. Kennwort: Duncker. Duncker — Sörensen — Thomas« (Bürgerliche)

1 **Ludwig Duncker**, Fabrikant, Mühlenstr. 62
N: 6. Juli 1928 — **Louis Allemeyer**, Bäckermeister, Fahltskamp 27
2 **Karl Sörensen**, Rektor, Schillerstr. 12
N: 6. Juli 1928 — **Cord Dreyer**, Tischlermeister, Damm 48
3 **Friedrich Thomas**, Rechtsanwalt, Tangstedter Str. 29
4 **Christian Plum**, Malermeister, Lindenstr. 18
5 **August Röhmeier**, Landmann, Eggerstedt
N: 18. Oktober 1929 — **Jochim Krohn jun.**, Landmann, Datum
6 **Richard Habedank**, Lagerist, Haidkamp 21
7 **Christian Heidorn**, Landmann und Auktionator, Elmshorner Str. 28
8 **Ernst Krohn**, Landwirt, Elmshorner Str. 32
9 **Franz Jagow**, Kaufmann, Mühlenstr. 40
10 **George Winkler**, Kreisausschußinspektor, Haidkamp 28

Kommunalwahl am 17. November 1929

»Wahlvorschlag Nr. 1. Kennwort: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)«

1 **Johannes von der Heide**, Geschäftsführer, Kirchhofsweg 4
N: 24. Januar 1930 — **Wilhelm Rehmke**, Fabrikarbeiter, Elmshorner Str. 75
2 **Richard Köhn**, Geschäftsführer, Dingstätte 37
N: 24. Januar 1930 — **Anna Ipsen**, Mühlenstr. 50
3 **August Schweiger**, Verwaltungsdirektor, Haidkamp
4 **Johannes Knaack**, Kolporteur, Prisdorfer Str. 22
5 **Otto Plettenberg**, Schneider, Mühlenstraße
6 **Gustav Oetting**, Schuhmacher, Thesdorf
7 **Wilhelm Linnemann**, Polier, Schloßstr. 13

»Wahlvorschlag Nr. 2. Kennwort: Kommunistische Partei«

1 **Heinrich Sellmann**, Drahtweber, Rübekamp 29
N: 23. Mai 1930 — **Max Hoche**, Arbeiter, Friedenstr. 50
2 **Carl Wüsthoff**, Metallarbeiter, Mühlenstr. 69
N: 22. April 1932 — **Peter Hintelmann**, Fabrikarbeiter, Thesdorfer Weg 6
3 **Heinrich Geick sen.**, Rentenempfänger, Friedenstr. 50

»Wahlvorschlag Nr. 18. Kennwort: Bürgerliche Einheit, Liste Duncker« (Bürgerliche)

1 **Ludwig Duncker**, Fabrikant, Mühlenstr. 62
N: 28. März 1930 — **Louis Allemeyer**, Bäckermeister, Fahltskamp 27
N: 27. März 1931 — **Johann Lienau**, Fahrradhändler, Damm 8
2 **Friedrich Strupp**, Maurermeister, An der Mühlenau 3
N: 24. Januar 1930 — **Gustav Glissmann**, Landmann, Haidkamp
3 **Karl Sörensen**, Rektor, Schillerstr. 12
N: 24. Januar 1930 — **Hermann Finke**, Zigarrenhändler, Moltkestr. 7

4 **Klaus Groth**, Architekt, Bismarckstraße
5 **Klaus Kahlke**, Landmann, Eggerstedt
6 **Paul Ludwig**, Drechslermeister, Schulstr. 3
7 **Richard Habedank**, Kaufmännischer Angestellter, Haidkamp 21
8 **Hans Lange**, Kaufmann, Mühlenstr. 5
9 **Christian Plum**, Malermeister, Lindenstr. 18
10 **Friedrich Thomas**, Rechtsanwalt, Tangstedter Str. 29
11 **George Winkler**, Kreisausschußinspektor, Haidkamp

Kommunalwahl am 12. März 1933

»Wahlvorschlag Nr. 1. Kennwort: Nationaler Aufbau (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei — Hitlerbewegung — und Nationale bürgerliche Arbeitsgemeinschaft)«

1 **Franz Viktor von Baselli**, Rechtsanwalt, Bahnhofstr. 35
N: 12. Mai 1933 — **Richard Schulz**, Mittelschullehrer, Bahnhofstr. 39
2 **Karl Lüders**, Stellmachermeister, Elmshorner Str. 9
N: 12. Mai 1933 — **Wilhelm Oelting**, Maurermeister, Osterholder Allee 2
3 **Walter Burmester**, Maschinenbaumeister, Damm 35
4 **Friedrich Thomas**, Rechtsanwalt, Tangstedter Str. 29
N: 12. Mai 1933 — **Otto Cold**, Provinzialbaurat, Holstenstr. 1
5 **Adolf Kamm**, Pensionär, Thesdorfer Straße
6 **Heinrich Köhnke**, Landwirt, Datumer Chaussee
7 **Hermann Schlüter**, Kaufmann, Mühlenstr. 3
8 **Heinrich Goldschmidt**, Kreisausschußobersekretär, Dingstätte 16a
9 **Gustav Ramme**, Schmied, Hamburger Str. 26
10 **Johann Grelck**, Siedler, Datum
11 **Karl Stefan**, Kaufmann, Schillerstr. 29
12 **Johann Lienau**, Fahrradhändler, Damm 49
13 **Hugo Andersen**, Postschaffner, Moltkestr. 5

»Wahlvorschlag Nr. 2. Kennwort: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S.P.D.)«

1 **Johannes von der Heide**, Geschäftsführer, Kirchhofsweg 4
N: 12. Mai 1933 — **Adolf Issel**, Rentner, Neue Straße
2 **Richard Köhn**, Geschäftsführer, Schauenburger Str. 18
N: 12. Mai 1933 — **Wilhelm Wulf jun.**, Maurer, Kirchhofsweg 92
3 **August Schweiger**, Bürodirektor, Haidkamp 22[1]
N: 24. März 1933 — **Emilie Helm**, Ludwig-Meyn-Str. 14
4 **Emil Weingärtner**, Metallarbeiter, Elmshorner Str. 41
5 **Heinrich Sellmann**, Drahtweber, Rübekamp 29

[1] **August Schweiger** verzichtete auf sein Stadtverordneten-Mandat.

»Wahlvorschlag Nr. 3. Kennwort: Kommunistische Partei Deutschlands«[2]

1 **Max Hoche**, Kriegsbeschädigter, Friedenstr. 50
2 **Hermann Scherpe**, Gärtner, Ludwig-Meyn-Str. 13
3 **Martha Geick**, Hausfrau, Dingstätte 34a

[2] Die gewählten KPD-Stadtverordneten wurden auf Anweisung der Regierung nicht zur konstituierenden Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums geladen und ihre Mandate annulliert.

Bearbeitet nach den Protokollen des »Stadtverordneten-Kollegiums« und der »Städtischen Kollegien«, den Handbüchern für die Provinz Schleswig-Holstein 1925, 1927 und 1929 sowie Bekanntmachungen und Berichterstattung im Pinneberger Tageblatt.

Thesdorfer Gemeindevertreter 1919 bis 1928

Für die Wahlperiode 1919 bis 1924 kann nicht angegeben werden, ob Gemeindevertreter ausschieden. Zwischen 1924 und 1928 fand kein Wechsel statt.

Kommunalwahl am 2. März 1919

»Wahlvorschlag Ötting« (SPD)

1 **Gustav Ötting**, Schuhmachermeister, Thesdorf
2 **Heinrich Rechter**, Bahnarbeiter, Thesdorf
3 **Franz Eggerstedt**, Fabrikarbeiter, Eggerstedt
4 **Heinrich Sabel**, Drechsler, Thesdorf
5 **Hinrich Eggerstedt**, Rentenempfänger, Datum

»Wahlvorschlag Kunstmann« (Bürgerliche)

1 **Emil Kunstmann**, Baumschulenbesitzer, Thesdorf
2 **Klaus Kahlke**, Landmann, Eggerstedt
3 **Johannes Petersen**, Gutsinspektor, Waldenau
4 **Christian Oelting**, Maurermeister, Thesdorf-Quellental

In dieser Wahlperiode war **August Röhmeier** Gemeindevorsteher.

Kommunalwahl am 4. Mai 1924

»Wahlvorschlag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, Ortsverein Thesdorf«

1 **Hermann Schulz**, Tischler, Thesdorf

»Wahlvorschlag Oelting« (Bürgerliche)

1 **Christian Oelting**, Maurermeister, Thesdorf-Quellental
2 **Jochim Krohn**, Landmann, Datum
3 **Heinrich Rechter**, Bahnarbeiter, Thesdorf
4 **Hinrich Diercks**, Gärtner, Eggerstedt

»Wahlvorschlag der Kommunisten«

1 **Wilhelm Schmitt**, Schneider, Thesdorf
2 **Peter Lohmann**, Maurer, Thesdorf-Quellental

»Wahlvorschlag Kennwort: ›Wiederaufbau‹« (Bürgerliche)

1 **Friedrich Peemöller**, Fabrikarbeiter, Thesdorf
2 **Emil Kunstmann**, Baumschulenbesitzer, Thesdorf

In dieser Wahlperiode war **August Röhmeier** aus Thesdorf (»Wiederaufbau«) Gemeindevorsteher und **Klaus Kahlke** aus Eggerstedt (»Wiederaufbau«) sein Stellvertreter.

Bearbeitet nach Protokollen der Gemeindevertretung Thesdorf sowie Bekanntmachungen und Berichterstattung im Pinneberger Tageblatt.

Pinneberger Stadtverordnetenvorsteher und ihre Stellvertreter 1919 bis 1933

Gewählt wurde jährlich sowie nach jeder Kommunalwahl. Die für ausgeschiedene Stadtverordnetenvorsteher (heute Bürgervorsteher) Neugewählten sind jeweils mit »N« und dem Datum der Wahl aufgeführt.

Wahl	Stadtverordnetenvorsteher	Stellvertreter
14.03.1919	**Ernst Fliegner** (SPD)	**Heinrich Bollendonk** (Bürgerl.)
18.12.1919	**Ernst Fliegner** (SPD)	**Heinrich Bollendonk** (Bürgerl.)
18.01.1921	**Ernst Fliegner** (SPD)	**Heinrich Bollendonk** (Bürgerl.)
23.12.1921	**Ernst Fliegner** (SPD)	**Heinrich Bollendonk** (Bürgerl.)
19.02.1923	**Ernst Fliegner** (SPD)	**Heinrich Bollendonk** (Bürgerl.)
01.02.1924	**Ernst Fliegner** (SPD)	**Anton Binné** (Bürgerl.)
23.05.1924	**Heinrich Bollendonk** (Bürgerl.)	**Karl Sörensen** (Bürgerl.)
16.01.1925	**Anton Binné** (Bürgerl.)	**Karl Sörensen** (Bürgerl.)
11.12.1925	**Anton Binné** (Bürgerl.)	**Karl Sörensen** (Bürgerl.)
14.01.1927	**Anton Binné** (Bürgerl.)	**Karl Sörensen** (Bürgerl.)
	N: 30.03.1927 — **Ludwig Duncker** (Bürgerl.)	
	N: 27.08.1927 — **Anton Binné** (Bürgerl.)	
17.01.1928	**Anton Binné** (Bürgerl.)	**Karl Sörensen** (Bürgerl.)
04.05.1928	**Richard Köhn** (SPD)	**Heinrich Geick sen.** (KPD)
	N: 22.06.1928 — **Johannes Knaack** (SPD)	
01.02.1929	**Johannes Knaack** (SPD)	**Heinrich Geick sen.** (KPD)
06.12.1929	**George Winkler** (Bürgerl.)	**Richard Habedank** (Bürgerl.)
27.01.1931	**George Winkler** (Bürgerl.)	**Richard Habedank** (Bürgerl.)
18.03.1932	**George Winkler** (Bürgerl.)	**Richard Habedank** (Bürgerl.)
24.03.1933	**Hermann Schlüter** (»Nationaler Aufbau«)	**Adolf Kamm** (»Nationaler Aufbau«)

Bearbeitet nach den Protokollen des »Stadtverordneten-Kollegiums«.

Pinneberger Magistratsmitglieder 1919 bis 1933

Dem Magistrat gehörten der Bürgermeister, ein Stadtrat mit dem Titel »Beigeordneter« als stellvertretender Bürgermeister sowie 1919 drei, 1924 vier und ab 1928 fünf weitere Stadträte an.

Franz Heinsohn (Bürgerl.) war bis zum 31. Januar 1923 Bürgermeister. Am 19. August 1923 wurde **Wilhelm Burmeister** (SPD) zu seinem Nachfolger gewählt und am 1. November 1923 in das Amt eingeführt. Seit dem 27. Mai 1933 war er beurlaubt. Bald darauf wurde er in den Ruhestand versetzt.

Bis Oktober 1919 war ein mit Bürgerlichen besetzter Magistrat aus vorrepublikanischer Zeit im Amt. Ihm gehörten als Beigeordneter **von Baselli** und als Stadträte **Leppien, Magin** und **Nemnich** an.

Die Beigeordneten und Stadträte sind mit dem Datum der Amtseinführung (»A«) genannt. Nachfolger von ausgeschiedenen oder verstorbenen Magistratsmitgliedern sind mit »N« gekennzeichnet.

Magistratswahl am 5. Oktober 1919

Beigeordneter: **Ernst Fliegner** (SPD) — A: 27. November 1919

Stadträte: **Johannes von der Heide** (SPD) — A: 30. Oktober 1919
Johannes Knaack (SPD) — A: 30. Oktober 1919
Eugen Nemnich (Bürgerl.) — A: 30. Oktober 1919

Magistratswahl am 6. Juli 1924

Beigeordneter: **Friedrich Strupp** (Bürgerl.) — A: 22. August 1924
Stadträte: **Anton Binné** (Bürgerl.) — A: 25. Juli 1924
Heinrich Bollendonk (Bürgerl.) — A: 25. Juli 1924
N: **Karl Sörensen** (Bürgerl.) — A: 30. März 1927
Ludwig Duncker (Bürgerl.) — A: 25. Juli 1924
Johannes von der Heide (SPD) — A: 25. Juli 1924

Magistratswahl am 21. Mai 1928

Beigeordneter: **Ernst Fliegner** (SPD) — A: 22. Juni 1928
N: **Ludwig Duncker** (Bürgerl.) — A: 16. August 1929
Stadträte: **Ludwig Duncker** (Bürgerl.) — A: 21. Mai 1928
N: **August Röhmeier** (Bürgerl.) — A: 16. August 1929
Johannes von der Heide (SPD) — A: 21. Mai 1928
Richard Köhn (SPD) — A: 21. Mai 1928
Karl Sörensen (Bürgerl.) — A: 21. Mai 1928
Wilhelm Stehr (KPD) — A: 21. Mai 1928

Magistratswahl am 6. Dezember 1929

Beigeordneter: **Ludwig Duncker** (Bürgerl.) — A: 24. Januar 1930
N: **Friedrich Strupp** (Bürgerl.) — A: 24. Juni 1931
Stadträte: **Johannes von der Heide** (SPD) — A: 27. Dezember 1929
Richard Köhn (SPD) — A: 27. Dezember 1929
August Röhmeier (Bürgerl.) — A: 27. Dezember 1929
Karl Sörensen (Bürgerl.) — A: 27. Dezember 1929
Friedrich Strupp (Bürgerl.) — A: 27. Dezember 1929
N: **Christian Plum** (Bürgerl.) — A: 7. August 1931

Magistratswahl am 24. März 1933[1]

Beigeordneter: **Franz Viktor von Baselli** (»Nationaler Aufbau«) — A: nach dem 24. Mai 1933
Stadträte: **Paul Cloos** (»Nationaler Aufbau«) — A: 24. März 1933
Johannes von der Heide (SPD) — A: 24. März 1933
Heinrich Kobarg (»Nationaler Aufbau«) — A: 24. März 1933
Karl Lüders (»Nationaler Aufbau«) — A: 24. März 1933
Friedrich Thomas (»Nationaler Aufbau«) — A: 24. März 1933

[1] Dieser Magistrat wurde bereits wenige Tage nach der Kommunalwahl vom 12. März 1933 ernannt und war bis zum 24. März 1933 kommissarisch im Amt.

Bearbeitet nach den Protokollen der »Städtischen Kollegien« und des »Stadtverordneten-Kollegiums« und Berichterstattung im Pinneberger Tageblatt.

Quellen

Mündliche und schriftliche Mitteilungen, Dokumente und Fotos von Privat:

Victor **Andersen**, Prisdorf; Dieter **Beig**, Pinneberg; Dieter **Borchardt**, Hamburg; Walter **Borchert**, Pinneberg; Gertrud **Boschen**, Pinneberg; Heinz **Boschen**, Reinbek; Rolf **Boschen**, Pinneberg; Fritz **Bringmann**, Aukrug; Marie **Clasing** †, Tornesch; Christian **Dethleffsen**, Pinneberg; Erna **Dieckmann**, Pinneberg; Herbert **Diercks**, Hamburg; Heinrich **Geick**, Pinneberg; Adolf **von der Heide**, Pinneberg; Helga **Hoche** †, Pinneberg; Uwe **Klußmann**, Pinneberg; Detlef **Korte**, Kiel; Elfriede **Küchler**, Pinneberg; Hedwig **Link**, Pinneberg; Helene **Luck**, Pinneberg; Günther **Mayer**, Norderstedt; Reimer **Möller**, Glückstadt; Frieda und Kurt **Neurath**, Pinneberg; Karl **Niss**, Pinneberg; Werner **Oesterreich**, Hamburg; Dr. Mannfred **Peters**, Pinneberg; Knud **Rosdahl**, Værløse (Dänemark); Poul **Rosdahl**, Frederiksværk (Dänemark); Erna **Sahr**, Pinneberg; Martha **Schlüter** †, Pinneberg; Klaus **Schmitt**, West-Berlin; Karl-Heinz **Schnitker**, Gengenbach; Manfred **Schöncke**, Uetersen; Minna **Sellmann**, Pinneberg; Hans-Peter **Stahl**, Elmshorn; Artur **Stehr**, Pinneberg; Prof. Lawrence D. **Stokes**, Halifax (Kanada); Emil **Umbach**, Appen; Manfred **von Wieding**, Tornesch.

Auskünfte, Dokumente und Fotos von Behörden, Institutionen und Verbänden:

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Kreis Pinneberg, Pinneberg; **Bundesarchiv — Militärarchiv**, Freiburg i.Br.; **Der Sozialminister des Landes Schleswig-Holstein, Amt für Wohlfahrt und Sozialhilfe — Wiedergutmachung**, Kiel; **Deutsche Dienststelle (WASt)**, West-Berlin; **Deutsche Kommunistische Partei, Ortsgruppe Pinneberg; Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg**, Hamburg; **Internationaler Suchdienst**, Arolsen; **Justizvollzugsanstalt Neumünster; Katasteramt Pinneberg**, Pinneberg; **Krankenbuchlager Berlin**, West-Berlin; **Kreisarchiv Pinneberg**, Pinneberg; **Kreishandwerkerschaft Pinneberg**, Pinneberg; **KZ-Gedenkstätte Neuengamme**, Hamburg; **Museet for Danmarks Frihedskamp 1940-1945**, Kopenhagen; **Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Pinneberg; Staatsanwaltschaft bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht**, Hamburg; **Staatsarchiv Hamburg; Staatsarchiv Schwerin; Stadt Kiel:** Einwohnermeldeamt, Stadtarchiv; **Stadt Krefeld:** Amt für öffentliche Ordnung, Standesamt Krefeld-Mitte, Stadtarchiv; **Stadt Pinneberg:** Einwohnermeldeamt, Garten- und Friedhofsverwaltung, Magistrat, Stadtbildstelle; **Stadt Zürich:** Baugeschichtliches Archiv, Stadtarchiv; **Standesamt Neumünster; VVN/Bund der Antifaschisten, Landesvereinigung Hamburg; Zentralbibliothek der Bundeswehr**, Düsseldorf.

Akteneinsicht:

A. Beig Druckerei & Verlag, Pinneberg; **Amtsgericht Pinneberg; Der Sozialminister des Landes Schleswig-Holstein, Amt für Wohlfahrt und Sozialhilfe — Wiedergutmachung**, Kiel; **Gedenkstätte Ernst Thälmann**, Hamburg; **Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg**, Hamburg; **Kreisarchiv Pinneberg**, Pinneberg; **Stadt Pinneberg, Hauptamt.**

Zeitungen und Handbücher:

Pinneberger Tageblatt: Ausgewählte Zeiträume ab 1914.
Pinneberger Zeitung: 1980 bis 1988.

Hand- und Adreßbuch des Kreises Pinneberg. Hg: Schiller-Tietz. Blankenese 1903.
Adreßbuch des Kreises Pinneberg. Elmshorn 1926.
Adreßbuch von Pinneberg und Umgegend. Pinneberg 1935.
Adreßbuch von Pinneberg und Umgegend. Pinneberg 1956.

Handbuch für die Provinz Schleswig-Holstein. Kiel 1925, 1927, 1929 und 1936.

Literatur

(AG Neuengamme = Arbeitsgemeinschaft Neuengamme für die Bundesrepublik e.V. — DG = Demokratische Geschichte. — JBPbg = Jahrbuch für den Kreis Pinneberg. — VVN = Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten.)

1863-1976. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sozialdemokraten in Deutschland. Hg: Vorstand der SPD. 2., durchges. u. erw. Aufl. Bonn 1976.

1888-1988. 100 Jahre Sport in Pinneberg. Eine Vereins-Chronik. Hg: VfL Pinneberg e.V. Pinneberg 1988.

Als es noch ein Abenteuer war, Sozialdemokrat zu sein. In: Rosenblätter — Zeitung der SPD für die Stadt Pinneberg. Nr. 2. Juni 1984.

Altmann, Peter; Brüdigam, Heinz; Mausbach-Bromberger, Barbara; Oppenheimer, Max: Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933-1945 in Bildern und Dokumenten. 2., verb. Aufl. Frankfurt/M. 1978.

Alt-Pinneberg. 2., verb. Aufl. Pinneberg 1984.

Bästlein, Klaus (Hg): Das KZ Husum-Schwesing. Außenkommando des Konzentrationslagers Neuengamme. Materialien zu einem dunklen Kapitel nordfriesischer Geschichte. Bredstedt 1983.

Bästlein, Klaus: Das »Reichskommissariat Ostland« unter schleswig-holsteinischer Verwaltung und die Vernichtung der europäischen Juden. In: 50 Jahre nach den Judenpogromen. Reden zum 9./10. November 1988 in Schleswig-Holstein. Hg: Beirat für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein und Pressestelle der Landesregierung Schleswig-Holstein. Kiel 1989. S. 65-85.

Bauche, Ulrich; Brüdigam, Heinz; Eiber, Ludwig; Wiedey, Wolfgang (Hg): Arbeit und Vernichtung. Das Konzentrationslager Neuengamme 1938-1945. Katalog zur ständigen Ausstellung im Dokumentenhaus der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Hamburg 1986.

Die Bedeutung von Zeitzeugenberichten für die Erforschung und die Vermittlung der Geschichte der Konzentrationslager. Dokumentation und Protokoll der Tagung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme am 24./ 25.11.1989. Hg: KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Zusammengestellt v. Herbert Diercks. Hamburg 1990.

Begraben und Vergessen? Auf Spurensuche im Kreis Pinneberg. Hg: VVN Kreis Pinneberg. Wedel 1986.

Beiträge zur Elmshorner Geschichte. Hg: Stadt Elmshorn. Bd. 1. Elmshorn 1987. Bd. 2. Elmshorn 1988. Bd. 3. Elmshorn 1989.

Betr.: Heimatkunde. Faschismus und Widerstand. Unbewältigte Vergangenheit und antifaschistische Traditionen in Hamburg. Kommentiertes Literaturverzeichnis von Ursel Hochmuth und Dierk Joachim. Hg: VVN Hamburg. Hamburg 1980.

Billstein, Aurel: Fremdarbeiter in unserer Stadt 1939-1945. Kriegsgefangene und deportierte »fremdvölkische Arbeitskräfte« am Beispiel Krefelds. Frankfurt/M. 1980.

Bringmann, Fritz: »Arbeitserziehungslager Nordmark«. Berichte, Erlebnisse, Dokumente. Hg: VVN Schleswig-Holstein. Kiel o.J. (1983).

Bringmann, Fritz: Kindermord am Bullenhuserdamm. SS-Verbrechen in Hamburg 1945: Menschenversuche an Kindern. Hg: AG Neuengamme. Frankfurt/M. 1978.

Bringmann, Fritz: KZ Neuengamme. Berichte, Erinnerungen, Dokumente. Hg: AG Neuengamme. Frankfurt/M. 1981.

Bringmann, Fritz; Diercks, Herbert: Die Freiheit lebt! Antifaschistischer Widerstand und Naziterror in Elmshorn und Umgebung. 702 Jahre Haft für Antifaschisten. Hg: VVN Schleswig-Holstein. Frankfurt/M. 1983.

Bringmann, Fritz; Roder, Hartmut: Neuengamme. Verdrängt — vergessen — bewältigt? Die »zweite« Geschichte des Konzentrationslagers Neuengamme 1945 bis 1985. Hg: KZ-Gedenkstätte Neuengamme und AG Neuengamme. Hamburg 1987.

Brüdigam, Heinz: Faschismus an der Macht. Berichte, Bilder, Dokumente über das Jahr 1933. 50 Jahre danach. Frankfurt/M. 1982.

Buchbender, Ortwin; Sterz, Reinhold (Hg): Das andere Gesicht des Krieges. Deutsche Feldpostbriefe 1939-1945. 2., durchges. Aufl. München 1983.

Chronik der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Kreis Pinneberg. 1881-1971. (Hg: AOK für den Kreis Pinneberg). O.O. o.J. (Pinneberg 1971).

Datum/Waldenau in Vergangenheit und Gegenwart. Eine Chronik vom Ortsteil Pinneberg-Waldenau. Hg: Waldenauer-Datumer Heimatkundeverein e.V. Pinneberg-Waldenau 1985.

Demokratische Geschichte. Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein. Hg: Beirat für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein. Kiel 1986 ff.

Deutschland im 2. Weltkrieg. Bd. 6. Köln 1985.

Diederichs, Urs J.; Wiebe, Hans-Hermann (Hg): Schleswig-Holstein unter dem Hakenkreuz. Bad Segeberg o.J. (1985).

Diercks, Herbert: Antifaschistischer Widerstand in den Kreisen Pinneberg und Steinburg. In: JBPbg 1984. Pinneberg 1983. S. 27-31.

30. Januar 1933 in Pinneberg. In: Rosenblätter — Zeitung der SPD für die Stadt Pinneberg. Nr. 1. Februar 1983.

Ehlers, Wilhelm: Die Geschichte der Stadt Pinneberg. Von der ersten urkundlichen Erwähnung bis zur Gegenwart. Pinneberg 1925.

Eiber, Ludwig: Konzentrationslager Neuengamme 1938-1945. Hamburg-Porträt. Heft 16. Überarb. Neuaufl. Hamburg 1990.

Eiber, Ludwig (Hg): Verfolgung — Ausbeutung — Vernichtung. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge in deutschen Konzentrationslagern 1933-1945. Hannover 1985.

Eisert-Hilbert, Claudia: Denkmäler für Soldaten und andere Kriegsopfer seit dem Ersten Weltkrieg im Kreis Pinneberg. Ein Beitrag zur regionalen Geschichte politischer Kultur. 2 Bände. Unveröffentlichte Examensarbeit Universität Hamburg 1987.

Ernst, Christoph; Jensen, Ulrike (Hg): Als letztes starb die Hoffnung. Berichte von Überlebenden aus dem KZ Neuengamme. Hamburg 1989.

Faschismus und Widerstand 1933-1945. Ein Verzeichnis deutschsprachiger Literatur. Bearbeitet von Ursel Hochmuth. Frankfurt/M. 1973.

Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. 2. Aufl. d. Taschenbuchausgabe. Königstein/Ts. 1979.

von Freyberg, Jutta u.a.: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Von 1863 bis zur Gegenwart. 3., überarb. u. erw. Aufl. Köln 1989.

Fülberth, Georg: Die Beziehungen zwischen SPD und KPD in der Kommunalpolitik der Weimarer Periode 1918/19 bis 1933. Köln 1985.

75 Jahre Ortsverein Pinneberg. Industriegewerkschaft Druck und Papier 1907-1982. Pinneberg o.J. (1982).

75 Jahre Stadt Pinneberg. Pinneberger Tageblatt. Jubiläumsausgabe. Juni/Juli 1950.

Gedenkbuch »Kola-Fu«. Für die Opfer aus dem Konzentrationslager, Gestapogefängnis und KZ-Außenlager Fuhlsbüttel. Erstellt v. Herbert Diercks. Hg: KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Hamburg 1987.

Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Eine Dokumentation. Hg: Landesinstitut Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schule. Kronshagen 1988. (Sonderdruck aus: Puvogel.)

Geschichte des Großherzoglich Mecklenburgischen Grenadier-Regiments Nr. 89. Schwerin i.M. 1932.

Geschichte zum Anfassen. Erlebnisse und Anekdoten des Roten Großvaters Carl Wüsthoff. Hg: Literatur-Werkstatt Hamburg u. Grafik-Werkstatt Hildesheim. Frankfurt/M. 1980. (Werkkreis Literatur der Arbeitswelt).

Goguel, Rudi: »Cap Arcona«. Report über den Untergang der Häftlingsflotte in der Lübekker Bucht am 3. Mai 1945. Frankfurt/M. 1972.

Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick. 6. Aufl. München 1975.

Gross, Babette: Willi Münzenberg. Eine politi-

sche Biographie. Stuttgart 1967.

Großherzoglich Mecklenburg. Grenadier-Regiment Nr. 89. Erinnerungsblätter deutscher Regimenter. Infanterie-Heft 13. Oldenburg i.O./Berlin 1922.

Groth, Michaela; Prien, Maria; Sukola, Angela: Der Aufbau einer kommunalen Selbstverwaltung nach dem 2. Weltkrieg im Kreis Pinneberg und die Zusammenarbeit des Kreistages mit der britischen Militärregierung im Spiegel der Kreistagsprotokolle des Jahres 1946. Pinneberg 1985. (Preisgekrönte Arbeit im Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten).

Hammer, Walter: Hohes Haus in Henkers Hand. Rückschau auf die Hitlerzeit, auf Leidensweg und Opfergang deutscher Parlamentarier. Frankfurt/M. 1956.

Hebel-Kunze, Bärbel: SPD und Faschismus. Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1932-1935. Frankfurt/M. 1977.

Hedinger, Bärbel u.a.: Ein Kriegsdenkmal in Hamburg. Hamburg 1979.

Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung. Hg: Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933-1945 und Präsidium der VVN. Bd. 1: Hessen. Köln 1984. Bd. 2: Niedersachsen I. Regierungsbezirke Braunschweig und Lüneburg. Köln 1985. Bd. 3: Niedersachsen II. Regierungsbezirke Hannover und Weser-Ems. Köln 1986. Bd. 4: Saarland. Hg: Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933-1945, Bundesvorstand und Landesvorstand Saar der VVN. Köln 1990.

Heins, Helmut u.a.: Bruno Tesch und Gefährten — Erinnerungen an den Altonaer Blutsonntag. Hg: VVN. Hamburg 1983.

Hempel-Küter, Christa; Krause, Eckart: Hamburg und das Erbe des »Dritten Reiches«. Versuch einer Bestandsaufnahme. Hg: Behörde für Wissenschaft und Forschung in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Pressestelle. Hamburg 1989.

Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter — Zwangsarbeiter — Gastarbeiter. West-Berlin/Bonn 1986.

Hoch, Gerhard: Bilsen 1940-1945. Ein Dorf und seine Zwangsarbeiter. In: JBPbg 1989. Pinneberg 1988. S. 87-102.

Hoch, Gerhard: Hauptort der Verbannung. Das KZ-Außenkommando Kaltenkirchen. Zwölf wiedergefundene Jahre — Kaltenkirchen 1933 bis 1945. Bad Segeberg 1979.

Hoch, Gerhard: Das Scheitern der Demokratie im ländlichen Raum. Das Beispiel der Region Kaltenkirchen/Henstedt-Ulzburg 1870-1933. Kiel 1988.

Hoch, Gerhard: Zwölf wiedergefundene Jahre. Kaltenkirchen unter dem Hakenkreuz. Bad Bramstedt o.J. (1981).

Hoch, Gerhard; Schwarz, Rolf (Hg): Verschleppt zur Sklavenarbeit. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein. 2., erw. Aufl. Alveslohe/Rendsburg 1988.

Hörster-Philipps, Ulrike: Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschismus 1918-1945. Dokumente. Köln 1978.

Hoffmann, Erich; Wulf, Peter (Hg): »Wir bauen das Reich«. Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Neumünster 1983.

100 Jahre AOK Pinneberg. Fortsetzung aus Folge 5. In: AOK-Magazin, Ausgabe Pinneberg. Nr. 6. November/Dezember 1984.

100 Jahre Pinneberger Tageblatt. Pinneberger Tageblatt. Sonderausgabe. 5. Juli 1958.

100 Jahre Stadt Pinneberg. Pinneberger Tageblatt. Sonderausgabe. 27. August 1975.

100 Jahre Stadt Pinneberg. Pinneberger Zeitung. Sonderbeilage. 29. August 1975.

120 Jahre SPD-Ortsverein Elmshorn. Eine Chronik. Elmshorn 1983.

125 Jahre Pinneberger Tageblatt. Sonderausgabe. 10. September 1983.

Huonker, Gustav: Literaturszene Zürich. Menschen, Geschichten und Bilder 1914 bis 1945. Zürich 1985.

Infanterie-Regiment Graf Bose (1. Thüringisches) Nr. 31 im Weltkriege 1914-1918. Erinnerungsblätter deutscher Regimenter. Bd. 190. Oldenburg i.O./Berlin 1926.

Info. Hg: Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Kiel 1983 ff.

Jahrbuch für den Kreis Pinneberg. Hg: Heimatverband für den Kreis Pinneberg. Pinneberg 1966 ff.

Johe, Werner: Neuengamme. Zur Geschichte der Konzentrationslager in Hamburg. Hamburg 1981.

Kadach, Hildegard; Schlichting, Dieter: »Ihre Handlung bleibt uns Verpflichtung« — Drei Nazigegner aus Pinneberg. In: JBPbg 1986. Pinneberg 1985. S. 155-162.

Kaienburg-Zimdahl, Hermann: Die wirtschaftlichen Bestrebungen der SS und ihre Auswirkungen auf die Existenzbedingungen der KZ-Häftlinge in Neuengamme. 2 Bände. Dissertation Universität Hamburg 1989.

Kirschninck, Harald: Die Juden in Elmshorn während des Dritten Reiches. In: JBPbg 1984. Pinneberg 1983. S. 33-49.

Knäuper, Margot; Korte, Detlef: Bibliographie zum Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (Berichtszeitraum 1945-1985). Kiel 1987.

Das Königlich Preußische Straßburger Feldartillerie-Regiment Nr. 84 1912-1918. Erinnerungsblätter deutscher Regimenter. Bd. 361. Oldenburg i.O. 1934.

Korte, Detlef: »Aktion Gewitter« in Schleswig-Holstein. In: DG. Bd. 3. Kiel 1988. S. 521-526.

Korte, Detlef; Schwarz, Rolf: Die Bernadotte-Aktion. Eine Fotodokumentation. In: DG. Bd. 2. Kiel 1987. S. 263-283.

Krohn, Claus-Dieter (Hg): Walter Damm. Arbeiter, Landrat und Flüchtlingsminister in Schleswig-Holstein. Bonn 1978.

Kühnl, Reinhard: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. Köln 1975.

Kunkelmoor, Fritz Arnold: Rotes Herz im grauen Ort. 100 Jahre Sozialdemokratie in Lägerdorf. Eine chronologische Dokumentation 1885-1985. Hg: SPD-Ortsverein Lägerdorf. Bad Bramstedt 1985.

KZ Neuengamme und Außenlager. Protokoll der Arbeitstagung vom 18./19.2.1984. Hg: AG Neuengamme. Zusammengestellt v. Herbert Diercks und Beate Meyer. Hamburg 1984. Protokoll der 2. Arbeitstagung 27./28.9.1986. Hg: AG Neuengamme und KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Redaktion: Ulf Engel. Hamburg 1987. 3. Arbeitstagung 24./25.10.1987. Hg: AG Neuengamme und KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Bericht: Klaus Frahm. Hamburg 1988.

KZ Wedel. Das vergessene Lager. Hg: Christus-Kirchengemeinde Schulau. Wedel 1983.

Lange, Wilhelm: Cap Arcona. Dokumentation. Das tragische Ende einiger Konzentrationslager-Evakuierungstransporte im Raum der Stadt Neustadt in Holstein am 3. Mai 1945. Eutin 1988.

Leppien, Jörn-Peter: »Das waren keine Menschen mehr...« Aus der Chronik der Kirchengemeinde — Pastor Johannes Meyer über das Konzentrationslager Ladelund 1944. Eine quellenkritische Studie. Flensburg 1983. (Sonderdruck aus: Grenzfriedenshefte Nr. 3/1983)

Loose, Hans-Dieter: Veröffentlichungen zur Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein 50 Jahre nach der »Machtergreifung«. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. Bd. 110. Neumünster 1985. S. 340-368.

Lorenzen-Schmidt, Klaus-J. (Hg): Bei uns ... 1933-1945 ... Eine Broschüre zur gleichnamigen Ausstellung. Engelbrechtsche Wildnis 1983.

Möller, Hans-Kai: Die Zigarrenmacher in Altona-Ottensen. Zur Wiederentdeckung einer fast vergessenen Berufsgruppe. In: DG. Bd. 1. Kiel 1986. S. 11-28.

Möller, Reimer: Widerstand und Verfolgung in einer agrarisch-kleinstädtischen Region: SPD, KPD und »Bibelforscher« im Kreis Steinburg 1933-1945. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. Bd. 114. Neumünster 1989. S. 125-228.

Das Neue Testament in Luthers Übersetzung nach dem Grundtexte berichtigt und verbessert von Dr. Bernhard Weiß. Leipzig 1909.

Osterroth, Franz: 100 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein. Ein geschichtlicher Überblick. Hg: Landesverband Schleswig-Holstein der SPD. Kiel o.J. (1963).

Pape, Günter: Pinneberg. Ein heimatgeschicht-

licher Abriß. Pinneberg 1975.
Peters, Mannfred: Bücher über die Zeit von 1933-1945 im Kreis Pinneberg und Schleswig-Holstein. In: JBPbg 1984. Pinneberg 1983. S. 63-65.
Peters, Mannfred: Drei Opfer des Nationalsozialismus aus Pinneberg. In: JBPbg 1984. Pinneberg 1983. S. 57-61.
Pingel, Falk: Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager. Hamburg 1978.
Puvogel, Ulrike: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bd. 245. Bonn 1987.
Richter, Walter: Erinnerungen. 25 Jahre Kommunalpolitik. Pinneberg 1970.
Rietzler, Rudolf: »Kampf in der Nordmark«. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919-1928). Neumünster 1982.
Der rote Großvater erzählt. Berichte und Erzählungen von Veteranen der Arbeiterbewegung aus der Zeit von 1914 bis 1945. Hg: Werkstatt Düsseldorf des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt. Frankfurt/M. 1974.
Schalk, Herbert; Tinnefeld, Rolf: Die Geschichte der AOK Pinneberg. In: JBPbg 1973. Pinneberg 1972. S. 83-100.
Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten. Katalog der preisgekrönten Arbeiten. Hg: Körber-Stiftung. Bd. 4: Wettbewerb 1980/81. Alltag im Nationalsozialismus. Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Zweiten Weltkrieg. Hamburg 1983. Bd. 5: Wettbewerb 1982/83. Alltag im Nationalsozialismus. Die Kriegsjahre in Deutschland. Hamburg 1985. Bd. 6: Wettbewerb 1984/85. Vom Zusammenbruch zum Wiederaufbau. Alltag im Nachkriegsdeutschland. Hamburg 1987.
Schwarberg, Günther: Angriffsziel Cap Arcona. Hamburg 1983.
Schwarberg, Günther: Der SS-Arzt und die Kinder. Bericht über den Mord vom Bullenhuser Damm. Hamburg 1979.
Schwarz, Rolf: Ausgrenzung und Vernichtung kranker und schwacher Schleswig-Holsteiner. Fragen zu einem unbearbeiteten Problem der Geschichte unseres Landes 1939-1945. In: DG. Bd. 1. Kiel 1986. S. 317-337.
1782/1932. Zur Erinnerung an die Gründung des ehem. Großh. Mecklb. Gren.-Regts. Nr. 89 am 3. April 1782. O.O. o.J.
Straub, Maria Elisabeth: Ortsveränderung. Pinneberg oder Wenn Wettbewerbsfähigkeit zur Natur wird. In: Merian. Heft 12/1985. S. 84-88. (Neuaufl. 1987. S. 74-76).
Tank, Hartmut: Kurz gefaßt: Der Landkreis Pinneberg. Kiel 1983.
Von Asbach bis Lemke. Eine Dokumentation über Wirken und Einfluß von Alt-Nazis im öffentlichen Dienst Schleswig-Holsteins 1949-1976. Hg: VVN Schleswig-Holstein. Kiel 1976.
Weber, Hermann: »Weiße Flecken« in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung. 2., überarb. u. erw. Aufl. Frankfurt/M. 1990.
Wiesel, Elie: »Wenn wir vergessen, sind wir mitschuldig und Mittäter«. In: Frankfurter Rundschau. 3. Januar 1987. S. 10.
Zahnmedizin im Faschismus. Sondernummer »der artikulator«. Hg: Vereinigung demokratische Zahnmedizin e.V. Frankfurt/M. April 1983.

Abkürzungen

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
BBC	British Broadcasting Corporation
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
FDP	Freie Demokratische Partei
GAL	Grün-Alternative Liste
Gestapo	Geheime Staatspolizei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Kripo	Kriminalpolizei
KZ	Konzentrationslager
nat.soz.; Nat.Soz.	nationalsozialistisch; Nationalsozialist
NS	nationalsozialistisch; Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
PT	Pinneberger Tageblatt
RM	Reichsmark
SA	Sturm-Abteilung der NSDAP
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutz-Staffel der NSDAP
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

Nachweis der Zitate aus Publikationen

Seite	aus (Kurztitel):
5 l.o.	Wiesel
10-13	Geschichte zum Anfassen, S. 116-118
22 r.o.	Bringmann/Diercks: Die Freiheit lebt!, S. 24
29 l.	Möller: Zigarrenmacher, S. 12
30 l.o.	Grebing, S. 73
30 l.m.	Grebing, S. 74
30 l.u.	Grebing, S. 75
37 l.	Zahnmedizin im Faschismus, S. 2
53 u. (Text zur Abbildung)	KZ Wedel, S. 58
55/56 (Darstellung der Lagerorganisation des KZ Neuengamme)	Bauche, S. 157
56 u.	Das Neue Testament
79 l.o.	Billstein, S. 62
79 l.u.	Hoch/Schwarz: Verschleppt zur Sklavenarbeit, S. 109
79 r.u. (Liste Pinneberger Firmen)	Hoch/Schwarz: Verschleppt zur Sklavenarbeit, S. 179
81 l.o.	Deutschland im 2. Weltkrieg, S. 261
89 (Darstellung der Evakuierung des KZ Neuengamme)	Bauche, S. 232
90/91	Bauche, S. 244

Abbildungsnachweis

Dieter Beig **36 u., 45, 53 o.**
Dieter Borchardt/Manfred Schöncke (DKP Pinneberg) **18 u., 19**
Gertrud Boschen **36l., 46l.**
Heinz Boschen/Rolf Boschen **50, 55, 57**
Rolf Boschen **29, 32u., 33u., 39, 41l., 43, 46r.**
Herbert Diercks **16, 25r., 27, 53u.**
Heinrich Geick **7, 11, 17o., 18l., 28u.**
Adolf von der Heide **41r.**
Helga Hoche **8o., 8u., 20, 21l., 21r., 28r., 95u.**
Reimer Möller **48/49**
Karl Niss **15r.**
Poul Rosdahl **87, 92u.**
Erna Sahr **94o., 94u.**
Klaus Schmitt **61u., 62, 63, 65l., 65r.o., 68l., 68r., 71, 72, 73o., 73u., 74o., 74u., 75r.o., 75l., 80, 81o., 83, 84, 85/86, 89, 98l.**
A. Beig Druckerei & Verlag **10o., 15l., 17u., 18r., 23l., 23r., 25l., 26, 28l., 33o., 35l., 35r., 36r., 37o., 37u., 38, 40o., 41o., 56, 69l.o., 69r., 70r.o., 75r.m., 79, 98r. (1., 2. und 3. von oben)**
Allgemeine Ortskrankenkasse für den Kreis Pinneberg **51l.**
KZ-Gedenkstätte Neuengamme **52o., 52u., 88o., 88u., 90, 91o., 91u.**
Staatsarchiv Hamburg **59/60**
Stadt Kiel, Stadtarchiv **51r.**
Stadt Pinneberg, Magistrat **9, 10u., 12, 13, 14o., 14u., 24, 34, 40m., 69l.u., 70l., 70r.u., 95o., 96, 97, 98r. (2. von unten)**
Stadt Pinneberg, Stadtbildstelle **32o., 40u., 47, 93**
Stadt Zürich, Baugeschichtliches Archiv **64o., 64u., 65 r.u.**
Stadt Zürich, Stadtarchiv **66, 67**
VVN/Bund der Antifaschisten Hamburg **22, 44**
VVN/Bund der Antifaschisten Pinneberg **42, 76, 81u., 92o., 98r.u., 100, 102ff.**

Aus Publikationen (Kurztitel):

1863-1976, S. 18 **31**
1782/1932 (v. Staatsarchiv Schwerin), S. 35 **61 o.**
Billstein, S. 128 **77**
Billstein, S. 130 **78**
Buchbender, S. 179 **54**
Eiber, S. 5 **82**

Register

Erfaßt sind die Vorbemerkung, die Berichte über Heinrich Geick, Heinrich Boschen und Wilhelm Schmitt, die Beiträge zur Geschichte des VVN-Denkmals und über die Recherchen sowie die Abbildungsunterschriften.

Personenregister

»Adde« **71**
Andersen, Peter **83**
Andersen, Victor **25**
Asmus (Familie) **73, 83**
Bauch, H. **65**
Bebel, August **13**
Bernadotte, Graf Folke **89**
Bertram (Heinrich) **90**
Bismarck (Otto von) **30**
Bloch, Ernst **64**
Bobka, Emilie (= E. Boschen) **30**
Bobka, Joseph **30**
Borchert, Walter (= Walter) **28**
Born, Stephan **29**
Boschen (Familie) **32, 40**
Boschen, Dorothee (geb. Feldhusen) **29**
Boschen, Emilie (= E. Bobka) **32, 33, 36, 41, 43, 51, 55, 56, 82, 88**
Boschen, Friedrich **29**
Boschen, Heinrich sen. **5, 6, 29ff., 70, 81, 93, 97ff.**
Boschen, Heinrich jun. **30, 36, 41, 43, 46**
Brunke, Heinz **95**
Brupbacher, Fritz **65**
Bucharin, Nikolai **64**
Buchner, Emil **26**
Burmester, Herbert **21**
Clasing, Marie **47**
Coors (Karl) **95, 96**
Diercks, Herbert **6**
Dworsky, Agnes **95**
Eggerstedt, Hans **33**
Engels (Friedrich) **29**
Falkenstein (Familie) **83**
Finnern (Familie) **83**
Fliegner, Ernst **35**
Fölster (Heinrich) **15, 56**
Frank, Ottilie **10**
Gärtler (Familie) **83**
Gaick, Catharina Elisabeth (geb. Kuhlmann) **7**
Gaick, Heinrich (= H. Geick sen.) **7**
Gaick, Johann **7**
Geick (Familie) **7, 8, 9, 15, 16, 18, 20, 24, 26**
Geick, Alma (= A. Reim) **7, 8**
Geick, Elfriede **28**
Geick, Elsa **7, 8, 11, 20**
Geick, Heinrich sen. (= H. Gaick) **5ff., 70, 93, 97ff.**
Geick, Heinrich jun. **7, 8, 11, 20, 21, 24, 25, 27**
Geick, Heinrich (Enkel von H. Geick sen.) **28**
Geick, Helmut **28**
Geick, Hermann **7, 8, 11, 20, 21, 27**
Geick, Irmgard **28**
Geick, Klara **95**
Geick, Magda **28**
Geick, Martha **10, 11, 20, 21, 23**
Geick, Olga (= O. Peters) **7, 8, 10, 11, 16, 17, 18, 24, 26, 27, 28, 47, 50, 95**
Geick, Richard **7, 8 11, 95**
Geick, Willy **7, 8**
Gerlach, Kurt **21**
Gidall, Martha **10**
Glissmann, Henry **96**
Goebbels (Joseph) **95**
Göring (Hermann) **37**
Gottschalk **21**
Grudzinski, Janina **5**
Habedank, Richard **24**
von der Heide, Ernst **37, 41**
von der Heide, Hermann **6, 41**
Heitgres, Franz **94**
Hellberg, J. **9**
Helm, Emilie **10, 27, 47, 50**
Himmler, Heinrich **79, 89**
Hindenburg (Paul von) **22**
Hitler (Adolf) **5, 22, 25, 34, 46, 75, 89, 96**
Hoche, Erna **28**
Hoche, Helga **26, 28**
Hoche, Max **6, 20, 22, 23**
Hoelz, Max **13**
Ingus, Cornel **5**
Ipsen, Anna **10, 27, 47, 50, 51**
Jessen **87**
Klabund **64**
Knaack, Johannes **9, 14**
Kobarg, Heinrich **21**
Köhn, Richard **14, 35, 37, 47, 51, 81, 83, 94**
Korth **40**

Kraus, Karl **64**
Krömer, Alfred **47, 51, 54, 80, 81, 82**
Krupp (Alfred) **29**
Kunstmann, Emil **70**
Lassalle (Ferdinand) **29**
Legband **40**
Lempfert, Heinrich **47, 50, 56, 81**
Lenin, Wladimir Iljitsch **64**
Liebknecht, Karl **13**
Liesel (= L. Weissmann) **71**
Lincke, Max **63**
Lohmann, Peter **14, 47, 56, 68, 81**
Luck, Fiete **95**
Luck, Lene (Helene) **95**
Luxemburg, Rosa **13**
Machnew, A.N. **90**
Marx (Karl) **29**
Mayer, Günther **6**
Müller, Heinrich **46, 81**
Münzenberg, Willi **64**
Mumm, Johann **37**
Muraschow, Anatol **5**
Naue, Liesbeth (geb. Peters) **11, 27**
Nehse (Familie) **83**
Oesterreich, Erich **43, 44, 45**
Oesterreich, Karl **45**
Panzer, Anna **5**
Papen (Franz von) **22**
Peemöller, Friedrich **70**
Peters, Dorothea (geb. Schramm) **7**
Peters, Johann Martin **7**
Peters, Mannfred **100**
Peters, Olga (= O. Geick) **7**
Petersen (Rudolf) (Hamburg) **95**
Petersen (Dietmar) (Pinneberg) **95, 96**
Plotz (Familie) **83**
Reif **96**
Reim, Alma (= A. Geick) **11, 95**
Reim, Erna **28**
Reim, Hermann **11**
Reim, Herta **11, 17, 28**
Reim, Olly **28**
Rosdahl, Karen **87**
Rosdahl, Poul **87, 88, 89, 92, 101**
Sahr, Erna **95**
Sahr, Marlies **95**
Scherpe, Hermann **23**
Schickele, René **64**
Schinkel, Hermann **75, 82, 83**
Schmitt (Familie) **43, 58, 68, 72, 73, 75, 96**
Schmitt, Anton **58**
Schmitt, Carolina (= A.C. Sziel) **68**
Schmitt, Dieter **72, 74**
Schmitt, Eleonora **58**
Schmitt, Harald (= H. Sziel) **68**
Schmitt, Klaus **72, 74**
Schmitt, Lieschen (= H.L./L. Weissmann) **51, 72, 73, 74, 80, 81, 83, 84, 88, 89, 94, 95, 96**
Schmitt, Wilhelm **5, 6, 47, 51, 58ff.**
Schneider **75**
von Schröder, Kurt **22**
Schulz, Hermann **33**
Schweiger, August **35**
Sellmann, Heinrich **14, 20**
Sinowjew, Grigorij **64**
Stauffenberg (Claus Graf Schenck von) **46**
Stehr, Wilhelm **10, 14, 15, 70**
Sziel, Anna Carolina (= C. Schmitt) **65**
Sziel, Harald (= H. Schmitt) **65**
Thumann (Anton) **89**
Trotzki, Leo **64**
Wacker, Fritz **35**
Walter (= W. Borchert) **18, 26, 27, 28**
Weingärtner, Emil **21, 22**
Weissmann (Familie) **72**
Weissmann, Anna **71**
Weissmann, Hertha Luise (= L. Weissmann/Liesel) **71, 73**
Weissmann, Lieschen (= L. Schmitt) **71, 72, 73**
Weissmann, Max **71**
Werfel, Franz **64**
Westphal (Eltern) **11**
Westphal, Klara **11**
Wiesel, Elie **5**
Wilhelm I. **30**
Willi (Vorname) **88**
Wüsthoff, Carl **10, 14**
Wulf **11**
Zweig, Stefan **64**

Register der Firmen, Institutionen und Organisationen

ADGB **34**
Allgemeine deutsche Arbeiter-Verbrüderung **29**
Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein **29**
Anti-Hitler-Koalition **46**
AOK Glückstadt **37**
AOK Heide **37**
AOK Lübeck **37**
AOK Neumünster **37**
AOK Pinneberg **35, 36, 37, 39, 40, 41, 43, 46, 47**
Arbeiter- und Soldatenrat, Pinneberg **9**
Arbeiterwohlfahrt **47, 72**
Arbeitsamt Pinneberg **10**
Arbeitsamt Schlesien **75**
Archiv der Stadt Zürich **100**
Baseler Lebensversicherung **43**

BBC **75**
Beig, Pinneberg **43**
Brandkommission, Pinneberg **34**
Bürgerasyl-Kommission, Zürich **63**
Bürgerliche Listen (Kommunalwahlen), Pinneberg **9, 10, 14, 24**
Bundesrat, Schweiz **68**
Café Odeon, Zürich **64**
Deutsche Arbeitsfront **41**
Deutsche Demokratische Partei **34**
Deutscher Taback-Arbeiterverein **30**
DGB-Ortskartell, Pinneberg **99**
J.H. Diercks, Pinneberg **79**
DKP, Pinneberg **6**
Einwohnermeldeamt, Pinneberg **101**
FDP, Pinneberg **98**
Fehlhaber, Pinneberg **41**
Friedhof am Kirchhofsweg, Pinneberg **27**
Friedhof Wedel **53**
Fürsorgeausschuß für die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge, Pinneberg **9**
GAL, Pinneberg **6, 98, 99**
Gaststätte »Goldener Stern«, Barmstedt **21**
Gaststätte Hinrich Rechter, Pinneberg **20**
Gaststätte Schütterow, Elmshorn **21**
Gas-, Wasser- und Elektrizitätskommission, Pinneberg **33**
Gefängnis Berlin-Tegel **25**
Gefängnis Neumünster **26, 27, 28**
C. Otto Gehrkens, Pinneberg **79**
Gemeindevertretung (auch: Kommunalparlament), Thesdorf **6, 68, 69, 101**
Gerichtsgefängnis Altona **25**
Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Kiel **6**
Gestapo **27, 46, 47, 55, 56, 81**
Gewerbesteuerausschuß, Pinneberg **15, 33**
Gewerkschaftskartell, Pinneberg **10**
Großer Stadtrat, Zürich **63**
Großherzoglich Mecklenburgisches Grenadier-Regiment Nr. 89 **58, 61**
Harzburger Front **22**
Hatlapa, Uetersen **25**
Hauptamt, Pinneberg **101**
Hilfspolizei **24, 40**
Hochbaukommission, Pinneberg **10**
Ilo-Motorenfabrik, Pinneberg **79, 96**
Infanterie-Regiment Graf Bose Nr. 31 **30**
Jäger, Zürich **61**
Jungvolk **75**
Kantonsrat, Schweiz **63**
Kinderfreunde (auch: Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde) **71, 72**
Kinderrepublik Seekamp, Kiel-Friedrichsort **71**
Königlich Preußisches Straßburger Feldartillerie-Regiment 84 **8**
Komitee ehemaliger politischer Gefangener, Hamburg **94**
Kommission der städtischen Betriebswerke (auch: Kommission für die Betriebswerke), Pinneberg **15, 34**
Kommissionen (städtische; auch: Ausschüsse), Pinneberg **10, 15, 33, 98**
Konzentrationslager Auschwitz **5**
Konzentrationslager Buchenwald **5**
Konzentrationslager Neuengamme **46, 50, 51, 52, 55, 56, 81, 82, 83, 84, 85, 87, 88, 89, 90, 92, 98**
Konzentrationslager Ravensbrück **50**
Konzentrationslager Sachsenhausen **51**
KPD **5, 7, 9-26, 34, 37, 46, 47, 56, 68, 69, 70, 88**
Kreissparkasse, Pinneberg **80**
Kripo **16, 55**
Küpfer, Zürich **61**
Kunstmann (Halstenbeker Straße), Pinneberg **79**
Land-, Feldwege- und Hafenkommission, Pinneberg **33**
Londoner Rundfunk **75, 76**
Lüders, Pinneberg **79**
Magistrat, Pinneberg **9, 40, 97, 98, 101**
G. Metzger & Sohn, Pinneberg **79**
Johann Metzger, Pinneberg **79**
Mittelschule, Pinneberg **69**
Nationaler Aufbau (Kommunalwahl), Pinneberg **23**
NSDAP **9, 20, 22, 23, 42, 46, 47, 51, 53, 80, 81**
Ohlsdorfer Friedhof, Hamburg **27**
Polizei **20, 24, 26, 30, 40, 43, 47, 50, 83**
Polizei, Zürich **61, 63, 65, 68**
Polizeigefängnis Kiel (»Blume«) **27, 47, 50, 51, 81**
Preußische Regierung **21**
Produktion, Pinneberg **21, 75**
Produktion, Uetersen **21**
Rascher-Verlag, Zürich **64**
Walter Rehm, Pinneberg **7**
Reichelt, Pinneberg **79**
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold **34**
Reichsregierung **13, 15, 21, 23**
Reichswehr **20**
Rotes Kreuz **87, 89, 90, 92**
SA **20, 21, 37, 40**
Schleswag, Pinneberg **79**
Schmidt & Co., Pinneberg **79**
Search Bureau, Altona **96**
Soldatenrat, Altona **32**
Sonderhilfsausschuß des Landeskreises Pinneberg **57**
SPD **5, 6, 9, 13, 14, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 27,**

30, 33, 34, 35, 37, 43, 46, 47, 50, 51, 70, 71, 72,73, 80, 83, 98, 99
Sportclub »Roter Stern«, Pinneberg **24**
SS **21, 22, 37, 40, 51, 55, 56, 79, 87, 88, 89, 98**
Staatspolizei **26, 43**
Stadtfriedhof Pinneberg **5, 56, 81, 93, 97, 100**
Stadtkasse, Pinneberg **96**
Stadtverordnetenversammlung (auch: Kommunalparlament; Ratsversammlung; Stadtparlament; Stadt Pinneberg; Stadtrat; Stadtverordnetenkollegium; Stadtvertretung), Pinneberg **6, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 18, 23, 70, 87, 93, 95, 96, 97, 98, 99, 101**
Stadtverwaltung, Pinneberg **9, 11, 80, 93, 96, 98**
Städtische Kollegien, Pinneberg **9, 10, 12, 13, 14, 24, 34, 40, 70**
Stahlhelm **40**
Standesamt Neumünster **26**
Strobel & Wohlt, Pinneberg **79**
USPD **9**
Versicherungsamt, Pinneberg **37, 39**
Versorgungsamt, Altona **96**
Verwaltungsausschuß der Mittel- und höheren Mädchenschule, Pinneberg **33**
Volksgerichtshof **46**
Volksschule, Bremen **30**
VVN (auch: VVN/Bund der Antifaschisten) **6, 93, 94, 95, 97, 98, 99, 101**
Wehrmacht **46**
Weimarer Republik **14, 20, 46, 96**
Wille, Pinneberg **79**
Wohlfahrtskommission, Pinneberg **15**
Wohnungskommission, Pinneberg **34**
K. Wunderlich, Pinneberg **79**
Wupperman, Pinneberg **79**
Zentralverband der Angestellten, Pinneberg **34**
Zentrum **34**
Zwanger, Pinneberg **79**

Geografisches Register

Altona **19, 21, 24, 25, 26, 29, 30, 32, 96**
Appen/Kreis Pinneberg **35, 73**
Argentinien **68**
Arolsen **92**
Baden **8**
Bahnhofsplatz (Pinneberg) **93, 97**
Bahnhofstraße (Pinneberg) **21, 22, 30, 32, 35, 40, 41**
Banstwiete (Pinneberg) **13**
Barmstedt **21**
Basel **43**
Belgien **7, 30, 32, 79**
Berlin **22, 46, 56**
Berlin-Tegel **25**
Bismarckstraße (Pinneberg) **47**
Blauer Kamp (Pinneberg) **71, 72**
Blumenstraße (Kiel) **47**
Borstel/Kreis Pinneberg **35**
Bremen **29, 30**
Breslau **93**
Büdelsdorf **79**
Bullenhuserdamm (Hamburg) **89**
Bundesrepublik **93, 96**
Clausiusstraße (Zürich) **63, 64**
Culmannstraße (Zürich) **63, 65**
Dänemark **58, 73, 87, 88, 89, 90, 101**
Damm (Pinneberg) **53**
Danzig **88, 94**
Deutschland (auch: Deutsches Reich) **5, 7, 8, 22, 29, 30, 34, 41, 43, 46, 51, 64, 65, 68, 71, 75, 79, 81, 87, 88, 90, 93**
Dingstätte (Pinneberg) **35, 47**
Don **22**
Dove-Elbe **51**
Drachensee (Kiel) **50, 81**
Drosteipark (Pinneberg) **93**
Düsseldorf **68**
Elmshorn **20, 21, 22, 41, 47, 75, 82, 83, 96**
Elmshorner Straße (Pinneberg) **5, 24**
Elsaß **8, 30**
Europa **7, 51, 64**
Fahlt (Pinneberg) **93**
Fischhausen **93**
Flandern **30**
Frankreich **7, 30, 32, 58, 73, 79**
Friedenstraße (Pinnebergerdorf/Pinneberg) **7, 15, 16, 17, 24, 27**
Garstedt **7**
Glückstadt **37**
Gollnow/Pommern **20**
Großbritannien (auch: England) **58, 73, 75, 89, 90, 95, 96**
Hadamar **5**

Halstenbeker Straße (Pinneberg) **79**
Hamburg **6, 7, 20, 22, 24, 26, 34, 58, 61, 65, 75, 83, 89, 94, 95**
Hartmannsweiler Kopf/Elsaß **30**
Hästedt/Bremen **29**
Heide **37**
Höfer/Kreis Celle **71**
Holland **88**
Holstein **87**
Italien **73, 79**
Jugoslawien **79**
Kiel **20, 27, 43, 47, 50, 51, 55, 56, 58, 81**
Kiel-Friedrichsort **71**
Kirchhofsweg (Pinneberg) **15, 17, 24, 27**
Kleiner Schäferkamp (Hamburg) **65**
Klein-Kaliszkowice/Posen **30**
Klein-Moskau (Pinneberg) **15, 24**
Koblenz **65**
Kölln-Reisiek/Kreis Pinneberg **26**
Königsberg **93**
Kopenhagen **87**
Koppelstraße (Pinneberg) **22**
Krefeld **58**
Kreis Celle **71**
Kreis Pinneberg **18, 21, 35, 55, 57, 100**
Kummerfeld/Kreis Pinneberg **35**
Lägerdorf/Kreis Steinburg **20**
Lauenburg **89**
Lettland **96**
Limmatquai (Zürich) **61**
Lindenstraße (Pinneberg) **7,27**
London **75, 76**
Lübeck **37, 89**
Mecklenburg **58**
Memel **93**
Moorkamp (Pinneberg) **71**
Mühlenau (Pinneberg) **97**
Mühlenstraße (Pinneberg) **15, 24**
München **34**
Neuengamme **51**
Neumünster **26, 27, 28, 37, 43**
Neu-Thesdorf **68**
Norderstedt **6**
Norwegen **58, 73, 75, 89**
Ösel **8**
Ohlsdorf (Hamburg) **27**
Oslo **5**
Ostpreußen **93, 94**
Ostsee **89, 90**
Ottensen **29**
Paris **30**
Pestalozzistraße (Pinneberg) **70**
Pinneberg **5-24, 26, 27, 30, 33-41, 43, 46, 47, 50, 53, 56, 68-73, 75, 79, 80, 81, 83, 87, 91, 93-101**
Pinnebergerdorf **7**
Polen **43, 75, 79, 87, 93**
Pommern **20, 94**
Posen **30, 79**
Preußen **8, 9, 20**
Prisdorf/Kreis Pinneberg **35**
Prisdorfer Straße (Pinneberg) **72, 75, 79, 80, 81**
Rehmen (Pinneberg) **68**
Rendsburg **79**
Riga **96**
Rigiquartier (Zürich) **63**
Rostow/Don **22**
Rübekamp (Pinneberg) **35**
Rumänien **8**
Rußland **8, 65, 79**
Sachsen **63**
Schäferhof/Appen **73**
Schlesien **75, 94**
Schleswig **18, 19**
Schleswig-Holstein **21, 79**
Schulstraße (Pinneberg) **30**
Schwarzer Steg (Pinneberg) **79**
Schweden **58, 73, 89, 90**
Schweiz **58, 61, 63, 64, 65, 66, 68**
Schwerin **58, 61**
Sedan/Macdonald **8**
Skandinavien **89, 90**
Somme **30**
Sowjetunion **5, 22, 27, 46, 79, 90, 93, 96**
Spiegelgasse (Zürich) **64**
Stettin **93**
Straßburg **8**
Sudentenland **94**
Thesdorf **6, 14, 35, 56, 68, 69, 70, 101**
Tschechoslowakei **79**
Uetersen **21, 22, 25, 83**
Uraniastraße (Zürich) **63**
Verdun **8**
Viktoriastraße (Altona) **30**
Waldenau **14**
Wandsbek **29**
Wartheland **94**
Wedel **53, 55**
Wedeler Weg (Pinneberg) **15, 24, 37**
West-Berlin **100**
Westeuropa **79**
Westpreußen **94**
Wiesental/Baden **8**
Winterthurerstraße (Zürich) **65**
Zederstraße (Zürich) **61, 64**
Zürich **61, 62, 63, 64, 65, 68, 100**

Fritz Bringmann
Herbert Diercks

Die Freiheit lebt!

Naziterror und antifaschistischer Widerstand in Elmshorn und Umgebung

702 Jahre Haft
für Antifaschisten

160 Seiten kartoniert, 10.– DM

„Die katastrophalen Folgen der hitlerischen Politik sind der geschichtliche Beweis dafür, daß schon immer die Anhänger des Friedens und die Vorkämpfer der Völkerverständigung die wirklichen Patrioten und wahren Deutschen gewesen sind, und nicht die imperialistischen Schreihälse und Rassenhetzer."

Dieser auch heute wieder besonders aktuelle Satz aus dem gemeinsamen Programm der SPD und der KPD Pinneberg vom September 1945 ist Leitmotiv dieses Buches über Naziterror und Widerstand. Es ist die erste Arbeit über den antifaschistischen Widerstand in Schleswig-Holstein 1933–1945. Am Beispiel der Stadt Elmshorn und der umliegenden kleineren Städte und Dörfer zeigen die Verfasser, daß es neben dem „braun umschlungenen" und „braun durchdrungenen" auch das andere, das friedens- und freiheitsliebende, das demokratische, antifaschistische Schleswig-Holstein gegeben hat.

Trotz der besonders schwierigen Quellenlage – die Nazis hatten hier im Mai 1945 wie in keinem anderen Teil des Deutschen Reiches Zeit, ihre blutigen Spuren zu verwischen – wurde mit diesem Buch aufgrund zahlreicher Berichte von Zeitzeugen und kritischer Auswertung von Dokumenten, Zeitungen und Gerichtsakten ein wichtiges, bisher kaum bekanntes Kapitel schleswig-holsteinischer Heimatgeschichte geschrieben.

Das Buch erschien 1983 im Röderberg-Verlag.
Bezugsmöglichkeit: Überweisung von 10,— DM plus 1,— DM Porto auf das Konto des Autors Herbert Diercks · Emilienstr. 78 · 2 Hamburg 20 · Postgiro HH Nr. 301725-208 · BLZ 200 100 20.